

*Zwischen Demokratie
und Diktatur*

**PERSÖNLICHE
ERINNERUNGEN
AN DIE POLITIK
UND KULTUR
DES REICHES
VON 1919-1944**

*von
Prälat Prof. D. Dr. Georg Schreiber*

REGENSBERG-MÜNSTER

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR

PERSÖNLICHE ERINNERUNGEN

an die Politik und
Kultur des Reiches
(1919 – 1944)

von

Prälat Professor D. Dr. Georg Schreiber

1949

Regensberg-Münster

Vorwort

Erinnerungen steigen auf. Es meldet sich die Vergangenheit. Es ist leicht, sie abzuwerten. Es ist schwerer, ihre zukunfts mächtige Art herauszustellen, denn auch die suchende und tastende politische Gegenwart bedarf älterer Voraussetzungen und Grundstrukturen. Immer wieder. Die Bonner Beratungen des Jahres 1948 über die Grundrechte gehen auf Weimar und auf die Paulskirche zurück. Das Bürgerliche Gesetzbuch kann man ebensowenig beiseiteschieben. Die heimlichen Winkel der Altstadt werden heute selbst in Ruinen wieder hervorgesucht, inmitten aller Verkehrsnotwendigkeiten.

Ein äusserer Anlass führte zu dieser Veröffentlichung. Im Jahre 1947/48 habe ich zwei Semester lang an der Universität Münster Vorlesungen für Hörer aller Fakultäten gehalten. Das erste Semester behandelte die deutsche Innenpolitik und Aussenpolitik vom Jahre 1917 bis zum Locarnovertrag (1925). Dieses Thema wurde im folgenden Semester weitergeführt. Diesmal «Vom Locarno-Vertrag bis zum zweiten Kabinett Brüning einschliesslich». Von vielen Studierenden, aber auch von älteren Gasthörern, wurde ich mehrfach ersucht, diese Vorlesungen in Druck zu geben. Die Überlastung mit anderen Aufgaben liess es nicht zu. Doch habe ich mich entschlossen, in einem ersten Zugriff einiges herauszubringen. Anderes kann nachfolgen.

Die hier gebotene Darstellung ist nicht streng systematisch. Es sind ausgewählte Kapitel und Streiflichter. Diese persönlichen Erinnerungen sollen dem Gan-

zen das Gepräge geben. So war es von vornherein beabsichtigt. Diese Erinnerungen führen nun einen gewissen Stimmungsgehalt mit sich.

Sie lassen mich auch der einstigen Vorlesungen bei meinem Berliner Lehrer Hans Delbrück gedenken. Im Gegensatz zu der strengen Sachlichkeit, die ich bei den Historikern Otto Hintze und Dietrich Schäfer dort erfuhr, verstand es Delbrück meisterlich, die Episode einzuschalten. Er hat damit bei uns Jüngeren tiefe Eindrücke hinterlassen. In diesem oder jenem Zug, den er mitteilte, leuchtete die Seele des Zeitalters auf.

Erinnerungen sind stark subjektiv gerichtet. Gewiss. Aber sie sind durch eine Reihe politischer Schriften unterbaut, die im Laufe der Jahre ausgegeben sind, vor allem durch die 3 Bände des «Politischen Jahrbuchs» (M.-Gladbach 1925-1928). So wurden sachliche Fundierungen geschaffen.

Es sind schlichte Blätter, die hier geboten werden, aber sie erheben den Anspruch, einiges Neue zu bringen. Manche Felder der Innen- und Aussenpolitik sind berührt worden. Vieles ist zum andern zur Religionspolitik und Kirchenpolitik, ebenso zur Wissenschaftshaltung und Kulturpolitik des Reiches gesagt.

An mehr als einer Stelle bedurfte es für die Wertung der Weimarer Zeit der Kennzeichnung des Hitlerregimes, aber auch der wilhelminischen Zeit.

Georg Schreiber

1. Politische Formgebung

Nur mühsam vollzieht sich die politische Formung des deutschen Menschen und Raumes. England hatte es leichter, da es eine ungeschriebene Verfassung als Kraftreserve zur Verfügung hielt. Andererseits beschritt Frankreich bereits im Hochmittelalter Wege zum Einheitsstaat. Die Isle de France, später der ducatus Franciae, wirkten als beherrschender Quellbezirk, als glückhaftes Ausfallstor, als unversieglicher Kraftstrom eines denkwürdigen Konzentrationsprozesses. Dieser konnte an altersgraue Vorstufen der Gallia Christiana anknüpfen. Herr Martin von Tours wuchs in den Volksglauben. Als Schutzpatron begleitete er die fränkischen Heere. Zudem wurde die Oriflamme, das Banner Frankreichs, das angebliche Leinentuch des hl. Dionysius, am Dionysiusgrab in der Abtei St.-Denis verwahrt.

Wiederum sahen sich Iren und Katalanen nach einer Homerulebill, nach einer gesetzlich geregelten Selbstverwaltung im eigenen Heim um. In dieser Richtung arbeiteten die Iren de Valera und Cosgrave. Die gleiche Zielstellung erstrebten die Katalanen Cambò y Battle und Macia auf der anderen Seite (Katalanisches Statut 1932). Aber beide Volkstümer wurden vom Schicksal nicht so aufgewühlt wie jenes mitteleuropäische Volk, das zwischen den Alpen und Nordmeeren gebettet ist. Die einst grosse Weite seiner Herrschaftsgebiete gestaltet sich heute zur erdrückenden Enge. Dazu tritt eine Übervölkerung, für die die Geschichte kaum einen Vergleich aufweist.

Die Schwere der weitverzweigten deutschen Problematik wird nicht zum wenigsten durch die Spannung Reich und Länder umschrieben. Eigentlich seit Jahrhunderten. Seit der Bildung von hochmittelalterlichen Territorialstaaten. Der Westfälische Friede von 1648 wurde der wenig frohe Erbe von Spaltungen, Trennungen und Zerklüftungen. Wenn er zu ordnen suchte, besonders in Sachen der Religionsausübung, erwuchs ihm jedenfalls ein Debet, da er das Reich zu Gunsten der landesfürstlichen Gewalten nachdrücklich zur Seite schob.¹⁾

¹⁾ Dazu neuerdings die Sammelschrift: Pax optima rerum. Beiträge zur Geschichte des Westfälischen Friedens. Unter Mitwirkung von J. Bauermann, B. Peus, K. von Raumer, H. Richterling, J.H. Schölte, H. Thiekötter, P. Volk, hrsg. von Ernst Hövel. Münster 1948.

Ja, es gibt Formulierungen, die besagen, der Reichsgedanke sei schon damals erloschen. Mitnichten. Das Reich gab sich nicht nur als raumverlustige Gegebenheit und als leidvoll empfundene Grösse. Mit diesem Reich ging eine im Grunde genommen unsterbliche Idee. Sie wusste sich inmitten von Gefahrenzonen zu behaupten, die sich zusehends erweiterten. So erwies sich in diesen Zusammenhängen Plato stärker als Aristoteles.

Ideelles wuchs über die Realitäten des Alltags hinaus. Das erweist ein Blick auf die Türkenkriege, auf Max Emanuel von Bayern († 1726) und auf Ludwig Wilhelm, Markgraf von Baden, den Türkenlouis († 1707). Auch Leibniz und andere Denker wissen noch um dieses Reich.²⁾ Doch die Epochenjahre 1803 und 1806 taten ein Übriges, das Reich zu beseitigen. Aber es erstand von Neuem. Die Romantik und die Ideologie der Paulskirche fanden sich. Zum Weiteren bemühte sich die behutsame Hand Bismarcks, Reich und Landesgewalten in ein erträgliches Verhältnis zu bringen. Die Weimarer Verfassung versuchte eine Weiterbildung. Aber sie brachte keine sonderlich klaren Lösungen,

Der Nationalsozialismus drängte rücksichtslos in zentralistische Entwicklungen. Mit mehr als einer Massnahme. Selbst konkordatäres Geschehen wurde hier eingespannt. Auch von dieser Seite her wurde das Reichskonkordat gesehen. Als Glied einer grösseren Kette. Als Mittel einer entschiedenen Verreichlichung. Als Finale der Länderselbständigkeit. Wenige Jahre zuvor hatten andere Stimmen das Bayernkonkordat (1924) als einen Triumph des deutschen Föderalismus angesprochen. Aber im Artikel 2 des Reichskonkordats war nunmehr vermerkt: «In Zukunft wird der Abschluss von Länderkonkordaten nur im Einvernehmen mit der Reichsregierung erfolgen.» Und die Partei tat ein Weiteres, um die Selbständigkeit der Länder auszuhöhlen, wenn sie auch formell bestehen blieb.

Wir wollen uns in dieser Schrift, die persönliche Erinnerungen aus der jüngsten Reichspolitik mit sich führt, zunächst diesem Reichskonkordat einmal zuwenden. Es leitet aber zu weiteren Bereichen der deutschen Innenpolitik. Es ist ja viel mehr als ein kirchenpolitischer Traktat. Die Erörterung führte, wie die weit angelegten Debatten zeigten, in ein grosses Spannungsfeld. Es hatte zu allem eine Vorgeschichte. In der Tat, dieses Reichskonkordat, ratifiziert am

²⁾ Siehe neuerdings Hermann Aubin, Leibniz und die politische Welt seiner Zeit. In dem Sammelband: Gottfried Wilhelm Leibniz. Vorträge der aus Anlass seines 300. Geburtstages in Hamburg abgehaltenen Tage. Hamburg 1946, S. 110 ff.

10. September 1933, war keineswegs ein Novum et Inauditum. Mehrfach wurden in der Weimarer Republik Anläufe unternommen, ein derartiges Abkommen zu schaffen. Dabei dachte die Republik keineswegs daran, den Föderalismus zu zertrümmern, wenn sie zeitweise ein kirchenpolitisches Übereinkommen reichsrechtlichen Ausmasses begünstigte.

2. Wege zum Reichskonkordat

Diese Versuche zu beobachten, eine konkordatäre Abmachung heraufzuführen, hat einen eigenen Reiz. Man dringt tiefer in die politisch zerklüftete Umwelt und in die weit verästelten Voraussetzungen ein, aus denen eine solche Vereinbarung erwachsen konnte. Geschichtliche Bindungen des Dynastischen und des Bekenntnisses versöhnten sich nur mühsam mit realen Erfordernissen der Aussenpolitik. Die ganze Schwere der Gegensätze zwischen dem Reich und den Ländern wurde zudem berührt. Das bayrische Konkordat (1924) erfuhr auf mehreren Seiten Kritik im Zentralparlament des Reichstags.

Derart haben in den 1920er Jahren die politischen Parteien der Konkordatsmaterie eine grössere Aufmerksamkeit bezeigt als je zuvor. Die Zeitalter des Kardinals Ercole Consalvi († 1824 in Rom) waren verlassen. Dieser erfolgreiche Staatsmann hatte einst mit Kabinetten verhandelt, um die Neuordnung kirchlicher Verhältnisse in die Hand zu nehmen. Die Liquidation der napoleonischen Ära und die Neuorientierungen des Wiener Kongresses (1815) hatten die Notwendigkeiten neuer Vereinbarungen heraufgeführt.

Ganz anders die Situation im Zeitalter der Weimarer Republik. Hier kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit Volksströmungen. Ja, Unterschiede zwischen Parteien wurden teilweise überbrückt, um bestimmte kulturpolitische und konkordatspolitische Aufgaben zu Fall zu bringen. So erfolgte am 24. Januar 1927 eine Kundgebung der im Sommer 1926 gegründeten Liberalen Vereinigung. Sie wollte eine «Einigung des Liberalismus» aus Kreisen der Deutschen Volkspartei, der Demokraten und der Wirtschaftspartei heraufführen. Sie beschloss deshalb am 24. Januar, «in allen liberalen Kreisen die Aufmerksamkeit auf diese dem freien deutschen Geistesleben drohende Gefahr zu lenken und auf eine einheitliche Abwehrfront hinzuleiten».¹⁾ Diese kulturpolitische Wachsamkeit galt vorab dem konkordatären Fragenbereich. Kirchenrechtliche und staatskirchenrechtliche Erörterungen fanden somit ihren Weg in die Frak-

¹⁾ Zeitung «Germania» vom 25. 1. 1927.

tionszimmer und in die Tagespresse, oft bei geringer Sachkenntnis. Das «Stuttgarter Neue Tageblatt» erblickte in der *missio canonica* «ein kirchliches Ernennungsrecht für Professoren».²⁾

Diese Ansätze zum Reichskonkordat sind in der gängigen Fachliteratur nur wenig beobachtet worden.³⁾ Die Zeit nach 1933 war überdies nicht günstig, publizistische Erörterungen auszulösen. Es hat ja nicht lange gedauert, bis die damalige Regierung von der Abmachung des Reichskonkordats abrückte. Anfänglich rühmte sie sich des Erfolges,⁴⁾ um diesen überraschend schnell preiszugeben. Sie zerbrach mit leichter Hand, was sie aufgerichtet hatte. Begreiflich ge-

²⁾ Dazu «Berliner Tageblatt» Nr. 46 vom 28.1.1927, ferner Georg Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1927/1928*. M.-Gladbach 1928, S. 102.

³⁾ Man nehme etwa Willibald Apelt, *Geschichte der Weimarer Verfassung*. München 1946, S. 326 ff. Dagegen sind die Konkordatsversuche gestreift bei Max Bierbaum, *Konkordat*, bei M. Buchberger, *Lexikon für Theologie und Kirche* 5, Sp. 133-139. Dieser Artikel ist erwachsen aus Bierbaums Buch: *Das Konkordat in Kultur, Politik und Recht* (Schriften zur deutscheA Politik, hrsg. von G. Schreiber, Heft 19/20). Freiburg i. Br. 1928. Das parlamentarische Quellenmaterial ist festgehalten bei Georg Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1927/28*, S. 103, 104, 134, 532 und in anderen politischen Schriften, die unten erwähnt werden.

⁴⁾ «Auch das Konkordat erfährt, entgegen allen französischen Tendenzmeldungen, eine überraschend schnelle Unterzeichnung.» Wilfrid Bade, *Geschichte des Dritten Reiches*. Bd. 1, 1933: *Das Jahr der Revolution*. Lübeck 1933, S. 84. Der «Völkische Beobachter» bemerkte am 24. Juli 1933: «Die schweren und katastrophalen Konfessionskämpfe, die das Deutsche Reich jahrhundertlang in die grösste Unruhe versetzten, gehören mit dem Reichskonkordat von 1933 der Vergangenheit an. Die deutsche Geschichte hat auf dem Wege zur inneren Einheit der Nation einen neuen entscheidenden Abschnitt erreicht.» – Hitler selbst äusserte seine Befriedigung über das Konkordat in seiner Rede am 22. März 1933 im Reichstag in einer programmatischen Verlautbarung. Erwähnt bei Cesare Santowo, *Hitler-Deutschland von einem Ausländer gesehen*. Berlin 1938. Siehe dort S. 381 f. auch die Ausführungen über die Aufhebung der diplomatischen Vertretungen von Preussen und Bayern beim Vatikan. Das Reich allein wollte dort «seinen Botschafter» haben. Dort S. 385 zur kirchenpolitischen Stellung von Frick. Ebenda ein Hinweis auf die Wertung des Konkordats in der «Deutschen Diplomatisch-politischen Korrespondenz» vom 25. März 1937. –

Hitler äusserte sich zum Konkordat in seiner Rede in Dortmund am 9. Juli 1933 (längere Wiedergabe im «Völkischen Beobachter», Berliner Ausgabe vom 11. Juli 1933, S. 1), ferner in seiner Rede vor den Gauleitern der NSDAP und den Treuhändern der Arbeit in Berlin am 13. Juli 1933 (kurze Wiedergabe im «Völkischen Beobachter», Berliner Ausgabe vom 14. Juli 1933, S. 1). Beide Reden erwähnt in: *Nationalsozialistische Bibliographie*, zweites Beiheft. Die Reden des Führers. Eine Bibliographie (Berlin 1940). Nr. 49 und 59, S. 31.

nug. Ihre totalitäre Einstellung musste sich bald genug ungünstig auswirken. Ihre politische Prinzipienlehre stand im Grunde genommen gegen eingegangene Bindungen. Der Staat und seine Machthaber beanspruchten «grundsätzlich das Recht, sich in alle Lebensgebiete autoritär einzumischen».⁵⁾

Meine Bedenken gegen den autoritären Zwang habe ich schon geltend gemacht, als im Frühjahr 1933 Ministerialdirektor Rudolf Buttmann in einer persönlichen Besprechung im Reichsministerium des Innern mich ersuchte, ihn in der Konkordatsmaterie zu beraten. Buttmann war als ein führendes Mitglied des Bayrischen Landtags, seit 1925 Fraktionsführer der NSDAP, mit dem Bayernkonkordat vertraut. Seit 1933 Direktor der Kulturabteilung des Reichsinnenministeriums, lag die Vorbereitung des Reichskonkordats vorab in seiner Hand. Seine politische Stellung an der Seite des Reichsministers Frick war damals beachtlich. 1933/34 gab er zudem die Zeitschrift «Völkische Kultur» heraus. Hitler schwankte einige Zeit, ob er Buttmann oder Rust zum Reichserziehungsminister nehmen sollte.⁶⁾ Doch der Gauleiter von Südhannover-Braunschweig⁷⁾ (seit 1925) erwies sich stärker als der Münchener Bibliothekar. Buttmann war seit 1910 Leiter der Bücherei des Bayrischen Landtags gewesen. Er zog sich bescheiden und literarisch interessiert in die Bayerische Staatsbibliothek als Ge-

⁵⁾ Fritz von Hippel, Die nationalsozialistische Herrschaftsordnung als Warnung und Lehre (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, Heft 129). Tübingen 1946, S. 7.

⁶⁾ Zur Begründung des Reichserziehungsministeriums siehe Bade, Der Weg des Dritten Reiches. Band 2. 1934 – Der Aufbau beginnt. Lübeck 1935, S. 69. Siehe ferner Ministerialrat Otto Graf zu Rantzau, Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. (Schriften der Hochschule für Politik, hrsg. von Paul Meyer-Benneckenstein). Berlin 1939.

⁷⁾ Rust, geboren in Hannover am 30. 9. 1883, zunächst Oberlehrer, Offizier im Weltkrieg, wurde 1930 nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter. Im Februar 1933 ward er preussischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Zunächst kommissarisch, seit April 1933 endgültig. Im Mai 1934 wurde er zum Leiter des neugegründeten Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt. Es war fehlerhaft, ihn in auslandkulturpolitische Zusammenhänge einzubeziehen. Ulrich von Hassell weiss für den August 1939 zu bemerken, dass Rust an einem international-archäologischen Kongress in Berlin teilnahm: «Nachher Essen, ich an Rusts Tisch, der laut und mehrfach taktlos den Hausherrn machte. Ein stummer Blickwechsel mit Popitz liess uns einmal fast die Fassung verlieren.» Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern von 1938 bis 1944. Zürich und Freiburg i. Br. 1946, S. 77.

neraldirekter zurück (1935).⁸⁾ In späteren Jahren rechnete er mit der Möglichkeit einer Verhaftung von Seiten seiner eigenen Partei. Das wurde einem greifbar, wenn man sich mit dem Unterfranken unterhielt. Bei Arbeiten auf der Staatsbibliothek war das häufiger der Fall, wobei seine vornehme und zugleich weiche Art immer wieder hervortrat. Wiederum unterlag der gemässigte Giroude den Extremisten des Berg.

Das 1933 an mich gestellte Ansinnen auf Mitarbeit lehnte ich rundweg ab. Hier trennten mich grundsätzliche Erwägungen. Wasser und Feuer konnte man nicht zusammenbringen. Es war zudem nur eine Frage der Zeit, wann sich der politische Radikalismus stärker auswirken würde.

3. Das Braune Haus – Die «Verfluchte Seele» des Dritten Reiches

Buttmann ragt noch in die Zeit hinein, da der einst mächtige Einfluss des am 1. Januar 1931 errichteten Braunen Hauses im Abklingen war. So ward ihm ein namhafter Stützpunkt in München nicht mehr beschieden.

Einst war das Braune Haus als beherrschende Parteigeschäftsstelle und als Hauptquartier gedacht, näherhin als Sitz der Reichsleitung der NSDAP. Diese Nummer 46 in der Brienner Strasse wurde Rudolf Hess unterstellt. Er war am 1. Dezember 1933 zum Stellvertreter des Führers ernannt. Aber die Funktion eines Vertreters in allen Fragen der Parteiführung wurde nach Anfangserfolgen mehr und mehr ausgehöhlt.

Der Schwerpunkt verlagerte sich nach der Spree, wo die Reichsministerien und Reichsleiter sich zentralistisch aufgemacht hatten. Man fand nicht die Entschlusskraft, die Geschäfte des Braunen Hauses nach Berlin zu überführen. Man hing an örtlichen Münchener Überlieferungen. Man brauchte die alte Schaubühne der Revolution für Gedenkfeiern, die sich mechanisch abwickelten. Man hing selbst an der Architektur des Braunen Hauses. Das einst 1828/1829 von J.B. Metivier im klassizistischen Stil erbaute «Barlow-Palais» war nach den Plänen Hitlers umgebaut. Die Ausführung lag in den Händen des Architekten Paul Ludwig Troost. Ein anderes minderte die Bedeutung dieses

⁸⁾ Buttmann schrieb: «Das Konkordat des Deutschen Reichs mit der römisch-katholischen Kirche vom 20. Juli 1933», in: N. S. Handbuch für Recht und Gesetzgebung, hrsg. von Hans Frank. – Was die nationalsozialistische Literatur betrifft, so ist dazu quellenkundlich zu sagen, dass sie praktisch schwer greifbar ist. – Auch künstlerisch ist Buttmann hervorgetreten mit einem Drama «Reichsfreiherr vom Stein» (1919).

Braunen Hauses. Es kam nämlich hinzu, dass die weiche, wenig stosskräftige Art von Hess nicht geeignet war, die ihm zugewiesene Stellung zu halten. Nicht Hess, sondern Hermann Göring wurde zum Kronprinzen des Systems ernannt. In allem zeichnete sich für die Männer des Braunen Hauses der Mangel an Verwaltungserfahrung ab, der für das nationalsozialistische Regime so bezeichnend war. Verwaltungskunst und Überlieferung wurden durch Gesinnung ersetzt. Der Staat kapitulierte vor der Partei.

Der Einfluss der Fachberatungsstellen des Braunen Hauses wurde geringer und geringer. Das wusste keiner besser als der kulturpolitische Berater und Reichsamtssleiter Ernst Schulte-Strathaus. Man kannte den Westfalen als ernsthaften Goetheforscher. Bibliophile, also der ungemein lebendige Büchermarkt und die Bibliotheken Münchens, wussten zudem, dass er in der Bueherkunde sehr daheim war. Da schuf er einen prachtvollen Bücherkatalog des 16. Jahrhunderts, den er für ein grosses Münchener Antiquariat gearbeitet hatte. Sein Name war als Urheber nicht festgehalten. Diese Zurückhaltung kennzeichnete seine bescheidene und sachliche Art, die sich auch noch später abzeichnete. Doch musste er im Ablauf der Ereignisse mehr und mehr vor den Berliner Zensurstellen zurückweichen.

Da war der Reichsamtssleiter Philipp Bouhler, Reichsgeschäftsführer, Chef der Kanzlei des Führers. Als Vorsitzender der Parteiamtlichen Prüfungskommission zürn Schutze des nationalsozialistischen Schrifttums hat er die Auffassung von Schulte-Strathaus oft genug beiseite geschoben. Mehr als eine Kraft war ihm unterstellt, bei der Wissen und Können, wie schon angedeutet, durch parteiliche Zuverlässigkeit ersetzt wurden. Da war weiter der Kreis der anmassenden Dilettanten um Rosenberg, der sich gegen Schulte-Strathaus robust in Szene setzte. Man erfuhr überdies, dass die Rosenbergianer selbst die Ruhe des griechischen Athos zu stören wussten.

Ein persönliches Erlebnis mag mitsprechen. Der angesehene ungarische Historiker D. Dr. Coloman Juhasz, ein Schüler von Ludwig v. Pastor (Innsbruck), übersandte mir während des Hitlerregimes ein Werk zur Geschichte des Banats. Zwei Bände von ihm, den gleichen Raum betreffend, waren bereits in einer von mir herausgegebenen Sammlung erschienen.¹⁾ Das war in der Vornazizeit. Niemand unter den wissenschaftlichen Kritikern hatte damals die Be-

¹⁾ Die Stifte der Tschanader Diözese im Mittelalter. (Deutschum und Ausland, hrsg. von Georg Schreiber, Heft 8/9.) Münster i. W. 1927. – Das Tschanäd-Temesvarer Bistum im frühen Mittelalter 1030-1307. (Heft 30/31 der gleichen Sammlung.) Münster i. W. 1930.

zeichnung Temesvár als der Hauptstadt des Banats beanstandet. Sie war eine Selbstverständlichkeit und historische Gegebenheit. Aber die erwähnten Berliner Zensurstellen beanstandeten die Drucklegung, da der fragliche Ort nicht als «Temeschburg» bezeichnet sei. Schulte-Strathaus rang die Hände, aber er musste sich fügen.

Im Ablauf der Entwicklung wurde auch die Stellung radikaler Gauleiter gegenüber der Münchener Zentrale, deren Bedeutung sich zusehends abschwächte, stärker und stärker.

Doch in der älteren Zeit des Braunen Hauses gab sich dieses noch als eine Art Beschwerdeinstanz. «Wir sind die Klagemauer, an die man sich stellt.» So hat Rudolf Hess einmal die Lage des ihm unterstellten Hauses angesprochen.²⁾ Aber das war doch in einer starken Übertreibung gesagt. Hess hat in der einen oder anderen Hinsicht zu helfen versucht. Aber er war nicht geneigt, sich ernsthaft gegen den Strom zu stellen. Warum nicht? Einmal bekannte er sich unentwegt zu den Grundsätzen der Partei. Zum anderen fehlte ihm, wie angedeutet, die kämpferische Linie. In Hinsicht auf Letzteres begreift man es, dass Göring, Goebbels, Himmler, Bormann, Saukel, Rosenberg und andere sich in den Vordergrund drängten. Jedenfalls hat sich Schulte-Strathaus für sein Ressort bemüht, sachlich zu entscheiden.

Manchen Fall trug der Münchener Universitätsprofessor Karl Haushofer an das Braune Haus heran. Er war mit Schulte-Strathaus befreundet. Anderes und Näheres verband ihn mit Rudolf Hess seit längeren Jahren.

Haushofer hatte sich der Bewegung bereits in der «Kampfzeit» angeschlossen. Er fuhr mit tausend Masten aus. Er beteiligte sich aber nicht an Saalschlachten. Er ging auf anderen Wegen zur Partei. Hess war bei ihm Assistent. Letzterer führte 1923 als Bataillonsführer im «Sturmregiment München» die Studenten-SA und verhaftete die Bayrische Regierung. Flüchtige Sensation. Als der Putsch zusammengebrochen war, hielt Haushofer den Assistenten einige Zeit versteckt.

Durch Hess wurde Haushofer mit Hitler bekannt. Haushofer besuchte ihn in der Zelle in Landsberg und brachte ihm Bücher. Er hat ihn in den ersten Jahren der Bewegung stark beeindruckt.

Aber zu den Annäherungen an die Partei trat auch Trennendes. Haushofer war eine zu ausgesprochene Persönlichkeit, um sich mit den Angestellten der Partei zu verwechseln. Seine Kinderstube wies ihn in eine andere und geistige

²⁾ Nach einer Mitteilung von Professor Karl Haushofer.

Sphäre. Er war der Sohn des Professors der Nationalökonomie und Statistik an der Technischen Hochschule in München. Vom Vater Max Haushofer († 1907), der auch lyrische, epische, novellistische Werke schuf, erbte er das Künstlerblut und die bilderreiche Sprachgewalt. Sie hat jedoch – hier ähnlich dem Historiker Kurt Breysig – zuweilen die Prägnanz des Ausdrucks beeinträchtigt. Er war ein bäuerlicher Aristokrat. Das Geschlecht war seit Jahrhunderten im Donauried und im Bayerischen Wald gesiedelt. Der schlichte Lodenmantel, den er auf seiner landschaftlich schönen Besitzung «Hartschimmelhof» trug, legte Zeugnis dafür ab. In diesem Mantel wollte er im Sarg gebettet sein. So lautete seine letzte Verfügung.

Das alles wies in die Richtung, dass er nicht geneigt war, die Selbständigkeit seines Urteils restlos zu opfern. Die Art, sich auf sich selbst zu stellen!, hat sich schon früh abgezeichnet. Selbst in der militärischen Ebene. Er war an den wechselvollen Kämpfen in den Südvogesen 1915 beteiligt. Gegen den Willen der Obersten Heeresleitung zog er bei dem Ringen um den Hartmannsweilerkopf eine Mörserbatterie zusammen. Der Erfolg gab ihm recht. Der beherrschende Gipfel wurde genommeri.

Seine soziale Grundnatur liess ihn zur Truppe ein ausgezeichnetes Verhältnis finden. Man sprach vom «Vater Haushofer». Er hat sich auch in den Tagen der Arbeiter- und Soldatenräte bewährt. Der Rückzug seiner Division aus dem Elsass vollzog sich in guter Ordnung.

Er war von 1887-1918 Berufsoffizier, zuletzt Generalmajor. 1908 bis 1910 weilte er als Generalstäbler in Japan. Dort wurde er ein grosser Freund des japanischen Volkes und darüber hinaus auch einer der ersten Kenner des Landes. Seine literarischen Schriften weisen es aus, dass er tief in das japanische Rätsel – wir Abendländer können diese Wendung nicht nachdrücklich genug betonen – einzudringen \usste. Auch im Gespräch verriet er eine bemerkenswerte Kenntnis japanischer Religionsgeschichte, Metaphysik und Folklore. So trat er an die Seite von Zeitgenossen, die mit Wilhelm Solf, Ludwig Aschoff, \Eduard Spranger, Thomas Ohm u.a. die Eigenart des Volkes der Sonne zu ergründen versuchten. Seine Gattin Martha, eine feingebildete Frau, war ebenfalls dem japanischen Volkstum nähergetreten, in durchaus selbständigen Beobachtungen. Doch zeichneten sich bei beiden Einseitigkeiten ab. Man überschätzte das Japanische auf Kosten der abendländischen Entwicklung. Aber es war bequem genug, in dieser nicht jedem zugänglichen Sprache in München häusliche Aufzeichnungen zu machen, um sich vor der Gestapo und SS zu schützen.

Es spricht für den persönlichen Mut des Generalstäblers, dass er bei seinem Abschied aus Ostasien die Forts von Wladiwostok kartographisch aufnahm. Seine Gattin unterstützte ihn dabei.

Vom Vater her verbanden ihn viele Fäden mit dem wissenschaftlichen Leben. 1921 wurde er Honorarprofessor an der Universität München. Man kann ihn nicht als Nutzniesser des Naziregimes bezeichnen, wenn er 1933 ordentlicher Professor und ebenso Präsident der Deutschen Akademie wurde. Für das Ordinariat sprachen die literarischen Leistungen. Der Akademie hatte er schon früher als Senator angehört. Aber von manchen Fachkollegen wurde er als Outsider empfunden. Im tiefsten Grunde war er in seiner Gesamthaltung mehr Soldat als Professor. Das erklärt auch sein Verhältnis zu Hitler.

In seiner Wissenschaftsleistung war er Begründer der deutschen Geopolitik. Er bildete die Lehren des Leipziger Anthropogeographen Friedrich Ratzel, des Schweden R. Kjellén und anderer Vorgänger weiter. Sie betrafen die Raumbundenheiten des politischen Lebens. Er hat diese Gedankengänge mit starken Einseitigkeiten und zugleich mit Entdeckerfreude ausgebreitet. Das muss mit unerbittlicher Schärfe ausgesprochen werden. In seiner Geopolitik wurde Haushofer zum Anwalt eines macchiavellistischen Systems. Ebenso geriet er, der Antimarxist, in den Bann einer ökonomisch ausgerichteten Geschichtsphilosophie. Der geistreiche Mann, der im Gespräch so oft das hohe Lied des Geistes zu künden wusste, errichtete Theoreme, die eine Entseelung des Staates und der Gesellschaft heraufführen konnten.

Seine geopolitischen Darlegungen wurden von dem suchenden und tastenden Nationalsozialismus gierig aufgegriffen. Haushofer füllte hier ein Vakuum aus. Hitler selbst hat nach Haushofers Zeugnis die einschlägigen Schriften «nur so zerlesen») Andererseits glaubte der Münchener Geopolitiker an Hitlers Sendung. Es erging ihm ähnlich wie dem Historiker Heinrich von Srbik in Wien.

Haushofer berührte sich mit Hitler in dem Gedanken, ein Volk in Waffen zu schaffen. Aber diese Auffassung war bei dem früheren Berufsoffizier eine originäre. Als einstiger Lehrer an der Kriegsschule war er über Gerhard Scharnhorst und über die militärische Wiedergeburt Preussens bestens unterrichtet.

⁸⁾ Adolf Nowakowski, Verfluchte Seele des Dritten Reiches. Ein Nachwort zu Karl Haushofers Tod. Ein Zeitungsausschnitt des Jahres 1946, der mir zuflog, den ich aber nicht zu lokalisieren vermag. In diesem Artikel ist auf ein Interview hingewiesen, das Haushofer einem Mitarbeiter der «Schweizerischen Illustrierten Zeitung» gab.

Von seiner Betrachtung trennt uns eine tiefe Kluft, da er den Wehrwillen als eine aggressive Wehrhaftigkeit ansprach. Ebenfalls wird man es zurückweisen müssen, wenn er im Gegensatz zu Augustin und Rousseau die Existenz kleiner Staaten ablehnte. Für das deutsche Erlebnis ist sicherlich die Existenz einer freien Schweiz mit Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer, mit Jakob Burckhardt und Arnold Böcklin unentbehrlich.

Man hat Haushofer als einen der geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus angesprochen. Mit gutem Grund. Aber es sind gleichzeitig noch andere Namen zu nennen. Überhaupt bedarf es hier, was seine Wirkungsmöglichkeit betrifft, noch schärferer Unterscheidungen. Er stand weit mehr in den Anfängen der Bewegung als in deren Abwicklung. Er hat den Landsberger Häftling stark beeindruckt, aber kaum noch den Berchtesgadener Diktator.

Es ist eine ausserordentliche Übertreibung, wenn man seinen Einfluss auf die nationalsozialistische Bewegung, wie angedeutet, dahin umschrieben hat, er sei die «verfluchte Seele des Dritten Reiches» gewesen. Wer als Historiker diese Zusammenhänge sieht, wird einmal sagen müssen, dass hier noch zahlreiche andere Schrittmacher zu erwähnen sind. So ist Nietzsche zu erwähnen, der allerdings nur teilweise beeindruckt konnte. Es ist der Philosoph Ludwig Klages zu nennen. Andere beriefen sich auf den französischen Grafen Arthur von Gobineau († 1882), den Begründer der historischen Anthropologie und modernen Rassenforschung, der von Ludwig Schemann dem deutschen Leserkreis nähergebracht wurde. Von dort stammt im Besonderen die Lehre von der Überlegenheit und Höherwertigkeit der arischen Rasse. Zum Weiteren sei Houston Stewart Chamberlain († 1927) vermerkt, der Schwiegersohn Richard Wagners, der das hohe Lied der nordischen Rasse zu künden wusste.

Andere Ideen lagen in der Luft, die dann der Nationalsozialismus beschlagnahmte und vergrößerte. So hatte Hitler in Österreich die ungesunde, miasmenhaltige Atmosphäre des dortigen Antisemitismus eingesogen. Ebenso wirkten auf ihn ausschweifende Gedankengänge des Alldeutschtums. Nicht lange nach der Machtübernahme versammelte er in der Berliner Reichskanzlei eine Reihe von Führern der auslanddeutschen Bewegung um sich, um zu versichern, man möge nur Geduld haben. In zehn Jahren würden sie in das Reich heimkehren. So wurde er mehr oder minder der Erbe des Linzer Programms von 1882 und von krausen und grobschlächtigen Vorstellungen, die neben dem älteren Dreigestirn Schönerer, Iro, Wolf neue Zeitgenossen wie Arthur Dinter

(Tendenzroman «Die Sünde wider das Blut», 1918, bereits 230.-235. Tausend 1927) und Theodor Fritsch (Zeitschrift «Der Hammer») ausbreiteten.

Die nächsten Mitarbeiter Hitlers bezogen eine ähnliche Plattform oder nahmen Ausgangspunkte, die für einen verantwortungsbewussten Staatsmann innerlich unmöglich waren. Heinrich Himmler erschien bei der Beisetzung seines Vaters, eines angesehenen Pädagogen. Er machte den Trauergottesdienst eines Requiems am gleichen Tage mit. Aber dann fiel die letzte Hemmung: am Tag nach dem Begräbnis trat er aus der Kirche aus. Er verehrte ja in seiner Herdengalerie besonders den mongolischen Eroberer Dschingis Chan, dessen massloser Ehrgeiz, ausschweifender Imperialismus und dessen erbarmungslose Härte ihm gefielen. Gerade der letztere Punkt will erwähnt sein, wenn man daran denkt, dass einmal zwei ganz junge SS-Leute nach Dachau geschickt wurden. Sie führten einen Ausweis mit sich, der bemerkte, ihre Reise nach dort geschähe zum Zwecke «seelischer Erhärtung». Bei dem gleichen Himmler lag übrigens der Koran auf dem Schreibtisch. So entwickelte sich ein wilder Synkretismus, der Haushofers Einwirkung weithin aufhob oder doch vergrößerte.

Zum zweiten hat der Historiker quellengemäss vorzugehen. Er hat also zu untersuchen, inwieweit die nationalsozialistische Presse, die Zeitschriften, die Literatur Haushofers Gedankengänge aufnahmen und weiterführten. Man wird also den «Völkischen Beobachter», die «Nationalsozialistischen Monatshefte» und andere Organe sorgsam durchsehen müssen. Das aber ist, soviel ich sehe, nirgendwo geschehen. So lange diese Arbeit nicht geleistet ist, wird man mit den Urteilen über Haushofers Einwirkung zurückhaltender sein müssen, als es zuweilen geschieht.

Aber schon jetzt kann man andeuten, dass in literarischen Veröffentlichungen sein Name weniger erwähnt wird, als manche annehmen. Man greife etwa nach Friedrich Stampfers Werk über die Deutsche Republik⁴⁾ oder zu Ludwig Heilbrunns Buch «Kaiserreich, Republik, Nazierrschaft»⁵⁾ und nach anderen Schriften, in denen man seinen Namen vergeblich sucht.

Was seine Beeindruckung der praktischen Politik betrifft, war sein Einfluss auf die innenpolitische Entwicklung völlig unbedeutend. Doch versuchte er, die aussenpolitische Sicht zu beeinflussen. Das geschah in Ausführungen und Vorstellungen, die er mehr bei Hess als bei Hitler machte.

⁴⁾ Die ersten 14 Jahre der Deutschen Republik. Offenbach/Main 1947.

⁵⁾ Hamburg 1947.

So hat er Hess seiner Zeit ein weitgehendes Kolonialprogramm vorgelegt. Es betraf in der Hauptsache den afrikanischen Boden. Er wollte für das überbevölkerte Deutschland einen Überseebesitz erreichen. Er sah auch psychologische Notwendigkeiten, dass hier etwas geschehen müsse. Er drängte dabei auf eine Verständigung mit Frankreich. Aber mit Bitterkeit stellte er fest, dass Berchtesgaden und Berlin seinen Plan zunichte machten. Die Fanatiker der Ostpolitik wollten es anders.

Schon hier lässt sich sagen, dass der Geopolitiker der Aggression mit seiner Theorie nicht allweg durchhielt. Die Praxis machte ihn jedenfalls an dieser, wohl auch an anderen Stellen zum Verständigungspolitiker. Die Annäherung an England erschien ihm im Grunde genommen erstrebenswert.⁶⁾ Der homo practicus war damit lebensnäher. Er wusste also auch um den Ausgleich. Das entsprach im übrigen der Grundnatur seines freundlichen, hilfsbereiten Wesens. Man muss sich hüten, seine Äußerungen in der Zeitschrift für Geopolitik zu stark zu pressen. Widerspruchsvolles tut sich dort auf. Das Temperament ist ihm oft durchgegangen.

Doch die koloniale Frage weckt in mir eine Erinnerung. Die Weimarer Republik hat sich mit dem kolonialen Bereich vielfach beschäftigt. Die Herausstellung der früher bewiesenen kolonisatorischen Befähigung, die Liquidation des Privatbesitzes, die Völkerbundsmandate, das Kolonialrecht, die Kolonialgesellschaften und Verwandtes wollen hier erwähnt sein. In der Tat, nicht erst die Regierung von 1933 hat den Kolonialwillen in ihr Programm einbezogen. Bereits bei den Locarno-Verhandlungen 1925 wurde das Recht auf Kolonien zugesichert. Es war um diese Zeit, da ich im Auftrag der Reichsregierung Kardinalstaatssekretär Ljetro G a s p a t r i aufsuchte, um neben anderen Punkten eine etwaige koloniale Betätigung Deutschlands zu besprechen. Eine derartige Unterhaltung bot nichts Ungewöhnliches. Das Thema der Betätigung deutscher Missionsgesellschaften lag benachbart. Rein informatorisch durfte ich erwähnen, dass Deutschland sich für die portugiesische Kolonie Angola interessiere. Es sei bereit, 200 Millionen Goldmark als Kaufpreis, zu zahlen, vorausgesetzt, dass die Reparationsstaaten zustimmten.

Angola war bereits vor dem ersten Weltkrieg im Auftrag der kaiserlichen Regierung von einem Fachmann bereist worden. Das Votum fiel aber ungün-

⁶⁾ Zur Englandpolitik jenes Zeitalters siehe Ludwig Heilbrunn, Kaiserreich, Republik, Nazierrschaft. Hamburg 1947, S. 120. Doch sind die Veröffentlichungen ausländischer Diplomaten noch eingehend zu würdigen.

stig aus. Man liess daraufhin den Plan eines käuflichen Erwerbs fallen. Ernste aussenpolitische Überlegungen mochten hinzutreten, die abrieten. Aber vor der Mitte der zwanziger Jahre wurde das Land von einem in Südafrika erfahrenen früheren Offizier erneut bereist. Es wurde genau studiert. Diesmal fiel das Gutachten günstig aus. Dieses Ergebnis wurde für die Regierung die nähere Veranlassung, sich für Angola zu interessieren. Als ich mit Eminenz Gasparri diese Zusammenhänge besprach, meinte er, Deutschland käme zu spät. Er sei darüber unterrichtet, dass bereits Mussolini sein Auge auf Angola gerichtet habe.

Diese Mitteilung leitete ich vertraulich an Stresemann weiter. Die Vertraulichkeit ist gewahrt worden. Die Öffentlichkeit hat nie etwas über diese Zusammenhänge erfahren. Es bedarf kaum eines Wortes, dass die Reichsregierung das Angolaprojekt aufgab.

An sich war es zu bedauern, dass die Entente in der Kolonialfrage nicht entgegenkam. Es wäre für den deutschen Betätigungsdrang ein bedeutsames Ventil geschaffen worden. In Hinsicht auf das Jahr 1933 und die Folgezeit wird man für die Haltung der auswärtigen Mächte und des Völkerbundes sagen müssen: Politik der verpassten Gelegenheiten. Aber um auch ein anderes zu berühren, die aufgefundene Denkschrift des Botschafters Herbert von Dirksen berichtet, dass England in der Hitlerzeit bereit war, koloniale Zugeständnisse zu machen. Das britische Kabinett habe im Februar 1939 beschlossen, die Kolonien an Deutschland zurückzugeben.⁷⁾

Doch um zu Haushofer zurückzukehren: ich hatte ihn im Senat der Deutschen Akademie kennengelernt, zu einer Zeit, da sie von nationalistischen Methoden noch nichts wusste. Sie war 1925 von dem Münchener Kirchenhistoriker Georg Pfeilschifter gegründet worden. Sie stiess allerdings auf schärfere Ablehnung führender deutscher Gelehrter, besonders der Berliner Akademie der Wissenschaften. Hier mussten Spannungen ausgeglichen werden. Deswegen sprach ich öfter mit Schmidt-Ott, dem mir nächstehenden Präsidenten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, ebenfalls mit dem Reichsinnenministerium. Es gelang in der Tat, eine mildere Beurteilung der Münchener Gründung heraufzuführen. Pfeilschifter wirkte als erster Präsident bis 1928. Was die Zusammensetzung des Senats betraf, ermangelte er von seinem Münchener Standort her weithin der Personalkennntnis. Aber gute Freunde sprangen hier

⁷⁾ Die Welt Nr. 133 vom 11. Nov. 1948. Diese Denkschrift ist vom sowjetischen Aussenministerium veröffentlicht. – Über Dirksen siehe S. 36 f.

ein. An sich hatte Pfeilschifter ein Recht darauf, den Vorsitz zu führen. Wie wenige andere war er im ersten Weltkrieg als namhafter literarischer Verteidiger der deutschen Kultur hervorgetreten.⁸⁾

Die Begegnung mit Haushofer beschränkte sich damals in der Deutschen Akademie auf eine flüchtige Vorstellung. Zu meiner Überraschung erhielt ich einige Zeit später einen längeren Brief von ihm. Er hatte in der Presse darüber gelesen, dass ich in der Generalversammlung der Görresgesellschaft in Trier 1925 über deutsche Kulturbetätigung im Ausland gesprochen hatte. Nach der wissenschaftlichen Seite hin. Es geschah im Anschluss an die Auslandsinstitute, die die Gesellschaft in Rom, in Jerusalem und in Madrid unterhielt. Er sprach seine Zustimmung zu dieser Auslandsarbeit aus. Jahrelang habe ich ihn dann nicht gesehen. Nur bei Besuchen, die ich bei Pfeilschifter machte, erfuhr ich einiges über seine wissenschaftlichen Arbeiten.

Nach der Machtübernahme Hitlers setzten die Verfolgungen der Partei gegen mich ein. Die Flucht ins Ausland hob an. In der zweiten Reichstagsitzung, die nach der Machtübernahme stattfand, wurden die Reichstagsdiener nach den Plätzen der Abgeordneten Kaas und Schreiber gefragt.⁹⁾ Nach der Sitzung sollte die Verhaftung erfolgen. Wir waren aber beide nicht anwesend. Kaas war nach Rom und ich war nach den Niederlanden und Österreich gegangen. Nach einiger Zeit kehrte ich aus dem Exil zurück, wobei in der Folge die stärkste Beobachtung auf Schritt und Tritt stattfand. Doch traf ich Haushofer in Süddeutschland bei Gelegenheit einer wissenschaftlichen Tagung. Ich fasste mir ein Herz, ihn anzusprechen und über meine bedrängte Lage zu berichten. In vornehmer Form versprach er, zu versuchen, etwas zu meinem Schutz zu tun. Er unternahm auch einiges. Er konnte jedoch meine Absetzung an der Universität Münster nicht hindern.

Der preussische Kultusminister und Reichserziehungsminister Bernhard Rust († 1945) hat jedoch den Antrag des Gaus Westfalen-Nord, mich aus meiner münsterischen Stellung zu entfernen, zunächst unwillig aufgenommen.

⁸⁾ Georg Pfeilschifter, *Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg (Abwehr gegen die Kampfschrift La guerre allemande et le Catholicisme)* Freiburg i. Br. 1915. 11.-13. Tausend 1916. Übersetzt ins Französische, Englische, Italienische, Spanische, Portugiesische und Holländische. Zwanzig Mitarbeiter. In der Redaktionskommission befanden sich neben Pfeilschifter noch Bischof von Faulhaber-Speyer, Heinrich Finke-Freiburg i. Br., Joseph Mausbach-Münster, Heinrich Schrörs-Bonn.

⁹⁾ Ludwig Kaas, Professor des Kirchenrechts in Trier, 1919 in der Nationalversammlung, seit 1920 im Reichstag, Leiter der Trierer Forschungsstelle für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, die mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Beziehung stand.

Rust war seit 1930 im Reichstag. Er legte den Antrag für ein halbes Jahr in seinen Schreibtisch. Wir waren engere Landsleute. Aber ich habe nur ein einziges Mal mit ihm gesprochen, in der ersten Reichstagssitzung nach der Macht-ergreifung. Aber Rust vermochte nicht, dem Druck der Partei, im Besonderen des Gauleiters Meyer von Westfalen-Nord, zu widerstehen. Auch Reichsminister Frick hatte Dr. Wilhelm Berning, dem Osnabrücker Bischof,¹⁰⁾ erklärt: «Wir haben noch mit einem in Münster abzurechnen.» Es war für Haushofer nicht leicht, sich in der Folge für den Verfehmten einzusetzen, der neben früheren Verlautbarungen noch 1932 gegen Hitler und die Bewegung zwei Bücher herausgebracht hatte.¹¹⁾ Er tat es aber dennoch, verstehend und hochherzig. Er hat mich mehr als einmal vor der Verhaftung und vor der Überführung in das KZ., die das Reichsministerium für Erziehung und Unterricht angekündigt hatte, geschützt. Das in Fühlungnahme mit einem preussischen Staatsrat. Er hat deswegen manches Ungemach erduldet. Man sage nicht, dass er ein Opportunist war.

Es stand im Einklang damit, wenn seine Lebensführung schlicht und einfach blieb. Ja, er war in der Sorge für Verwandte und in der hilfsbereiten sozialen Art, die von seiner Frau geteilt wurde,¹²⁾ an scheinend darauf angewiesen,

¹⁰⁾ An dieser Stelle ist die hilfsbereite und vermittelnde Tätigkeit von Bischof Berning zu erwähnen. In zahlreichen Fahrten nach Berlin hat er vielen Bedrängten durch Vorstellungen bei Göring und in den Ministerien zu helfen versucht. Auch in Sachen der Schulen. Häufig hielt er Konferenzen mit den bedrängten Ordensschwestern, zuweilen im Gasthaus der Benediktinerabtei Gerleve bei Coesfeld. Seit Jahrzehnten war er ja pädagogischen Bereichen als Ratgeber zugewandt. Eingehend beschäftigten ihn schulpolitische Vorlagen, im Besonderen das Reichsschulgesetz. Es machte den Osnabrücker Diözesanoberen im Grunde genommen zu einem bemerkenswerten deutschen Kulturpolitiker, auch in Hinsicht auf seine bedeutende Auslandstätigkeit. So war er Teilnehmer an den Internationalen Eucharistischen Kongressen, seit 1921 Präsident des St. Raphaelvereins zum Schutz katholischer Auswanderer, seit 1930 Protektor der deutschen Seelsorge in Osteuropa und Übersee. Seine Vermittlungen in den Berliner Zentralbehörden vollzogen sich in selbstverleugnender und hingehendster Art, die einmal nachdrücklich unterstrichen werden muss. Die Stellung eines Staatsrats, seit 1933, kam ihm anfänglich zu statten. Nur verlor der 1933 geschaffene preussische Staatsrat an Bedeutung. Dass Bischof Berning am Staatsrat sich beteiligte, erfuhr die Billigung Pius XI.

¹¹⁾ Georg Schreiber, Regierung ohne Volk. Eine positive Kritik. Köln 1932. Derselbe, Brüning – Hitler – Schleicher. Köln 1932. Im gleichen Jahre die 16. Auflage. Von der Gestapo in der Folge beschlagnahmt.

¹²⁾ Sie unterhielt gute Beziehungen zu der Dortmunderin Frau Agnes Neuhaus, der Wegbereiterin der Gefährdetenfürsorge, der Gründerin und Vorsitzenden des katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder, bekannt durch ihre Mitarbeit am Jugendwohlfahrtsgesetz. Sie war von 1919-1930 Mitglied des Reichstags.

schriftstellerisch und vortragsmässig noch einiges zu besorgen. Hier öffneten sich die schärfsten Trennungsstriche zu den Mächtigen der Partei.

Doch der Aussenpolitiker Haushofer verlangt noch einige Berücksichtigung. Edmund A. Walsh, Vizepräsident der Georgetown University, hat die Frage aufgeworfen, ob Haushofer nicht dazu übergegangen ist, Japan für Deutschlands kriegerische Eroberungen einzuspannen.¹³⁾ Der Münchener Professor hat im Gedankenaustausch mit Walsh seinerseits darauf hingewiesen, dass es bei den Zusammenkünften mit den Japanern sich nur, um Besprechungen über kulturelle Zusammenarbeit gehandelt habe. Von Haushofer, den ich nur hier und da in aller Vorsicht – wegen der scharfen Beobachtung der Gestapo – traf, bin ich nicht eingeweiht worden. Aber ich möchte annehmen, dass seine Mitteilung doch zutrifft. Einmal war sein Interesse zur Auslandskulturpolitik recht lebendig. Zum Weiteren war für die politischen Beziehungen zu Japan schliesslich Berchtesgaden und das Auswärtige Amt, nicht aber Haushofer massgebend, wenn man ihn auch informatorisch verwenden mochte.

Ein weit Wichtigeres: ganz allgemein wird die politische Stellung Haushofers masslos und ungeheuerlich überschätzt, wenn er, wie angedeutet, als die «verfluchte Seele des Dritten Reiches» angesprochen ist. Für diese Annahme hat man selbst literarische Auslassungen späterer Jahre herangezogen. Aber man übersieht die gewaltige Kluft, die zwischen diesen und jenen Äusserungen in der Zeitschrift «Geopolitik» und dem konkreten Ablauf der politischen Dinge sich öffnet. In Wirklichkeit lag es 30, dass er, wie bereits angedeutet, den Anfängen des Nazismus ideologisch zur Seite stand. Man nahm geistige Anleihen bei ihm auf, aber nur für einige Bereiche. Jedoch in der Folge ging seine Einwirkung mehr und mehr zurück.

Die praktische Politik heischte ihr Recht. Andere Männer traten um Hitler. Sie entstammten der Kampfzeit der Bewegung, der SA, der SS. Haushofer lag es nicht, sich mit den Teilnehmern der Saalschlachten und Wahlkämpfe zu messen. Ihm fehlte die robuste Haltung, seine ursprüngliche Stellung zu verteidigen. Neben der sich vordrängenden Art von Ribbentrop, die er scharf kritisierte und überdies als kurzsichtig und anmassend kennzeichnete, kam er nicht auf. Ribbentrop wurde schon früh Brigadeführer der SS. Haushofer wur-

¹³⁾ Wahre statt falsche Geopolitik (Forum Academicum). Frankfurt a. M. 1946, S. 10.

de ein solcher Rang nie zuteil. Für die Geltung innerhalb der Partei waren derartige Auszeichnungen keineswegs gleichgültig.

Andere Voraussetzungen fehlten, um sich aussenpolitisch und nachhaltig einzuschalten. Es ermangelte ihm die *stabilitas loci* in Berlin. München war kein geeigneter Standort. Das Reisen fiel ihm in späteren Jahren nicht ganz leicht, da er gesundheitlich nicht fest war. Er hat in früheren Jahren mit der Tuberkulose zu kämpfen gehabt. Ein Halsleiden trat hinzu. Anfangs der 1940er Jahre machten sich bei einem längeren Gespräch bereits Erschöpfungszustände geltend.

Es fehlte ihm im Übrigen für das öffentliche Leben der kurulische Sessel. Er wurde weder im Kabinett noch im Auswärtigen Amt verankert. Er wurde auch kein Reichsleiter. Er wurde noch nicht einmal Mitglied des Reichstages, wie das den Professoren Martin Spahn, Axel Frhr. von Loringhoven und dem erwähnten Wiener Historiker von Srbik beschieden war. Er blieb einfacher Professor, ja er wurde seiner Stellung als Präsident der Deutschen Akademie später enthoben.

Doch nun ist seines Verhältnisses zu Rudolf Hess zu gedenken. Das war mehr oder minder besonders in späteren Jahren der einzige Weg, um an Hitler Mitteilungen gelangen zu lassen. Es war ein enges Band, das beide Männer, Hess und Haushofer, verknüpfte.

Eine andere Erinnerung legt sich in diesem Zusammenhang nahe. Als Hitler den Kabinettsmitgliedern das Goldene Parteiabzeichen überreichte, bemerkte er, als er es dem Reichsminister Johannes Popitz übergab: «Dem Berater und Warner.»¹⁴⁾ Doch galt dieses Diktum mehr für die Anfänge der Hit-

¹⁴⁾ So hat es Johannes Popitz einem gegenseitigen Freunde nach der Überreichung berichtet. Es wird zur Zeit Material über das Schicksal des Reichsministers gesammelt. Einiges durfte ich beisteuern. – Popitz, seit 1922 Honorarprofessor an der Berliner Universität, war 1925 Staatssekretär im Reichsfinanzministerium. 1932/33 wurde er mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Finanzministeriums betraut. Zugleich wurde er zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt. In seinem Verhältnis zu den deutschen Ländern zeigt sich ein gewisser unitarischer Zug, der aber nicht überlaut hervortrat. Er war kühl und gemessen, von ausgesprochener Sachlichkeit, dabei eine feinsinnige Natur, Wissenschaft und Kunst zugewandt, mit einem erstaunlichen Interesse z.B. für die Archäologie. Selbst bei Etatkürzungen fand man bei ihm für kulturpolitische Notwendigkeiten Verständnis. Zu seiner Würdigung vgl. das Sammelheft «Kultur und Steuergesetzgebung, Zusammenhänge von Finanzpolitik und Kulturpolitik» von Maximilian Frhr. v. Biegeleben, Albert Hensel, Johannes Popitz, Georg Schreiber (Schriften zur deutschen Politik, hrsg. von Georg Schreiber, Heft 15 und 16, Freiburg i. Br. 1926). Siehe auch Stampfer, Deutsche Republik, S. 527, 558.

ler-Regierung. Verloren doch die Kabinettssitzungen an Bedeutung.

Bereits Anfang der 1940er Jahre fürchtete Popitz um seine persönliche Freiheit. «Es kann sein, dass ich jeden Tag durch Soldaten oder Gestapo abgeholt werde.» Diese Äusserung übermittelte mir ein persönlicher Freund, dem auch Popitz sehr nahestand. Dabei war Popitz mutig und entschlossen genug, die Widerstandsbewegung zu fördern. Er hat diesbezüglich durch seinen Ministerialdirigenten E. Burkart auch mit mir die Fühlung aufnehmen lassen. Mit Burkart hatte ich Besprechungen in Berlin, auch in Greven i. Westf., im Hause des Rechtsanwalts und Notars Göttker-Schnetmann. Anderes über die Stellung von Popitz in der Widerstandsgruppe mag man in den Tagebüchern von Ulrich von Hassell oder bei Hans Bernd Gisevius nachlesen.¹⁵⁾ Popitz war zeitweilig von einer Berliner Widerstandsgruppe als Reichserziehungsminister in Aussicht genommen. Aber es stimmt nicht ganz, wenn Paul Fechter bemerkt: «Er ist es gewesen, der aus der Mittwochsgesellschaft langsam und vorsichtig eine unauffällige Zelle des Widerstandes machte; er hat bei jeder Gelegenheit versucht, Menschen, die als Gegner des Systems in Gefahr geraten waren, zu helfen, sie mit Hilfe seiner Verbindungen dem Netz zu entziehen, in das sie sich verstrickt hatten.»¹⁶⁾ Popitz war mit Hilfsaktionen sehr vorsichtig, da er fühlte, wie seine eigene Stellung sich zusehends abschwächte. Man soll auch seine Wirksamkeit in der Mittwochsgesellschaft nicht überschätzen, wenn sie auch ein bequemes Ausspracheforum war. Gesinnungsmässig ging er allerdings mit anderen Widerstandsleuten zusammen. Er hat auch ausserhalb der Mittwochsgesellschaft öfter Besprechungen in Sachen des Widerstands gehabt, die sich wohl noch wichtiger als am Mittwoch anliessen. Mehr als das. Nach dem Judenprogramm vom November 1938 hat er in höchster Erbitterung Göring um seinen Abschied gebeten, ohne jedoch von ihm eine Antwort zu erhalten.¹⁷⁾ «Zuletzt war er einer der Extremisten.»¹⁸⁾ Popitz wurde am 21. Juli 1944 verhaftet und am 2. Februar 1945 hingerichtet.

Man kann die oben erwähnte Wendung vom «Berater und Warner» auch auf die Beziehungen anwenden, die sich zwischen Hess und Haushofer aufta-

¹⁵⁾ Vom andern Deutschland, im Register S. 406; H. B. Gisevius, Bis zum bitteren Ende. 2 Bde. Darmstadt 1947, siehe hier im Register Bd. 1, S. 420, Bd. 2, S. 384.

¹⁶⁾ Fechter, Menschen und Zeiten. Gütersloh 1948, S. 387. Audi Gisevius, 2, S. 257, entzieht sich solch weitgehenden Folgerungen.

¹⁷⁾ Hassell, S. 38. 46.

¹⁸⁾ Gisevius, 2, S. 185.

ten. Aber der Letztere war sich bald klar darüber, dass sein jüngerer Freund in der Partei auf übermächtige Widersacher stiess; dass zu allem seine Initiative nicht sonderlich gross war. Er war mehr rezeptiv als konstruktiv.

Dafür nur ein einziger Vorgang, der allerdings recht bezeichnend ist. Haushofer hatte in der Partei viele Gegner, wie es Männern ergehen musste, die von geistigem Format waren. Es kam hinzu, dass er das Parteiabzeichen nicht geflissentlich zur Schau stellte. Die Gegner erkannten zudem bald die besondere Schwäche seiner Stellung. Das war die jüdische Abstammung seiner Frau. Dieserhalb wurden ihm zeitweise sogar die Vorträge am Radio verboten. Nun setzten gewisse Bemühungen von Hess ein, eine politische Legitimierung der Kinder heraufzuführen. Der Stellvertreter des Führers erklärte seinerseits die Kinder von Haushofer als Edelarier. Er gab dieses schriftlich. Aber Hess konnte es nicht durchsetzen, dass eine entsprechende Verlautbarung von Seiten Hitlers erfolgte. Man wartete darauf. Aber diese Erklärung kam nicht. Besonders Frau Haushofer war sehr enttäuscht.

Was ihre Abstammung betraf, so entstammte sie einer Generationslinie, die auf einen spanischen Bankier zurückgriff. Zum anderen war sie über das gräfliche Haus Spreti im 26. Grad mit der hl. Elisabeth von Thüringen verwandt. Das war säuberlich in einem Stammbaum ausgewiesen, den Haushofer zur Hand hielt. Er liebte das Genealogische ganz besonders. Er schätzte deswegen auch meinen Mitarbeiter Joseph Demleitner, Pfarrer in Eschenlohe, im Vorfeld von Garmisch-Partenkirchen, sehr hoch ein. Dieser Genealoge war in der deutschen Familienforschung als führend anzusprechen.¹⁹⁾ Wie wenige andere ist Demleitner dabei in die Physiognomie des oberbayerischen Bauerntums eingetreten. Im übrigen war Frau Haushofer eine geborene von Doss. Sie war somit, was sie gern bemerkte, nächste Verwandte des grossen Jugendpsychologen Adolf von Doss. Auch dieser führte Künstlerblut mit sich, wenn er als Opern- und Oratorienkomponist sowie als Herausgeber geistlicher Musik hervorgetreten war.²⁰⁾

¹⁹⁾ Siehe J. Demleitner, Familienkunde und Volkskunde, bei Georg Schreiber, Volk und Volkstum. 3 Bde. München 1935-38. Bd. 1, S. 231 bis 241; Derselbe, Bäuerliche Bevölkerungsbe-
wegung in Oberbayern, Bd. 2, S. 59-76; Derselbe, Der Weg zur Volksgenealogie, Bd. 3, S. 314
ff. Demleitners Methode wurde sogar vom Reichsinnenministerium als massgeblich anerkannt.

²⁰⁾ Geboren 1825 im niederbayerischen Pfarrkirchen, gestorben 1886 zu Rom im Germanikum.
Siehe Ludwig Koch bei Michael Buchberger, Lexikon für Theologie und Kirche 3, Freiburg i.
Br. 1931, Sp. 428.

An einer bestimmten Stelle war die Freundschaft mit Haushofer auch für Hess vorteilhaft. Das betrifft seinen Flug nach Schottland. Zwei Visitenkarten führte er mit sich, eine von Karl Haushofer, eine andere von Albrecht Haushofer. Diese Legitimation war ihm anscheinend wertvoll. In der Tat konnte Lord Halifax, wie man erfuhr, sich nicht mehr darauf besinnen, dass er Hess bei der Olympiade in Garmisch-Partenkirchen kennengelernt hatte. Die Vorstellung war eben eine rein äusserliche gewesen. Nähere Nachrichten über diesen Flug, der anscheinend verstiegene, völlig unmögliche Friedensangebote mit sich führte, empfing Haushofer von dem schwedischen Asienforscher Sven Hedin. Zum anderen muss der Informationsdienst bei Hess recht schlecht gewesen sein. Lord Halifax befand sich damals nicht in Schottland, sondern in Ägypten und musste erst nach der Landung herbeigeht werden.

Die innere Beziehung zu Hitler und seinem System hatte sich bei Haushofer inzwischen gelockert. Das Ende des Jahres 1937 und mehr noch 1938 bezeichneten Wendepunkte. Mit ernststen Sorgen sah der frühere General militärisch in die Zukunft. Manche der inzwischen aufgestiegenen Generale waren ihm persönlich bekannt. Er war ihr Lehrer auf der Kriegsschule gewesen. Er hatte Urteile über ihren Wert und Unwert. Er verurteilte es, dass sie auch als Persönlichkeiten in starke Abhängigkeit gerieten. Dazu fürchtete der Geopolitiker, dass Deutschland trotz seiner Expansion den Weltmächten mit Bestimmtheit unterliegen würde. Sein Urteil, nüchtern und klar, war hier unbestechlich.

Innenpolitisch wurde er mehr und mehr durch die Gewalttaten der Partei bedrückt, durch die sich häufenden Eingriffe in Eigentum, Freiheit und Leben, die Fritz von Hippel vom Grundsätzlichen näher gekennzeichnet hat.²¹⁾ Sie ergriffen selbst seinen Freundeskreis. Bittere Worte fielen von Haushofer über die «bösen Fünf», die als unverantwortliche Ratgeber Hitler beeinflussten. Diese Folgewirkung des totalitären Standpunktes hatte Haushofer nicht erwartet. Der Bumerang flog zurück.

Haushofer machte für seine Freunde manchen Weg zum Reichserziehungsministerium, um zu vermitteln und auszugleichen. Meist erfolglos. Darin kennzeichnete sich die Tatsache, dass der Einfluss Münchener Kreise zurückging. Andererseits hatten die Gauleiter gelernt, die direkte Fühlung mit dem Reichsministerium aufzunehmen. Es wirkte auch erschwerend, dass sich Rust um die Angelegenheiten seines Ministeriums nicht sonderlich kümmerte. Da

²¹⁾ Die nationalsozialistische Herrschaftsordnung, S. 11.

war etwa Ministerialrat Dr. h.c. Donnevert, eine der besten Kräfte, die aus dem alten Reichsinnenministerium zum Reichserziehungsministerium übernommen wurden. Ein älterer Beamter von Schrot und Korn, der feingebildete und getreue Eckart der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der freundwillige Helfer von Friedrich Schmidt-Ott, dem Präsidenten dieser Notgemeinschaft (Deutsche Forschungsgemeinschaft). Er war seit seiner Berufung über ein Jahr im Ministerium, ohne je vom Minister empfangen zu werden. Man hatte ihn in einen Abstellwinkel gesetzt. Donnevert hatte mich schon früh unterrichtet, dass Frick bereits vorher um den Reichstagsbrand wusste.

Die eben gegebenen Hinweise in Sachen des Reichserziehungsministeriums sollen nicht besagen, dass nicht einige sachliche Abwicklungen in dieser Reichsbehörde Unter den Linden getätigt wurden, besonders im Sektor der Hochschulen. Ältere Beamte – man gedenkt gern der Namen des Ministerialdirektors von Staa, des Ministerialdirigenten Südhoff, des Ministerialrats von Rottenburg und einiger anderer – haben hier und da mit Erfolg versucht, sich einzuschalten und zu mildern. Doch manche von ihnen mussten bald gehen. Die radikale Linie wuchs zusehends stärker heraus.

Der Druck von aussen wurde nachhaltiger. Manche parteipolitisch eingestellte Rektoren, mehr aber noch Dozentenführer und Studentengruppen übten eine Nebenregierung aus. Inspektoren und Institutsangestellte beteiligten sich an einer unwürdigen Überwachung. Sie hatten Voten über erstklassige Forscher abzugeben. Schwarze Listen und Kartotheken hielten den Grad der Verfehlung fest. Da existierten Reichsordinarienlisten. Sie enthielten die Namen von Anwärtern, die einmal zu ordentlichen Professoren berufen werden sollten. Diese Listen ermangelten nicht der Sachlichkeit. Aber die Übernahme dieser Anwärter wurde praktisch durch den Umstand bestimmt, ob sie der Partei genehm und gefügig waren. «Sein abhängiges Verhältnis zur Kirche macht es unmöglich, diesen Mann zu berufen.» So erklärte ein Ministerialdirektor in Sachen eines Chirurgen, der bereits den Sauerbruch-Preis erhalten hatte und an zweiter Stelle auf der Reichsordinarienliste stand. Wer andere Zusammenhänge schärfer überprüfen will, greife zu dem inhaltreichen Manuskript des aufrechten Münsterschen Mathematikers Heinrich Behnke, betitelt «Im braunen Sturm». Es konnte noch nicht in den Druck überführt werden.

Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass es Rektoren, Dekane, Dozentenführer und Institutsangestellte gab, die innerlich Widerstand leisteten.

ten. Sie gingen darüber hinaus. Sie suchten die Bedrohten zu unterstützen. Die Zahl dieser stillen Helfer, die Front der verbissenen Schweigsamen, war ansehnlich. Sie zählte selbst unter den Studenten zahlreiche Anhänger. Wussten letztere doch kritische Äusserungen von Professoren, die an den Zuständen unmutig trugen, zu verschweigen. Mehr als das. Da war in der juristischen Fakultät einer Hochschule ein Student, der zu einem mir gut bekannten Professor des Völkerrechts sagte: «Herr Professor, ich bekomme im Monat 400 RM von der Gestapo, um Ihre Vorlesungen zu überwachen und über diese zu berichten. Aber fahren Sie ruhig fort, Ihre Vorlesungen so zu halten, wie Sie das tun. Sie können beruhigt sein.» Dass dieses Wohlwollen sich in München zum aktiven Widerstand studentischer Flugblätter verdichtete, dass eine Studentenrevolte in den Tagen vom 16.-18. Februar 1943 stattfand, ist bekannt. Sie wurde mit Hinrichtung der Studierenden Sophie und Hans Scholl am 22. Februar 1943 quittiert. Am 26. Juli 1943 wurde ebenso Professor Kurt Huber, Verfasser des Aufrufs der Geschwister Scholl, ermordet.

Trotz der bitteren Erfahrungen, die Haushofer im Hochschulsektor und weit darüber hinaus machte, blieb die Freundschaft mit Hess bestehen. Er benutzte sie, um seine Sorgen und Warnungen ihm einzuhämmern. Dabei begleitete ihn die Hoffnung, die allerdings schwach genug war, dass seine Mahnungen irgendwie doch nach Berchtesgaden weitergetragen würden. Allerdings scheint es so, dass Haushofers Privathaus in München in der Kolbergstrasse 18 für solche Konferenzen weniger aufgesucht wurde. Dagegen liess sich Hess hier und da auf der Partnachalm sehen, wo der General ein Berghaus für seine Enkel gebaut hatte. Ebenfalls traf man sich auf dem Hartschimmelhof. Da war es an einem sonnenheissen Tag, dass sich dort in der Alpenlandschaft mächtige Gewitterwolken zusammenballten, Unheil drohend. «Siehe das Gewitter, was aufsteigt,» sagte Haushofer zu Hess. «Lasst Euch warnen. Wenn Ihr meint, Ihr müsstet Krieg mit Russland machen, so mögt Ihr wissen, ein unheilvolles Gewitter, ja ein Orkan wird sich über Euch entladen und Euch vernichten.» Hess aber glaubte an den Stern der Partei. Und doch musste ein Stachel zurückgeblieben sein. Sonst wäre der Flug nach England (10. Mai 1941) nicht erfolgt. Man mag diesen jedoch als eine Affekthandlung ansprechen. Staatsmännische Überlegung ging nicht mit.

Eine weitere Distanz zur Bewegung schuf Haushofers Sohn Albrecht. Er kam in den Spuren des Vaters vom geographischen Studium. Er wurde Generalsekretär der Gesellschaft für Erdkunde. Er half als Mitherausgeber der Zeitschrift für Geopolitik. Weniger bedeutend war es, dass er Leiter des Geopo-

litischen Seminars an der Hochschule für Politik wurde, wenn er auch Attachés unterrichtete. Diese Hochschule hatte nicht mehr das Ansehen und die Schlagkraft, da Ernst Jäckh der Leitung näherstand, als wir mit C.H. Becker, Viktor Bruns, Otto Hötzsch, Heinrich Triepel u.a. die Anwärter des Auswärtigen Amtes unterrichteten und ihnen die Abschlussprüfung abnahmen. Es gab dort reichlich zu tun. Eine Erinnerung. Dort war es, wo ich die jungen Leute, Assesoren, Referendare, Doktoren, Wirtschaftler nach der Staatsauffassung und Philosophie von Hegel fragte. Niemand vermochte zu antworten.

Albrecht Haushofer schuf sich eine festere Stellung, als er Professor an der Auslandsfakultät der Berliner Universität wurde. Diese Einrichtung einer fakultätsmässigen Ausrichtung der Auslandskunde war ein Experiment, das in sehr angesehenen Wissenschaftskreisen auf starken Widerstand stiess. Doch mehr als ein Professor dieser neuen Gruppierung fand den Weg zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt.

Der nationalsozialistischen Bewegung hat sich der junge Geograph schon früh zugewandt. Nicht laut und lärmend. Hier und da versuchte er aber, einen Intellektuellen mit Argumenten zu überzeugen. So wandte er sich bereits 1931 an einen mir bekannten Berliner Journalisten, an Walter Hagemann. Aber er erhielt eine Absage.

Den Wissenden waren die ausgezeichneten Beziehungen Albrecht Haushofers zu namhaften politischen Kreisen Englands bekannt. So geschah es, dass er in Fühlungnahme mit dem Aussenamt vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges nach London ging. Sein selbständiges und kluges politisches Urteil machte ihn zu einem guten Beobachter. Mit ernstesten Sorgen kehrte er zurück. Er hatte an der Themse untrüglich festgestellt, dass ein Angriff auf Polen unweigerlich das Eingreifen der Westmächte nach sich ziehen würde.

Über seine Sendung hat er mir später einmal eingehend berichtet. Zufällig traf ich ihn auf dem Hartschimmelhof. Es war meine erste und eingehendere Besprechung. Es sprach sich draussen zwangloser. Mit meinen Besuchen bei General Haushofer musste ich, wie schon angedeutet, vorsichtig sein, da sie beobachtet wurden. Sein Münchener Haus, Kolbergstrasse 18, wurde von der Gestapo umlauert. Dort konnte man sich kaum blickenlassen. Jeder telefonische Anruf musste unter Decknamen erfolgen. Bei meinen Münchener Verwandten erschien die Gestapo, um zu fragen, ob ich bei ihnen in der letzten Nacht mich aufgehalten habe. So war es leichter, Karl Haushofer hier und da

auf der Partnachalm und auf dem Hartschimmelhof aufzusuchen, in dessen Nähe das mir gut bekannte Benediktinerpriorat Andechs lag.

So sass ich mit Albrecht Haushofer an jenem Nachmittag ungestört in der Fülle der herrlichen Baumgruppen, die sich über den Berghang zogen. Es war ein wundervoller Sonnentag. Sanft glitten die Hänge zum Ammersee hinab, dessen weite Wasserfläche sich nordwärts verlor. Am Horizont zeichneten sich majestätisch die Schneeberge Tirols ab. Wenn sich der Blick nach dort wandte, geschah es an anderen Tagen schon, dass Haushofer senior mit bitteren Worten des dortigen Gauleiters Hofer gedachte. Haushofer meinte, dass sich Hofer an der eigensten Wesenheit dieses kernigen Bauernlandes versündige.

Wir waren allein. Es war die Zeit nach dem Mittagstisch, da der leidende Vater ruhte. Was Albrecht Haushofer mitzuteilen hatte, war von ihm in eine Denkschrift gebracht worden. Er liess sie Ribbentrop zugehen. Sie missfiel dem Aussenminister auf das Äusserste. Auch Hitler lehnte sie nach Einsichtnahme schroff ab. Man wollte von den Warnungssignalen, die der Beobachter der Londoner Politik aufgerichtet hatte, nichts, rein gar nichts wissen. Man sah darin geradezu einen persönlichen Affront.

Derart berichtete er. Als er so neben mir unter der riesigen Eiche sass, inmitten einer lebensfrohen Natur, inmitten der jubelnden Fanfaren eines alpinen Sommertages, packte mich die Sorge über sein künftiges Geschick. Wer zuviel wusste, war auf das äusserste bedroht. Für mich, den Volkskundler, hatte die Eiche, die wir sonst in der westfälischen Heimat so lieben, etwas Kassandrahaftes. Gilt sie doch in der Folklore weithin als ein unheimlicher Baum. Sie wurde eben in der heidnischen Zeit so stark verehrt. Man erinnere sich an die Donar-Eiche, die niedergeschlagen wurde.

Albrecht Haushofer fiel in der Tat bald in Ungnade, wenn das auch nicht gleich äusserlich heraustrat, wenn er auch einige Zeit vorher noch in Japan politisch oder kulturpolitisch tätig gewesen war. Jedenfalls wurde er von der Clique, die sich um Hitler stellte, mit Fragezeichen und misstrauisch angesehen. Walsh spricht von «den engen Beziehungen zu den Männern, welche die Aussenpolitik der Nazis machten».²²⁾ Gemeint sind offenbar die Jahre 1937-1941. Doch bezweifle ich, dass um das Jahr 1940 sein praktischer Einfluss noch bedeutend war. Für viele war er der geduldete «Judenstämmling», um den gehässigen Sprachgebrauch jener Zeit anzuwenden. Für andere war er der Sohn ei-

²²⁾ Die Tragödie Karl Haushofers (Neue Auslese, 2. Jg., März 1947), S. 25.

nes Mannes, der seit 1938 von Hitler nicht mehr empfangen wurde, dessen Stern also im Absinken war.

Darin hat Walsh allerdings recht, dass Albrecht mit der Ostpolitik Hitlers höchst unzufrieden war. Ja, er erschauerte. Er hatte das richtige Gefühl, mit dem Angriff auf Russland treiben wir in eine Katastrophe. Mit Wissen von Hess hat er, wie Walsh weiter mitteilt, 1941 Friedensfühler nach England ausgestreckt.²³⁾ Das geschah damals in Genf. Auch Ulrich von Hassell's Tagebücher wissen, dass sich eine Begegnung des Botschafters am 10. März 1941 mit Albrecht vollzog, «der immer noch von Hess verwendet wird». Man unterhielt sich darüber, dass eine Verhandlungsmöglichkeit mit den Kriegsgegnern nur bei Regimeänderung gesehen wird.²⁴⁾ Hassell will Albrecht mit seinen Beziehungen zur Schweiz helfen. Um diese Zeit ist es, da Albrecht ob der Unerträglichkeit der Zustände einer der Träger der bewusst erfassten Widerstandsbewegung wird. Als sein Vermittler nach England wirkt Karl Burckhardt, Professor der Geschichte, seit 1933 Mitglied der Internationalen Kommission vom Roten Kreuz in Genf.

Albrechts und des Vaters ausserordentliche Sorgen in Sachen des Zusammenstosses mit Russland sind, wie erwähnt, auch Hess mitgeteilt. Sie dürften sich insoweit geltend gemacht haben, dass Hess nach England flog. Er handelte im Zeichen aufflackernder Besorgnisse, und doch führte er eine Verkenning der politischen und militärischen Gesamtlage mit sich. Hess fehlten hier letzte Klarheiten. Es wurde schon angedeutet, dass es anscheinend Unmöglichkeiten waren, was an Friedensvorschlägen überbracht wurde. Im übrigen darf man annehmen, dass sich in der letzten Zeit das Verhältnis von Hess zu Albrecht etwas abschwächte. Es wurde berichtet, dass sich Hess mehr durch den Adjutanten sprechen liess. Schon 1941, nach dem Flug des Stellvertreters, wurde Albrecht mit anderen verhaftet, die Hess näherstanden. Im Sommer 1941 ist er wieder frei geworden.²⁵⁾ Aber die Verhaftung bedeutete wie bei vielen anderen ein ungünstiges Vorzeichen.

Die Wege wiesen ihn zur Widerstandsbewegung.²⁶⁾

Diese hat bereits 1939 eingesetzt.²⁷⁾ Im Jahre 1941 hat sie sich wesentlich verstärkt.²⁸⁾

²³⁾ Ebda.

²⁴⁾ Hassell, Vom andern Deutschland, S. 185.

²⁵⁾ Hassell, Vom andern Deutschland, S. 215.

²⁶⁾ Fechter, Menschen und Zeiten, S. 355 ff. – Hassell, Vom andern Deutschland, S. 338.

²⁷⁾ Zu den Persönlichkeiten, die an aktiven Widerstand dachten (Karl Friedrich Goerdeler, Ulrich von Hassell, Ludwig Beck, Wilhelm Canaris, Karl Langbehn, die Gewerkschaftskreise um

Mehr als ein Moment will in dieser Hinsicht beachtet sein. Da wird uns ein Besuch Albrechts bei Otto Kiep im Grunewald mitgeteilt. Den langen Kiep kannte ich durch seine Besuche im Reichstag sehr gut. Seine offene, freimütige und zugleich kenntnisreiche Art, sein besonderes Verständnis für Pressewesen,

Leuschner, Letterhaus und viele andere), gehörte ebenfalls Emil Georg von Stauss. Nicht gleich, aber dph bereits am Ende der 30er Jahre. Er wurde zunächst von den Nazis gefördert. Er war nach der Machtübernahme Vizepräsident des Reichstags, in den er 1930 eingetreten war. Er wurde von Göring 1933 zum Mitglied des Preussischen Staatsrats ernannt. Ihm wurde überdies eine führende Stellung in der Filmindustrie zugewiesen. Zudem blieb er Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, in deren Leitung er bereits 1915 als Nachfolger Helfferichs berufen wurde.

Früher verband mich mit dem angesehenen Mitglied der Fraktion der Deutschen Volkspartei, also in der vornazistischen Zeit, das gemeinsame Interesse an sozialkaritativen Belangen in Sachen der Studentenschaft. Wir waren zusammen im Vorstand der Studentischen Wirtschaftshilfe. Dann verlor ich ihn längere Zeit aus den Augen infolge der Spannungen, die ich zu den Nazis hatte. Aber es gab in Berlin, wenn ich auf der Preussischen Staatsbibliothek arbeitete, ein gelegentliches Treffen. Man sprach mehr über alltägliche Dinge. Aber als ich ihm an der Wende der 30er Jahre begegnete, flammte es in ihm auf. Er sprach sich aus. Die Zustände waren unerträglich. Er war scharf und nachdrücklich gegen die Partei eingestellt. Er wünschte in drastischen Ausführungen eine andere Regierung. Auch die Tagebücher von Ulrich von Hassell (S. 21, 22, 25, 72, 98) weisen auf eine Umkehr bei Stauss hin.

Stärkere Beziehungen zu den Widerstandsgruppen fand Ferdinand Sauerbruch. Doch er mag darüber einstmals selbst berichten. Nur sei schon jetzt gesagt, dass er nach wie vor Juden behandelte; dass er zum Weiteren Generaloberst Beck in seiner Klinik schützte. Er hat es selbst gewagt, um hier Gisevius (Bis zum bitteren Ende, 2, S. 275) zu ergänzen, den Rekonvaleszenten auf einen Familienbesitz in Sachsen zu senden. Der Chirurg wurde daraufhin von der Gestapo scharf angelassen. Aber er blieb dabei, Hass Generaloberst Beck auf dieser Besetzung sich wider zu kräftigen habe. Sauerbruch hat sich auf das Schärfste dagegen gewehrt, dass Lungenkranke in Gaskammern geschickt wurden. Ein Dekret dieser Art stand bevor. Es ist wesentlich durch den Chirurgen verhindert worden.

Meine Besuche bei ihm wurden trotz einiger Vorsicht stark beobachtet. «Sie hatten vorgestern Besuch von Prof. Schreiber», sagte Heinrich Himmler zu Sauerbruch, als er ihn gesellschaftlich traf. «Was wollte er eigentlich?» Und wiederum wurde ein anderes Mal Sauerbruch in der Charite von der Gestapo angerufen: «Sie hatten gestern Besuch von Professor Schreiber. Haben Sie mit ihm ein politisches Gespräch geführt?» Diese Nachfrage begab sich zu verschiedenen Zeiten. Sauerbruch stand auch sonst unter schärfster Überwachung. Er war aber klug genug, nach draussen sich verbindlich zu geben.

Die Deutsch-Hannoversche Partei rührte sich ebenfalls. Sie sandte im Auftrag des Abgeordneten Alpers einen Vertrauten zu mir nach Münster; wiederum empfing ich den Besuch von

waren bereits in der Vornazizeit geschätzt. Wir haben öfter über Wege zur amerikanischen Politik und Kultur gesprochen, auch über das Amerika-Werkstudententum.²⁹⁾ Kiep war von 1931-1934 Generalkonsul in New York. Er wurde dann aber entlassen und als Gesandter a. D. geführt. Bei den Freunden der

Seeloos, einst Konsul in Sidney. Er war ein Schüler meines Freundes Konrad Beyerle, des Münchener Juristen. Er war ebenso Teilnehmer an den Vorlesungen und Übungen, die ich für die Attachés des Auswärtigen Amtes hielt. Seeloos berichtete mir über die Vorbereitungen in München, das Regime zu stürzen. Seine Ausführungen waren hoffnungsvoll, was den kommenden Umschwung in Oberbayern betraf. Seine Prognose war richtig. Die Dolmetscher-Kompanie hatte gut gearbeitet. Heute ist er als Staatsrat Vertreter Bayerns in Stuttgart und Frankfurt.

In rheinischen Bezirken war es der frühere Reichstagsvizepräsident Abgeordneter Esser, der Kreise des Zentrums an sich heranzog. Auf der Ministerliste einer anderen Widerstandsgruppe erschien auch der kernige westfälische Reichstagsabgeordnete Franz Bornefeld-Ettmann aus Wadersloh i. W. Man hatte ihm das Reichsernährungsministerium zugeordnet.

An der Seite von Klemens August Graf von Galen stand der Dompropst Universitätsprofessor Dr. Adolf Donders in Münster. Der gefeierte Redner trat nicht selbst aktivistisch als Träger einer Widerstandszelle hervor. Aber der unerschrockene Prediger übertrug in seiner nicht minder freimütigen Sprache die Gedankenwelt des kämpferischen münsterischen Bischofs auf die Domkanzel. Man nehme nur sein homiletisches Werk «Christusbotschaft», einen Sammelband von Predigtentwürfen (Kevelaer 1936, 9. Tausend). Was dort über die Rasse, das Alte Testament, Nation, Volkstum u.a. gesagt ist, erinnert in der Ablehnung nationalsozialistischer Grundsätze an die ebenfalls widersprechenden Predigten des Kardinals Faulhaber (München), des Erzbischofs Gröber (Friburg i. Br.), des Bischofs Bornwasser (Trier), der eine berühmte Auseinandersetzung mit einem nationalsozialistischen Staatsrat aus Köln hatte. Übrigens hat Donders einem antinazistischen Minister zur Flucht nach Holland verhelfen und ihm zweifelsohne das Leben gerettet. Auch sonst hielt er in Westfalen und am Niederrhein viele zusammen. Aber all das, was sich regte, war unter der ausserordentlich scharfen Beobachtung sehr erschwert. Über Münster («Dornröschenschlaf») ist Gisevius, a.a.O. 1, S. 307 ff. nicht ausreichend unterrichtet.

Im Ausland ist hier und da gefragt worden, warum diese Widerstandsgruppen sich nicht besser durchgesetzt hätten. Nun, die Widerstandsleute verfügten zunächst nur über moralische Energien. Über nichts mehr. Bei einer Haussuchung der Gestapo bei mir wurde ich jedoch ausdrücklich gefragt, ob ich Waffen im Hause halte. Ich konnte nur antworten, dass allein geistige Waffen vom Boden einer anderen Weltanschauung her bei Auseinandersetzungen in Frage kommen könnten. Verdutztes Gesicht des Assessors, der eine Untersuchung wegen Hochverrats leitete.

Aber eines ist gewiss. Die Männer, die sich zum Widerstand zusammenfanden, haben grosse Opfer gebracht an Gesundheit, Kraft, Vermögen. Sie waren oft genug gezwungen zu flüchten, sich zu verbergen. Andere wanderten ins KZ., andere haben ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt.

Widerstandsbewegung dachte man an eine spätere namhafte Verwendung, etwa als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Er selbst wünschte eine spätere Berufung als Pressechef, besonders in Hinsicht auf England und Amerika.³⁰⁾ Kiep wurde im Frühjahr 1944 verhaftet und am 25. August 1944 hingerichtet.

Um 1942 war es, als ich mit Albrecht Haushofer auf der Partnachalm zusammentraf, wo sich auch der Vater befand. Beide waren in schärfster Ablehnung des Regimes. Da las ich ihnen die zweite Predigt des Grafen von Galen, Bischofs von Münster, vor. Sie kannten den genaueren Wortlaut noch nicht. Diese Verlautbarung erntete eine herzhafteste Zustimmung und aufrichtige Anerkennung ob der freimütigen Sprache und des ernstesten Verantwortungsbewusstseins. Doch bemerkte Haushofer senior: «Es kann jeden Augenblick die für sich öffnen und die Gestapo zur Verhaftung schreiten, wenn sie ausgerechnet dieses Trio zusammenfindet.» Vernehmungen und Haussuchungen hatten ja genügend stattgefunden. Immerhin waren wir über tausend Meter hoch und fühlten uns weit sicherer als in München.

Albrechts Geschick hat sich später erfüllt. Er entwich aus Berlin, wo er sich wegen seiner Teilnahme an der Widerstandsbewegung nicht mehr sicher fühlte. Zudem war die Auslandshochschule eine Intrigenzentrale geworden. Monatelang hielt er sich in der Nähe des Hartschimmelhofs verborgen. Dieser wurde durchsucht, ohne Erfolg. Die Gestapo ging sodann das nahe gelegene Benediktiner-Priorat Andechs an. Auch hier war der Befund negativ. Aber schliesslich wurde er doch anderorts entdeckt und nach Berlin überführt. In seiner Haft dichtete er die ergreifenden Berliner Sonette. Unwillkürlich gedenkt man des italienischen Freiheitsdichters Silvio Pellico, der in Le mie prigioni über seine Kerkerhaft berichtete. Eigenes, familiäres, deutsches, abendländi-

Dieser Widerstand war auch in dieser Hinsicht nicht vergeblich, da er nach Zertrümmerung des Nazisystems der Quellgrund für eine neue Besinnung und einen neuen Aufbau wurde. – Es liegt bereits mancherlei Schrifttum vor, wie etwa die Studie von Johann Dietrich von Hassell (Dokumente zur Zeitgeschichte 3), Köln 1946. Axel von Harnack, Arvid und Mildred Harnack. Erinnerungen an ihren Prozess 1942/43 (Die Gegenwart Nr. 26/27, 1947, S. 15-18).

²⁸⁾ Ende 1941 war es, dass Friedrich Meinecke Näheres darüber erfuhr. Siehe sein Buch: Die Deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946, S. 145.

²⁹⁾ Siehe Georg Schreiber, Die Amerika-Werkstudenten, in: Studentenwerk 2, 1928, Heft 3.

³⁰⁾ Ha s seil, Vom andern Deutschland, S. 406; gestreift bei Gisevius, Bd. 2, S. 186.

sches Schicksal teilte sich in den erwähnten Gedichten bei Albrecht mit. Allgemein-Menschliches schritt einher.

Albrecht wurde schliesslich auf dem Wege, der vom Gefängnis in der Lehrter Strasse zum Hauptquartier der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse führte, ermordet. Es war die letzte Nacht nationalsozialistischer Herrschaft in Berlin. Man hörte schon die Schüsse der Befreier. Die Frühstrahlen des Sonnenaufgangs, der die Freiheit brachte, erreichten ihn aber nicht mehr. Das Motiv des Nebo wiederholte sich.

Ein leuchtendes Finale hat ihm der Vater mitgegeben. Das geschieht in einem Brief an E.A. Walsh. Es betrifft die Friedensbesprechungen Albrechts. Es «ergibt sich mit aller Klarheit, dass unser Sohn das Opfer seiner ehrenhaften Versuche wurde, den Kampf schon 1941 zu beenden, und dass er sein Leben wegen seiner damaligen Bemühungen verlor».³¹⁾

Wie Walsh weiter mitteilt,³²⁾ sind inzwischen Aktenstücke in Sachen dieser Friedensbesprechungen gefunden worden. Man wird ihre Veröffentlichung abwarten müssen. Hoffentlich erfüllt sie in der Milieuzeichnung die Ansprüche des Historikers.

Haushofer senior wurde 1941 und 1944 verhaftet und ins Konzentrationslager geführt. Nach dem Abflug von Hess hatte er jeden Rückhalt verloren. Seine Gegner fühlten die Stärke ihrer Position. Hitler hatte ihm 1938 die Zusage gegeben, ihn nochmals zu empfangen. Haushofer hat das mitgeteilt. Diese Zusage ist niemals eingehalten worden.

Mancher andere wartete, der amtlich ein Anrecht hatte, empfangen zu werden. Man gedenkt unwillkürlich des früheren Reichskanzlers Dr. Luther, der als Botschafter nach Washington gegangen war. Dort hatte sein Nachfolger es vermieden, sich mit ihm zu treffen, obwohl das sonst im diplomatischen Dienst üblich war. Geheime Akten und Mitteilungen übergab mandem Neuerannten persönlich. Man mied aber in der Nazizeit einen in Ungnade gefallenen Mann wie einen Pestkranken. Als Luther sich zu der üblichen Abschiedsaudienz in Berchtesgaden einfand, wurde er trotz stundenlangen Wartens nicht angenommen.³³⁾ Warum nicht? Er hatte zu den drei aufrechten Botschaftern ge-

³¹⁾ Walsh Tragödie Karl Haushofers, S. 27.

³²⁾ Ebda.

³³⁾ Man nehme auch Ulrich von Hassell, Vom andern Deutschland, S. 72. «Ich fragte Dirksen, ob er auf Urlaub oder gerufen da sei, worauf er höhnisch sagte: «Natürlich wurde ich auf den Obersalzberg gerufen.» Dirksen versuchte seit Wochen, an Hitler heranzukommen. Herbert von

hört (von Hassell, von Hoesch), die den Mut hatten, die Fehler der deutschen Politik Fehler zu nennen. So warnte von Hassell ganz dringend, die Göring in Rom von Mussolini gewährte hohe Dekoration politisch zu überschätzen. Die Begründung war beigegeben. Aber eine derartige Mahnung und andere Warnrufe wirkten damals fast wie ein Verbrechen. Man hiess die unbequemen Ratgeber gehen. Mehr und mehr wurden Kreaturen der Parteipolitik, ja mit Bevorzugung SS-Männer, nach draussen geschickt. Wiederum begab sich jene Verantwortungslosigkeit, die das System der Diktatur kennzeichnet. Ältere Mitglieder des Auswärtigen Amtes packte die Verbitterung. Man trieb manche in die Widerstandslinie.

Im Sommer 1945 traf ich Karl Haushofer auf dem Hartschimmelhof, als die Amerikaner einmarschiert waren. Sein Gesicht war wetterhart wie immer und zugleich gütig wie ehemals. Aber es wurde tränenfeucht, als er die Ermordung von Albrecht berührte. Man merkte sofort, sein Gesundheitszustand war auf das tiefste erschüttert. Im November des Vorjahres hatte ihn ein Schlaganfall getroffen. Er zeigte mir das wohlwollende Zeugnis eines amerikanischen Offiziers niedrigen Grades. Er meinte, er sei nunmehr aus aller Fährlichkeit heraus. Innerlich war ich nicht davon überzeugt. Umso weniger, da mich die Amerikaner verschiedentlich nach ihm gefragt hatten. Zweimal hatte ich im Frühjahr und Sommer 1945 Besuch von je zwei amerikanischen Diplomaten aus der Schweiz. Sie trafen mich in der Benediktinerabtei Ottobeuren. Dort hatte ich nach abenteuerlichen Fluchtmonaten ab Ende Januar 1945 in stiller Verborgenheit gelebt.³⁴⁾

Im Frühjahr 1946 erhielt ich von Karl Haushofer zwei pessimistisch gehaltene Briefe, die mich besorgt machten. Schon früher hatte mir seine Gattin einmal gesagt, dass sie bei zunehmenden Schwierigkeiten freiwillig aus dem Leben scheiden würden. Dieses Geständnis wog umso schwerer, als Haushofer mir bereits ähnliches erklärt hatte. Als ich dem Stoiker scharf widersprach, erfuhr ich erst, wie tief der Gedanke in ihm wurzelte. Eine Erkrankung seiner Frau trat hinzu, um den Entschluss am 10. März 1946 auszuführen.

Doch der Kirchenpolitiker Haushofer bleibt noch zu erwähnen. Das mag seltsam klingen, da sich Haushofer als religiöser Individualist fühlte, der von

Dirksen war von 1929-1933 deutscher Botschafter in Moskau, vom September 1933-1938 in Tokio, 1938-1939 in London.

³⁴⁾ Dort hat mich mein Neffe, der Benediktiner P. Dr. theol. Chrysostomus Schreiber, zweimal geistesgegenwärtig vor dem Zugriff der Gestapo geschützt. Mein Dank gilt auch dem Abt Dr. Einsiedel und dem Konvent, ebenfalls Prof. Dr. Valjavec, München.

einer kirchlichen Bindung absah. Aber er konnte andererseits seine Abstammung von einem altbayerischen Bauerngeschlecht nicht verleugnen. Andere Erlebnisse traten hinzu. Als er 1914 in den Weltkrieg auszog, hat er sich vor der Blütenburger Madonna mit seiner Gattin eingefunden, um dort still und feierlich voneinander Abschied zu nehmen. Im Zeichen dankbaren Gedenkens für seine glückliche Heimkehr hat er eine Nachbildung dieser Madonna in seiner Kapelle am Hartschimmelhof aufgestellt. Dort befand sich auch ein Gedenkstein, der an den Jesuitenschriftsteller Adolf von Doss erinnerte. So kann man es verstehen, dass sich bei ihm ein ausgesprochener Sinn für bestimmte Imponderabilien in der Weltpolitik entwickeln konnte.

Sie betrafen im Besonderen den Vatikan. Hier stand er im Grunde genommen gegen sein eigenes geopolitisches System. Er sah hier eine überzeitliche und raumverbindende Weltmacht. Er zog gewisse Konsequenzen. Bedrückungen kirchlicher Persönlichkeiten und Institute lehnte er auf das schärfste ab. Mit bescheidenem Stolz wusste er zu berichten, wie er einen Kaplan aus dem Konzentrationslager herausgeholt hatte. Dabei verfuhr er diskret, ohne Namensnennung. Er hat auch sonst Geistlichen und Laien bald da, bald dort zu helfen versucht. Nicht immer mit Erfolg.

Als Präsident der Deutschen Akademie legte er besonderen Wert auf die persönliche Fühlungnahme mit Kardinal Joseph Schulte in Köln. Im Rahmen der Schriftenreihe seiner Akademie druckte er zudem den inhaltreichen Beitrag «Katholische Kirche und deutsches Volkstum».³⁵⁾ Sein Verfasser war Dr. Wilhelm Berning, Bischof von Osnabrück, der wie Kardinal Schulte Senator der Deutschen Akademie wurde. Diese Schrift war ein klares, ausdrucksvolles Bekenntnis zu einer Prinzipienlehre, die Haushofer sicherlich nicht allweg teilte. Aber er war feinsinnig und duldsam genug, die Bedeutung eines Bischofs zu würdigen, den Pius XI. am 2. September 1930 bestellt hatte, den religiösen Schutz der Deutschen in Südosteuropa und in Übersee in die Hand zu nehmen. Man hat allen Grund zu glauben, dass mehr als einem Parteigenossen diese Schrift missfiel. Sie hat neben anderen Momenten mittelbar dazu beigetragen, ihn als Akademiepräsidenten zu stürzen. Den Münchener Weihbischof Neuhäusler hatte er im Konzentrationslager schätzensgelernt. Anderes verband ihn mit dem Kirchenhistoriker Georg Pfeilschifter und mit sonstigen kirchlichen Persönlichkeiten. Auch der feinsinnige Italienkenner, Professor Josef Höfer, Paderborn, befand sich einmal unter den Besuchern.

³⁵⁾ München 1934.

Bei Hess hat er immer wieder die unerträgliche Schwere des kirchenpolitischen Konfliktes betont. Er sah als Zielstellung den *aditus ad pacem*. Er empfahl deswegen die Schonung jener Männer, die an einer kommenden Befriedung wesentlich mitwirken könnten. Er wusste hier Namen zu nennen. Gewisse Mindestbeziehungen zum Vatikan wollte er zudem aufrechterhalten wissen. Hess fuhr nach Rom zu Mussolini. Haushofer riet dem Stellvertreter, die Karte im Vatikan abzugeben. Hess bemerkte, er habe keine Visitenkarten mehr. «Dann lässt Du Dir welche drucken.» Er tat es. Soweit ich gehört habe, erfolgte die Abgabe der Karte. Zum Weiteren hatte Haushofer eine lange Audienz bei Pius XI. Die Aussprache dauerte, wie er sagte, vierzig Minuten. Sie schuf keine Entspannung, da das Echo in Berchtesgaden fehlte. Es war ein persönlicher Schritt Haushofers, dem eine Rückversicherung bei Hess innewohnte. Aber dieser Rückhalt war zu schwach.

Während seines römischen Aufenthalts besuchte Haushofer den Rektor der Anima, Bischof Aloys Hudal. Die beiden Persönlichkeiten kannten sich, wobei oft der Gegensatz der Auffassungen heraustrat. Man fuhr zusammen nach Subiaco, um das altehrwürdige Kloster Sacro Speco zu besichtigen. Hudal erhob auf dieser Fahrt die schärfsten Einwände gegen die nationalsozialistischen Entgleisungen in der Kirchenpolitik und Schulpolitik. «Da ich aus dem geschlossenen Auto nicht aussteigen konnte, hat der Bischof die günstige Gelegenheit wahrgenommen, mich geradezu mit Vorwürfen zu bombardieren. Ich war eingekeilt. Eigentlich eine ungemütliche Situation, bei aller menschlichen Liebenswürdigkeit.» So hat Haushofer humorvoll und zugleich in ernsten Sorgen zu berichten gewusst.

Über seinem Leben liegt eine grosse Tragik. Seine Forschungen haben die wissenschaftliche Fragestellung gefördert und manche brauchbare Erkenntnisse gezeitigt. Aber ebenso verlangen sie nach der Seite des Grundsätzlichen scharfe und unabweisbare Ablehnung. Nicht bloss vom System her. Auch die Friedenssehnsucht unserer Zeit bäumt sich gegen diese angriffslustigen Formulierungen auf. Dass sie von Unreifen und Ungeduldigen aufgenommen und in die praktische Politik übersetzt wurden, war doppelt verhängnisvoll. Diese Verzerrungen und Missbräuche, die eine unerträgliche Parteientwicklung und Diktatur vornahmen, haben das Bild des Münchener Geographen überschattet. Und doch gehen mit seiner Persönlichkeit helle und versöhnende Züge, denen sich der Historiker nicht entziehen kann.³⁶⁾ Sie liegen zum Wesentlichen in den

³⁶⁾ Walsh (Die Tragödie Karl Haushofers, S. 26) hat in Sachen der letzten Korrespondenz, die er mit Haushofer führte, bemerkt: «Sein Wunsch, mitzuarbeiten, war anscheinend aufrichtig und

Bereichen eines gütigen und sozialen Menschentums. Oft genug hat er, wie angedeutet, versucht, Willkürakte der Partei aufzuheben. Aber es ging über seine Kraft.

Das hochstehende Familienleben sei nicht minder vermerkt. Sein Sohn Albrecht hat in einem ergreifenden Moabiter Sonett³⁷⁾ das Porträt des Vaters zu zeichnen versucht:

Der Vater

Ein tiefes Märchen aus dem Morgenland
erzählt uns, dass die Geister böser Macht
gefangen sitzen in des Meeres Nacht,
versiegelt von besorgter Gotteshand.
bis einmal im Jahrtausend wohl das Glück
dem einen Fischer die Entscheidung gönne,
der die Gefesselten entsiegeln könne,
wirft er den Fund nicht gleich ins Meer zurück.
Für meinen Vater war das Los gesprochen.
Es lag einmal in seines Willens Kraft,
den Dämon heimzustoßen in die Haft.
Mein Vater hat das Siegel aufgebrochen.
Den Hauch des Bösen hat er nicht gesehn.
Den Dämon liess er in die Welt entwehn.

4. Kardinal Bertram und Reichsminister Frick

Manche persönlichen Erlebnisse durchzogen das Jahr 1933. In dieser Zeit hatte ich über die allgemeine kirchenpolitische Lage eine Besprechung mit Kardinal-Erzbischof Adolf Bertram in Breslau.

Ich kannte ihn näher. Er war mein Landsmann. Mehr als das. Er war ein väterlicher Freund, der mir in jüngeren Jahren die Habilitierung erleichterte. Später kamen manche Konferenzen kulturpolitischen Inhaltes hinzu. Aber sein Interesse griff weiter. Den hervorragenden Historiker Niedersachsens und ei-

echt. Er gab manche wertvolle Fingerzeige, besonders hinsichtlich der fehlenden Dokumente und Tagebücher seines Sohnes Albrecht, der bei seinen Bemühungen um Friedensverhandlungen sein Leben eingebüsst hatte.»

³⁷⁾ Albrecht Haushofer, Moabiter Sonette, bei Lothar Bianvalet, Berlin 1946, hrsg. von Rainer Hilschrandt. 2. Aufl., S. 47. – Über den Dramatiker (Scipio, Seneca, Chinesische Legende) vgl. Fechter, Menschen und Zeiten, S. 356. Manche seiner Werke sind in der letzten Zeit aufgeführt worden.

nen der besten Kenner romanischer Kunst interessierte auch die Wissenschaftspolitik des Reiches. Mit Friedrich Schmidt-Ott, dem organisationsmächtigen Gründer und umsichtigen Präsidenten der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, fuhr ich eines Tages zum Kardinal, als es sich darum handelte, eine volkskundliche Kommission der Notgemeinschaft zu begründen. Wir mussten mit dem Widerspruch des preussischen Kultusministeriums rechnen. Wir suchten eine Stütze bei Eminenz Bertram, der sich, damals in Schloss Johannisberg befand und mit dem wir vieles draussen in der Waldeseinsamkeit in Ruhe besprechen konnten. Wir übernachteten bei dem liebenswürdigen Gastgeber. «Ich habe ein Gärtchen», sagte er an dem hellen Sonntag mit einer franziskanischen Wendung, «das ich selbst pflege und hege. Noch niemand habe ich dahineingelassen. Sie beiden sind die ersten, die dort eintreten dürfen.» Mit uns sah der Kardinal in diesen Besprechungen, bei denen öfter der Name Friedrich Althoff († 1914) erwähnt wurde, über Ressortstreitigkeiten hinweg. Er nahm den Blick auf das ganze deutsche Volkstum.¹⁾ Er stützte darum die volkskundlichen Bestrebungen der Notgemeinschaft mit einer Entschliessung der Fuldaer Bischofskonferenz, die in den nächsten Monaten herausgebracht wurde. Sie hat sich wertvoll und werbend angelassen.

Nach allem konnte sich 1933 die kirchenpolitische Aussprache mit Eminenz Bertram leicht und ungezwungen vollziehen. Aber ihr Inhalt lastete ernst und schwer. Der Kardinal drückte seine tiefen Besorgnisse über den neueQ Kurs aus. Dessen Gefährlichkeit hat er noch früher erkannt als Clemens August, Graf von Galen, Bischof von Münster. Der Breslauer Kirchenfürst sprach mit mir, indem er es auf Fälle des politischen Alltags abhielt, unter anderem die Vorstösse der Regierung und der Partei gegen das Judentum. Am 28. März 1933 war der Boykottaufruf gegen die Juden veröffentlicht.²⁾ Am 1. April 1933 begann der tatsächliche Kampf.

¹⁾ Demnächst erscheint Robert Samulski, Kardinal-Bertram-Bibliographie (Verzeichniss der Literatur von und über Adolf Kardinal Bertram), im Archiv für schlesische Kirchengeschichte, Bd. 7, 1949.

²⁾ Bernhard Schwertfeger, Rätsel um Deutschland. Heidelberg 1947 mit Hinweis auf Joseph Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 287, 290; ferner Heilbrunn, Kaiserreich, Republik, Naziherrschaft, S. 102, mit dem Hinweis darauf, dass bald nach der Machtergreifung die Juden aus Staats- und Lehrämtern entfernt, aus der Anwaltstätigkeit und aus der Arztpraxis ausgeschlossen wurden. Ebenso wurde ihnen die Beschäftigung im Zeitungs-, Kunst- und Theaterwesen untersagt. Die Arierisierung der Geschäfte erfolgte 1934. 1935 wurden

Die Eminenz hielt es für unmöglich, die rechtliche Lage der Juden nur, wie es von den öffentlichen Faktoren geschah, vom rassischen Standpunkt zu sehen. Wir besprachen den Fall, dass ein Jude zum Katholizismus übergetreten sei und eine Katholikin geheiratet habe. Nach unserer Auffassung genoss dieser Jude neben der allgemeinen Stützung durch Reichsverfassung und Menschenrechte den speziellen Schutz der in Deutschland bestehenden Länderkonkordate bzw. Zirkumskriptionsbullen (Bayern, Preussen, Oberrhein). Der Israelit wurde hier gewissermassen zur Vormauer anderer Bekenntnisse. Das hat schon Ludwig Windthorst herausgefühlt. In dieser Hinsicht war er dem Wiener Oberbürgermeister Karl Lueger überlegen, der allerdings die rassische Beurteilung ablehnte.

Der Kardinal fragte mich, ob ich dem Reichsminister Frick diese Meinung über den konkordatären Schutz von Katholiken, die einst dem Judentum angehört hatten, übermitteln würde. Er spräche gleichzeitig mit dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz. Dazu erklärte ich mich bereit, vorausgesetzt, dass mein Besuch bei Frick telegraphisch angemeldet würde. Diese Zusage wurde sofort gegeben und erfüllt. Tags darauf suchte ich Frick, den ich aus der Reichstagsarbeit kannte, im Reichsministerium des Innern auf. Er war 1924 in den Reichstag eingetreten und der Fraktionsführer geworden, der sich zwanglos mit anderen Fraktionen im Plenum über Abstimmungen und andere rein technische Fragen unterhielt. Grundsätzliches wurde dabei nicht berührt.

Der Besuch fiel mir nicht ganz leicht. Der letzten Sitzung des Ausschusses für Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der vom Reichstag bestellt war, hatte ich angewohnt. An meiner Seite befand sich aus der Fraktion der Abgeordnete Ministerialrat August Wegmann, ein führendes Mitglied des Rechtsausschusses. Noch leitete der in der Form konziliante und allgemein anerkannte Präsident Paul Loebe diese Kommission, die wie keine andere das abwesende Plenum vertrat. Die Sitzung verlief unbefriedigend, nicht zum wenigsten wegen der Haltung des nationalsozialistischen Abgeordneten Hans Frank, des späteren Reichsministers. Er hatte sich 1926 in München als Rechtsanwalt niedergelassen und wurde der Rechtsbeistand Hitlers. 1930 ward er Mitglied des Reichstags. Aber seine juristische Qualifikation wurde von den Juri-

die Nürnberger Gesetze gegen die Juden erlassen (ihre Ehen mit Nichtjuden verboten, Beschäftigung von arischen Hausangestellten nicht mehr zugelassen). Zu den Nürnberger Gesetzen siehe noch Hjalmar Schacht, Abrechnung mit Hitler. Hamburg, Stuttgart 1948, S. 11 f.

sten des Rechtsausschusses wenig geschätzt, wenn er auch seit 1931 die Zeitschrift «Deutsches Recht» herausbrachte. Im zweiten Weltkrieg machte er von 1939-1943 den Generalgouverneur von Polen. Bei der erwähnten Sitzung war auch Joseph Goebbels anwesend. Er sass da mit einem undurchdringlichen Gesicht. Aber er hörte mit schärfster Aufmerksamkeit zu. Man durfte den Eindruck haben, dass er die propagandistische Auswertung der Sitzung überlegte. Und dann, als wir den Saal verliessen, geschah das Unglaubliche. Frank, unbeherrscht, schlug Loebe mit geballter Faust in den Rücken. Das war anscheinend die Legitimation, um bald darauf als Präsident die Akademie für deutsches Recht zu führen. Der Rubikon zu den Ufern der Gewalt war symbolisch überschritten. Es gab kein Zurück mehr.

Frick liess mich im Reichsministerium des Innern sofort vor. Er nahm die Botschaft des Kardinals zur Kenntnis, höflich, aufmerksam, verstehend. Doch er blieb rezeptiv. Ich hatte es im übrigen nicht anders erwartet.

Man empfing in der Tat bei dieser Besprechung den deutlichen Eindruck, dass der früher aktionsfreundliche thüringische Minister für Inneres und Volksbildung (Januar 1930 bis April 1931 fünf verfassungswidrige Schulgebete, Kampf um die Polizeikostenzuschüsse mit den Reichsministern Severing und Dr. Wirth) keine Initiative in der erwähnten Materie entfalten konnte. Schon damals, 1933, war er als Reichsminister des Innern eigentlich Gefangener der Partei. Es war so. Er musste es in der Folge erleben, dass sich auf seinem Schreibtisch kategorische Briefe der Partei des Inhalts einfanden, dieser und jener Ministerialrat des Reichsministeriums des Innern sei bereits entlassen. Man hat es im jeweiligen Fall nicht für nötig befunden, den Minister vorher in Sachen der Entfernung zu unterrichten. Da ich zwölf Jahre lang Etatberichterstatte beim Haushalt des Reichsministeriums des Innern war, bot sich Gelegenheit genug, dieses und anderes zu erfahren. Viele alte Beamte des Ministeriums fuhren widerwillig in die Wälder vor Berlin, um sich im Pistolenschieszen zu üben. Diese Verpflichtung legte man ihnen unmittelbar nach der Machtübernahme dienstlich auf, um das Reichsministerium des Innern gegen einen Überfall zu sichern.

Das waren jene Frühzeiten der Hitlerpolitik, da man in Berlin mit ernster Sorge etwaige Entscheidungen des Völkerbundes abwartete. Man fürchtete, dass von Genf her das Ansinnen auf Auflösung der SA und SS gestellt werden könne.

Kardinal Bertram hat dem oben erwähnten Schritt späterhin zahlreiche Bekundungen folgen lassen. Die Zahl seiner Eingaben und Proteste, die an das Reichsministerium bzw. an den Reichskanzler abgingen, war beachtlich. Sie galten mehr oder minder der Missachtung des Reichskonkordats und der Länderkonkordate. Für den Kirchenhistoriker und Rechtshistoriker würde eine wichtige Quelle erschlossen, wenn diese gewichtigen Dokumente restlos veröffentlicht werden könnten.⁸⁾ Ihre Inhalte werden bereits in der wichtigen Denkschrift der deutschen Bischöfe angedeutet, die am 20. August 1935 an Hitler erging.⁴⁾ Dazu tritt die ebenfalls in die Öffentlichkeit gedrungene Denkschrift des Kardinals Bertram an die Reichsregierung vom 10. Dezember 1941.⁵⁾

Berufungen auf konkordatäre Bindungen des Staates vollzog in den Spuren des Kardinals Bertram, aber ebenso aus eigener Initiative der kämpferische Sinn des Bischofs von Münster, Clemens August Graf von Galen. Die grossen zeitbewegenden Streitfragen leuchten auf. Diese wichtigen Hinweise setzten 1936 ein in dem Kampf um das Kreuz in den Schulen Oldenburgs.⁶⁾ Der Radikalismus des Gauleiters Röver war in Erscheinung getreten. Wiederum 1937 bei dem Kampf um die katholischen Jugendverbände erfolgte die Anziehung kon-

³⁾ Sie kennzeichnen A. Bertram als ausgezeichneten Juristen wie als sachlichen unerbittlichen Gegner. Nur drang dieses Kämpfertum nicht so stark nach aussen wie der laute und weltbewegende Freimut des Grafen von Galen, Bischofs von Münster.

⁴⁾ Zeugnis und Kampf des Deutschen Episkopats. Gemeinsame Hirtenbriefe und Denkschriften, hrsg. von K. Hofmann (Das christliche Deutschland 1933-1945. Kathol. Reihe, H. 2). Freiburg i. Br. 1946, S. 25-41. Das Reichskonkordat wird hier an mehreren Stellen angezogen: sein Abschluss («Eine Grosstat, ohnegleichen in der deutschen Geschichte», S. 27), die Freiheit der Verkündigung der Glaubens- und Sittenlehre (Artikel 4, S. 37 f.), die «Beibehaltung und Neu-einrichtung katholischer Bekenntnisschulen» (Artikel 23, S. 35), Behinderung des Artikels 4 durch den Kirchenminister und die Geh. Staatspolizei (S. 38), die Schmähschriften gegen das Konkordat (Arnim Roth im Verlag Ludendorff, die Polemik des Völkischen Beobachters), Artikel 32 (Mitgliedschaft der Geistlichen und Ordensleute in politischen Parteien, S. 44), Artikel 31 (religiöse Vereine und Bruderschaften, Vermögensbeschlagnahme, S. 45). – Das Reichskonkordat und das bayerische Konkordat werden erwähnt im Hirtenwort der bayerischen Bischöfe vom 1. Adventssonntag 1936 (Hofmann, S. 52-57). – Wertvoll für die Zusammenhänge Johann Neuhäusler, Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die katholische Kirche und der kirchliche Widerstand. München 1946.

⁵⁾ Hofmann, S. 68-74. Auch hier die Berufung auf das Reichskonkordat (S. 69 ff.).

⁶⁾ Heinrich Portmann, Dokumente um den Bischof von Münster. Münster 1948, S. 81. Max Bierbaum, Kardinal von Galen, Bischof von Münster. Münster 1947, S. 28 ff.

kordatärer Abmachung. 1939 vollzog sich mit den Abstimmungen der Eltern das Ringen um die Bekenntnisschule, mit erneutem Hinweis auf konkordatäre Sicherungen. Hirtenbriefe und Ansprachen berührten die Rechtsgrundlage sowohl des Reichskonkordats wie des Preussenvertrags.⁷⁾

Dann folgen 1941 die drei grossen Predigten des Bischofs. Sie machten ihn zu einer Weltberühmtheit und ermutigten die Widerstandsgruppen in Deutschland. Nach dieser Seite durfte ich persönliche Eindrücke sammeln. Sie betreffen den Kreis um Popitz, um Sauerbruch, um Albrecht Haushofer, ja selbst einige widerstandsfähige Persönlichkeiten in den Reichsministerien. In der ersten der drei monumentalen Sermones, am 13. Juli 1941, bezieht er sich auf das Preussenkonkordat, was die Ernennung der Domkapitulare Vorwerk und Echelmeyer betrifft. Das Naziregime hat diese Einweisungen ins Domkapitel nicht anerkannt und mit Brutalitäten beantwortet.⁸⁾ Am 16. März 1942 geht ein Schreiben des Bischofs an Göring ab. Darin findet sich das Argument, der Bischof habe gemäss dem Reichskonkordat den Eid geleistet und diesen nicht verletzt.⁹⁾

In diesem Waffengang, bei dem der Bischof den Rechtsboden einzeichnete, werden ungeheure Spannungsfelder aufgedeckt. Es war, um eine Einneuerung einzuschalten, jene Zeit, da man in einer Naziversammlung in der Stadthalle in Münster in Zwischenrufen schrie: «Hängt ihn auf.» Da geschah es ebenfalls, dass Goebbels nach Münster kam, um in einer grossen Abendversammlung mit dem Bischof abzurechnen. Aber es gab eine Vorbesprechung. Der Personalreferent am Gau, zugleich Universitätskurator Beyer fragte den Minister, worüber er zu sprechen gedenke. Goebbels erwähnte, dass er einen Grossangriff auf Galen unternehmen würde. Aber es wurde ihm von Beyer bedeutet, das sei eine Unmöglichkeit. Die Bauern draussen habe man schon verloren. Man wolle nicht weitere Einbussen in der Stadt erfahren. Der Minister war betroffen. Aber er war klug genug, am Abend ein anderes Thema zu wählen.

Doch diese Vorbemerkungen über Kardinal Bertram und Bischof Graf von Galen machen uns bereits darauf aufmerksam, der ganzen Art solcher und ande-

7) Einiges im Kirchlichen Amtsblatt von Münster. Anderes ist nicht gedruckt. Es wurde mit Vervielfältigungsapparaten hergestellt und verbreitet. Das leitete sich weiter in der Art der Schneeballbriefe.

8) Heinrich Portmann, Der Bischof von Münster. Bd. 1. Münster 1946.

9) Ebda. S. 220. Bischof Graf von Galen spricht. (Das christliche Deutschland 1933-1945. Dokumente und Zeugnisse, Kathol. Reihe, H. 3). Freiburg i. Br. 1946, S. 45.

rer Verlautbarungen nachzugehen und sie in die zeitgenössischen Quellen einzureihen. Die Quellenkunde der neueren deutschen Geschichte, die uns früher bei Dahlmann-Waitz oder F. Schnabel geboten wurde, hat wohl nie daran gedacht, Predigten eines Kirchenfürsten als hochwertige Zeugnisse der neueren Reichspolitik anzusprechen, zumal, wenn sie im Inland nicht gedruckt wurden. Aber dieses und anderes veranlasst uns, die Wege zur Quellenkunde zu gehen. Hinweise dieser Art, was den Quellenbereich der Innenpolitik und Kirchenpolitik der jüngsten Zeit betrifft, sind selten genug. Auch der Allgemeinhistoriker und Publizist mag ein Interesse daran nehmen. Also es gilt, die Tür zur literarischen Werkstatt zu öffnen.

5. Blick in die Werkstatt

Die einschlägigen Quellen sind nicht ganz leicht zu greifen. Dazu gehört vorab das parlamentarische Material der Reichstagsverhandlungen. Diese geben sich nicht bloss als jene «Stenographischen Berichte», die die Erörterungen im Plenum und die dazu gehörigen Anträge mitteilen. Darüber hinaus sind die Verhandlungen des Haushaltsausschusses (zitiert HHA) von grosser Bedeutung. Dabei verdient der Etat des Reichsinnenministeriums, auch der Haushalt des Auswärtigen Amtes, eine besondere Berücksichtigung. Hier tritt die kulturpolitische Haltung und Legislative besonders stark heraus. Leider sind diese Verhandlungen der Budgetkommission, die gedruckt vorliegen, in Büchereien kaum greifbar. Für den Historiker ein schmerzlich empfundenes Defizit. Es weckt Erinnerungen.

In einer Unterhaltung mit Generaldirektor Hugo Andres Krüss von der Preussischen Staatsbibliothek (seit 1925) habe ich einmal darauf aufmerksam gemacht, dass die Ausschussberichte in dieser Bücherei sicherlich nicht vorhanden wären. Man sei dort über diese Quellengruppe nicht genügend unterrichtet, da sie nicht durch den Verlag und das Sortiment gingen. Es sei überhaupt so, dass referatsmässig die politische Bücherkunde stärker berücksichtigt werden müsse. Dahin gehe auch meine Erfahrung, die ich als Dozent und als Kuratoriumsmitglied an der Deutschen Hochschule für Politik mache.

Krüss protestierte. Aber kurz darauf musste er sich überzeugen, dass diese wichtigen, ja unersetzlichen Quellen zur Reichstagsgeschichte der nachwilhelminischen Zeit in der Staatsbibliothek tatsächlich nicht zu finden waren. Sie wurden dann aus dem Reichstagsbüro beschafft. Wenn im Katalog der frühe-

ren Staatsbibliothek und jetzigen Öffentlichen Wissenschaftlichen Bibliothek die Bemerkung steht, die Akten des Haushaltsausschusses (ab 1924 vorhanden, unter der Signatur Gv 14701/3) seien vertraulich, so ist das ein Irrtum. Sie sind oft genug in politischen Schriften angezogen, wenn auch die laufenden Zeitschriften für Kirchenrecht und Politik dieser Quellen nicht gedachten.

Bei den Etatberatungen habe ich überdies im Haushaltsausschuss den Antrag eingebracht, diese Berichte der Budgetkommission in einer grösseren Anzahl zu drucken und sie öffentlichen Bibliotheken zugänglich zu machen. Der Antrag wurde angenommen, nicht zur Freude des Reichstagsbüros.

Ebenfalls habe ich die Deutsche Bücherei in einer Unterhaltung mit ihrem Leiter Heinrich Uhrendahl darauf hingewiesen, dass diese Stücke anscheinend auch in Leipzig fehlten. Der Direktor bemerkte, sie seien zweifelsohne vorhanden. Aber ich ersuchte ihn, eine nähere Nachprüfung vorzunehmen. Diese ergab, dass in der Tat diese Stücke nicht anwesend waren. Daraufhin liess er sie anschaffen. Auch für andere Büchereien habe ich diese Lücke festgestellt. Nur mühsam hat die jüngste Geschichte und Rechtsgeschichte des Reiches ihren Weg genommen.

Diese Berichte der Budgetkommission laufen in der Drucklegung, wenn ich mich recht entsinne, seit dem Jahre 1920. Im Inflationsjahr 1923 wurden sie nicht mehr gedruckt, sondern hektographiert. Später wurde der Druck wieder aufgenommen.

Diese Quelle ist, wie bereits angedeutet, von ausserordentlicher Wichtigkeit. Sie führt in das Innengehäuse der deutschen Kulturpolitik, aber auch der Gesamtpolitik. Es sind jedoch die Reden der einzelnen Abgeordneten nicht wörtlich – wie die Erörterungen des Plenums –, sondern nur im Auszug aufgenommen. Doch sind die Inhalte im allgemeinen gut wiedergegeben. Zudem wurden diese Aufzeichnungen dem einzelnen Redner zur Korrektur vorgelegt. Bei der Wichtigkeit der Arbeit wurde eine Kraft von Wolffs Telegraphenbüro zur Verfügung gestellt. Stern-Rubarth, der Direktor dieser Nachrichtenzentrale, hatte durchaus ein Verständnis für die Eigenart dieser Tätigkeit.²⁾

¹⁾ Es sind verzeichnet 9 Bände, nämlich 1925, 1925/1926, 1926/1927, 1927/1928, 1928/1929: 2, 1930/1932: 2, 1932/1933: 1. Für eine Nachricht bin ich dankbar, wo sie noch vorhanden sind. Die bei mir vorhandenen Bände sind von der Gestapo fortgeschleppt worden.

²⁾ Stern-Rubarth ging später nach London ins Exil. Aus seiner Feder stammt das Buch: Drei Männer suchen Europa. Es enthält viel Material zur Würdigung von Gustav Stresemann. Es werden auch erwähnt der Staatssekretär Ago v. Maltzan (S. 60. 227), Staatssekretär Carl v. Schubert

Wie bedeutend sich die Akten der Budgetkommission in bestimmter Richtung anlassen, sei näher beleuchtet. Man kann die Geschichte des Auswärtigen Amtes ohne diese Quellenzeugnisse nicht schreiben, soweit die Zeit der Weimarer Republik in Frage kommt. Es wurde nämlich der Haushalt des Aussenamtes im Plenum kaum behandelt. Das in einem bemerkenswerten Gegensatz zu allen anderen Reichsetats. Warum eigentlich? Nun, an die Stelle einer eingehenden Würdigung der Zentralbehörde für auswärtige Angelegenheiten, der die «graue Eminenz» Fritz von Holstein († 1909) und der Outsider Walther Rathenau († 1922) dienten, trat die Aussprache über die Aussenpolitik. Sie vollzog sich im Auswärtigen Ausschuss, umfassender jedoch im Plenum. Locarno, der Dawesplan, der Youngplan verzehrten das Interesse. Derart konnten ernste organisatorische Massnahmen und wichtige Reformfragen, die das Aussenamt betrafen,³⁾ in der Hauptsache nur in der Budgetkommission behandelt werden.

Ältere Vorurteile gingen mit, wenn die bezeichnete Quellengruppe weniger bekannt wurde. Man hat oft gesagt, man müsse zur jüngsten Geschichte erst die Distanz schaffen. Es ist etwas Berechtigtes an dieser Auffassung. Aber das ist im Grunde genommen eine Theorie, die in Goldmark und jenseits der Bunker geschaffen wurde. Heute umgibt uns eine andere und weithin zerstörte Umwelt. Da heisst es, zunächst einmal quellenkundlich arbeiten. Und was dann die umstrittene Darstellung angeht, so mag man zum Weiteren Erinnerungen und Werturteile so früh wie möglich festhalten. Es ist in der Tat in den letzten Jahrzehnten unsäglich viel verlorengegangen. Die Gewaltmethoden der Gestapo machten sich ebenso wie die Bombenangriffe geltend, um wichtige Quellenbezirke sehr empfindlich zu schädigen. Ganze Archive sind vernichtet, bei staatlichen und kirchlichen Behörden. Der Verlust der privaten Hand ist nicht minder gross. Mehr als je ist der literarische Rückgriff auf frühere Zeiten erwünscht.

Auch andere Ausschüsse des Reichstags konnten beschliessen, dass die Protokolle über ihre Verhandlungen gedruckt wurden. Es kam in Hinsicht auf die Kosten und die Belastung des Reichstagspersonals nicht häufig vor. Aber wichtige Materien drängten darauf, festgehalten zu werden. Nach der kulturpolitischen und religionspolitischen Seite wollen u.a. die Akten des Bildungsausschusses genannt sein. Sie betrafen das Reichsschulgesetz, das in Artikel 146

(81), Botschafter v. Prittwitz-Gaffron (S. 337); zum Weiteren manche Mitteilungen über Aristide Briand, Lord d'Abemon und Sir Austen Chamberlain. Doch, fehlen in der Kennzeichnung Stresemanns wichtige Momente.

³⁾ Siehe S. 101.

der Reichsverfassung angekündigt war. Es will hier besonders die Reichsschulgesetzvorlage der Regierung Marx-Keudell 1927/1928 erwähnt werden. Auch in diesen Akten wurde die Konkordatsmaterie gestreift.

Wir haben uns über solche Lücken und über die Aufbereitung zeitgenössischer Quellen und Darstellungen zur neuesten Geschichte öfter in der Historischen Reichskommission unterhalten. Am runden Tisch. Längst bevor Hitler kam.

Diese Wissenschaftskommission ist einige Jahre nach dem ersten Weltkrieg gegründet worden. Zur Entstehungsgeschichte sind irreführende Angaben verbreitet.

Ihre Anfänge sind auf persönliche Beobachtungen zurückzuführen, die ich selbst anstellen durfte. Die schwierige aussenpolitische Lage der Reichsregierung der Weimarer Zeit, im Besonderen die Reparationspolitik und der Versailler Vertrag, zum anderen das Eingreifen ausländischer Gelehrter, Schriftsteller und Politiker in die internationale Erörterung (Schuldfrage, Völkerrecht im Weltkrieg, Minderheiten), wiesen unerbittlich in die Richtung, diesen weit ausladenden Fragenkreis von mehreren Ausgangspunkten deutscherseits zu erörtern. So erfolgte die Gründung des Forschungsinstituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (erster Leiter Viktor Bruns) und des Instituts für internationales Privatrecht (erster Leiter Ernst Rabl). Diese beiden Institute wurden im Rahmen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, unter tätiger Mitwirkung ihres Präsidenten Adolf von Harnack († 1930). Ferner setzte die Raumforschung und Grenzlandforschung stärker ein. Dazu traten die wissenschaftlichen Arbeiten des 1920 gegründeten Reichsarchivs. Wiederum will der Parlamentarische Untersuchungsausschuss von 1919-1926 genannt sein. Berichtlich wurde hier viel mitgeteilt. Männer wie Hans Delbrück († 1929) und Dietrich Schäfer († 1930) wirkten mit.

Nicht zum mindesten waren deutsche Historiker berufen, auch die Voraussetzungen von internationaler Geltung festzuhalten, die dem Ablauf von zwischenstaatlichen Konferenzen zugrunde lagen. Diese Einschaltung der deutschen Geschichtsforschung besprach ich mit dem aufgeschlossenen Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Theodor Lewald. Diese auslandskundige Persönlichkeit, Freund des Kunsthistorischen Instituts in Florenz und der Biblioteca Hertziana in Rom, ging sofort auf diese Gedankengänge ein. Darüber hinaus hat er später in der «Deutschen Allgemeinen Zeitung» dazu das Wort genommen.

Dabei war noch eine gewisse Rücksicht auf den Reichsrat, im Besonderen auf Preussen, zu nehmen, das die kulturpolitische Zuständigkeit des Reiches,

nur ungern erweitert sah. Doch wir beschlossen, via facti vorzugehen. Als Etatreferent brachte ich den Antrag auf Bereitstellung der Etatmittel ein. Dieser wurde im Haushaltsausschuss genehmigt. Damit war die haushaltsrechtliche Grundlage geschaffen.

Gleichzeitig liefen die Besprechungen mit Historikerin Ich stiess sofort auf grosse Geneigtheiten bei Walter Goetz und bei Otto Hoetzsch. Beide waren Mitglieder des Reichstages und haben gern und oft in Wissenschaftsfragen geholfen. Ebenso zeigten Friedrich Meinecke, Hans Delbrück, Hermann Oncken, Erich Marcks und andere sofort wärmstes Interesse. Meinecke wurde, was für uns selbstverständlich war, zum Vorsitzenden gewählt. In den von der Historischen Reichskommission gebrachten Darstellungen ist allerdings das Interesse an der jüngsten Reichsgeschichte nicht ganz so stark herausgebracht, wie es erwünscht gewesen wäre. Berliner Historiker nutzten die Gelegenheit, Arbeiten ihrer Schüler die Druckmöglichkeit zu geben, die stärker die Geschichte älterer Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts herausarbeiteten.

Diese Historische Reichskommission ist nicht zu verwechseln mit der bereits früher dem Reichsarchiv (1919 in Potsdam gegründet) angegliederten Historischen Kommission des Reichsarchivs. Den Vorsitz führte zeitweise Staatssekretär Lewald, dem der Leiter des Reichsarchivs, Ritter Mertz von Quirnheim, zur Seite stand. Von Historikern waren beteiligt H. Delbrück, W. Goetz, P.F. Kehr, E. Marcks, Fr. Meinecke, H. Oncken, G. Schreiber, A. Schulte, H. Schumacher. Doch durch die wissenschaftlichen Arbeiten des Reichsarchivs zog sich ein gewisser Dualismus. Die zivilhistorischen Bearbeiter traten gegenüber den Militärhistorikern (Das Weltkriegswerk, Die Schlachten des Weltkriegs) in die zweite Linie. Wissenschaftler wie Arnold Bergsträsser und Karl-Heinrich Schäfer waren deswegen oft unmutig. Leider wurde Schäfers Geschichte der karitativen Leistungen des ersten Weltkrieges nicht vollendet. Die Gestapo ermordete ihn.⁴⁾

Wir versuchten, in der Historischen Reichskommission zeitgenössische Quellen praktisch zu erschliessen. Es lag uns besonders daran, Aufzeichnungen von Teilnehmern an internationalen Konferenzen der grossen Politik herinzubekommen. Es ging aber nicht viel ein. Immerhin hat uns Reichskanzler Wilhelm Marx einen Bericht über die Londoner Konferenz vom August 1924

⁴⁾ Leider hat der Deutsche Caritasverband, Freiburg i. Br., die Wiedererrichtung seiner wissenschaftlichen Kommission noch nicht in die Hand genommen.

übermittelt. Friedrich Meinecke meinte allerdings, diese Aufzeichnungen seien mehr als «Arabesken» zu würdigen. Wer aber selbst an internationalen Konferenzen beteiligt war, wird diesen Bericht, den ich einsah, weit höher einschätzen. Nicht bloss das Gegenständliche will bei diesen Verhandlungen gewürdigt sein. Die Färbung und der Ton, die bezeigten Sympathien und Antipathien wollen ebenso als gewichtige Zeugnisse gewertet werden.

An weiteren Quellen müssen neben den Akten der Reichs- und Landesbehörden die Erinnerungen früherer Staatsmänner und Abgeordneter hinzugezogen werden. Sie sind von unterschiedlichem Wert. Zu ihrer grundsätzlichen Würdigung hat noch Erich Seeberg in einem seiner letzten Aufsätze sehr bemerkenswerte Ausführungen gemacht. Diese Memoiren sind auch nicht sehr zahlreich. Das nationalsozialistische Regime und anderes wirkten hier hemmend. Tagebücher und andere persönliche Aufzeichnungen wurden vernichtet oder konnten nicht zum Druck überführt werden. Einige Zeit nach der Machtübernahme wandte sich die Historische Kommission an das Reichsministerium des Innern mit der Bitte, dahin zu wirken, dass nicht zuviel an Quellen zur jüngsten Reichsgeschichte beseitigt würde. Diesen Antrag stellte Otto Hoetzsch. Damals habe ich bei den Beratungen dieser Reichskommission meiner Skepsis Ausdruck verliehen, dass unser Schritt von Erfolg begleitet sei. Immerhin setzten Bemühungen unsererseits damals ein, die Gewerkschaftsarchive zu retten, vorab in Hinsicht auf die deutsche Sozialgeschichte. Das war die Zeit, da die Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt waren.

Von den Memoiren, die erschienen, mögen etwa die Erinnerungen des preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun gewürdigt sein.⁵⁾ Umfassender noch geben sich die Aufzeichnungen und Briefe, die Gustav Stresemann betreffen. Sie sind von H. Bernhard zusammen mit W. Goetz und P. Wiegler unter dem Titel «Stresemanns Vermächtnis» herausgebracht.⁶⁾

Das kirchenpolitische und kulturpolitische Material, das ganz allgemein in der Memoirenliteratur vorliegt, ist nicht sonderlich ergiebig. Die Freude an der chronique scandaleuse ist oft grösser.

⁵⁾ Von Weimar zu Hitler.² New York 1948. Siehe hier besonders S. 227 ff. die Ausführungen über das Reichsschulgesetz, S. 274 ff. über das Reichskonkordat, S. 335 ff. über den Abschluss des evangelischen Kirchenvertrags.

⁶⁾ 3 Bde. 1932/1933. Doch bedarf es hier noch der kritischen Erläuterung und Durchdringung. So ist Stresemanns Darstellung in Sachen des Reichsschulgesetzes einseitig, wenn es in seinem Brief an den preussischen Staatssekretär Weismann vom 15.2.1928 heisst: «Ich bin der Meinung, dass der Übereifer des Herrn Schreiber wesentlich dazu beigetragen hat, die Dinge zum

Schwerer wiegen manche Erinnerungen, die nach Weimar weisen. Dabei mag man neben Ablast, Poetsch, Haussmann⁷⁾ und anderen vorab an J. Mausbach und K. Beyerle denken. Man greife zu Mausbachs «Kulturfragen in der deutschen Verfassung».⁸⁾ Man nehme etwa Beyerles «Weimarer Erinnerungen zu Artikel 137 der Reichsverfassung» in einer einschlägigen Sammelschrift, die Jos. Schmitt vorlegte.⁹⁾ Ebenda hat übrigens Mausbach auf Grund der Verhand-

Bruch zu treiben . . . «Ich bin deshalb in der Überzeugung abgefahren, dass ich zu den Verhandlungen über das Schulgesetz wieder zurück sein würde. Statt dessen haben die Hitzköpfe in der Fraktion, nämlich Schreiber und Guérard, die Dinge auf die Spitze getrieben und damit in der Volkspartei die Auffassung genährt, dass es dem Zentrum vor allen Dingen darauf ankäme, wegen seiner eigenen inneren Schwierigkeiten eine Art Kulturkampffarole zu haben.» Hierzu ist zu sagen, dass die beiden genannten Abgeordneten kein Interesse an einer Auflösung des Reichstags hatten, die vom Scheitern des Reichsschulgesetzes den Ausgang nahm. Wichtiger war es, die Gesamtlinie der deutschen Politik einzubehalten. Gerade diesen Gesichtspunkt liess aber der Abg. Runkel, der Wortführer der Deutschen Volkspartei im Bildungsausschuss, vermessen. Zum anderen hatte Stresemann nicht die Kraft, kulturpolitisch ausbrechende Elemente in die Gesamthaltung der Fraktion, die Träger einer Koalition war, einzuordnen. Das persönliche Erlebnis mag mitsprechen. Stresemann rief mich abends spät in Berlin in meiner Privatwohnung durch den Reichsminister Heinrich Köhler an, der sich gerade bei ihm aufhielt. Stresemann wollte gern wissen, was es bei der Beratung des Reichsschulgesetzes im Bildungsausschuss gegeben habe. Er war unruhig. Ich habe bereits an jenem Abend, kurze Zeit vor dem Bruch, auf den Ernst der Lage hingewiesen. Damals habe ich bereits betont, dass seine Fraktionskollegen im Ausschuss nicht glücklich operierten, indem sie die Bindungen an die Allgemeinpolitik nicht genügend beachteten. – Kulturpolitisch unergiebig ist A. Vallentin, Stresemann. Vom Werdegang einer Staatsidee. München-Leipzig 1948.

- 7) Schlaglichter, Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen von Conrad Haussmann, hrsg. von Ulrich Zeller. Frankfurt 1924, S. 275 ff.
- 8) Eine Erklärung wichtiger Verfassungsartikel. M.-Gladbach 1920, mit der bedeutsamen Wendung des Vorworts: «Das Problematische und Gefährliche mancher Bestimmungen der Grundrechte steht niemand so deutlich vor Augen wie denen, die an ihrer Beratung teilgenommen und ihre Gesetzeskraft nach bestem Wissen und Gewissen mitbeschlossen haben. Diese Gefahren sollte man aber nicht dadurch beseitigen, dass man sich in unfruchtbarem Streit über vergangene und unabänderliche Dinge erhitzt, sondern ganz allein dadurch, dass wir in kraftvoller Geschlossenheit uns den grossen und schwierigen Aufgaben zuwenden, die beim weiteren Ausbau der Verfassung, vor allem auf dem Schulgebiet, noch zu lösen sind.» Man hört deutlich die Fronde heraus, die gewisse Kreise schon früh gegen die Weimarer Verfassung einsetzten. Sie haben sich nicht gescheut, den grossen Apologeten und besonnenen Kulturpolitiker als «roten Prälaten» anzusprechen.
- 9) Kirchliche Selbstverwaltung im Rahmen der Reichsverfassung (Veröff. d. Sektion für Rechts- und Sozialwissenschaft der Görres-Gesellschaft, H. 44). Paderborn 1926, S. 151-161.

lungen in Weimar «Über die öffentliche Rechtsstellung der Kirche im Deutschen Reich» gehandelt.¹⁰⁾ Zum anderen bleibt, was zusammenfassende Darstellungen betrifft, eine Geschichte der deutschen Kirchenpolitik, Religionspolitik und Kulturpolitik der Weimarer Republik noch zu schreiben. Dagegen sind manche Einzelstudien vorhanden, vor allem über das Reichsschulgesetz.¹¹⁾ Einige Hinweise finden sich übrigens französischerseits in der Studie von Edmond Vermeil, *La Constitution de Weimar et le principe de la démocratie allemande*.¹²⁾ George Goyau, der Historiker des deutschen 19. Jahrhunderts, fand eine gewisse Nachfolge.

Zum anderen will die Geschichte der Parteien berücksichtigt sein.¹³⁾ Manches liefern im Besonderen die Jahrbücher, auch die Wahlhandbücher der damaligen Parteien. Sie haben für den Historiker und Rechtshistoriker dann eine grössere Bedeutung, wenn sie Quellenangaben mit sich führen. Dahin gehören

¹⁰⁾ S. 131-150. – Zur Kirchenpolitik und Kulturpolitik s. ausser den Kommentaren zur Reichsverfassung im Besonderen noch J.V. Bredt, *Der Geist der deutschen Reichsverfassung*. Berlin 1924, und A. Lilienthal, *Die Staatsaufsicht über die Religionsgesellschaften nach Artikel 137 der Reichsverfassung*. Berlin 1925. Erinnerungen aus der Deutschnationalen Fraktion teilten sich mit, als Axel Frhr. v. Freytag-Loringhoven sein Buch schrieb; «Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit.» München 1924. Dort ist über Religionsgesellschaften S. 339 ff. gehandelt. Der Autor war seit 1924 Mitglied des Reichstags. Siehe schliesslich Hans Rieder, *Staat und Kirche nach modernem Verfassungsrecht*. Berlin 1928.

¹¹⁾ Siehe statt anderer Walter Landé, *Die Schule in der Reichsverfassung*. Berlin 1929. – Wenig Ertrag für die Reichskulturpolitik, abgesehen von der Polemik gegen den Reichskunstwart Edwin Redslob, gewährt die sonst recht bemerkenswerte Schrift von Hermann Schmitz, *Revolution der Gesinnung. Preussische Kunstpolitik und Volksgemeinschaft seit dem 9. November 1918*. Neubabelsberg, Selbstverlag 1918. Das Buch wendet sich besonders gegen den Kultusminister C. H. Becker.

¹²⁾ *Essai d'histoire et de psychologie politiques*. Strassbourg-Paris 1923, p. 193 ss.

¹³⁾ Sie ist besonders von Ludwig Bergsträsser gepflegt worden. Zur Bücherkunde der deutschen Parteien s. G. Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1925. M.-Gladbach 1925* (Bücherkunde der Zentrumspartei S. 457 bis 476). Wiederum G. Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1926. M.-Gladbach 1926*, S. 600-607 mit der Bibliographie der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei. Schliesslich G. Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1927/1928. M.-Gladbach 1928*, S. 765-785 mit der Bücherkunde der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Ebd. S. 765 ff. eine Weiterführung und Ergänzung der Literatur über die Deutsche Demokratische Partei. In der Hauptsache ist bei diesen Übersichten die Literatur nach dem ersten Weltkrieg aufgenommen. Nur hie und da ergab sich ein Rückgriff auf frühere Jahre.

u.a. die Nummern der eingebrachten Anträge und die Tage der jeweiligen Verhandlungen, sei es in den Ausschüssen, sei es im Plenum. Oft führen sie auch Hinweise auf die Publizistik mit sich.¹⁴⁾ Doch diese parteilichen Jahrbücher und Handbücher sind in grossen Büchereien stiefmütterlich genug behandelt worden. Das kann nur verglichen werden mit dem Emanzipationskampf, den Institute für Zeitungswissenschaft und Publizistik an deutschen Hochschulen führten und führen.

6. Kulturpolitik des Reiches

Die Verfassung der Weimarer Republik schuf gewisse Möglichkeiten, dass das Reich Religionspolitik und Kirchenpolitik, Konkordatspolitik und Kulturpolitik in einem grösseren Ausmass in die Hand nehmen konnte. Doch zeigt die Verfassung ganz deutlich, dass es sich auch an dieser Stelle um einen Kompromiss zwischen Reich und Ländern handelte. Der ursprüngliche Plan einer zentralistischen Formgebung, der Hugo Preuss, Konrad Haussmann, Friedrich Naumann, Matthias Erzberger u.a., zum Weiteren die sozialdemokratische Linke zuneigten, konnte nicht durchgehalten werden. Die reichseigene Finanzverwaltung und die Aufrichtung der Reichsverkehrspolitik, zum Wesentlichen Erz-

¹⁴⁾ Da will etwa erwähnt sein das erste Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1926. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1927. Ein Vorwort schrieb dazu der Parteivorsitzende Hermann Müller-Franken. Ein zweiter Band, Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927, Berlin 1928, folgte. Weitere Bände sind nicht zugänglich. Verweise auf die parlamentarischen Quellen sind beigegeben. Das Vorwort des Jahres 1927 bemerkt: «Der Versuch, der im verflossenen Jahre zum ersten Male unternommen wurde, nach der Art der englischen Labour-Party in einem Jahrbuch einen vollkommeneren Überblick über das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands in seiner durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung beeinflussten Form zu geben, kann als gelungen bezeichnet werden.» Die Kulturpolitik ist Bd. 1, S. 369 ff. und 2, S. 28 ff. (Reichsschulgesetz) und S. 198 ff. (Sozialistischer Kulturbund) behandelt. Gestreift wird das Bayerische Konkordat (Bd. 1, S. 389; Bd. 2, S. 32). – Man nehme zum weiteren: Jahrbuch der Deutschnationalen Volkspartei 1921. Berlin 1921. Siehe dort Koch (Oeynhausen), Deutschnationale Kirchenpolitik in der Preussischen Landesversammlung, S. 47-61; ferner Dehmlow, Schule und Erziehung, S. 62 f. Der Band ist ein erster, fast familiärer Versuch. In späteren Jahren folgten umfänglichere Darlegungen. – Ein gehaltvoller Rechenschaftsbericht wurde vorgelegt von A. Kempkes, Staatssekretär z. D., M. d. R.: Deutscher Aufbau. Nationalliberale Arbeit der Deutschen Volkspartei. Berlin 1927.

bergers Werk,¹⁾ vollzogen sich leichter als die Weitung kulturpolitischer Aufgaben. Ältere Bindungen machten sich gegen den Einheitsstaat und zugunsten der Länder geltend. In einer Konferenz, die nach der November-Revolution 1918 stattfand, kam es am 25. November 1918 zu einem sehr scharfen Zusammenstoß zwischen dem Abgeordneten Erzberger und dem bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner. Dabei zeigte es sich, dass der Linkspolitiker Eisner, «begabt mehr mit der leicht entzündlichen Phantasie des Künstlers als mit dem Tatsachensinn des Staatsmanns» (Friedrich Stampfer),²⁾ sehr schnell von seinen bayerischen Ministerialräten beeindruckt war.³⁾ Auch seine Willensmeinung ging die Wege des Föderalismus. Ja, er hat am 27. November 1918 die «diplomatischen Beziehungen» zu Berlin, d.h. zum Auswärtigen Amt, abgebrochen.⁴⁾

Immerhin, das Reich reckte sich. Es hatte bereits im Bismarckischen und Wilhelminischen Zeitalter manches Interesse für kirchenpolitische und kulturpolitische Zusammenhänge aufgebracht. Dahin gehört die Aufhebung des Jesuitengesetzes (1917). Dahin zählt die Militär-Seelsorge. Dahin weist das Interesse des Reiches für jene Wissenschaftsinstitute, die nicht von den einzelnen Ländern, sondern im Reichshaushalt betreut wurden.

Dahin zählt das Reichsgesundheitsamt. Es ist bereits 1870 im Reichstag des Norddeutschen Bundes gefordert worden.⁵⁾ Es wurde alsdann 1876 errich-

1) Über Erzberger liegt ein mehrfaches und ablehnendes Broschüren-Schrifttum vor, weithin kritiklos, etwa Max Taube, *Erzberger, der Totengräber des Deutschen Reiches*. Berlin 1919. Quellengemässer und eingehender Ernst Bauer, *Erzberger*. Ludwigsburg-München 1925². Siehe noch unten.

2) *Deutsche Republik*, S. 51. Siehe auch im Register, S. 674.

3) So hat nach der staatspolitischen Seite hin Erzberger, wie er mündlich mitteilte, diese Konferenz gesehen. Stampfer (S. 73) hat seinerseits darauf hingewiesen, dass Eisner sowohl Erzberger wie Solf wie auch den Abg. David als Unterhändler zu einem Friedensvertrag ablehnte.

4) Materialien über Eisner bei K.K. Doberer, *Die Vereinigten Staaten von Deutschland*. München 1947, S. 16 ff. Nicht zugänglich ist mir F. Fechenbach, *Der Revolutionär Kurt Eisner*. Berlin 1929. Siehe schliesslich Johannes Hohlfeld, *Geschichte des Deutschen Reiches 1871-1914*. Leipzig 1924, S. 638 f., 645, 648 mit weiteren Literaturangaben.

5) In der 36. Sitzung vom 6. April 1870. Im Jahre 1874 forderte der Reichstag die Regierung, auf die Errichtung zu beschleunigen. Karl Griewank, *Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich (Schriften zur deutschen Politik, hrsg. von Georg Schreiber, H. 17/18)*. Freiburg i. Br. 1927, S. 21. Siehe noch Georg Schreiber, *Forschungsinstitute, Staatslexikon der Görres-Gesellschaft* 2⁵, Freiburg i. Br. 1927, S. 74 ff. Derselbe, *Deutsches Reich und deutsche Medizin. Studien zur Medizinalpolitik des Reiches in der Nachkriegszeit (1918-1926)*. Leipzig 1926, mit dem dort gebotenen Abschnitt über das Reichsgesundheitsamt S. 120-182.

tet. Zwölf Jahre habe ich als Etatberichterstatter für das Reichsinnenministerium dieses grosse Wissenschaftsinstitut aus nächster Nähe beobachten dürfen. Es war inzwischen nach den baulichen Anlagen, aber auch in der Wasserzuführung überaltert, doch der Geist ernster Forschung war noch sehr lebendig, um aus der neueren Zeit nur Max Rubner, Paul Uhlenhuth und Karl Wilhelm Joetten zu nennen.

Dahin gehören weiter das Statistische Reichsamts (1872), ferner die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, bei deren Schaffung Werner von Siemens und Hermann von Helmholtz tätig waren. Ungemein charakteristische Persönlichkeiten traten an die Portale dieser Neuschöpfung, die später E. Warburg und W. Nernst unter ihren Präsidenten sah.

Ebenso ist die Biologische Reichsanstalt zu erwähnen (1905). Wiederum will das Archäologische Institut des Deutschen Reiches genannt sein. Es wurde 1871 von Preussen und 1874 vom Reich übernommen. Mit seiner Zentrale in Berlin, mit seinen Zweigstellen in Athen und Rom, mit seinen Ausgrabungen in Pergamon und in der Hethiter-Hauptstadt Boghasköi, später in Olympia, erregte es weithin die Aufmerksamkeit des wissenschaftlichen Auslandes. Es wurde Muster und Vorbild. Österreich, Frankreich, England, Italien, die Vereinigten Staaten schufen ähnliche Anstalten. Das Deutsche Archäologische Institut ist allerdings mehr aus eigener Gestaltungskraft der deutschen Forschung als aus der Initiative von Ministerialbehörden erwachsen. Linien des besten mittelalterlichen Gemeinschaftsdranges bejahten sich von Neuem. Kein Geringerer als Theodor Mommsen († 1903) hat diese Organisationskraft deutscher Forschung begrüsst. Er war zum anderen froh, dass sich das Reich der historisch-archäologischen Forschungen annahm. Das geschah in seiner Akademierede zum Tode Kaiser Wilhelms I. (22. Mai 1888).⁶⁾ Aus ihm sprach der Historiker, Philologe und Jurist, aber auch das Mitglied der Fortschrittspartei.

Andere Unternehmungen schlossen sich an. Es bildete sich in Verbindung mit dem Archäologischen Institut die Römisch-germanische Kommission in Frankfurt 1902. Sie hat weithin neben anderem die Altkultur des Mittelrheins blossgelegt. Wiederum wurde das Thema Geschichtswissenschaft und Nation zutiefst berührt, als bereits 1875 die *Monumenta Germaniae historica*, das geistige Erbe des Freiherrn vom Stein, vom Reich übernommen wurden. Man

⁶⁾ Griewank, Staat und Wissenschaft, S. 17 mit dem Hinweis auf Adolf von Harnack, Geschichte der preussischen Akademie der Wissenschaften. Volksausgabe, S. 766.

weiss, es handelt sich um die Hauptquellensammlung der deutschen Geschichte für die Zeit von 500 bis 1500. Die Verbindungsbrücken nach Italien wurden um das Deutsche Kunsthistorische Institut in Florenz bereichert (1902). Dazu traten noch die Zoologischen Stationen in Neapel und Rovigno. An die Stelle der Stauferkämpfe und der Auseinandersetzung von Ghibellinen und Guelfen trat die geistige und moralische Zusammenarbeit mit dem italienischen Volksgenius. Derart wuchs das Reich in grosse und bis dahin ungekannte Aufgaben. Die Pionierarbeit von Winckelmann und Goethe, von Schlöder und Bunsen empfing eine fruchtbare Auswirkung. Wir rückten näher an den Stimmungsgehalt der Campagna und der zauberischen Bucht von Amalfi.

Dabei zeichneten sich für das Reich bereits gewisse Ansätze zu einer Auslandskulturpolitik ab. Sie betrafen die kulturelle Apparatur der Kolonialpolitik, ebenfalls eine Betreuung des Deutschtums, das draussen lebte. Da erschienen neben Forschungsinstituten Krankenhäuser und Seemannsheime in Europa und Übersee. Wir erwähnen nur für Ägypten das Deutsche Haus in Kairo, ferner das Viktoria-Krankenhaus der Diakonissenanstalt Kaiserswerth in Alexandrien (1885 gegründet), das König-Wilhelm-Hospiz in Coubech les Bains bei Kairo (1912 gegründet), das Hospital der Sudan-Pioniermission in Assuan (1912 gegründet).⁷⁾ Die Pyramiden und die Totenbücher der Ägypter traten stärker in den deutschen Gesichtskreis.

Vorab wollen aber die Auslandsschulen genannt sein. Sie sind jedoch vielfach aus privater Initiative entstanden. Aber auch dann erwies sich der Schutz deutscher Auslandsvertretungen als wertvoll, in Mailand wie in Tsingtau.

Derart wuchs das Reich vor 1918 in grössere kulturpolitische Zusammenhänge, auch zum Nutzen der Wirtschaft und ihrer Handelskammern. Auch der Export bedarf einer Unterstützung durch eine höchstehende Kulturpolitik. So kam eines Tages Carl Duisberg († 1935), der bekannte Organisator der chemischen Industrie, zu mir. Er klagte, dass man mit der Ausfuhr vieler chemischer Produkte in Südamerika überhaupt nicht Fuss fassen könne. Paris beherrsche den Markt. Der grosse Entdecker der Baumwollfarbstoffe fragte sofort, ob nicht Möglichkeiten beständen, ganz allgemein für die deutsche Kultur in den andischen Ländern zu werben. Dieses Vorstandsmitglied mancher gelehrter Körperschaften hatte ja viel Sinn für die umfassende Bedeutung geisteswissenschaftlicher Institute. Er hatte verstanden, was ein Minister einmal in die Wendung ge-

⁷⁾ G. Schreiber, Deutsches Reich und deutsche Medizin, S. 294 ff.; Derselbe, Deutsche Medizin und Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Leipzig 1926, S. 51.

bracht haben soll: Es sei nicht ganz gleichgültig, ob draussen Racine oder Goethe gelesen und gespielt würde.

In der Weimarer Republik erweiterte sich nun zusehends die Aufmerksamkeit für kulturpolitische Zusammenhänge, auch nach der kirchenpolitischen und religionspolitischen Seite. Gewiss hatten bis dahin nur die Länder verfassungsmässige und weithin auch konkordatsmässige Beziehungen zu den Religionsgesellschaften unterhalten. Die Konkordatspolitik des 19. Jahrhunderts erbringt hier die näheren Nachweise. Aber eine Reihe von Faktoren drängte, nachdem die Weimarer Verfassung geschaffen war, unablässig auf eine neue Aktivität und Initiative des Reiches. Gehen wir auf diese neuen Zielstellungen etwas ein.

Das Reich hatte zunächst seine Funktion als Hüter der Verfassung zu erweisen. Dabei schrieb es eigentlich einen fortlaufenden Verfassungskommentar. Schon zu Beginn der 1920er Jahre stellten sich Notwendigkeiten dieser Art heraus.

Eigenwillig ging mehr als ein Land seinen Weg, jenseits von Weimar. Innenpolitisch wie kulturpolitisch, in Sachen der Polizei wie der Schule. Unklarheiten der Verfassung wusste man zugunsten der Parteidogmatik auszunutzen. Intellektuelle und Funktionäre taten mit.

Vorab ist hier das Land Sachsen zu nennen. Es war stark erschüttert. Wellen des mitteldeutschen Aufstandes teilten sich mit.⁸⁾ Der Kommunist Max Hölz bekam 1920 Stücke des Vogtlandes in seine Hand. Mitte April beseitigte die Reichswehr seine Übergriffe. Von März 1919 bis April 1920 war Georg Gradnauer Ministerpräsident. Schon nach der Revolution von 1918 hatte er sich als sächsischer Minister für Justiz und Inneres betätigt. Gradnauer verfügte über eine reiche parlamentarische Erfahrung und grosse literarische Gewandtheit. Er war eine angenehme, sachlich urteilende Persönlichkeit. Der Parteimann war längst zum Staatsmann geworden. Vom Mai bis November 1921 wirkte er als Reichsminister des Innern. Seitdem amtierte er als sächsischer Gesandter in Berlin.

Ernste Angelegenheiten eines Christian Schreiber, Bischofs von Meissen (1921-1930), konnte man vertrauensvoll mit ihm besprechen. Sie lagen in mehr als einer Hinsicht im Staatsinteresse. Manches war in der Tat für den Erstbischof Sachsens mühsam zu meistern. Das Verhältnis zu den Wenden war schwierig genug gelagert. Zwei wendische Mitglieder des Domkapitels scheu-

⁸⁾ Hohlfield, Deutsches Reich, S. 699 und 746; Stampfer, Deutsche Republik, S. 219.

ten sich nicht, über ihren Bischof sich an hoher kirchlicher Stelle zu beschweren. Durchaus unberechtigt.

Diese Spannung hat eine Vorgeschichte. In den Tagen der Vertragsschliessung von Versailles hatte eine extreme Gruppe bereits Briefmarken drucken lassen, die eine wendische Republik verkündigten. Bischof Schreiber entschloss sich nun, das Wendische Seminar aus Prag herauszunehmen, in dem Theologiestudierende des Bistums ihre Ausbildung empfangen. Es lag ihm daran, eine einheitliche Erziehung des Diözesanklerus in seiner früheren Heimat Fulda in die Hand zu nehmen, wo er als Regens gewirkt hatte. Er verkaufte die Prager Gebäulichkeiten. Doch die Tschechoslowakei beschlagnahmte die bedeutende Verkaufssumme. Sie ist dem Bistum Meissen widerrechtlich entzogen worden. Nun verhandelte ich mit dem Reichsinnenministerium um eine Entschädigung. Sie ist dem armen Diasporabistum, das in aussenpolitischen Spannungen einen schweren Vermögensverlust erlitten hatte, gewährt worden. Gradnauer hat mich bei diesen Verhandlungen nachdrücklich unterstützt. Leicht und ungezwungen vollzog sich mit dem sächsischen Gesandten die Zusammenarbeit in Sachen des Hygiene-Museums in Dresden. Dieses hatte ich als Etatreferent beim Reichsinnenministerium zu betreuen. Noch anderes führte zusammen. Gradnauer suchte ebenso in den schweren sächsischen Schulfragen zu vermitteln.

Aber in letzterer Hinsicht ergaben sich in Dresden die stärksten Widerstände. Sie zogen sich über Jahre dahin. Die dortigen Kabinette, die von der Sozialdemokratie aufgebaut wurden, gerieten in starke Abhängigkeit der Unabhängigen und der Kommunisten. Man lese die Geschichte der Ministerien Buck und Zeigner nach. Gegen das Ministerium Zeigner erfolgte die Reichsexekution. Der volksparteiliche Reichsminister Heinze wurde zum Reichskommissar ernannt. Die Reichswehr besetzte die Amtsgebäude in Dresden.⁹⁾

Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen mit dem Reich. Sie betrafen verschiedene Bereiche. Da waren illegale Kampfverbände, Hundertschaften, eine parteipolitisch ausgerichtete Schutzpolizei. Es kam zu Einsprüchen im Reichstag. Vorab wurden die Jahre 1921-1923 berührt. Aber die Spannung griff noch in die frühere Zeit. Der revolutionäre Umbruch machte sich kulturpolitisch mit Schroftheiten geltend. Gedanken einer pädagogischen Autarkie leuchteten auf.

⁹⁾ Hohlfeld, Deutsches Reich, S. 747 ff., Stampfer, Deutsche Republik, S. 209, 339, 360 ff. Eine nicht ganz ausgeglichene Darstellung bei Friedrich von Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936. Leipzig 1940, S. 329, 373.

Die Deutschnationale Fraktion beteiligte sich mit besonderer Lebhaftigkeit an dem Widerspruch, besonders mit dem Abg. D. Mumm und dem Abg. Philipp.¹⁰⁾ Erinnerungen an die Stammlande der Reformation gingen mit. Die Fraktion des Zentrums, die um sächsische Katholikentage und um die Hofkirche in Dresden wusste, protestierte ihrerseits gegen das sächsische Schulübergangsgesetz (§ 2 Abs. 2) vom 22. Juli 1919. Dieses wollte voreilig die sächsischen Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen umwandeln.¹¹⁾ Eine günstige Reichsgerichtsentscheidung vom 9. November 1920 zerstörte jedoch diese Absichten.

Doch weitere Reibungsflächen zeichneten sich ab. So erfolgte im Reichstag die Anfrage Nr. 619 vom 24. Januar 1921 der Abgeordneten Hofmann (Ludwigshafen), Rheinländer, Frau Dransfeld und Genossen, die gegen die sächsische Verordnung vom 8. Januar 1921 gerichtet war. Letztere lautete: «Bei der Anmeldung zum Besuche der Volksschule haben die Erziehungsberechtigten dem Schulleiter eine Erklärung darüber abzugeben, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht.» Jene von Hofmann und Genossen erfolgte Anfrage bezeichnete den Erlass als im Widerspruch zum Artikel 149 der Reichsverfassung. Nach diesem habe Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach zu gelten.

Diese Einsprüche gingen weiter. Andere Differenzen traten hinzu. Deswegen wurde die Interpellation Marx und Genossen eingebracht (Nr. 5230 am 15.11.1922), die ein helles Schlaglicht auf die strittigen religionspolitischen und schulpolitischen Fragen jener Tage wirft: «Das Sächsische Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts hat durch Verordnung vom 12. August d. J. bestimmt, dass an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern künftig in keinem Falle mehr Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertags-Handlungen erteilt werden dürfe.

Eine weitere Verordnung vom 24. August verbietet jede Art religiöser Beeinflussung ausserhalb des Religionsunterrichts und beschränkt die Zulässigkeit von Andachten, Gebeten und Kirchenliedern auf die Religionsstunden.

Diese Massnahmen widersprechen den Artikeln 135, 149 und 174 der Reichsverfassung. Sie verletzen die dort gewährleistete Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Freiheit der Religionsübung und das Recht der Bekenntnis-

¹⁰⁾ Albrecht Philipp, aus dem höheren Lehrfach kommend, konservatives Mitglied der 2. Kammer der Kgl. Sächsischen Ständeversammlung, 1919 in der Nationalversammlung, 1920 im Reichstag. – Über Mumm siehe unten.

¹¹⁾ G. Schreiber, Grundfragen der Zentrums politik. Berlin 1924, S. 49.

schule, die in Sachsen Regelschule ist. Sie haben daher weit über die Grenzen des Freistaates Sachsen hinaus Befremden und Entrüstung hervorgerufen.

Das Bischöfliche Ordinariat in Bautzen hat gegen das verfassungswidrige Vorgehen des Sächsischen Kultusministeriums pflichtgemäss Einspruch erhoben. Diese in der «Sächsischen Volkszeitung» (Nr. 231 vom 29.10. d. J.) veröffentlichte bischöfliche Kundgebung hat das Ministerium damit beantwortet, dass es die Einleitung eines Strafverfahrens gegen das Ordinariat ankündigte («Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen» Nr. 262 vom 8.11.1922).

Hat die Reichsregierung zu diesen Vorkommnissen Stellung genommen?

Welche Schritte gedenkt sie zu unternehmen, um der Reichsverfassung und der von ihr feierlich gewährleisteten Gewissensfreiheit im Freistaat Sachsen Achtung zu verschaffen und die bekenntnistreue Bevölkerung vor Vergewaltigung zu schützen?»

Der Wortlaut der Interpellation kennzeichnet den hohen Grad der Spannung, nicht minder die Art, wie man die Verfassungsverletzung sah. Man erblickte darin im Grunde genommen einen Rückfall in das Zeitalter Josephs II., des Bruders Sakristan. Zeitalter der Kulturpolizei dämmerten wieder herauf, da in Leipzig 1808 die zweibändige Staatslehre von K.H.L. Poelitz erschien und definierte: «Die Kultur- (auch Wohlfahrts- und Hilfs-) polizei ist der Inbegriff aller Anstalten der Polizei, wodurch die Kultur der Staatsbürger nach ihrem ganzen Umfange begründet, befördert, erhalten und erhöht wird.»¹²⁾ Vergilbte Blätter einer älteren politischen Theorie, die ihren Durchbruch zu höherer Geistigkeit noch nicht erlebte.

Es erfolgte gleichzeitig gegen die sächsischen und braunschweigischen Übergriffe scharfer Einspruch im Haushaltsausschuss und im Plenum,¹³⁾ im Besonderen gegen den sächsischen Kultusminister Hermann Fleissner (Minister vom 10.10.1920 bis 4.1.1924). Vom Reichstag wurde, wenn diese Verfassungsverletzungen vorgetragen wurden, eine nachdrückliche Einwirkung auf das Reichsministerium des Innern angestrebt. Dieses erweiterte, gemessen an dem älteren Reichsamt des Innern, ganz bedeutend seinen Aufgabenkreis.

¹²⁾ Erwähnt nach Eduard Spranger, Kulturpolitik, bei Paul Herre, Politisches Handwörterbuch, 2 Bde. Leipzig 1923, I, Sp. 1087.

¹³⁾ Durch den Abg. Dr. Schreiber (HHA. 136 vom 9.3.1922, 137 vom 10.3.1922, ferner HHA. 211 vom 31.1.1923, im Plenum am 14.2.1923, 300. Plenar-Sitzung).

Immer wieder musste es dornige Strassen zu einzelnen Ländern beschreiten. Die Zeiten waren ganz anders geworden, da einst der Graf im Bart, Graf von Posadowsky-Wehner (1897-1907) und Clemens von Delbrück, der Stellvertreter von Bethmann-Hollweg, das Reichsamt des Innern geleitet hatten.

Die Einsprüche hatten zunächst Erfolg. In der Tat hob die sächsische Regierung die beiden Verordnungen auf und ersetzte sie durch eine neue Verordnung vom 9.3.1923. Diese war günstig, aber erfüllte noch nicht alle Ansprüche. Die Abg. Marx und Hofmann (Ludwigshafen) stellten dieses in den Interpellationsreden vom 22.3.1923 fest. Marx: «Wir werden nicht ermatten, unser Recht für die katholischen Minderheiten in Sachsen zu verlangen.» Wenn auch in diesen Fragen durch das Eingreifen des Reichstags eine wesentliche Besserung eintrat, veranlassten weitere sächsische Stellungnahmen eine zweite Interpellation: Nr. 5914 vom 11.6.1923 Marx und Genossen, die wiederum die Verletzung der Reichsverfassung feststellte:

«Durch Verordnung vom 24. Mai 1923 hat das Bezirksschulamt Zittau im Einvernehmen mit dem Sächsischen Kultusministerium angeordnet, dass auf die katholischen Schulen des Oestritzer Kirchspiels die Verordnung des Sächsischen Kultusministeriums vom 24. August 1922 zur Anwendung zu bringen sei. Danach sind die üblichen Gebete vor und nach dem Unterricht, das Einüben von Kirchenliedern ausserhalb der Religionsstunden und dergleichen verboten.

Die Verordnung unternimmt damit in Nichtachtung und unter Verletzung der Bestimmungen des Artikels 174 der Reichsverfassung den Versuch, den Charakter von Schulen zu ändern. Die hier in Betracht kommenden Schulen sind am 14. August 1919 katholische Bekenntnisschulen gewesen und bis heute geblieben.

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die wiederholte Verletzung der Reichsverfassung durch Verordnungen der Sächsischen Regierung zu beseitigen und ähnliche Übergriffe in Zukunft zu verhindern?»

Es kam zu einer vorläufigen Beilegung dieses Zwischenfalles.¹⁴⁾

¹⁴⁾ G. Schreiber, Grundfragen, S. 49. S. ferner den Sammelartikel «Sachsen» bei H. Sacher, Staatslexikon 5. Freiburg i. Br. 1931, Sp. 1138 bis 1158; ferner J. Mausbach, Religionsunterricht und Kirche. Aus den Beratungen des Weimarer Verfassungsausschusses. Mit einem Anhang über die Grundschule (Schriften zur deutschen Politik, hrsg. von G. Schreiber, H. 3). Freiburg i. Br. 1922. Hier (S. 5) sind auch sächsische Vorgänge festgehalten.

Wiederum musste auf Mecklenburg-Schwerin verwiesen werden. Dort war dem Landtag ein Entwurf für ein Lehrerbildungsgesetz vorgelegt, das im Widerspruch zum Artikel 143 der Reichsverfassung stand. Dagegen verwarfte sich der Abg. Hofmann-Ludwigshafen in der 74. Plenarsitzung vom 16. Juni 1925.¹⁵⁾ – Soviel nur zur Kennzeichnung der neuen Beziehungen, die in Sachen des Verfassungsschutzes zwischen Reich und Ländern anhuben. Es gab hier Entwicklungen und Gegebenheiten, die im allgemeinen dem bismarckisch-wilhelminischen Reich fremd waren. Religionspolitisches wurde dort nur gestreift und zugleich mit grosser Vorsicht behandelt. Nun aber kam es zu schwierigen Auseinandersetzungen und Gefechten, die auf Klärungen und Revisionen drängten.

Neue und benachbarte Interessensphären zeichneten sich dabei ab. Das Kind, das von der Sozialpolitik ergriffen wurde (Kinderschutzgesetzgebung, Steuerpolitik, Familienlohn), meldete sich auch für den kulturpolitischen Raum an. Aber nicht bloss für die Gesetzgebung. In der nachrevolutionären Zeit, im Zeitalter des Weimarer Verfassungswerkes, erstand eine sehr namhafte Literatur über das Verhältnis des Kindes zur Religion und über die Elternpflicht. Sie suchte zum Teil volkstümliche Wege zu gehen.¹⁶⁾

Damals erfolgte auch die Regelung des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921. Die Beratung gestaltete sich ruhig und vornehm. Ältere Vorarbeiten kamen hier zum Abschluss. Bereits der Toleranzantrag von 1905 hatte die Beseitigung der buntscheckigen Ungleichheit und der teilweisen Rechtsunsicherheit in Sachen der religiösen Kindererziehung gefordert. Wiederum wurde bei den Beratungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch der Gegenstand lebhaft erörtert, ohne dass es zu einem gesetzgeberischen Abschluss für die Lösung jener Frage kam, in welchem Bekenntnis Kinder, vor allem solche in gemischten Ehen, erzogen werden sollten.¹⁷⁾

Das religionspolitische Interesse der Weimarer Republik wurde noch von anderen Gesichtspunkten in Anspruch genommen. Der Blick wandte sich besorgt zum Rhein. Der Tatsachenbereich der besetzten Gebiete machte sich nachdrücklich geltend. Auf Grund der Abmachungen von Locarno wurde die I. Zone am 31.1. (bzw. 1.2.) 1926 geräumt. Die Räumung der II. Zone war am 30.11.1929 vollendet. Die III. Zone wurde bis zum 30.6.1930 freigegeben.

¹⁵⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925. M.-Gladbach 1925, S. 106.

¹⁶⁾ Man nehme etwa Viktor Hugger, Um die christliche Schule (Flugschriften der Stimmen der Zeit, Heft 3). Freiburg i. Br. 1919.

¹⁷⁾ Schreiber, Grundfragen, S. 56.

Bald da, bald dort musste das Reich eingreifen, wo früher nur Länderzuständigkeiten bestanden. Das strahlte in die verschiedensten Lebensbereiche. Separatismus, Einfuhr durch das «Loch im Westen», Verschuldungen, Verhaftungen, Besatzungskosten, Besatzungsstatut u.a. wollen erwähnt sein. Das betraf nicht minder die kulturpolitischen und kirchlichen Fragenbereiche. Es sei in Sachen von Hilfsaktionen nur vermerkt, dass die Privatschulen finanziell gestützt werden mussten. Die Ordensschulen waren in eine ernste Krise geraten.¹⁸⁾ Der Zustrom aus innerdeutschen Gebieten war zum Teil versiegt. Zum anderen wurde die Reichsregierung ersucht, «angesichts der schweren Notlage, in die die Gesellschaften des öffentlichen Rechts von Art. 137 der Reichsverfassung im besetzten Gebiet dadurch geraten sind, dass die Finanzämter die Kirchensteuer nicht einzogen, unverzüglich durch unverzinsliche langfristige Darlehen helfend einzugreifen».¹⁹⁾ Provisorien und Zwischenlösungen mussten gefunden werden. Das zog sich über trennende Ländergrenzen hinweg.

Verwandten Bestrebungen diente eine in den 1920er Jahren erkannte und mehr und mehr betonte Grenzlandpolitik. Es kam dabei u.a. zu einer stärkeren Berücksichtigung der sozialkaritativen und kulturellen Arbeiten der Religionsgesellschaften, am Oberrhein genau so gut wie in Oberschlesien, an der Eider wie im Bayerischen Wald. Mehr und mehr setzte sich der Gedanke durch, dass Grenzen nicht bloss mit Befestigungen zu schützen sind, die uns übrigens untersagt waren. Wichtiger als Batterien und Minenfelder gaben sich Jugendheime, Gesellenhäuser, weitere wohlfahrtspflegerische Anstalten, Pädagogische Akademien, Volksbüchereien und andere Bildungseinrichtungen. Man lernte um. Dass gleichzeitig eine entsprechende Kreditpolitik und Wirtschaftspolitik einsetzen musste, da z.B. Hypotheken der Tschechen über die Grenze hinweggriffen, war selbstverständlich.

Zum Weiteren verlangten kirchliche Wohlfahrtseinrichtungen eine besondere Regelung in der Sozialversicherung, bei der Aufwertung und im Reichsteuerrecht.²⁰⁾ Anfänge eines deutschen Kirchensteuerrechts zeichneten sich damals stärker ab. Dieser Fragenbereich, den einst der Frankfurter Rechtslehrer

¹⁸⁾ Antrag der Abgg. v. Brentano, Dr. Lauscher, Dr. Schreiber, ferner Abg. Dr. Schreiber in der 80. Sitzung des Reichshaushalts vom 18. 9. 1921.

¹⁹⁾ Nr. 1115 der Reichstagsdrucksachen (1925). Dazu Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 86.

²⁰⁾ Bemühungen der Abgeordneten Dr. Schetter und Frau Teusch, Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 122.

Friedrich Giese 1910 literarisch angeschnitten hatte, wurde von neuen Erlebnissen her weithin ergänzt und überholt.²¹⁾ Wiederum wurde der Krankenpflegenden Orden beim Medizinaletat gedacht. Man dankte dem Reichsinnenministerium für gewisse Richtlinien, die den Gesundheitszustand der Schwestern nur fördern konnten.²²⁾

Zum Weiteren wurde in Sachen des § 61 des Finanzausgleichsgesetzes (Vorschüsse auf die Zuschüsse für Bildungs- und Wohlfahrtsanstalten) verlangt, auch die Mutterhäuser zu berücksichtigen, in denen Schwestern für Lehrzwecke und Wohlfahrtspflege angeleitet wurden.²³⁾ Zum anderen wurde darauf hingewiesen, die Caritasanstalten in eine Linie mit den öffentlichen Wohlfahrtsanstalten zu nehmen, da die privaten Zuwendungen angesichts der Geldentwertung immer mehr zurückgingen.²⁴⁾ In der Tat war die Gefährdung der Privatanstalten (Krankenhäuser, Wohlfahrtseinrichtungen, sozialkaritative Unternehmungen) angesichts der Geldentwertungskrise eine ausserordentliche. Frau Sorge ging um. Hunger und Elend, Inflation und Epidemien standen vor der Tür. In diese Richtung, hier zu helfen, gingen im Besonderen Anträge der Frau Abg. Teusch, die im Sozialetat führend war.

Sodann bedurften die Missionsgesellschaften, ebenfalls die Auslandsseelsorge, einer nachhaltigen Aufmerksamkeit. Hier machten sich gewisse ältere Entwicklungslinien geltend. Einst, am 14. November 1897, war aus Anlass der Ermordung katholischer deutscher Missionare die Besitzergreifung von Kiutschou erfolgt. In Deutschostafrika hatte man, um Weiteres zu berühren, Missionaren Exportprämien zugebilligt. Nach dem ersten Weltkrieg, der mit der Kolonialpolitik aufräumte, blieben aber gewisse Beziehungen zum Reich nach wie vor bestehen, wenn auch die Missionsfelder dorniger geworden waren.

Sie betrafen im Besonderen den Schutz von Auslandsschulen, die Förderung von sozialkaritativen Vereinigungen, Erleichterung der Ausreise, ferner Unterstützungen bei Einrichtungen von Seelsorgstellen. Dahin gehörte es, wenn

²¹⁾ Deutsches Kirchensteuerrecht. Grundzüge und Grundsätze des in den deutschen Staaten für die evangelischen Landeskirchen und für die katholische Kirche gültigen kirchlichen Steuerrechts (Kirchenrechtliche Abhandlungen, hrsg. von Ulrich Stutz, H. 69/70). Stuttgart 1910.

²²⁾ Abg. Dr. Schreiber beim Haushalt des Reichsinnenministeriums, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 123.

²³⁾ 290. HHA., 9.10.1923, Abg. Dr. Schreiber.

²⁴⁾ 56. HHA., 12.1.1921, Abg. Dr. Schreiber. Ebenfalls wurde eine schnelle Auszahlung der Reichsgelder an die Anstalten der Wohlfahrtspflege verlangt. 215. HHA., 7. 2. 1923.

die neu eingerichtete Auslandseelsorge in Lissabon mit Monsignore Viktor Wurzer Mädchenschutz in die Hand nehmen musste, um Verschleppungen nach Südamerika zu wehren. Zudem verlangten die im Ausland gegründeten Hochschulen, im Besonderen in China und Japan, ein näheres Verstehen. Daran waren sowohl die Missionare in Steyl wie die Sozietät Jesu näher beteiligt.²⁵⁾ Dabei wahrten die Missionare durchaus ihren religiösen Grundcharakter, bei aller Wertung des Volkstumsbodens, aus dem sie aufstiegen.²⁶⁾ Derartige Selbstbesinnungen trugen ihren Lohn in sich.

Im Übrigen, um auch das noch zu sagen, waren die Missionsgesellschaften durch die Inflation sehr geschwächt. Ihre Ausfahrt und Ausrüstung wurden auch devisenmässig schwieriger. Katholischerseits waren 34 vorhanden. Man konnte es verstehen, dass ihre Berücksichtigung bei § 61 des Finanzausgleichsgesetzes verlangt wurde.²⁷⁾

Rückhalt und Auswirkung gewährten für diese Bestrebungen im medizinischen Bereich das Missionsärztliche Institut für das evangelische Deutschland in Tübingen (gegründet 1906), ebenso für das katholische Deutschland in Würzburg (gegründet 1921). Das Reich gewährte namhafte Beihilfen und Förderung, um die im Haushaltsausschuss (13.2.1925) und im Plenum (71. Sit-

²⁵⁾ Die auslandskundliche Bedeutung des Missionswesens wurde mehrfach im Reichstag betont. Der Hamburger Grosskaufmann, der deutschvolksparteiliche Abg. Dauch zollte der kulturbedeutsamen Tätigkeit der deutschen Missionsgesellschaften im Haushaltsausschuss des Reichstags seine Anerkennung, aus Erfahrungen heraus, die er in Mittelamerika gesammelt hatte (67. Sitzung vom 25. Januar 1921, S. 6). Wiederum kritisierte Abg. Dr. Schreiber, dass die Missionsgesellschaften nicht im Reichsbeirat für Auslands-Schulwesen beim Reichsministerium des Innern (105. HHA., 27.6.1921) vertreten seien. Et forderte ebenfalls ihre Berücksichtigung bei der Verteilung der Reichszuschüsse aus § 61 des Finanzausgleichsgesetzes (290. HHA., 9.10.1923). Ebenso wies er darauf hin, dass die Missionsgesellschaften schon längst ein blühendes Aufbauschulwesen entwickelten, das im Reichsinnenministerium am grünen Tisch als Postulat behandelt wurde. Man wusste dort aber nicht, dass bereits bei den deutschen Ordenschulen (Dalheim, Vlodrop, Vechta, Hiltrup, St. Wendel, Driburg u.a.) eine vorbildliche Verwirklichung mit reichen Erfahrungen bestand. Spätberufe hatten diesen neuen Schultyp nahegelegt. – Zu dem Aufbauschulwesen vgl. G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik und der Katholizismus (Schriften zur Deutschen Politik, ssrsg. von G. Schreiber, H. 1/2). Freiburg i. Br. 1922, S. 101 ff. – Mit Besorgnis vermerkte der. gleiche Redner die finanzielle Gefährdung von Ordenschulen in Chile (69. HHA., 26.1.1921).

²⁶⁾ Dazu J. Schmidlin, Katholische Weltmission und deutsche Kultur (Schriften zur deutschen Politik, H. 10). Freiburg i. Br. 1925, bes. S. 1 ff. mit den Ausführungen über das Verhältnis zu Nationalität und Politik.

²⁷⁾ HHA. 290, 9. 10. 1923.

zung) ersucht wurde.²⁸⁾ Der deutsche Arzt trat in Negerhütten und zu Dschunken chinesischer Ströme. Ebenso wurde der Anteil des Reiches an der Beschickung der Vatikanischen Missionsausstellung begrüsst.²⁹⁾ Sie wat, wie ich mich persönlich überzeugte, ein document humain.

Dazu traten Materien, die das Reich an sich gezogen hatte. Dahin gehörte der Film. So verlangte man einen grösseren Schutz der Religion und religiöser Einrichtungen bei der Reform des Lichtspielwesens.³⁰⁾ Die sozialetische Ausrichtung des Films blieb noch zu berücksichtigen. Es wurde bereits am 20. Mai 1920 bemerkt, dass bei der Anwendung des Filmgesetzes der volkserzieherische Gedanke nicht in genügender Weise zum Ausdruck komme.³¹⁾ Ebenfalls trat die Filmreklame in den Kreis der Erörterungen. Missstände verlangten eine Beseitigung.³²⁾

Zu allem bildete sich eine neue Methode des Verkehrs der Religionsgesellschaften mit dem Reiche aus. Man trat öfter zueinander. Früher hatten letztere fast ausschliesslich mit den Länderregierungen verhandelt, in Ansehung älterer Konkordate und sonstiger Abmachungen und Überlieferungen, die sich auch etatmässig abzeichneten. Andererseits aber fanden sich nunmehr in der Weimarer Republik zahlreiche Reichsgesetze ein, die bei den Religionsgesellschaften direkte Eingaben an die Reichsregierung nahelegten. Erfahrungen aus der Seelsorge und aus der Volkstumsarbeit wurden ausgewertet, die dem Behördenapparat weniger zugänglich waren. Ebenso mussten Gefahrenzonen aufgedeckt werden. Man äusserte sich im Besonderen gutachtlich zu Gesetzentwürfen, die eingebracht waren. Dahin gehörten u.a.: Ehescheidung, Abtreibung, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Feiertagsfragen, Jugendgesetzgebung. Der Episkopat legte ebenso eine schulpolitische Denkschrift vor, die im Reichstag bei der ersten Beratung im Plenum am 23.1.1922 vom Abg. Rheinländer zustimmend behandelt wurde. Dazu traten Notstände, die das wilhelminische Reich nie gekannt hatte. So ergab sich die seelsorgerische Notwendigkeit von Trauungen, ohne dass die gesetzlich vorgeschriebenen Urkunden beigebracht werden konn-

²⁸⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 123.

²⁹⁾ Ebda.

³⁰⁾ Abg. Frau Dransfeld und Abg. Dr. Schreiber. Dazu Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 122.

³¹⁾ Im Haushaltsausschuss. Abg. Dr. Schreiber.

³²⁾ Ein Antrag der Abgeordneten Dr. Schreiber, Wegmann, Buchholtz, Dr. Cremer, D. Mumm ersuchte die Reichsregierung, in eine umfassende Nachprüfung der Filmreklame einzutreten, um Auswüchsen der Filmreklame entgegenzutreten. Reichshaushalt Nr. 1254, Reichstagsdrucksache Nr. 3095.

ten. Man musste der Tatsache zahlreicher Flüchtlinge oder Abwanderer aus den abgetretenen Gebieten oder aus den Abstimmungsgebieten gerecht werden. So öffneten sich bald da, bald dort gewisse Ansätze für ein Reichskirchenrecht. Das wirkt wie ein Vorgriff auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Schallplatte der Politik.

In diesem Zusammenhang will erwähnt sein, dass die evangelischen Religionsgesellschaften ähnliche Eingaben machten. Der Name von Hermann Kapiert, dem Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats, wurde dabei oft genannt.³³⁾ Es ergaben sich somit gewisse Parallelismen, bei aller Selbständigkeit der Bekenntnisse. Im Übrigen nahmen die evangelischen Gruppen eine starke Entwicklung ins Zentrale. Man erinnere sich an den Deutsch-Evangelischen Kirchenausschuss, also an das geschäftsführende und vollziehende Organ des Deutsch-Evangelischen Kirchenbundes.

Andererseits wuchsen die Fuldaer und die Freisinger Bischofskonferenz stärker als früher zusammen. Die Mainlinie empfing einen weiteren Brückenschlag. Aber das Problem eines Primas für Reichsdeutschland, das neuerdings H. Becher so fesselnd behandelt hat,^{33a)} blieb noch ungelöst. Dass das ausserhalb des Reiches gelegene Erzbistum Salzburg – dem Historiker verständlich und 1854 von Neuem bestätigt – diesen Ehrentitel führt, ist bekannt.

Die deutsche Inflation tat ein Übriges, dass die Religionsgesellschaften für die Zahlung von Bezügen den direkten Verkehr mit dem Reichsfinanzministerium aufnahmen. Es bildete sich für diese Fühlungnahme unter Beteiligung des Reichsfinanzministeriums ein Ausschuss, dem Kreise der evangelischen Kirchengemeinschaften und dem auch katholische Mitglieder angehörten. Dahin zählten Oberkonsistorialrat D. Hosemann, Berlin, Direktor des Kirchenbundesamts in Berlin, D. Reinhold Mumm, der bekannte Sozialpolitiker der kirchlichsozialen Richtung, des Weiteren Domkapitular Adenauer, Köln, Geistlicher Rat Peters, Münster, Domkapitular Pieper, Paderborn, der Schreiber dieser Zeilen und andere.

Näherhin kam es darauf an, dass das Reich Vorschüsse auf die ländermässigen Zuschüsse zur Besoldung der Geistlichen leistete. Die Länderfinanzen

³³⁾ Über Kapiert (auch Präsident des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses) vgl. H. Gunkel und L. Zscharnack, *Die Religion in Geschichte und Gegenwart* 3². Tübingen 1929, Sp. 624; Cuno Horkenbach, *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*. Berlin 1930, S. 588.

^{33a)} Der deutsche Primas. Kolmar [1944].

waren 1923 zerrüttet. «Die Bremse am Dollar» konnte nicht mehr gehalten werden. Hier musste das Reich, da die Länder nicht mehr zu zahlen vermochten, von sich aus einspringen, schnell und unverzüglich. Also der Umweg über die Länder konnte praktisch nicht mehr genommen werden.

Das Reichsfinanzministerium empfand in dieser Notzeit die ganze Stärke seiner zentralen Stellung. So wurde unter anderem eine Entschliessung D. Mumm, Dr. Schreiber angenommen (Nr. 926, 18.8.1923): Die Reichsregierung zu ersuchen, ohne Verzug den § 60 Abs. 8 des Finanzausgleichsgesetzes durch zinslose Vorschüsse vorbehaltlich späterer Anforderungen im Nachtragshaushalt auszuführen. Ferner wurde angenommen ein Antrag Dr. Schreiber (HHA. 288, 16.10.1923), der verlangte, die Länder zu ersuchen, die Zahlungen für die kulturellsozialen Belange und die Zahlungen auf Grund des Abs. 8 des § 60 des Finanzausgleichsgesetzes an die Religionsgesellschaften mit Beschleunigung erfolgen zu lassen. Durch diese Massnahmen ist es den Kirchengemeinden ermöglicht worden, im Jahre 1923 und Anfang 1924 einigermassen über die schwere Zeit der Geldentwertung und Stabilisierungskrise hinwegzukommen. Es mussten Notbrücken gebaut, werden.

Zu den direkten Zahlungen des Reiches trat noch eine zweite Massnahme. Angesichts der ausserordentlichen Schwierigkeiten, die die berührte Geldentwertung herbeiführte, wurde die Schaffung einer kulturellen Notstandssumme, d.h. Beihilfen zur Behebung kultureller Notstände, in die Hand genommen. Sie wurde dem Etat des Reichsinnenministeriums zugeführt. Es war der sog. Schreiberfonds.³⁴⁾ Dieser Etattitel hat in der Inflation wesentliche Linderung in ernsten Notlagen gebracht.

Ein anderes dazu. Das Dawes-Gutachten wies darauf hin, Deutschland habe keine nennenswerten Verwüstungen erlitten. Gleichwohl war eine Minusbilanz vorhanden. Man konnte an die Hungerblockade denken, der eine Valutasperre zur Seite trat. Dahin gehörten auch die grossen geistigen Schäden, die die erwähnte Inflationsskrisis entwickelte. Es war begreiflich, dass das Reich bald da, bald dort zu helfen suchte. Die erwähnte Notstandssumme wurde mehrfach erhöht. Dreiviertel des Betrages floss an die Religionsgesellschaften. Ein weite-

³⁴⁾ Man vergleiche die Ausführungen und Anträge des Abg. Dr. Schreiber (HHA. 261, 11.5.1923), ferner einen späteren Antrag Dr. Schreiber, v. Guérard und Genossen am 6. Juli 1923 (Nr. 6083), ferner Antrag Dr. Schreiber (HHA. 280, 18.8.1923), wiederum ein Antrag Dr. Schreiber und Genossen im Plenum (6159), der angenommen wurde. Dazu Rieder, Staat und Kirche, S. 147.

rer Bruchteil – die sozialistische Linke gab auch einige Anregungen – an gemeinnützige kulturelle Vereinigungen und der Rest an die Studentische Wirtschaftshilfe, die in Dresden ihren Mittelpunkt gefunden hatte. Der Werkstudent zeichnete sich ab. Die Proletarisierung der Akademiker weckte die Selbsthilfe. Kräfte der Genossenschaft und Kameradschaft regten sich. Die Reichsbeihilfe war nicht unwesentlich. Sie war gleichzeitig ein Ansporn für die Wirtschaft, mitzuhelfen.

Rein etatrechtlich war es gewiss ein umstürzender Vorgang, dass das Reich von sich aus eingriff, da die Länderfinanzen im religiösen und kulturellen Bereich den Notständen nicht mehr vollauf gerecht werden konnten. Dieser Einsatz sollte an sich keinen Eingriff in das föderative Prinzip bedeuten. Es war lediglich eine Notaktion. Letztere hat nach der katholischen Seite den Hilfsgeistlichen in der norddeutschen und mitteldeutschen Diaspora einige Hilfe gebracht, um nur diesen Punkt zu erwähnen.

Aber das einmal getätigte Interesse griff noch weiter aus. Bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 wurde nun eine Entschliessung angenommen, dass das Reich dieser kulturellen Notstandssumme auch fürderhin seine Aufmerksamkeit zuwenden solle.³⁵⁾ Dieses geschah. Entgegen dem Einspruch des Reichsrats wurden vom Reichstag für 1925 und 1926 die Summen von je einer Million Reichsmark unter dem Titel «Für kulturelle Zwecke» in den Haushalt des Reichsinnenministeriums eingestellt.

Das Dispositiv wusste zu bemerken: Die Mittel sind dazu bestimmt, kulturell-gemeinnützige Institute und Vereinigungen, an deren Wirksamkeit das Reich ein besonderes Interesse hat, und für die andere Etatmittel nicht vorhanden sind, zu fördern; das Reich behält hier 10 vom Hundert zur freien Verfügung und überreicht den Rest dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund, den Zentralen der Katholischen Kirche und den Vereinigten Synagogenverbänden nach Massgabe der letzten Volkszählung. Diese Etattitel sind auch bis 1933 verblieben.³⁶⁾

Von dort an wurde der Reichshaushalt ein Buch mit sieben Siegeln. Für die nähere Verwendung der Summe wurde von der Fuldaer Bischofskonferenz in Fühlungnahme mit dem Reich ein Kuratorium eingesetzt, dem unter anderen Abg. Leicht (Bamberg), Abg. Wegmann (Oldenburg) und der Schreiber dieser

³⁵⁾ Schreiber, Grundfragen, S. 68 f.; Ders., Zentrum und deutsche Politik. Berlin 1924, S. 106 f.

³⁶⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 123 (Reichstagsdrucksache Nr. 1008, Antrag Dr. Kahl, Koch (Weser), D. Mumm, Dr. Petzold, Dr. Schreiber); ferner Politisches Jahrbuch 1926, S. 123.

Zeilen angehört. Dieses Kuratorium nahm als «Gutachterausschuss» Anträge aus den katholischen Bistümern entgegen und bearbeitete sie im Sinne der vom Reichsinnenministerium gegebenen Richtlinien. Es gab dann die Eingaben, befürwortend oder ablehnend, an die Reichsbehörde weiter. Derart wirkte ein neues interdiözesanes Prinzip, aber in starker und lebensvoller Fühlungnahme mit den kirchlichen Stellen.

Zum Weiteren wurde beim Haushalt des Auswärtigen Amtes 1926 eine Summe eingesetzt, um den Religionsgesellschaften in der Wahrnehmung ihrer vielseitigen Auslandsaufgaben zu helfen.³⁷⁾ Gerade an dieser Stelle zeigte es sich, dass die Kirchen über die älteren ländermässigen Beziehungen weithinaus wachsen mussten. Gab es im wilhelminischen Zeitalter Botschaftsprediger in Konstantinopel, Rom, Madrid – vielfach zugeschnitten auf die Bekenntniszugehörigkeit des jeweiligen Chefs der Reichsvertretung –, so wurde dieses alles nunmehr auf eine breitere Grundlage gestellt. Dabei wurde die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften mehr betont, während früher dynastische Interessen und andere Bindungen sich stärker geltend machten.

Für die Bearbeitung der oben erwähnten Summe wurde bei der katholischen Religionsgesellschaft ebenfalls ein Gutachterausschuss geschaffen, wiederum im Einvernehmen mit der Fuldaer, Bischofskonferenz.³⁸⁾ Es war das erste Mal, dass Auslandsfragen in diesem Gutachtergremium zentral in die Hand genommen wurden. Viel an Beobachtung und Erfahrung sammelte sich dort an. Die Deutschen im Ausland gaben sich vertrauensvoller. Sie äusserten sich offener, als wenn sie sich an eine Behörde hätten wenden müssen. Man fühlte auch ganz deutlich, dass mehr als eine Gesandtschaft und mehr als ein Konsulat zu diesen Missionsgesellschaften eine mangelnde Beziehung unterhielten. In mehr als einem Falle wirkte der Ausschuss erzieherisch, wenn er sachliche Rückfragen bei Gesandten und Konsulaten vornahm. Ja, es kam vor, dass ein Diplomat, der aus Skandinavien kam, sich sofort mit der Wendung einführte, dass er für die Grauen Schwestern etwas getan habe. *Plumpe Captatio benevolentiae*.

³⁷⁾ Man nehme die Erklärungen des Gesandten Freytag, des Leiters der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, am 27. Januar 1927 im Haushaltsausschuss, mitgeteilt bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 554.

³⁸⁾ Auf katholischer Seite waren Mitglieder Abg. Leicht, Abg. Dr. Schreiber, Abg. Wegmann, Ministerialrat Fessler und P. Ansgar Sinnigen O. P., der Vorsitzende der Missionssuperioren-Konferenz. Der Dominikaner Sinnigen (Berlin) war der Herausgeber des von mir angeregten Jahrbuchs für die katholischen Auslandsdeutschen, Münster i. W. 1926 ff.

Er wurde darauf aufmerksam gemacht, dass es noch wertvoller sei, die politische Haltung des Landes und seine Stellung in der Gesamtpolitik zu besprechen.

Andere Beziehungen der Religionsgesellschaften ergaben sich zur Reichswehr. Sie machten sich beim Wehrmachtsversorgungsgesetz (25. Juli 1925) geltend. Es kam darauf an, die Religionsgesellschaften von dem Zwang zu befreien, Zivildienstberechtigte übernehmen zu müssen. Es wurde deswegen in der 2. Lesung im Plenum noch der Zusatz zum § 11 beschlossen: «Art. 137 Abs. 3 der Reichsverfassung und die §§ 359 und 702 der Reichsversicherungsordnung bleiben unberührt.»³⁹⁾

Aber schwerer wog ein anderes. Für die amtliche Militärseelsorge war mit der Verkleinerung des Heeres auf 100 000 Höchststärke (einschliesslich 4'000 Offiziere) die Exemption, die früher bestand, beseitigt. Mehr als ein Motiv sprach hier mit. Die Ziffer der im Etat eingesetzten Seelsorgsgeistlichen war gewiss gering. Zudem wurde geltend gemacht, dass von aussen her fremde Militärgeistliche als Domherren in die Domkapitel, ja in die Dignitärstellen eingewiesen wurden. So geschah es immer wieder in der wilhelminischen Zeit.

Die Militärgeistlichen und die katholischen Angehörigen des Heeres unterstanden nunmehr den Diözesanbischöfen. Diese Ordinarien wurden gegenüber der Reichsregierung und dem Reichswehrministerium durch den Bischof von Paderborn vertreten.⁴⁰⁾ Mehr als ein Abgeordneter, der dem Heeresetat näherstand und den Blick auf die auffallenden Besonderheiten der Truppe richtete, zum Weiteren auch die Lagerung des süddeutschen Raumes überprüfte, hat diese Lösung nicht als allweg befriedigend erachtet. In der Tat wurden an die seelsorgliche Betreuung der Heeresangehörigen weit höhere Anforderungen als in der wilhelminischen Zeit gestellt. Da war die zwölfjährige Dienstzeit. Da war eine Familienbetreuung, die pfleglich gehandhabt werden musste. Da war die Umstellung auf andere Berufe vorzubereiten. Diese war schwer genug. Truppenbüchereien, Kurse, Heeresfachschulen meldeten ihre Bedeutung weit mehr als früher an. Ganz zu schweigen davon, dass sich am Ausgang der 1920er Jahre bei der englischen Politik Möglichkeiten abzeichneten, die Heeresstärke um das Dreifache zu erhöhen, was allerdings noch nicht die Zustimmung Frankreichs bedeutete.

³⁹⁾ O. Gerig, Die Wehrmachtsversorgung, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 376.

⁴⁰⁾ Dazu J. Krieg, Militärseelsorge, bei Buchberger, Lexikon 6, Sp. 186-189.

Eine Exemption, die der Sonderstellung der Truppe mehr gerecht wurde, wurde nach allem von mehr als einem Beobachter als angezeigt empfunden.⁴¹⁾

Das Reichswehrministerium trat an mich heran. Es wurde von mir zur Klärung der Frage eine eingehende Denkschrift ausgearbeitet. Dieses Memorandum warnte davor, sich lediglich von dem mechanischen Prinzip einer ziffernmässigen Wertung eines 100'000 Mann-Heeres tragen zu lassen. Nicht die Zahl sei entscheidend. Die Darlegung fasste vielmehr die qualitative Seite dieser Institution und ihre besonderen Erfordernisse ins Auge, die nicht schlechthin Zivilseelsorge bedeutete. Diese Denkschrift redete also im Grunde genommen der Ethisierung, nicht aber einer Militarisierung das Wort. «Dass mit unserer kleinen Reichswehr kein Krieg gegen grosse Heere geführt werden kann, ist klar.» So äusserte sich der Abg. Ersing 1925 als Sachverständiger.⁴²⁾

Prälat Johannes Steinmann, der damalige geistliche Konsultor der Vatikanbotschaft,⁴³⁾ ebenfalls der Botschafter Diego von Bergen stellten sich auf den Boden dieser Denkschrift, die weiter ihren Weg nahm. So sind bereits Vorwahlen vorhanden, wenn das Reichskonkordat von 1933 eine exemte Seelsorge unter dem «Katholischen Feldbischof der Wehrmacht» wiederherstellte, der eine *iurisdictio ordinaria* erhielt.

Es ist noch anderer Beziehungen zu gedenken, die zu den Kirchen führten.

Beim Reichsinnenministerium wurde 1926 ein neuer Etattitel in der Höhe von RM 400'000 eingesetzt «Zur Unterstützung von Bauwerken von besonde-

⁴¹⁾ So bemerkte der badische Abgeordnete Ersing, Spezialist für den Reichswehretat (58. Plenarsitzung des Reichstags [zitiert Pl.-S.] vom 27. Januar 1921): «Mit einer Aschenbrödelstellung sind wir nicht zufrieden. Die Feldseelsorge hat sich auch in die Bedürfnisse des Heeres gut eingearbeitet und grosse Erfahrungen sammeln können. In der Soldaten- und Familienfürsorge eröffnet sich den militärischen Geistlichen ein weites Feld der Tätigkeit. Bedeutungsvoll wird ihre Mitarbeit auch auf dem Gebiet des Büchereiwesens sein. In katholischen Volkskreisen wird bedauert, dass in dem Etat der Reichswehr nur sechs Seelsorger vorgesehen sind.» – Ebenso der Abg. Rheinländer (88. Pl.-S., 18. 3. 1921). Abg. Dr. Schreiber (106. HHA., 28. 6. 1921) trat für ausreichende Entschädigung der für Hilfsleistungen in der katholischen und evangelischen Militärseelsorge herangezogenen Zivilpfarrer ein.

⁴²⁾ J. Ersing, Die deutsche Wehrmacht, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 365-373, bes. 367.

⁴³⁾ Vorher Domherr in Breslau, ein Bruder des Exegeten Alfons Steinmann in Braunsberg. – Auch andere Mächte hatten nach dem ersten Weltkrieg das Institut geistlicher Konsultoren bei ihren diplomatischen Vertretungen am Vatikan eingerichtet.

rer geschichtlicher Bedeutung». Daran waren im Besonderen die Religionsgesellschaften interessiert. Der Kölner Dom, das Ulmer Münster, die Wartburg, die Hedwigsbasilika in Berlin wurden unter anderen bedacht. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, dass das Reich an sich den Ländern die Denkmalpflege überlassen sollte. Aber das Reich sollte helfend mitwirken, wenn es sich um allgemeindeutsche Bauten handelte, die über die Landschaft hinausragten.⁴⁴⁾ Der Begriff des *monumento nazionale* stellte sich ein. Eine Heroisierung der Bauten fand statt. Die ausgeworfene Summe wurde 1927 auf RM 900'000 erhöht.⁴⁵⁾

Auch sonst zeichneten sich Ansätze einer Kunstpolitik des Reiches ab. Man warf einen Betrag für eine Reichskunstwoche aus.⁴⁶⁾ Man regte an, für grosse Reichsaufträge den freien Architekten mitheranzuziehen.⁴⁷⁾ Nicht zum wenigsten in Hinsicht auf Kunstwerke mit religiösen Motiven wurde eine Verlängerung der Verordnung über die Ausfuhr von Kunstwerken vom 1. Dezember 1919 verlangt. «Wir stehen heute tatsächlich noch in einer Periode kultureller und künstlerischer Selbstverarmung und Ausplünderung, wenn wir unsere Beziehungen zum Ausland auf dem Gebiete des Exports älterer Kunstwerke ins Auge fassen. Niemand darf glauben, dass mit dem Abschluss des Zeitalters der Inflation der unheimliche Emigrantenzug alter deutscher Kunstwerke aufgehört habe. Im Gegenteil, nach wie vor werden köstliche Schöpfungen des deutschen Volksgeistes, uralte Erzeugnisse deutscher Volkstumsentwicklung, wundervolle Überlieferungswerte der deutschen Frühzeit in das Ausland ausgeführt.»⁴⁸⁾

Soviel nur über das Neue, das sich in den Beziehungen des Reiches zu den Religionsgesellschaften abzeichnete.

Es verdient starke Beachtung. Hat man doch von der Reichsverfassung gesagt, dass sie auf eine weitgehende Lockerung der Beziehungen abhalte, die

⁴⁴⁾ HHA. 760, Reichstagsdrucksache Nr. 2017.

⁴⁵⁾ Reichstagsdrucksache Nr. 3095.

⁴⁶⁾ Antrag Dr. Schreiber und Genossen vom 30. Juni 1926. Siehe Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 373.

⁴⁷⁾ 178. Plenarsitzung vom 17. März 1926.

⁴⁸⁾ 360. Plenarsitzung vom 16. Dezember 1927, Stenogramm 12 188, Abg. Dr. Schreiber. Der gleiche Abgeordnete brachte am 8. Februar 1926 im Reichstag eine Interpellation ein, die die Reichsregierung aufforderte, ihrerseits zur Linderung der Notstände in der deutschen Kunst einzugreifen. – Ebenso war vom Reich ein Reichskunstwart bestellt worden, der dem Reichsministerium des Innern angegliedert war (Reichstagsdrucksache Nr. 3095).

bis dahin zwischen Staat und Kirche bestanden.⁴⁹⁾ Das mag nach Seiten der grundsätzlichen Betrachtung richtig sein. Die Praxis ging jedoch in eine andere Richtung. Sie hat in Notzeitaltern ebensoviele neue Bezugnahmen geschaffen. Sie hat zudem in einer ansteigenden Reichskulturpolitik und im Bekenntnis zum Kulturstaat immer wieder den kirchlichen Raum gestreift. Zudem mussten gegenüber radikalen Strömungen von den Religionsgesellschaften berechnete Warnungen und Ablehnungen ausgesprochen werden, besonders dann, wenn die Reichsverfassung verletzt wurde oder wertvolle Inhalte des Volkstums gefährdet waren.

Es ist jedoch erwünscht, dass dieses Thema des praktischen Zueinander noch umfassender in die Hand genommen wird. Es fehlt bei den verschiedensten Autoren, die das Verhältnis von Staat und Kirche für die Weimarer Republik erörtern, an einer Kenntnis des konkreten Materials. Die Quellenkunde ist noch wenig aufgeschlossen.

Doch wenden wir uns nunmehr dem weit verästelten Gegenstand des Reichskonkordats zu. Es führt erneut in bemerkenswerte Bereiche der Innenpolitik.

7. Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Wirth, Ministerpräsident Braun

Es ist an der Zeit, genauer festzustellen, dass längst vor 1933 ernsthafte Versuche unternommen wurden, ein Reichskonkordat abzuschließen.¹⁾

Bereits im Jahre 1921 hat der Reichskanzler Wirth im Benehmen mit dem Reichspräsidenten Ebert dem Auswärtigen Amt den Auftrag gegeben, einen Entwurf auszuarbeiten. Aussenminister war damals Friedrich von Rosen. Er führte im ersten Kabinett Wirth das Auswärtige Amt vom Mai bis Oktober 1921. Es handelte sich bei Rosen um einen namhaften Orientalisten, aber auch um einen anerkannten diplomatischen Fachmann. Er war bereits 1901-1905 Vortragender Rat und Leiter der Orient-Abteilung im Auswärtigen Amt gewesen und hatte später an den verschiedensten Stellen als Gesandter geweiht.

Die Bearbeitung des Entwurfs lag in den Händen des kirchenpolitischen Referenten Richard Delbrück, der von vornherein ein gewisses Verhältnis zur

⁴⁹⁾ M. Bierbaum, im Artikel «Konkordat», bei Sache r, Staatslexikon 3⁵, Sp. 531.

¹⁾ Zur Geschichte der Konkordatsverhandlungen vor der Weimarer Zeit s. statt anderer Bierbaum, Das Konkordat, S. Iff.; Schwertfeger, Rätsel, S. 323 f.

Materie mitbrachte. Der Giessener Professor für klassische Archäologie hatte nämlich in Rom länger studiert und war als erster Sekretär dem Kaiserlich-Deutschen Archäologischen Institut in der Tiberstadt beigegeben. Er rückte damit in eine grössere Überlieferungslinie deutscher Gelehrter in Rom. Sie war durch den Gesandten von Bunsen und den Archäologen Ed. Gerhard, weiterhin durch Forscher wie H. Brunn, W. Henzen, Ch. Hülsen, W. Amelung, späterhin L. Curtius gekennzeichnet.²⁾ Zudem hatte er sich als Referent im Preussischen Kriegsministerium verwaltungsmässig betätigt, bevor er ins Auswärtige Amt eintrat.

Delbrücks Entwurf ist meines Wissens nicht publiziert worden. Inhaltlich gab er sich im wesentlichen als ein Reichsrahmengesetz, als eine Wiedergabe der einschlägigen religionspolitischen und kulturpolitischen Bestimmungen der Weimarer Verfassung.

– Delbrücks Vorschläge sind für mich heute in der Erinnerung nicht mehr greifbar. Doch habe ich Grund anzunehmen, dass dieser Entwurf an einer Stelle hinterlegt ist, die ihn in absehbarer Zeit publizieren könnte. Ob er zudem in den nur zu einem bescheidenen Bruchteil geretteten Akten des Auswärtigen Amtes aufzufinden ist, sei dahingestellt.

Es verdient eine besondere Erwähnung, dass das Auswärtige Amt sich damals als federführend gab. In diesem Moment kennzeichnet sich die persönliche Initiative des Reichskanzlers Wirth. Darin bekundet sich nach der sachlichen Seite zum Weiteren für die deutsche Seite das Moment des quasi-völkerrechtlichen Vertrags.

Es trat also das Reichsministerium des Innern, im Besonderen seine kulturpolitische Abteilung, in die zweite Linie. Es war begreiflich, da diese Abteilung für diese Aufgabe personell nicht gerüstet war. Der dortige Staatssekretär (1919-1927) Heinrich Schulz hatte kein inneres Verhältnis zur Materie. Seine Entwicklung wies ihn ganz andere Bahnen. Er hatte als Spezialist für das Arbeiterbildungswesen und -für die sozialdemokratische Parteischule gearbeitet. Das war in den Jahren 1912-1918. Er trug reife und zielbewusste Arbeit in seine Bewegung. Das machte ihn 1920-1930 zum Mitglied des Reichstags.

Das Ausland lag ihm ferner. Er war im Übrigen eine vornehmliebenswürdige Natur und politisch durchaus gemässigt. Er ermangelte jedoch der schöpferischen Initiative. Immerhin sei erwähnt, dass er in den schweren Jahren

²⁾ Dazu das inhaltreiche Werk von A. Hudal, Deutsche Kulturarbeit in Italien (Deutschtum und Ausland, hrsg. von Georg Schreiber, Heft 55/56). Münster i. W. 1934, S. 205 ff.

manches zur Notlage der deutschen Kunst tat Er schuf 1926 eine Deutsche Kunstgemeinschaft. Er formte sie jedoch mehr privat aus. Er scheute sich, in Hinsicht auf den Reichsrat, eine ausgreifende Kunstpolitik des Reiches in die Hand zu nehmen. Pflege moderner Kunst war sein Spezialgebiet. Allerdings sein einziges. Beim Reichsschulgesetz liess er eine feste Führung vermissen. In der eigenen Partei erwuchs ihm besonders durch den Abg. Dr. Kurt Loewenstein eine scharfe Gegnerschaft, die den Radikalismus streifte.

Schulz war Urheber und Leiter der Reichsschulkonferenz, die 1920 stattfand,³⁾ die auch nach der Seite der Religionspolitik an mehr als einer Stelle beachtet sein will.⁴⁾ Scharfe Gegensätzlichkeiten meldeten sich zu Wort. Ernste Spannungen im deutschen Kulturleben öffneten sich. Die Revolution von 1918/1919 zitterte nach. Aber sie hatte doch ihre kulturpolitische Schärfe namhaft eingebüsst, da Adolf Hoffmann aus dem preussischen Kultusministerium ausschied. Mehr Bajazzo als Minister. Träger eines engstirnigen Radikalismus. Zuweilen lustiger, zuweilen geschmackloser Zwischenrufer in parlamentarischen Debatten. Schulz wagte nicht, diese Konferenz zu wiederholen. Der Versuch hätte ihn gestürzt. Seine Stellung im Reichsrat war schwach. Die Reichskulturpolitik fand bei ihm in der Tat keine feste Stütze. Nach dem Zeugnis seiner Fraktionsgenossen war er den Länderregierungen gegenüber zu weich und nachgiebig.

Ernste Hindernisse kamen von dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun. Er hat zu den Begebnissen in seinen Erinnerungen Stellung genommen.⁵⁾ Braun weist dort darauf hin, dass er am 29. Dezember 1919 mit dem Nuntius Pacelli verhandelt habe, das «Konkordat» von 1821 solle vorläufig in Kraft bleiben. Über seine Anpassung an die veränderten Verhältnisse solle später verhandelt werden. Natürlich meint Braun mit «Konkordat» die Bulle *De salute animarum*.

Der Nuntius übernahm, um das zur mitgeteilten Darstellung des Ministerpräsidenten zu sagen, keine Bindung, nur ein Preussen-Konkordat zu schaffen. Er hatte seine Hände frei für ein Bayern-Konkordat. Ebenso stand aber nichts im Weg, auch ein Reichskonkordat in die Hand zu nehmen. Braun berichtet

³⁾ Die Reichsschulkonferenz 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung Und ihre Verhandlungen. Amtlicher Bericht, erstattet vom Reichsministerium des Innern. Leipzig 1921.

⁴⁾ Man nehme hier nur die bedeutenden, ins Grundsätzliche gehenden Ausführungen von J. Mausbach, S. 476 f., 662 f. und zahlreiche andere Verlautbarungen auf dieser Konferenz.

⁵⁾ Von Weimar zu Hitler, S. 274 f.

weiter: «Zu Beginn des Jahres 1921 erfuhr ich jedoch, dass bei der Reichsregierung Erwägungen über den Abschluss eines Reichskonkordats schwebten, was mich veranlasste, in einem Schreiben vom 19. Januar 1921 meine Bedenken geltend zu machen und vor allem zu betonen, dass die Schule als innerstaatliche Angelegenheit unter keinen Umständen zum Gegenstand einer vertraglichen Vereinbarung mit einer ausserdeutschen Macht gemacht werden dürfte.»⁶⁾

An dieser Stelle ist zu sagen, dass sich bei Braun einseitig ein föderalistischer Standpunkt geltend macht. Anscheinend wendet sich Braun gegen ein Reichskonkordat als solches. Um diese Bedenken geltend zu machen, fehlte ihm die Grundlage. Niemand konnte dem Reich ernsthaft das Recht bestreiten, einen völkerrechtlichen Vertrag hinsichtlich kirchlicher Angelegenheiten zu schliessen. Es war auch durchaus denkbar, dass Schulfragen zum Gegenstand solcher Abmachungen gehörten. Man brauchte ja nur an das grosse Gebiet der Minderheitenschulen zu denken, die bald in Genf verhandelt wurden und durchaus auch Objekt einer vertraglichen Vereinbarung mit einer ausserdeutschen Macht sein konnten. Ja, diese Minoritäten sind sogar in dem Reichskonkordat von 1933 im Artikel 29 ausdrücklich berücksichtigt worden.

Aber Braun lag offenbar dieser aussenpolitische Gesichtspunkt überhaupt nicht. Es war eine Abhängigkeit von parteilichen Ausgangspunkten, wenn er die Schule lediglich und ausschliesslich als eine innerstaatliche Angelegenheit betrachtete. Das ältere Preussen hatte schärfere Unterscheidungen zu setzen gewusst. Man sah hier eine *res mixta*.⁷⁾ Aber ein Weiteres noch. Die kommenden Ereignisse, die die Schulen der Minorität in Oberschlesien betrafen, redeten eine ganz andere Sprache. So musste ich in der Folge die preussische Schulpolitik in Oberschlesien 1929 in Madrid begründen. Es geschah bei einer internationalen Tagung der Ligen für Völkerbund. Die polnische Delegation hatte uns in Sachen der Minderheitenschule scharf angegriffen. Braun war und konnte nicht zur Stelle sein, um zu antworten. Aber schliesslich war seine Schulpolitik in den ostdeutschen Grenzgebieten zu verteidigen. Das habe ich besorgt. Derartig griffen die Dinge ineinander.

In etwa zeichnete sich auch die Tatsache ab, dass ein Strukturwandel in der Stellung des preussischen Ministerpräsidenten eingetreten war. In der bismarckischen und wilhelminischen Zeit vollzog sich die Verbindung dieses

⁶⁾ Ebda. S. 275.

⁷⁾ Joseph Hess, *Der Kampf um die Schule in Preussen, 1872-1906*. Köln 1912.

Amtes mit dem Reichskanzleramt. Es war eine Personalunion, die vorteilhaft für die auswärtigen Angelegenheiten war. Die Beseitigung dieses Zustandes, die die Novemberrevolution und die Weimarer Verfassung heraufführten, war nachteilig, soweit die aussenpolitische Sicht in Frage kam. Im Übrigen auch in manchen anderen Belangen.

Braun wurde stärker, als seine sozialistischen Ausgangspunkte es eigentlich zuließen, in föderalistische Auffassungen gedrängt. In kommenden Jahren trat Preussen im Reichsrat in der Beratung und in der Abstimmung oft stärker an die Seite von Bayern, als man erwarten sollte.

Braun weiss zum andern zu berichten, dass im Sommer 1921 vom Reiche von Kanzler Wirth her und von Preussen durch den Ministerpräsidenten Stegerwald die Konkordatsfrage weiter behandelt sei. Damals lag es so, dass das Kabinett Braun am 10. März 1921 zurückgetreten war. Stegerwald hatte diesem Kabinett als Minister für öffentliche Arbeiten angehört. Nun aber vom 21. April bis 1. November übernahm Stegerwald die Ministerpräsidentschaft und das Ministerium für Volkswohlfahrt. Während der Ministerpräsidentschaft Stegerwalds fand am 15. Juli 1921 eine Chefbesprechung statt, dahingehend, «dass die genannten Ressorts in der Angelegenheit dauernd in Fühlungnahme bleiben sollten».⁸⁾

Braun bemerkt weiter, diese Vereinbarung scheinete vom Reich nicht ganz eingehalten worden zu sein. Er sei ja Anfang November 1921 wieder preussischer Ministerpräsident geworden. Er meint den 7. November 1921. Stegerwald hat damals diesem zweiten Kabinett Braun nicht angehört. Nach seinem Amtsantritt habe er, Braun, in Erfahrung gebracht, «dass im Reiche die Konkordatsfrage auf den aussenpolitischen Karren geladen sei».⁹⁾ Sein Misstrauen geht gegen das Aussenamt. «Da ich aus Erfahrung wusste, dass man im Auswärtigen Amt für innerpolitische Auswirkungen aussenpolitischer Massnahmen wenig Verständnis aufbrachte, musste ich mir Klarheit verschaffen.» Er habe deswegen seinen Referenten zu dem Referenten für Kirchenangelegenheiten im Auswärtigen Amt, Professor Pelbrück, gesandt. Delbrück betonte die aussenpolitische Notwendigkeit, ein Reichskonkordat beschleunigt abzuschliessen.¹⁰⁾

⁸⁾ Braun. Von Weimar zu Hitler. S. 275.

⁹⁾ Ebda.

¹⁰⁾ Nach Braun (ebda) hat Delbrück folgendes erklärt: «Die Situation ist sehr gefährlich. Die Kurie sei Frankreich und Polen freundlicher gesinnt als Deutschland; wenn nicht in letzter Stunde

Gegen Delbrück nimmt Braun in seinen Erinnerungen ausdrücklich Stellung, wenn er bemerkt: «Auf den preussischen Einwand, dass doch die verfassungsmässigen Grundlagen für ein Reichskonkordat zweifelhaft seien, erwiderte Delbrück: «er könne nicht begreifen, dass Preussen nicht einsehe, dass es sich bei dem Reichskonkordat um eine aussenpolitische Notwendigkeit handle, die man mit formalen Einwänden, wie sie von Preussen in bürokratischer Weise vorgebracht würden, nicht stören dürfe».

Dieser Sachwalter deutscher Aussenpolitik begriff nicht, dass Preussen sich nicht von bürokratischem Formalismus, sondern vielmehr von der Sorge um die kulturpolitische Entwicklung Preussens und damit Deutschlands leiten liess, wenn es einem Reichskonkordat, das auch die Schule der Kirche auslieferte, widerstrebte.

Wenn Bayern das gleiche tat, so liess sich die bayrische Regierung nicht von den gleichen Motiven, sondern vornehmlich von ihrer bayrisch-partikularistischen Einstellung leiten. Sie setzte daher ihre Verhandlungen über ein bayrisches Konkordat fort.»

Soweit Braun. Wie man sieht, wird die aussenpolitische Linie, die Ebert stark herausstellte, nicht gewürdigt. Der Primat der Innenpolitik machte sich erdrückend geltend. Auch das Schlagwort tritt hinzu, wenn bemerkt wird, die Schule solle der Kirche ausgeliefert werden. Es kam hier doch auf den genaueren Inhalt der Abmachungen an. Auch das Bayernkonkordat (1924) hielt sich in dem Rahmen der Reichsverfassung. Überdies fehlt bei Braun jede Erinnerung daran, dass es sich nicht um jedweden römischen Vertreter handelt, sondern um jenen kurialen Diplomaten, der bereits 1917 die Friedensbemühungen Benedikts XV. mit ausserordentlicher Hingabe für den gesamtdeutschen Bereich in die Hand genommen hatte. Das war schnell vergessen.

Braun hat in den zuletzt mitgeteilten Sätzen seine Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass ein bayrisches Konkordat zu weit gehen könne. Anschei-

etwas geschehe, so würde ein nationales Unglück eintreten. Das Saargebiet würde einen Apostolischen Administrator erhalten (vielleicht als Übergang zum Anschluss an ein französisches Bistum), in letzter Linie würde es den Verlust von 3 Millionen Deutschen bedeuten (Danzig, Ermland, Rheinlande). Es handle sich also hier um eine Frage der grossen auswärtigen Politik. Der einzige Weg, um dieses Unglück zu verhüten, sei der schleunige Abschluss eines Reichskonkordats unter Einbeziehung der Schulfragen, um die es sich für die Kurie in erster Linie handle.» Ob Braun diese Äusserung von Delbrück in allem richtig wiedergegeben hat, sei dahingestellt. Jedenfalls ist für die damalige Zeit nicht anzunehmen, dass von der Kurie her ein französisches Bistum für das Saargebiet beabsichtigt war. Die kommenden Ereignisse wiesen in eine andere Richtung.

nend hat er in dieser Hinsicht auch dem Reichskanzler Wirth eine entsprechende Mitteilung zugehen lassert? Man beachte nur folgende Tatsache. In dem zweiten Kabinett Wirth vom 26. Oktober 1921 bis 14. November 1922 ist der Sozialdemokrat Köster Reichsinnenminister. Köster schreibt einen Brief an den bayrischen Ministerpräsidenten. Wann dieser Brief abgegangen ist, wird uns nicht näher gesagt. Natürlich erst nach dem 26. Oktober 1921, da Köster an diesem Tag zum Reichsminister des Innern bestellt wurde. Braun bemerkt nun, dieser Brief sei im Einverständnis mit dem Reichskanzler Wirth ergangen. Man darf fast annehmen, dass Braun seinerseits direkt an seinen Fraktionsgenossen Köster herangetreten ist.¹¹⁾ Köster hat allerdings den Reichskanzler benachrichtigt und sein Einverständnis ein-t geholt. Sicherlich hat Wirth Zeile für Zeile nachgeprüft. Sein Interesse für das Konkordat war recht gross.

Braun bemerkt weiter, ihn habe die Sorge gepackt, dass ein bayrisches Konkordat den Wünschen des Vatikans zu weitgehend Rechnung tragen würde, ferner dass es «präjudizierend für ein Reichskonkordat wirken könnte». Es ist bemerkenswert, dass Braun an dieser Stelle nun doch mit der Tatsache eines kommenden Reichskonkordats rechnet. Ja, er teilt uns nun den Inhalt des Schreibens von Köster an den bayerischen Ministerpräsidenten mit. Dieser wird nicht amtlich genannt, ist aber als Minister von Knilling anzusprechen. Knilling übernahm ja am 27. Oktober 1922 die Ministerpräsidentenschaft.

Braun kennzeichnet das Schreiben dahin, es sei «eingehend dargelegt worden, dass die Reichsregierung vornehmlich aus aussenpolitischen Gründen auf das Zustandekommen eines Reichskonkordats grosses Gewicht legen müsse». Braun veröffentlicht das Schreiben Kösters nur im Auszug. Vielleicht ist es in einem bayrischen Archiv noch festzustellen, soweit es nicht die Akten einer Reichsbehörde enthalten. Was bringt nun der von Braun mitgeteilte Auszug? Da heisst es: « . . . Der Wunsch der Reichsregierung, alsbald in Verhandlungen über ein Konkordat mit der Kurie einzutreten, entspricht aber nicht nur der Erkenntnis bedeutsamer Interessen des Reiches, sondern auch den Anregungen, die der Vatikan zu erkennen gegeben hat.»¹²⁾

Nuntius Pacelli und der Herr Kardinal-Staatssekretär haben wiederholt der Hoffnung Ausdruck verliehen, zum Abschluss eines Konkordats mit dem Deutschen Reiche zu gelangen. Es darf in dieser Beziehung nur auf die Erklärung

¹¹⁾ Beide waren ab 1920 Mitglieder des Reichstags. Über Köster siehe unten.

¹²⁾ Siehe S. 88.

des Herrn Nuntius auf dem letzten Katholikentage in «Frankfurt am Main hingewiesen werden.¹³⁾

Der Gedanke der Reichseinheit und der Geschlossenheit des deutschen Volkes hat gegenüber dem Vatikan bereits dadurch Ausdruck gefunden, dass ein deutscher Botschafter bei der Kurie bestellt und die Kurie beim Reichspräsidenten einen Nuntius beglaubigt hat, der seinen Sitz in der Reichshauptstadt nehmen wird . . . Es sind sonach Gründe der inneren wie der äusseren Politik, die es der Reichsregierung zur ersten Pflicht machen, den Abschluss eines Konkordats für das Reich zu erstreben.

Man darf wohl sagen, dass dieser Auszug die Leitgedanken des Reichskanzlers Wirth zum Ausdruck bringt, nicht eigentlich die ursprünglichen Auffassungen von Otto Braun. Vielleicht wirkt der Brief in seiner Gesamtheit noch stärker, als das in der gekürzten Ausgabe bei Braun heraustritt. Im Übrigen verdient auch die Erwähnung des Kardinalstaatssekretärs besondere Aufmerksamkeit. Bei persönlichen Audienzen durfte ich feststellen, dass er für ein Reichskonkordat lebendiges Interesse zeigte. Dass Köster, der kommende Gesandte in Reval und Belgrad, aussenpolitische Interessen hatte, wird noch unten mitzuteilen sein. Als ich 1926 bei ihm in Reval mit einer Hochschulgruppe weilte, legte er Wert darauf, den dortigen Nuntius bei sich zu sehen. Braun versieht diesen Brief seinerseits in seinen Erinnerungen durch einen erläuternden Zusatz: «Für die aussenpolitischen, zum Teil durch den Versailler Vertrag bedingten Gründe der Reichsregierung hatte ich volles Verständnis, auch für ihr Bestreben, die Einheit und Geschlossenheit des Reiches zu erhalten und zu

¹³⁾ Johannes B. Kissling teilt in seiner «Geschichte der deutschen Katholikentage» (2 Bde., Münster 1920-1923, S. 415 ff.) mit, dass auf dem Frankfurter Katholikentag von 1920 anwesend waren: Nuntius Pacelli, Reichskanzler Wirth, Staatsminister Stegerwald.

Der Nuntius hatte in seiner Rede bemerkt: «Wenn es auch in den letzten schweren Jahren nach dem Zusammenbruch und der Revolution in Deutschland gelungen ist, für den Schutz der kirchlichen Freiheit erfreuliche Erfolge zu erringen und viele Gefahren abzuwehren, die Religion und Kirche bedrohen, so sieht das katholische Deutschland darin mit Recht die gesegnete Frucht der von Jahrzehnten her – nicht zuletzt auch auf den Katholikentagen – geleisteten Organisations- und Schulungsarbeit. So wird es mit Gottes Hilfe auch gelingen, der in Aussicht stehenden Neuregelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in einem Konkordat die Gestaltung zu geben, welche die notwendigen Rechte und die religiöse Freiheit der deutschen Katholiken sichert.» Eugenio Pacelli, Erster Apostolischer Nuntius beim Deutschen Reich. Gesammelte Reden, ausgewählt und eingeleitet von Ludw. Kaas, Berlin 1930, S. 36.

festigen, konnte aber nicht zugeben, dass es dazu eines Reichskonkordats bedurfte. Die Länderregierungen, denen die Regelung der Kirchen- und Schulanlagen oblag, waren durch die unseligen Kompromiss- und Sperrbestimmungen der Reichsverfassung in ihrer Bewegungsfreiheit stark eingeengt. Es musste für sie geradezu unerträglich werden, wenn ihnen auf dem Gebiet ihrer Kirchen- und Schulpolitik, für die sie allein die Verantwortung vor dem Volke trugen, nun auch noch Bindungen durch einen völkerrechtlichen Vertrag des Reiches auferlegt wurden.»¹⁴⁾

An dieser Stelle zeichneten sich bereits die starken parteipolitischen Gegensätze ab, die später auch bei den Konkordatsberatungen des Reichstags und Preussens herausreten sollten. Man darf aber auch annehmen, dass aus diesen Äusserungen der preussische Kultusminister Carl Heinrich Becker spricht, der dem Kabinett Braun seit 7. November 1921 angehörte. Dieser geistvolle und vielseitige Bonner Orientalist, Mitglied der demokratischen Partei, hat sich auch in der Folge immer wieder gegen die Kulturpolitik des Reiches gewandt. Daran hat ihn seine hoffende Schrift «Kulturpolitische Aufgaben des Reichs» nicht gehindert.¹⁵⁾ In diesen Fragen habe ich mit ihm später manche Auseinandersetzung gehabt. Er unterschied sich hier sehr von dem preussischen Finanzminister Popitz, der für die Reichspolitik ein grosses Verständnis aufbrachte.

Persönlich habe ich zu ihm über alle Zäune hinweg ein gutes Verhältnis gehabt. «Wir wollen uns durch Dritte nicht beeinträchtigen lassen, die als Störenfriede sowohl einen Mythus Becker wie einen Mythus Schreiber aufbereiten.» So hat er lachend und mit gutem Humor erklärt. Becker hat sich nach dem Tode von Adolf von Harnack († 1930) um den Posten eines Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beworben. Es verwunderte, weil er so oft in den Gegensatz zum Reich trat. Er sandte deswegen Ministerialdirektor Schnitzler aus dem preussischen Finanzministerium zu mir. Aber es waren ernste sachliche Erwägungen, die Carl Duisberg, Albert Vogler, Heinrich Koenen und andere zu einer Ablehnung brachten. Wir wollten nicht, dass diese autonome Wissenschaftsgesellschaft, deren Wesen die Selbstverwaltung, die Freiheit der Grundlagenforschung und der Wissenschaftspersönlichkeit ist, irgendwie in eine stärkere Abhängigkeit von Preussen, der Ausgangsstellung von Becker, geriet. Soviel zur Kulturpolitik von Becker.

¹⁴⁾ Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 275.

¹⁵⁾ Leipzig 1919.

Wie die Dinge lagen, konnte in der Folge die Absicht der Reichsregierung, diesen ersten Konkordatsentwurf weiter zu fördern und zur Verabschiedung zu bringen, nicht eingehalten werden.

Mehr als ein Moment will dabei gewürdigt sein. Einmal kam es zu einem Wechsel in dem damals überlasteten Aussenministerium selbst. Die Erfüllungspolitik, das Londoner Ultimatum 1921, der oberschlesische Aufstand und die Entscheidung des Völkerbundes über diesen Fragenbereich, die ungünstig ausfiel, verlangten den letzten Kräfteinsatz des Aussenamtes und anderer Reichsbehörden. Im zweiten Kabinett Wirth (26. Oktober 1921 bis 14. November 1922) führte der Kanzler zunächst das gleiche Ressort. Vom 31. Januar 1922 folgte, ihm jedoch Walther Rathenau. Er war der Schöpfer des Wiesbadener Abkommens über die Sachlieferungen, das am 6. Oktober 1921 mit dem französischen Minister Loucheur geschlossen wurde. Er war ebenfalls der stark hervortretende Konferenzteilnehmer auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genua. Für einen Konkordatsabschluss blieb praktisch keine Zeit, wenn auch damals bei den deutschen Beteiligten in Genua (10. April bis 19. Mai 1922) und Rapallo (Unterzeichnung des Vertrages am 16. April 1922) Gegenstände der Vatikanpolitik nebenbei besprochen wurden. Rathenau wurde am 24. Juni 1922 ermordet.¹⁶⁾ Mit dem 26. Juni 1922 zeichnete Wirth wieder für das Auswärtige Amt. Vom 22. November 1922 bis 12. August 1923 folgte jedoch bereits das Kabinett Cuno. Eine Wende war eingetreten. Die Wirtschaft wurde stärker herausgestellt. Und im Westen des Reiches meldeten sich angreiferische Kräfte.

Man braucht nur den Namen Cuno zu erwähnen, um zu verstehen, dass für das Zeitalter der Ruhrbesetzung eine Erledigung des Konkordats nicht allweg günstig war. Aussenpolitische und innenpolitische Ereignisse schwerster Art stürmten an. Ein Bergsturz folgte dem anderen. Zu den ungeheuren Erschütterungen der Inflation trat die Aufgabe des passiven Widerstandes. Der Separatismus regte sich im Rheinland und der Pfalz, wenn er auch an der Treue der alteingesessenen Bevölkerung scheiterte. Dazu wurde das Kabinett Cuno durch die Sozialdemokratie beseitigt. Linksradikalen Bewegungen in Sachsen traten rechtsradikale Strömungen in Bayern zur Seite. Dem Wiederaufbau dienten zwei Ermächtigungsgesetze (13. Oktober und 14. Dezember 1923) und drei Notverordnungen. Zwei Kabinette Stresemann (13. August bis 3. Oktober 1923, 6. Oktober bis 23. November 1923) stürzten. Kaum gegrüsst, gemieden. Unge-

¹⁶⁾ Seiner Persönlichkeit, auch seiner Religionsphilosophie hat sich Kurt Sternberg, Walther Rathenau, Der Kopf, Berlin-Grünwald 1924, zugewandt.

heure Labilität. Erdbeben der Geister und der Wirtschaft. Nirgendwo ein Ausblick auf eine geruhsame Zeit, die kirchenpolitische Verhandlungen für das Reich erermöglicht hätte.

Es bildeten sich dann im überhastigen Ablauf der Geschehnisse das erste und zweite Kabinett Marx (30. November 1923 bis 26. Mai 1924, 3. Juni bis 15. Dezember 1924). Wiederum kurzlebige Regierungen. Es folgten die beiden Kabinette Luther (15. Januar 1925 bis 12. Mai 1926). Es erschien in einem erneut schnellen Wechsel der politischen Szenerie das dritte Kabinett Marx (17. Mai bis 17. Dezember 1926). Dazu traten weitere folgenschwere Ereignisse der Jahre 1924/25: Der Dawesplan, die Wahl Hindenburgs, die Locarno-Konferenz. Am 10. September 1926 begab sich die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Gewiss Daten aufwühlender Natur. Für den kirchenpolitischen Bereich war jedoch der Tod des Reichspräsidenten Ebert (28. Februar 1925) das folgenschwerste Ereignis.

Man sieht, die Zeitverhältnisse waren für eine Verabschiedung des Konkordats nicht günstig. Noch lastete der Versailler Vertrag, noch lagen die Reparationsfragen ungelöst. Zum anderen wurde die Innenpolitik auf das schwerste erschüttert. Erst mit dem Jahre 1924 setzte eine gewisse Verfestigung ein.¹⁷⁾ Auch andere in Aussicht genommene gesetzgeberische Arbeiten wie das Reichsschulgesetz (Entwurf eines von der Reichsregierung am 22. April 1924 vorgelegten Gesetzes zur Ausführung des Artikels 146 Abs. 2) blieben am Wege liegen. Das gleiche Schicksal wurde dem Privatschulgesetz und dem Lehrerbildungsgesetz zuteil.

Gleichwohl ist der Gedanke an ein Reichskonkordat nicht verloren gegangen.¹⁸⁾ Aus persönlicher Erinnerung darf ich feststellen, dass der Reichspräsident Ebert diesem Gedanken durchaus zuneigte. Er hatte schon früh ein Verständnis für die hervorragende aussenpolitische Bedeutung eines solchen Abkommens.¹⁹⁾ Das war sein Hauptargument.

¹⁷⁾ Ähnlich die Betrachtung bei Fr. Friedensburg, *Die Weimarer Republik*. Berlin 1946, S. 193: «Mit der Jahreswende 1923/1924 hatte die Republik die Zeiten des Bürgerkrieges endgültig überwunden.» In die gleiche Richtung geht Stampfer, *Deutsche Republik*, S. 386 ff.

¹⁸⁾ Zur publizistischen Vertretung vgl. etwa O. Fischer, *Das Problem eines Reichskonkordats*. Gelbe Hefte 1925, S. Iff. Siehe noch Bierbaum, *Konkordat*, bei H. Sacher, *Staatslexikon* 3⁵, Sp. 519-533.

¹⁹⁾ Dieses Moment ist nicht festgehalten in der Sammelschrift: «Friedrich Ebert, Kämpfe und Ziele» mit einem Anhang: *Erinnerungen von seinen Freunden*. Dresden 1927.

Er erblickte darin im Übrigen auch Möglichkeiten einer kulturpolitischen Befriedung.²⁰⁾

Seine kraftvolle Persönlichkeit war überhaupt stark dem Ausgleich in Innerdeutschland zugewandt.²¹⁾ Mehr als einmal vermittelte er die wohlwollende Neutralität der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Aber er bezeugte ebenfalls ein ernstes Verstehen für die Zurücksetzung Deutschlands in der Weltwirtschaft, im Weltverkehr, aber auch in der Wertschätzung. Das waren jene Zeiten, da deutsche Gelehrte von Weltkongressen ausgeschlossen wurden, bis hin in das Jahr 1928.²²⁾

²⁰⁾ Es sei erwähnt, dass eines Tages Staatssekretär Schulz zu mir kam. Er bemerkte, in der kaiserlichen Zeit habe die dortige Staatsführung Wert darauf gelegt, Kunst und Wissenschaft, Wirtschaft und Finanz auch gesellschaftlich um sich zu versammeln. Das gleiche Bedürfnis trete jetzt heraus. Man müsse dafür sorgen, dass auch Ebert in eine solche Stellung hereinwache. Er sprach mit mir über Möglichkeiten, hier den einen oder anderen Abend zu komponieren. Das war früher schon einmal geschehen. Die Schilderung eines solchen Treffens – «Bei Friedrich Ebert abends» – hat uns Paul Fechter in seinem Buch «Menschen und Zeiten» (S. 36 ff.) mitgeteilt. Adolf von Harnack hielt an diesem Abend in der ihm eigenen lebendigen, von Antithesen bewegten Art einen Vortrag über das Urchristentum. Es war nicht leicht, diese Abende in dieser anziehenden Form zu wiederholen. Die Presseangriffe machten sich bemerkbar. Hart und scharf zeichneten sich bereits am Anfang der 1920er Jahre die Gegensätze zur Novemberrevolution ab. Die Gegnerschaft wuchs und wuchs, besonders in intellektuellen Kreisen. Deshalb kam Schulz, um die Möglichkeit weiterer Zusammenkünfte zu erörtern. Die Ausführung war jedoch seine Angelegenheit.

²¹⁾ In Sachen des Reichspräsidenten Ebert ist das Urteil inzwischen gerechter geworden. Wir verzeichnen nur eine Äußerung in dem bereits erwähnten Buch von Hermann Schmitz, *Revolution der Gesinnung*, S. 46, wo es heisst: «Ebert, der bekanntlich noch nach der Kieler Matrosenrevolte die Monarchie halten wollte und zur Proklamierung der Republik fast gedrängt werden musste, hat das unvergängliche Verdienst, durch die verfassungsmässige Gestaltung des neuen Staates mit Hilfe sämtlicher parlamentarischer Parteien und zugleich mit Unterstützung der Verwaltungorgane des alten Staates die schwer bedrohte Ordnung aufrechterhalten und das Vaterland vor dem Chaos gerettet zu haben. Durch diesen Schritt, der Ebert die schärfste Feindschaft des linken Flügels der Arbeiter- und Soldatenräte und der von Carl Liebknecht (die Sperrungen von uns gesetzt) geführten Spartakisten eintrug, wurde dem Führer des seines Kriegsherrn beraubten, in die Heimat zurückkehrenden Heeres, von Hindenburg, dessen Degen und Kokarden von den Arbeiter- und Soldatenräten beim Einzug in Kassel unangetastet blieben, die Möglichkeit geboten, Ebert die Hand zur Rettung des Vaterlandes zu reichen. Diese gleichsam legale Herbeiführung der neuen Staatsordnung – und aus diesem Grunde bin ich auf diese Vorgänge zu sprechen gekommen –, setzte die alte Beamtenschaft in den Stand, nachdem sie durch die Abdankung des Kaisers und Königs aus dem diesem geleisteten Eid entlassen war, ohne Zögern

Deutsche Kaufleute aus Hamburg durften sich auf den internationalen Sportplätzen in Schanghai und anderorts nicht mehr sehen lassen. Deutsche Kriegsschiffe wurden in heimischen deutschen Gewässern, wie in der Elbemündung, von ausländischen Handelsschiffen lange nicht gegrüsst. Es war eine Verletzung internationaler Regeln. Nur der Japaner grüsste mit eisiger Höflichkeit. Ich habe es selbst erlebt. Die Boche-Stimmung beherrschte weithin die Atmosphäre.

Ganz mühsam vollzog sich derart der Eintritt Deutschlands in die Weltgeltung. Diese Abwertung hat Ebert, wie ich persönlich feststellen konnte, stark beschäftigt. So lag der etwaige Abschluss eines Konkordats in einer grösseren weltpolitischen Linie. Das umso mehr, als sich die Zahl der diplomatischen Vertretungen am Vatikan um etwa zehn gemehrt hatte,²³⁾ gemessen an der Zeit vor dem Weltkrieg.

Die Stellungnahme von Ebert ist noch nach seinem Tode von Wolffs Telegraphischem Büro, also vom halbamtlichen Nachrichtenbüro, festgehalten. Dieses brachte am 7. Februar 1927, inmitten erregter Konkordatsdebatten, folgende Erklärung: «Das Problem einer Verständigung mit den kirchlichen Stellen über die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen Staat und Kirche, soweit eine Reichszuständigkeit auf diesem Gebiete in Frage kommt, ist seit Erlass der neuen Reichsverfassung fast von allen Reichskabinetten erwogen worden. Ein früheres, vom Reichskanzler Dr. Marx geführtes Reichskabinett hat im Oktober 1924 beschlossen, die nötigen Vorarbeiten für ein Reichskonkordat wieder aufzunehmen. Aber auch Reichskanzler Dr. Luther hat immer auf den Abschluss

und Gewissenskrupel dem im Entstehen begriffenen republikanischen Staat ihr Treuegelöbnis zu erneuern. Sie konnte dies sogar im Gefühl der Hoffnung auf gewisse Verbesserungen ihrer Lage um so freudiger tun, da ihr nicht nur die Aufrechterhaltung ihrer «wohlerworbenen Rechte», sondern freie Meinungs-äusserung und uneingeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, im Gegensatz zu den diesbezüglichen Beschränkungen in der Monarchie, zugesichert worden waren.»

²²⁾ K. Kerkhof, Der Krieg gegen die deutsche Wissenschaft (als Manuskript gedruckt bei Herrosé u. Ziensen). Wittenberg 1922; ferner G. Schreiber, Deutsche Kulturpolitik, S. 9 ff.; vor allem das Kapitel «Der wissenschaftliche Boykott des Auslandes» bei G. Schreiber; Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des Deutschen Reiches. Leipzig 1923, S. 70 ff.; G. Karo, Der geistige Krieg gegen Deutschland (Beiheft zu den Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen, Juni 1925). Halle/Saale 1925.

²³⁾ Dazu A. Wynen, Die päpstliche Diplomatie. Geschichtlich und rechtlich dargestellt. Freiburg i. Br. 1922.

eines derartigen Konkordats Wert gelegt. Es darf ferner an die Erklärungen erinnert werden, die am 30. Juni 1920 zwischen dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und dem beim Reich beglaubigten päpstlichen Herrn Nuntius gewechselt sind. Der Herr Nuntius hat damals bei Überreichung seines Beglaubigungsschreibens betont, es sei seine Aufgabe in Berlin, mit den zuständigen Stellen die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland von Neuem zu regeln, wie es der neuen Lage und den heutigen Bedürfnissen entspreche. Herr Reichspräsident Ebert hat darauf erwidert, dass er mit dem Herrn Nuntius die Aufgabe, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland neu zu regeln, zu lösen gedenke. Das solle geschehen auf Grund der Verfassung der Republik, die vollste Gewissensfreiheit verbürge.»²⁴⁾

Diese Verlautbarung des WTB liest sich wie eine Kurzgeschichte des Reichskonkordats.²⁵⁾ Aber sie verlangt noch einige Ergänzungen. Soviel ich sehe, ist die Verlautbarung in die Fachliteratur nicht eingegangen.²⁶⁾

Noch eines. Es sind Mitteilungen verbreitet, v. Papen habe zunächst in Rom den ersten Entwurf aus der Zeit des Reichskanzlers Wirth vorgelegt. Aber dieser Entwurf sei von der Kurie abgelehnt worden, da lange Jahre darüber verfloßen seien. Die Richtigkeit dieser Nachrichten sei dahingestellt. Zu ihr bekennt sich aber einer der führenden Minister der Weimarer Republik.

8. Die Vatikanbotschaft

Es ist soeben bemerkt worden, dass sich stärkere Möglichkeiten für den Abschluss eines Reichskonkordats während der Reichspräsidentschaft von Ebert abzeichneten.

Diese Linie, die Vorarbeiten weiterzuführen, wurde in der Tat in der politischen Erörterung der Folgezeit nochmals unterstrichen. In der 136. Haushaltsausschusssitzung beim Etat des Reichsministeriums des Innern 1922, in Gegenwart des Reichsinnenministers Köster, durfte Abg. Dr. Schreiber darauf hinweisen, dass die Schaffung einer Konkordanz auch für die Bereinigung

²⁴⁾ Die Erklärung von Pacelli vollzog sich am 30. 6. 1920. Arch. f. kath. Kirchenrecht 100, 1920, S. 128. Dazu K. Krüger, Kommentar zum Reichskonkordat nebst Einleitung und dem Texte der Länderkonkordate. Berlin 1938, S. 7. – Auch sonst ist diese Erklärung hier und da vermerkt, so bei Schwertfeger, Rätsel um Deutschland, S. 323; bei Otto Walter, Pius XII. Leben und Persönlichkeit. Olten 1941, S. 110.

²⁵⁾ Abgedruckt bei G. Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/1928, S. 102 f.

²⁶⁾ Zur politischen Umwelt vgl. Bierbaum, Konkordat, S. 96.

schulpolitischer Fragen nützlich sein könne. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Sollmann¹⁾ und Pfülf von der Sozialdemokratie, D. Everling von der Deutschen Volkspartei.²⁾ Der nähere Inhalt der Debatte wurde als vertraulich bezeichnet.³⁾ Die Erörterung verlief durchaus respektvoll.

Ein gewisses Echo fand sich am Tiber ein. Der Botschafter am Vatikan (seit 1919), Diego von Bergen, brachte dem Reichskonkordat seinerseits ein gewisses Verständnis entgegen. Seine Laufbahn, auch die spanische Mutter, händigten ihm von vornherein eine Beziehung ein. Die Stationen seines diplomatischen Dienstes waren Guatemala, Peking, Brüssel, Madrid, aber auch Rom, wo er als Legationssekretär weilte.⁴⁾ Dort hat er Monsignore de Waal, den hochangesehenen Leiter des Campo Santo, darin unterstützt, die deutschen Seelsorgstellen in Italien zu halten.⁵⁾ Den Protestanten verknüpften dabei ältere Beziehungen zu Erzberger, an die er später nicht gern erinnert werden wollte. Man hatte im ersten Weltkrieg zusammen gearbeitet und auch später noch. Die Tatsache, dass sich beide Männer trafen, hat Fürst von Bülow in seinen Denkwürdigkeiten mit Sarkasmen, aber auch mit grossen Einseitigkeiten glossiert.⁶⁾

Es war zweckentsprechend und eine Vertiefung der Konkordatsmaterie, wenn v. Bergen den Paderborner und späteren Münsteraner Kirchenrechtler

¹⁾ Reichsminister des Innern in den beiden Kabinetten Stresemann von August bis November 1923. Sollmann griff ein in die Konkordatsdebatte am 17. März 1927. Dazu Bierbaum, Konkordat, S. 75.

²⁾ Evangelischer Theologe und Politiker, seit 1905 geschäftsführender Vorsitzender des Evangelischen Bundes. S. Mulert, Everling, Religion in Geschichte und Gegenwart 2², Sp. 452; Horkenbach, Das deutsche Reich, S. 660.

³⁾ Siehe Bierbaum, Konkordat, S. 96.

⁴⁾ Zu den Lebensdaten siehe Horkenbach, S. 639 f., ferner Hudal, Deutsche Kulturarbeit in Italien, S. 185, 190. Interesse am Konkordat zeigten an der Vatikanbotschaft neben dem Konsultor Prälat Steinmann im Besonderen Botschaftsrat v. Brentano und Legationssekretär Mohrmann.

⁵⁾ Hudal, S. 159.

⁶⁾ Bernhard Fürst Bülow, Denkwürdigkeiten Bd. 3, Berlin 1931, S. 159, weiss zu bemerken, Diego von Bergen, Dezernent für Dreibundangelegenheiten, sei früher als Konsul tätig gewesen, «der es im Konsulatsdienst bis zum Vertreter Deutschlands bei einer zentralamerikanischen Republik gebracht hatte». Er sei zudem mit einer Tochter des fernen Guatemala verheiratet gewesen. Schon in diesen Wendungen liegt ein absprechendes Urteil. Es stammt noch aus dem Zeitalter der Geringschätzung, die die ältere Diplomatie der konsularischen Laufbahn bezeugte. Hier lag ein Grundfehler in der Organisation des älteren Auswärtigen Amtes vor, die die diplomatische und konsularische Karriere keineswegs organisch zu verschmelzen wusste. Erst die Entwick-

Franz Egon Schneider 1921 aufforderte, sich zur Gültigkeit der Bulle *De salute animarum* vom 16. Juli 1821 zu äussern. Sie war von Friedrich Wilhelm III. am 23.8.1821 für den ganzen preussischen Staat publiziert. Schneider wirkte damals in Rom an der Rota und arbeitete das gewünschte Gutachten, das eine wichtige Vorfrage anschnitt.

lung in der Weimarer Republik hat versucht, beide Laufbahnen zu vereinigen. Nicht zum wenigsten im Interesse der deutschen Wirtschaft, wie an anderer Stelle auszuführen ist (siehe S. 101).

Bülow bemerkt weiter, Bergen habe während der Ultimatumskrise – gemeint ist das Ultimatum an Serbien beim Ausbruch des ersten Weltkrieges – nicht gewagt, eine eigene Meinung zu äussern. Damit wird die vorsichtige und zugleich unentschlossene Art dieses Diplomaten allerdings entsprechend gekennzeichnet. Fürst Bülow bemerkt zudem weiter, v. Bergen habe an einflussreicher Stelle (nach Horkenbach, *Deutsches Reich*, S. 640, wo zur Laufbahn Bergens bemerkt ist, er sei 1911 im Auswärtigen Amt tätig gewesen, 1914 als a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister, 1915 Wirklicher Legationsrat) im Hochsommer 1914 nichts verhindert und wollte auch gar nichts verhindern, da es ihm darauf ankam, an keiner Stelle anzustossen. Das Urteil mag zutreffen. Aber es heisst weiter: «Es ist ihm in der Tat gelungen, sich während des Weltkrieges nicht nur bei seinen verschiedenen Vorgesetzten, sondern, was für ihn viel wichtiger war, bei dem Abgeordneten Erzberger zu empfehlen. Da selbst der schwache Bethmann dem indiskreten, oft völlig hemmungslosen Matthias Erzberger, der noch dazu alles, was er hörte und erfuhr, dem Nuntius in Berlin schrieb (Fürst Bülow irrt. Damals gab es keinen Nuntius in Berlin), nicht sämtliche *Arcana imperii* zugänglich machen wollte, wurde der Geheime Legationsrat von Bergen für die Aufgabe bestimmt, Erzberger zu empfangen, ihm möglichst wenig zu zeigen, aber dafür sein Geschwätz, seine Kannegiessereien während ein bis zwei Stunden zu ertragen. Bergen benutzte die auf diese Weise mit Erzberger gewonnene Fühlung dazu, durch seinen bei allen Fehlern gutmütigen Protektor den Gesandtenposten beim Päpstlichen Stuhl zu erreichen.» – Das Verhältnis von Erzberger zum Auswärtigen Amt während des ersten Weltkrieges ist an dieser Stelle unzutreffend eingezeichnet. Fürst Bülow war anscheinend nicht darüber unterrichtet, dass Erzberger bei Beginn des Krieges dem Auswärtigen Amt einen ganz grossen Dienst erwies, indem er in einigen Wochen 2'000 Adressen für die Propaganda auf die Beine stellte. Den Aufgaben der Auslandspropaganda war das Amt damals überhaupt nicht gewachsen. Die Kulturpolitische Abteilung VI war noch nicht geschaffen.

Dazu traten andere Dienste von Bedeutung. Es bildete sich 1915 ein Arbeitsausschuss zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg. Ehrenvorsitzender war Graf von Hertling, Vorsitzender Prälat Prof. Mausbach. Dem geschäftsführenden Ausschuss gehörte neben Mausbach, Heinrich Finke, Hermann von Grauert, Aloys Schulte auch Erzberger an. Seine Mitwirkung war aber mehr organisatorisch. Erzbergers sonstige politische Schritte stehen für diese Zusammenhänge nicht zur Erörterung. – Dieser Ausschuss hat keineswegs, um auch das zu sagen, nur der Kontroverse gedient. Man nehme nur die Schrift von A. Strüker, *Die Kundgebungen Benedikts XV. zum Völkerfrieden*. Freiburg i. Br. 1917. In nächster Beziehung zu diesen Arbeiten (H. Bastgen, E. Krebs, G. Pfeilschifter, J. Sauer) steht das berichtende Sam-

Zwei Meinungen standen einander gegenüber, allerdings nur im deutschen Raum. Die einen glaubten, die Rechtskraft dieser Zirkumskriptionsbulle sei ganz oder teilweise mit der preussischen Staatsumwälzung erloschen. Andere waren der Auffassung, diese Bulle Pius' VII. bestehe nach wie vor zu Recht. Es kam hier zu literarischen Auseinandersetzungen, in deren Verfolg F. E; Schneider, M. Bierbaum und N. Hilling das Wort nahmen.⁷⁾

Die Meinung, dass die Bulle noch rechtskräftig sei, gewann an Gewicht.

Doch war v. Bergens Initiative nicht eigentlich schöpferisch. Er wartete immer wieder auf Instruktionen, die von Berlin einlaufen sollten. Er hielt sich zu sehr an Bismarcks Wort, dass die Botschafter einschwenken sollten wie die Unteroffiziere. Das im Gegensatz zu aufgeschlossenen Vertretern der neuesten Reichspolitik, die mit den Namen Leopold von Hoesch, Friedrich Wilhelm v. Prittwitz-Gaffron, Ulrich von Hassell bezeichnet werden. Doch hat v. Bergen, um auch das zu sagen, jenen feinen politischen Takt und jenes Einfühlungsvermögen besessen, das gerade seine Stellung als Vatikanbotschafter erheischte. Ebenso hat er den kulturpolitisch und kirchenpolitisch bedeutsamen Wissenschaftsinstituten Roms manches Interesse gezeigt. Dahin gehört die Anima von Bischof Dr. Aloys Hudal, die der Ausbildung kirchlicher Verwaltungsbeamter und zahlreicher Kirchenrechtslehrer lange und erfolgreich gedient hat. Dahin zählt weiter der Campo Santo, der in besonderem Ausmasse den Nachwuchs deutscher Hochschulen förderte. Jetziger Leiter Prälat Dr. Hermann Stöckle, der auch die Forschungen der Gôrres-Gesellschaft unterstützte.⁸⁾

melwerk von Max Meinertz und Hermann Sacher, Deutschland und der Katholizismus. 2 Bde. Freiburg i. Br. 1918. – Zur Beurteilung von Erzberger siehe statt anderer Karl Bachem, Vorgesichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Bd. 9. Köln 1932, S. 400-501.

⁷⁾ S. dazu die literarischen Verweise bei M. Bierbaum, *De salute animarum*, bei Buchberger, *Lexikon* 3, Sp. 219; E. Schneider, *Die heutige Rechtskraft der Bulle De salute animarum*, *Theologie und Glaube* 18, 1926, S. 805-828, tritt nachdrücklich für die Gültigkeit ein: «Als Endigungsgründe für die Bulle *De salute animarum* kommen den Umständen entsprechend nur der Verzicht und die Kündigung auf Grund der veränderten Umstände in Betracht. Für beide Aufhebungsarten sind die Voraussetzungen nicht gegeben. Weder Preussen noch die Kurie haben auf die Verträge verzichtet» (S. 82Z). Bei Schneider wertvolle literarische Verweise. Die Frage ist dann von Schneider erneut aufgenommen in dem Buch: *Die Umschreibung der Bistümer in den Nachkriegskonkordaten*. Paderborn 1930.

⁸⁾ Für diese Zusammenhänge siehe Hudal, *Die deutsche Kulturarbeit, mit eingehenden Mitteilungen über die Anima, den Campo Santo und andere römische Institute, die in einem ausgiebigen*

Es war ein zum ändern günstiges Moment, dass Monsignore Gustavo Testa 1923/1924 als päpstlicher Beauftragter für das besetzte deutsche Gebiet wirkte. Von Seiten Testas sind manche Vermittlungen und Abmilderungen erfolgt. Ihm verdanken zahlreiche Ausgewiesene und Gefangene die Befreiung oder eine nachhaltige Änderung ihrer Lage. Seine Tätigkeit wurde von der Bevölkerung dankbar begrüsst.⁹⁾ Ich entsinne mich noch des Tages, da mir das Auswärtige Amt schrieb, ob ich mich nicht bei Testa für Gustav Krupp von Bohlen und Halbach einsetzen könne. Diese und andere Schritte kennzeichneten die ganze Schwere der aussenpolitischen Situation.

9. Kabinette Marx und Luther. Das Bayernkonkordat

Es will zum Weiteren, wie oben schon angedeutet, vermerkt sein, dass das zweite Kabinett Marx im Oktober 1924 anordnete, die Vorarbeiten für ein Reichskonkordat in die Hand zu nehmen.¹⁾ Der Abschluss eines Konkordats im Sinne einer «Sicherung und Pflege kirchlicher Belange» rückte auch unter die programmatischen Forderungen, die vom Zentrum an den Wahlkampf des Winters 1924/1925 herangetragen wurden.²⁾

Register festgehalten sind. – Es liegt auch im Interesse der internationalen Wissenschaft, dass Deutschland die römischen Forschungsinstitute wieder zur Verfügung erhält. Speziell die Biblioteca Hertziana genießt den privatrechtlichen Schutz des Testaments der kunstsinnigen Henriette Hertz. Sie hat den Palazzo Zuccari der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der heutigen Max-Planck-Gesellschaft, übereignet. Dazu die sorgsam Nachweise bei Hudal, Deutsche Kulturarbeit, S. 226 ff.; ferner siehe den Artikel «Kunstgeschichtliche Forschung», Neue Zürcher Zeitung, Nr. 2090 Morgenausgabe vom 7. Okt. 1948, Blatt 2, mit der bemerkenswerten Wendung: «Heute ist es an der Zeit, dass die von den Alliierten gegründete «Internationale Union für Archäologie und Kunstwissenschaft» das Institut der Max-Planck-Gesellschaft zurückgibt. Die internationale Forschung wartet darauf f.»

⁹⁾ Gegen die Stellung des Papsttums im Ruhrkampf wandte sich die einseitige Darstellung von Reinhold W u 11 e, Das Schuldbuch der Republik. Rostock 1932, mit Erwähnung der Rede des Abg. Albrecht v. Graefe, S. 283. Dort auch Ausführungen gegen das Preussenkonkordat. Es handelt sich um zwei Führer der deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Wulle war in der 1. und 2. Wahlperiode Mitglied des Reichstags, 1924-1928 des Landtags, v. Graefe gehörte dem Reichstag von 1912-1918, der Nationalversammlung 1919/1920 und dem Reichstag seit 1920 an.

¹⁾ Siehe S. 87.

²⁾ Georg Schreiber, Zentrum und deutsche Politik. Ein Handbuch zu den Dezemberwahlen 1924. 4.-6. Tausend. Berlin 1924.

Dass dieserhalb auch Gegnerschaften bestanden, war bekannt. Sie kamen auch im Parlament zu Wort, stärker bei extremen Parteien. So sträubte sich gegen ein Reichskonkordat der völkische Redner Abg. Dr. Frick.

Es geschah aus Anlass der Reichstagsdebatte am 17. Juni .1925 (76. Sitzung), die die sozialdemokratische Interpellation Müller (Franken) über das Bayernkonkordat auslöste.³⁾ Sie war bereits am 6. Januar vorsorglich eingebracht worden. Sie lautete: «Die Regierung des Freistaates Bayern hat dem Bayerischen Landtag den Entwurf eines Mantelgesetzes samt einem Konkordat mit der katholischen Kirche und Verträgen mit den evangelischen Kirchen vorgelegt. Diese dem Bayerischen Landtage zur Genehmigung vorgelegten Verträge verletzen in mehrfacher Hinsicht die Reichsverfassung.

Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt?

Was gedenkt sie zum Schutze der Reichsverfassung zu tun?»

Der sozialdemokratische Abg. Dr. Saenger machte an diesem 17. Juni den Fraktionsredner. Er hob folgende Gesichtspunkte heraus: 1. Dem Reichstag steht ein Prüfungsrecht hinsichtlich des Konkordats und der protestantischen Kirchenverträge zu.

2. Das Konkordat verstösst in mehrfacher und eindeutiger Weise gegen die ungeschriebenen und geschriebenen Grundgesetze der Verfassung der Republik.
3. Die Sozialdemokraten bekämpfen dieses Konkordat nicht nur mit der Begründung des verletzten Rechtes, sondern auch aus allgemeinen kulturpolitischen und nationalen Gründen.⁴⁾

Die Auffassung, das Konkordat sei eine Verletzung der Reichsverfassung, wies Staatssekretär Zweigert als Vertreter der Reichsregierung zurück.⁵⁾ Aus ihm sprach zugleich ein weithin anerkannter Jurist. Der einschlägige Gesetzentwurf war, um den Ablauf der Ereignisse festzuhalten, am 18. Januar

³⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 119.

⁴⁾ Ebda. – Alwin Saenger, Rechtsanwalt in München. 1919 und 1920 Staatssekretär im Bayerischen Unterrichtsministerium. 1918-1924 Mitglied des Bayerischen Landtags, ab 1924 Mitglied des Reichstags.

⁵⁾ «Aus den von mir soeben ausführlich vorgetragenen Gründen ist die frühere Reichsregierung, zu dem Ergebnis gelangt, dass das bayerische Konkordat und demnach auch die entsprechenden Verträge mit den evangelischen Landeskirchen Bayerns mit der Reichsverfassung vereinbar sind. Die gegenwärtige Reichsregierung hat bei Nachprüfung der Sach- und Rechtslage keinen Anlass gefunden, von dieser Auffassung abzugehen.» Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 121.

1925 vom Bayerischen Landtag mit 73 gegen 52 Stimmen angenommen. Die Ratifikationsurkunden wurden am 24. Juli 1925 ausgetauscht.

Frick erklärte seinerseits, seine – damals zahlenmässig noch schwache Gruppe von vierzehn Mitgliedern – könne in dem nach ihrer Auffassung verfassungswidrigen bayerischen Konkordat «keine geeignete Grundlage für den Abschluss eines Reichskonkordats erblicken».⁶⁾ Eine gewiss bemerkenswerte Auslassung. Sie lässt erkennen, dass Frick und andere Redner mehr oder minder mit dem Abschluss eines kommenden Staatsvertrages rechneten. Und doch zeichneten sich in der Debatte ernste Widerstände ab. Niemand darf das übersehen.

Abg. Walther Schücking von den Deutschen Demokraten sprach gewiss konzilient. Mit dem geborenen Münsteraner verband mich bei manchen westfälischen Ausgangspunkten ein besonders gutes Verhältnis.⁷⁾ Der Völkerrechtslehrer war der Enkel von Levin Schücking, dem Freunde von Annette von Dröste-Hülshoff. Dazu besuchte mich häufig sein in der Nazizeit leidgeprüfter Bruder Lothar, der eine Monographie über Christoph Bernhard, Grafen von Galen, Fürstbischof von Münster 1650-1678) schrieb. Wir haben kulturpolitische Fragen oft über die Zäune hinweg durchgesprochen. Mehr als das. Walther begleitete mich auf der Hochschulfahrt, die ich 1928 nach Reval und Dorpat unternahm, in Fortsetzung früherer Hochschulwochen, die ich für Graz und Innsbruck, für Riga und Helsinki veranstaltete.⁸⁾ Ebenso trafen wir uns in der Deutschen Liga für Völkerbund.

In den Jahren 1922-1934 war er Mitglied des Ständigen Schiedshofes im Haag. 1930 wurde er für neun Jahre Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag. Diese Berufung nach draussen war ein wahres Glück für ihn, der sich nach der taktischen Seite oft schwer tat. Die Nationalsozialisten hätten den überzeugten Pazifisten nicht in Ruhe gelassen. Das ist keine blosse Vermutung. Schücking starb im Haag am 26. August 1935. Bei dem Begräbnis war der deutsche Gesandte in den Niederlanden nicht vertreten. Offenbar war er ängstlich, dass das nationalsozialistisch ausgerichtete Auswärtige Amt ihm diese Beteiligung verübeln könnte. Dagegen schickte die Königin von Holland in Würdigung der vornehmen und ausgleichenden Persönlichkeit des Verstorbenen Trauerpferde für den Leichenzug, um ihm die letzte Ehre zu erweisen.

⁶⁾ Ebda. S. 122.

⁷⁾ Schücking war 1919 Mitglied der Nationalversammlung und der Friedensdelegation für Versailles; ab 1920 Mitglied des Reichstags.

⁸⁾ Siehe unten.

Schücking äusserte sich in der soeben angezogenen Konkordatsdebatte zugleich im Namen seiner politischen Freunde, er könne keinem Reichskonkordat zustimmen, das in der Art des bayerischen Konkordats materiell-rechtliche Bestimmungen in Sachen der Schule brächte.⁹⁾

Das kulturpolitisch stärker interessierte Kabinett Marx war jedoch nach den Neuwahlen (7.12.1924) im Dezember 1924 zurückgetreten. Nach langen Verhandlungen kam am 15. Januar 1925 das Kabinett Luther zustande. Am 20. Januar folgte gegenüber der Regierungserklärung die offizielle Stellungnahme der Zentrumsfraktion. Es erhob nämlich der Fraktionsvorsitzende Fehrenbach die Forderung: Wir verlangen «eine tätige Förderung der noch ausstehenden Fragen kirchenpolitischer Art».¹⁰⁾ Das war ein eindeutiger Ausblick auf die Schaffung eines Reichskonkordats. Diese programmatische Wendung wurde innenpolitisch viel beachtet.

10. Stresemann

Aber man muss noch weiter der hemmenden Momente gedenken. Ausenminister im ersten und zweiten Kabinett Luther (15.1.1925 bis 12.5.1926) war Gustav Stresemann.

Dieser Politiker konnte auf einen glänzenden Aufstieg verweisen. Bereits 1907 wurde er für den sächsischen Wahlkreis Annaberg in den Reichstag gewählt, dem er bis 1912 angehörte. Dort erlebte er allerdings das Fiasko der Bülow-Blockpolitik. Er unterlag 1912 gegenüber der sächsischen Sozialdemokratie, die im «Roten Königreich» mächtig mit dem Liberalismus aufräumte. Aber bei einer Nachwahl in Ostfriesland trat er wieder ins Parlament. Nun zog ihn der nationalliberale Führer Ernst Bassermann, der Träger eines entschiedenen Liberalismus, als Vertrauten und als Stellvertreter zu sich heran. Nach Bassermanns Tod (24. Juli 1917) wurde er zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes gewählt.

Während des ersten Weltkrieges trat er bewusst zu alldeutschen Ideen. Er gehörte in der Tat zu den ersten Trägern einer Annexionspolitik, die machtpolitisch und uferlos ausschweifte. Er hat sich demnach auch scharf gegen die umstrittene Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 ausgesprochen, die auf einen Verständigungsfrieden abzielte. Aber in seiner wendigen

⁹⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 390.

¹⁰⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 122.

Art fand er trotz der «Kompromittierung» die Wege zur Nationalversammlung in Weimar.¹⁾ Er hatte auch an der Seite der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Nationalliberalen Prinz Carolath, Dr. Junck und List den Antrag am 8. November 1918 mit unterschrieben, das Wahlrecht für den Reichstag ohne Unterschied des Geschlechts auf das 24. statt auf das 25. Jahr festzusetzen.²⁾ Die Demokratische Partei lehnte ihn persönlich ab, als er im November 1918 eine Vereinigung mit ihr anstrebte. Aber seine Führung in Weimar erwies sich als geschickt.³⁾ Jedoch hatte er sich dort mit einer Erklärung über die Einheitsschule festgelegt, die ihm in einer späteren Zeit unbequem werden konnte. Im August 1923 wurde er Reichskanzler und Reichsaussenminister und Träger einer Regierung der Grossen Koalition, die den Ruhrkampf liquidieren konnte. Doch musste er nach einer zweimaligen Kabinettsbildung am 23. November 1923 abtreten, da ihn die Sozialdemokratie in offener Feldschlacht stürzte.⁴⁾ Er blieb aber in der Folge Aussenminister.

In etwa ward er bei Kabinettsbildungen als Fachminister angesehen.

Seine Erfolge in der Aussenpolitik sind oft festgehalten. Er wuchs in der öffentlichen Meinung Europas mehr und mehr in die Stellung eines ehrlichen Maklers, besonders auf Seiten der Linken in den Weststaaten. Niemand darf sich der Anerkennung seiner Befreiungspolitik entziehen.⁵⁾ Die Trauer über sein jähes Ableben war in weiten Kreisen aufrichtig und tief. Als ich nach der Todes-

¹⁾ Herre, Politisches Handwörterbuch, Bd. 2, S. 760.

²⁾ Gustav Wittig, 60 Jahre nationale und liberale Politik. Berlin 1927, S. 84.

³⁾ Stampfer, Deutsche Republik, S. 385.

⁴⁾ Ein namhafter Reichsminister der Weimarer Republik versicherte, Stresemann habe zum Kapp-Putsch (13. März 1920) «geraten». Es sei dahingestellt. Jedenfalls weiss der Aufsatz von Wilhelm Blos, Der Kapp-Putsch, in dem Sammelwerk Friedrich Ebert und seine Zeit, Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik (Charlottenburg 1927, S. 279 bis 302), nichts über diese Zusammenhänge. – Auch Stampfer, Deutsche Republik, erwähnt nichts darüber. Siehe hier Register S. 676, 685. – Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang, Offenbach 1947, S. 188, kennt nur eine «moralische Mitschuld» der beiden Rechtsparteien. – Braun, Von Weimar zu Hitler, S. 95, bemerkt seinerseits: «Nur die deutsche nationale Volkspartei trat, wenn auch etwas heuchlerisch verbrämt, auf die Seite der Putschisten und die Partei Stresemanns, die Deutsche Volkspartei, proklamierte eine mehr oder weniger wohlwollende Neutralität.»

⁵⁾ Zur Wertung der Befreiungspolitik siehe auch Walter Hagemann, Deutschland am Scheideweg (Schriften zur deutschen Politik, H. 25/26). Freiburg i. Br. 1931, S. 6 ff., 43, 73; E. Budde, Gibt es noch eine Deutsche Aussenpolitik? Hamburg 1947, S. 47.

nacht früh morgens gegen 8 Uhr den Reichstag betrat, kam mir der württembergische Gesandte tief erregt entgegen mit dem Ausruf: «Haben Sie es schon gehört? Stresemann ist gestorben. Das Unglück ist entsetzlich. Was soll nun werden?» Anlässlich der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Breslau 1929 habe ich Stresemann eine Gedächtnisrede gehalten.

Nachträglich hat ihm noch Hans Schlange -Schöningen ein ehrenvolles Gedenken gewidmet. Man weiss, es ist der deutschnationale Politiker, der sich später von Hugenberg trennt: Da wird bei ihm die Frage aufgeworfen, ob die Opposition der deutsch-nationalen Gruppe eine verantwortungsbewusste Opposition oder Opposition um jeden Preis war. Dazu bemerkt der Autor mit einer Wendung über den Aussenminister: «Nach aussen hin wurde eine grundsätzliche, oft diffamierende Opposition, zum Beispiel gegen Stresemann, geführt; im stillen Kämmerlein waren viele s.ich damals schon klar über das, was heute von keiner Seite mehr bestritten wird: dass dieser kluge Patriot mit gewandter Zähigkeit das Menschenmögliche aus der damaligen Lage herausholte.» ⁶⁾ Das klingt anders, als jene kleinlichen Angriffe, die sich so oft in Rechtsblättern ereigneten, wenn sie darauf hinwiesen, Stresemann sei mit einer Dissertation über den Flaschenbierhandel promoviert worden. Schwer wird es für den Deutschen, in der Politik das persönlich-gehässige Moment herauszuhalten. Die politische Hochebene, auf der sich die Abwicklung britischer Opposition vollzieht, ist noch nicht erreicht.

In Sachen der letzten Jahre der Ministertätigkeit Stresemanns ist allerdings die Zahl der kritischen Stimmen gewachsen. Man fühlte nur zu deutlich, dass nach dem Gespräch von Thoiry (17. September 1926) die deutsch-französische Annäherung nicht weiterkam. Manche Warnungen hat u.a. Ludwig Kaas ausgesprochen. Diesem Abgeordneten verdankt Stresemann, was brennende Fragen des Rheinlands anging, manches an aussenpolitischer Konzeption und manche Korrekturen, die sich notwendig erwiesen.⁷⁾

⁶⁾ Hans Schlange-Schöningen, Am Tage danach. Hamburg 1946, S. 27.

⁷⁾ Man nehme nur die viel beachteten Aufsätze von Kaass Aussenpolitik des Reiches, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 11-34 (die Darstellung ist im September 1925 abgeschlossen); Kaas, Aussenpolitik des Reiches, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 11-46; Kaas, Aussenpolitik des Reiches, bei Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/1928, S. 11-62. – Gegen Stresemann erhebt Fritz Harzendorf (So kam es. Der deutsche Irrweg von Bismarck bis Hitler. Konstanz 1947, S. 19 ff.) den Einwand, er habe den tatsächlichen Charakter der «nationalen Opposition» nie erkannt.

Kenner wussten zudem, dass die Arbeitskraft des Ministers viel zu stark durch die ernsten Gegensätze innerhalb der Fraktion der Deutschen Volkspartei in Anspruch genommen wurde.⁸⁾ Schon bei der Oktober-Abstimmung über das Schicksal des ersten Kabinetts Stresemann, das vom 13. August bis 3. Oktober 1923 bestand, fehlten 22 volksparteiliche Abgeordnete.⁹⁾ Schwer lastete hier, wo beim Achtstundentag ein zusätzliches Mehr verlangt wurde, und auch sonst der Einfluss der Wirtschaftsgruppen.

Dazu verkörperten die Abgeordneten Ernst Scholz und Siegfried von Kardorff sachliche und persönliche Gegensätze. Dieser Kardorff-Gruppe gehörte an der kluge und im Urteil durchaus selbständige Hans von Rümer. Er war bereits Reichsschatzminister im Kabinett Fehrenbach, dazu Sachverständiger auf der Konferenz zu Genua, weiter Reichswirtschaftsminister im ersten Kabinett Stresemann. Er kam vornehmlich aus der Elektrizitätswirtschaft, als er in den Reichstag eintrat. In diesen Kreis durfte man weiter Otto Thiel einbeziehen, den Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Zum anderen will Katharina von Oheimb erwähnt sein, eine Frau, die der Fraktion grosse gesellschaftliche Talente zur Verfügung stellte. Sie war die Gründerin und erste Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Männer und Frauen. Sie betätigte sich ebenso als Leiterin der politischen Ausbildungskurse in Goslar. Mehrtägige Pressetagungen, die sie dort veranstaltete, sahen Pressevertreter von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Das waren gewiss seltene und zugleich erfreuliche Begegnungen. Dort habe ich zusammen mit Otto Hoetzsch, Paul Moldenhauer, dem Kölner Volkswirtschaftler,¹⁰⁾ und anderen gesprochen. Die Stimmung auf dem beigegebenen Waldfest in den Harzbergen war gut. Mari rief nach einem Waldhorn. Ein alter, treuherziger Bläser erschien und gemahnte einen an Heinrich Heines «Harzreise». In seiner Unschuld blies er die ehemalige

⁸⁾ Über das Verhältnis zu Stinnes siehe Vallentin, S. 83; ferner Stampfer, Deutsche Republik, S. 680 im Register. – Stinnes, der Schöpfer vertikaler Konzernbildung, «König der Inflation» und Gegner der Erfüllungspolitik, starb schon 1924. Damit verlor die Wirtschaftsgruppe in der Deutschen Volkspartei ihren stärksten Exponenten. – Über den Einfluss von Stinnes auf die Reichspolitik vgl. Joseph Wirth in dem bereits angezogenen Sammelwerk «Friedrich Ebert und seine Zeit», S. 303 f., 315.

⁹⁾ Stampfer, S. 351.

¹⁰⁾ Seit 1920 im Reichstag, Mitglied der Deutschen Volkspartei, 1929 Reichswirtschaftsminister, 1929-1930 Reichsfinanzminister.

preussische Nationalhymne «Heil Dir im Sieger-kranz». Niemand stiess sich daran, auch die Linke nicht. Der Humor regierte.

Die vorgenannten Politiker und andere, die ihnen folgten (Moldenhauer, Heinze) neigten mehr zur Politik der Mitte, was im Besonderen die bedeutenden Reden Kardorffs zum Etat des Reichsinnehministeriums erkennen liessen. Aus ihm sprachen die freikonservative Überlieferung des Vaters Wilhelm von Kardorff († 1907), die langjährige Tätigkeit im preussischen Abgeordnetenhaus (1905-1918), und die Erfahrung des Landrats von Lissa. Bezeichnend für seine selbständige Denkungsart war die Tatsache, dass er im Mai 1918 im Preussenparlament für die Einführung des gleichen Wahlrechts eintrat. Er schied deswegen aus der freikonservativen Fraktion aus, jedenfalls für einige Zeit. Wie wenige andere war er ein guter Kenner des Zeitalters Bismarcks. Er erinnerte mich oft an meinen Lehrer, den Historiker Max Lenz († 1932) in Berlin, der uns mit betonter Wärme, aber auch kritisch in die Welt der «Gedanken und Erinnerungen» des Fürsten einführte.

Doch waren Kardorffs Freunde zahlenmässig schwächer als die andere Gruppe, die sich um Scholz, den erwähnten früheren Oberbürgermeister von Kassel und Wiesbaden, stellte.

Der Gegensatz zwischen Scholz und Stresemann zeichnete sich oft genug ab, vor allem in dem Punkte, dass Scholz grundsätzlich die Grosse Koalition ablehnte. Scholz war seit 1923 Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Nach Stresemanns Tod wurde er Ende 1929 auch zum Parteiführer gewählt. Es fehlte ihm die elastische, anpassungsfähige Art des Aussenministers. Manchmal hat Stresemann dem Druck des Fraktionsvorsitzenden nachgegeben, auch in der Konkordatsfrage. Unsicherheiten machten sich geltend.

Dazu trat als eine Erschwerung der Geschäfte die frühe Erkrankung des Ministers, der selbst der Aufenthalt auf der Bühler Höhe und die ärztliche Kunst von Ludolf von Krehl (Heidelberg) nicht Einhalt zu bieten vermochte. Bewundernswert blieb, dass der Minister trotz der schweren Erkrankung mit letzter Energie versuchte, den Amtspflichten gerecht zu werden († 3. Oktober 1929).

Dazu eine Erinnerung. Bei der Tagung der Ligen für Völkerbund war ich 1929 in Madrid gewesen. Sie war der Auftakt zur kommenden Sitzung des Völkerbundsrates, der ebenfalls am heissen Manzanaresufer tagte. Dort, bei der Ligentagung, hatte ich Stresemanns Aussenpolitik verteidigt. Als ich zurückkehrte, wünschte der Minister mich zu sehen. Es kam zu einer grösseren Aussprache. Verschiedentlich bat ich ihn, diese abzukürzen. Bemerkte ich doch, obwohl er es nicht erkennen lassen wollte, wie schwer die Gesundheit erschüttert war.

Mehrfach wischte er sich den Schweiß von der Stirn. Aber er hielt durch. Er ersuchte mich, nicht abzubrechen. Das Gespräch hat über eine Stunde gedauert, zu meinem Leidwesen, da ich merkte, wie es ihn angriff. Erfreut teilte er neben anderem, was die grosse Aussenpolitik betraf, nach der persönlichen Seite mit, dass die spanische-Regierung für die Völkerbundstagung in Madrid ihm ein kleines Haus zur Verfügung gestellt habe und dass eine Diätküche für ihn eingerichtet würde; dass zum Weiteren der Herzog von Alba ihn mit einer Lokomotive von der Grenzstation Irun nach der spanischen Hauptstadt geleiten wolle. In der feinen weltoffenen Haltung jener Granden, die sich den Ingenieurwissenschaften zugewandt hatten. Daher trat auch seine scherzende, humorvolle Art heraus, mit der er auch ernsteste Gespräche zu würzen verstand. Studentischer Frohsinn brach hier, wie so oft, bei ihm auf, Aber als ich von ihm schied, hatte ich den Eindruck, dass er doch am Rande seiner Kräfte stand.

Aber noch ein anderes muss gesagt werden: Zu einem Reichskonkordat hatte der einstige Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller kein inneres Verhältnis. Nur langsam wuchs er überdies als Minister in die Notwendigkeiten einer Auslandskulturpolitik hinein, die mit Imponderabilien erfüllt war. Wie ganz anders hatte der Staatssekretär Ago Frhr. v. Maltzan, der spätere Botschafter (1925) in Washington († 23. September 1927), kulturelle Zugänge zum Ausland gepflegt, da er als Staatssekretär im Auswärtigen Amt weilte (seit 1922). Dieserhalb empfing ich mandien Brief. Stresemann hat seinen Staatssekretär als Vertreter des Deutschen Reichs nach Amerika geschickt. Er war bekümmert um Maltzans Selbständigkeit, ebenfalls über seine – auch von Graf von Brockdorff-Rantzau – geteilte Annäherung an Russland. Der Locarnopolitik Stresemanns war der Mecklenburger abgeneigt. Seine Entfernung war ein Verlust. Sein Nachfolger Carl von Schubert, seit 1921 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, konnte ihn nicht ersetzen. Ein sachlicher und kenntnisreicher Arbeiter, aber ein schwerfälliger Typ.

Es gab immer wieder Gelegenheiten festzustellen, dass es Stresemann nicht leicht wurde, sich in bestimmte Gebiete einzuarbeiten. So fuhr ich eines Tages mit ihm von Braunschweig nach Berlin. Wir gerieten in tiefer greifende Gespräche. Ganz offen bekannte er, dass er in Sachen der vatikanischen Politik nicht daheim sei. Er erbat Mitteilung über die Gliederung und Arbeitsbereiche der kurialen Behörden und Verwandtes. Er wollte gern über das Kardinalstaatssekretariat unterrichtet sein, über seine Arbeitsweise, über Kongregationen,

über Audienzen. Interessiert zeigte er sich ebenfalls für die Frage des Nachwuchses im dortigen diplomatischen Dienst. Derartige Mitteilungen sind ihm damals und zu anderen Zeiten gern gegeben worden. Er wuchs in manches hinein. Er beriet sich auch öfter mit Nuntius Pacelli.^{10a)}

Aber anderes, wie eine durchgreifende Reform des Auswärtigen Amtes, blieb unausgeführt. Der Ministerialdirektor Schüler hatte eine solche um 1920 eingeleitet. Er erstrebte eine Zusammenlegung des diplomatischen und konsularischen Dienstes. Mit Recht. Der konsularische Dienst wurde bis dahin mehr oder minder als zweitrangig betrachtet. Schüler wünschte ferner bei dem Nachwuchs eine stärkere Heranziehung von Persönlichkeiten, die aus den Kreisen der Wirtschaft kamen oder sonst eine grössere Lebensnähe mitbrachten. In diese Richtung gingen ebenfalls die wertvollen Anregungen, die damals aus zwei aufgeschlossenen Hamburger Denkschriften kamen, die noch der Veröffentlichung und Würdigung harren. Sie waren mir gut bekannt, da ich in Hamburg mehrfach auf der Jahrestagung des Deutsch-Ostasiatischen Vereins gesprochen habe.¹¹⁾

Einiges hat Schüler erreicht. Mehr noch blieb auf der Strecke liegen. Er fand starken Widerstand bei den höheren Beamten des Aussenamtes. Mitglieder der Korps, die dort einen weissen Ring bildeten, dachten nicht daran, ihre bevorzugte Stellung aufzugeben. Sie wurden von manchen Mitgliedern des altpreussischen Adels unterstützt. Doch fand sich in diesen Gruppen auch manche tüchtige Kraft, der eine wertvolle familiäre Überlieferung zur Seite stand.

Aus Schüler sprach, um auch das noch zu sagen, das persönliche Erlebnis. Er kam aus der konsularischen Laufbahn.

11. Aussenseiter im diplomatischen Dienst

Mit betonter Schärfe wurde es von dieser Gruppe abgelehnt, Parlamentarier auf diplomatischen Aussenposten zu verwenden. Es geschah das nach der Revolution von 1918.

Da wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg als deutscher Gesandter nach Brüssel gesandt. Als angesehenes Mitglied der Partei, von 1912 bis 1918 und seit 1924 wieder im Reichstag, war er vom

^{10a)} Walter, Pius XII., S. 115.

¹¹⁾ Dazu siehe auch meine Ausführungen in dem S. 8 Anm. 2 erwähnten Sammelwerk: Leibniz, S. 186.

November 1918 bis Februar 1919 Mitglied des Rates der Volksbeauftragten gewesen. Bis Juni 1919 wirkte der erfahrene Jurist als Reichsjustizminister im Kabinett Scheidemann. Er gehörte ebenso der Weimarer Nationalversammlung an. Dort wurde er der Friedensdelegation zugeordnet, die mit Graf von Brockdorff-Rantzau ging.

Dass man ihm den Gesandtenposten in Brüssel gab, erwies sich nicht als allweg glücklich. Um nur eines zu erwähnen: er hat sich als religionslos bezeichnet. Nun, das war seine private Einstellung, die lediglich ihm gehörte. Aber für einen Diplomaten in Belgien, das um die Ste-Gudule in Brüssel und um Missionen am Kongo weiss, lag einiges anders. Gewiss konnte er einen Brückenkopf zu dem dortigen Sozialismus abgeben. Aber diese Beziehung reichte nicht aus. Für eine Gesamtwürdigung mag man sich an ein Wort von Franz Xaver Kraus († 1901) erinnern. Dieser geistvolle Essayist und Kirchenhistoriker hat einmal tief sinnig bemerkt, über den romanischen Ländern läge trotz allem Antikirchlichen, das sich immer wieder und sogar in beherrschender Stellung geltend mache, im Grunde genommen katholische Luft. Der Historiker wird Kraus beipflichten, zumal wenn er des verwandten Ausspruches des französischen Staatsmannes Gambetta († 1882) gedenkt, dass der Antiklerikalismus kein Exportartikel werden dürfe. Landsberg blieb nur drei Jahre, von 1920-1923, in Brüssel. Von 1924 ab gehörte er wieder dem Reichstag an, wo er im Besonderen im Rechtsausschuss arbeitete.

Nach Riga kam der Abgeordnete der gleichen Fraktion Adolf Köster.¹⁾ Er war vordem preussischer Gesandter in Hamburg und rühriger Reichskommissar für die Abstimmung in Nordschleswig gewesen. Dann wurde er Reichsaussenminister im ersten Kabinett Hermann Müller (April bis Juni 1920). Das war der letzte Aussenministerposten, den die Sozialdemokratie besetzte. Sie wusste, dass sie sich aussenpolitisch schwerer tat als andere Fraktionen. Sie hat sich nie dagegen aufgebäumt. Sie nahm es als eine Gegebenheit bei den verschiedensten Kabinettsbildungen hin.

Im zweiten Kabinett Wirth, Oktober 1921 bis November 1922, wirkte Köster als Reichsinnenminister. Er hätte hier eine festere Hand haben dürfen. Was den organisatorisch begabten Literaten betrifft, der Novellen und den Roman «Die bange Nacht» (1913) schrieb, war er für das Propaganda-Institut der Reichszentrale für Heimatdienst besonders interessiert. 1918 geschaffen, sollte

¹⁾ Über Köster vgl. Stampfer, Deutsche Republik, S. 97, 184, 252, 288, der den geschicktesten Diplomaten rühmt. Siehe auch oben S. 81.

sie der Aufklärung der Bevölkerung über die Innen- und Aussenpolitik dienen. Für den diplomatischen Dienst brachte Köster sicherlich namhafte Qualitäten mit. 1925 war ich bei ihm in Riga anlässlich einer deutschen Hochschulwoche. Er hat sie geschickt und taktvoll aufgemacht.²⁾ Dabei konnte ich seine geachtete Stellung bei der lettischen Regierung feststellen. 1928 vertauschte er Riga mit Belgrad.

Zum andern wurde Maximilian Pfeiffer, ebenfalls wie die Vorgenannten Mitglied des Reichstags (1907-1924 bei der Bayerischen Volkspartei, später beim Zentrum), als Gesandter nach Wien geschickt. Diesen Posten hatte er von 1922-1926 inne. Zur Wiener Kultur mochte der Roman-Schriftsteller und der frühere Theaterkritiker von vornherein manche Beziehungen schaffen. Leicht streifte er dabei die Boheme. Aber er arbeitete sich doch im Ablauf der Zeit bemerkenswert in sein Amt hinein. Politisch fand er auch die Wege zu Ignaz Seipel, dem Bundeskanzler wie dem Obmann der christlich-sozialen Partei († 1932 an den Folgen eines Attentats). Von den herrschenden Kreisen des Auswärtigen Amtes wurde Pfeiffer stark beföhdet. Doch wurde er von anderer Seite geschützt.

Sein Nachfolger ward Hugo Graf von Lerchenfeld-Köfering. Er war der Neffe des gleichnamigen Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten in Berlin (1880-1919), der wie wenige andere sich zur Politik Bismarcks und der wilhelminischen Zeit äussern konnte. Der jüngere Lerchenfeld war zwar 1919 ins Auswärtige Amt eingetreten und zudem 1920 Gesandter der Reichsregierung in Darmstadt gewesen. Zum andern war er 1921-1922 bayerischer Ministerpräsident. Gleichwohl galt das Mitglied des Reichstags (1924-1926) als Aussen-seiter.

Es war nicht ganz leicht, dass er die Deutsche Gesandtschaft in Wien übernehmen konnte, die er von 1926-1931 innehatte. Seine süddeutsche Frohnatur, der Wiener Umwelt verwandt, fand sich in dem ungemein schwierigen Milieu von Wien im allgemeinen gut zurecht. Doch liess seine weiche Art manche Entschiedenheit vermissen. Dort an der Donau war der bewegte, fast unerträglich bewegte Tummelplatz der gegensätzlichen europäischen Energien. Allein Mussolini hatte zeitweise drei Wiener Zeitungen für Meinungsbildung zur Verfügung. Dazu trat die Schärfe der innenpolitischen Auseinandersetzungen.

²⁾ Siehe G. Schreiber, Deutschland und die Kultur der Ostsee. Erinnerungen an die deutschen Hochschulwochen in Helsingfors und Riga 1926 unter Mitwirkung von G. Braun, H. Eckener, H. v. Ficker, W. Goetz, W. His, L. Magon, P. Merker, P. Moldenhauer, A. Pende, F. Sauerbruch (Deutschtum und Ausland, Heft 10). Münster 1927.

Dort in Wien habe ich Graf Lerchenfeld oft besucht. Damals war bs, dass mir der Bundeskanzler Seipel eine Denkschrift von etwa 30 Schreibmaschinenseiten über die Gefährdung der Südostgrenze Österreichs einhändigte. Ich sollte sie einsehen. Er hat sie mündlich kommentiert. Dann musste ich sie dem Reichskanzler Wilhelm Marx einhändigen. Dieser sollte sie jedoch nach Kenntnisnahme vernichten. Der Tenor der Denkschrift war ausserordentlich ernst. Dass seine Sorgen berechtigt waren, hat die Zukunft erwiesen.

Nach Wien zog mich zum andern die Begründung der österreichisch-deutschen Forschungsgemeinschaft, die ich bei Schmidt-Ott, dem Präsidenten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, gelegentlich anregte und die dieser kenntnisreiche Kulturpolitiker mit Takt, Umsicht und Erfolg durchführte. Es liess sich ermöglichen, der österreichischen Wissenschaft und Forschung in mehr als einer Hinsicht zu helfen. Vermochte sie doch nicht mehr ihre grossen und mit Stolz aufgenommenen Ausgrabungen in Ephesus durchzuführen. Aber es kam darauf an, alles und jedes zu vermeiden, dass ein Gefühl aufkam, es handele sich um Almosen. Ebenso ist niemals unsererseits irgendein Gedanke geäussert worden, der den Anschluss betraf. Wir haben uns in dieser Österreichisch-deutschen Forschungsgemeinschaft jenseits des Politischen bewegt. Die Wissenschaft verbindet die Völker, die Politik trennt sie. So hat Max Planck einmal mir gegenüber in einem Göttinger Gespräch tiefsinnig bemerkt. Wir hatten Angelegenheiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihres Senats besprochen. Es war kurz vor seinem Tode.

Wir hatten auch ausserhalb Wiens Sitzungen in Graz und Innsbruck. Mich verbanden sonstige Arbeiten mit Österreich. Der frühere Bundeskanzler Kurt Schuschnigg hat diese Anteilnahme in seinen Erinnerungen freundlich erwähnt. Erst den Nazis blieb es vorbehalten, die Ehrenmitgliedschaft der Innsbrucker Universität zu streichen.

Für die Jahre 1931-1933 wurde Graf Lerchenfeld Gesandter in Brüssel. Von den Nazis wurde er entlassen. Für die Zwecke seiner politischen Erinnerungen, besonders für die Wiener Zeit, hat er manches nachgefragt, wenn ich mich in der Nazizeit mit ihm in Starnberg traf. Dort verkehrte er mit dem ansässigen Theologen und neuscholastischen Philosophen Ludwig Bauer. Er war früher Professor in Tübingen und württembergischer Landtagsabgeordneter gewesen. Er wurde später Professor in Breslau. Aber er blieb ein humorvoller Schwab. Mir stand er als Mitarbeiter in meinen «Schriften zur deutschen Politik» näher. Er war am See der Mittelpunkt eines Kreises, der sich scharf gegen Hitler stellte.

In die Reihe dieser Aussenseiter wäre fast der preussische Landtagsabgeordnete (im Landtag 1921-1932) Franz von Papen eingetreten. Er wünschte sich in der Weimarer Zeit einen Gesandtschaftsposten in Wien. Aber er wäre auch gern nach Luxemburg, der bevorzugten internationalen Konferenzstadt, gegangen, Sie lag zudem Mettlach, der Heimat seiner Gattin, nahe. Aber Widerstände, die von bestimmter Seite ausgingen, liessen ihn nicht an den Hof der Grossherzogin Charlotte kommen.

In diesen Zusammenhängen ist auch Max Scheler zu nennen. Es mag manchen überraschen, dass der Philosoph und Soziologe hier überhaupt erwähnt werden kann. Und doch war es so. Er weilte in Münster. Er besuchte meinen Freund, den Dompropst Professor Dr. Adolf Donders († 1944), einen seiner Verehrer. Donders fragte, ob nicht die Möglichkeit bestände, Scheler nach dem frei gewordenen Gesandtschaftsposten in Warschau zu überführen. Ich stutzte. Aber Donders bestand darauf, dass Scheler in diesem Punkte gehört werden müsse, gleichgültig, wie die Entscheidung des Auswärtigen Amtes ausfalle. Er meine es ernst. Er müsse unbedingt in schwierigen Verhältnissen, die ihn bedrückten, einmal an anderer Stelle eine Verwendung finden. Es würde für ihn eine seelische Wohltat sein. Dieserhalb habe ich Donders meine stärksten Bedenken ausgesprochen, dass Scheler zur Weichsel ging. Das Blickfeld in Warschau lag mir näher. War ich doch selbst 1920 für Warschau als Gesandter in Frage gekommen. Aber bei der Besprechung im Auswärtigen Amt habe ich das Angebot des damaligen Personaldezernenten Eugen Rümelin, des späteren Gesandten in Sofia (1922), abgelehnt, obwohl der Vorschlag von den befreundeten Parlamentariern der Nationalversammlung, von Josef Mausbach und Franz Hitze, ausgegangen war. An der Seite von Donders erschien dann bei mir Scheler. Er brachte sein Anliegen mit tiefer Bewegung vor. Aber in einer längeren Unterredung gelang es mir doch, ihn zu überzeugen, dass der Weg, nach Warschau zu gehen, nicht richtig sei und dass andere Lösungen gefunden werden müssten. Auch andere wussten damals um diese Zusammenhänge» so dass ich sie erwähnen darf.

1922 war Ulrich Rauscher († 1930) Gesandter in Warschau geworden. Sein Weg hatte ihn von der diplomatischen Vertretung in Georgien (Tiflis) nach dort geführt. Auch er war ein Outsider. Einst war er Feuilleton-Korrespondent der Frankfurter Zeitung gewesen. Das politische Leben ergriff ihn, da er nach der Novemberrevolution Sozialdemokrat, ja Sekretär des Volksbeauftragten Scheidemann wurde. Bereits 1921 ward er Pressechef der Reichsregierung. Er schuf sich sofort eine geachtete Stellung. Während des Kapp-Putsches hatte er

übrigens den aufrüttelnden Aufruf zum Generalstreik erlassen.³⁾ Seine Tätigkeit in Warschau wurde geschätzt.

Ein anderes ist sicher, dass der deutsche Gesandte Adolf Müller in Bern ganz hervorragend gearbeitet hat. Er war von Haus aus Arzt. Deswegen vielleicht seine kühle, kritische Art, die ihn zunächst zu politischen Fragen eine Distanz gewinnen liess, um eine sachlich bestimmte Diagnose einzuleiten. Dass er auch Volkswirtschaft studiert hatte, ist bei den Handelsvertragsverhandlungen 1925 dankenswert empfunden worden. Eine reiche parlamentarische Erfahrung stand ihm zur Seite, ein Plus, das mehr als ein Diplomat nicht aufholen konnte. Er war vordem Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des Bayerischen Landtags gewesen, lange Zeit, von 1899-1918. Damals hatte er sich, dem Münchener *Genius loci* folgend, als Kunstreferent betätigt. Das ergab Konzilianz und schuf Verbindungslinien nach den verschiedensten Seiten. Es liess sich dabei manches an Spannungen korrigieren, was seine Stellung als Hauptschriftleiter der «Münchener Post» mit sich brachte. Seine kunstfreundliche Art spiegelte sich in seinem Berner Heim. Da stand kostbare Majolika neben reizenden Originaleinbänden französischer Philosophen und Encyclopädisten. Aber Rousseau und Voltaire haben ihn nicht zum Freigeist gemacht. Seine Gattin legte Wert darauf, bestimmte altbayerische Überlieferungen zu pflegen. Auch das Parteipolitische liess er mit seiner Übersiedlung nach Bern hinter sich. Gesamtdeutsche Aufgaben winkten dort stärker als an der Isar.

Müller war zu Beginn des ersten Weltkrieges zur bayerischen Gesandtschaft nach Bern gekommen, der ja kurze Zeit nach der Revolution der Philosoph Friedrich Wilhelm Förster sogar in leitender Stellung angehören sollte. 1912 war Förster Privatdozent in Zürich gewesen. Mit Müller kam in das Bern des ersten Weltkrieges ein scharfer Beobachter, ein Mann von klugem Urteil, vor allem ein Mann mit Mut. An der Aare stellte er fest, dass der Nachrichtendienst schlecht war. Er besass die Kühnheit, im Herbst 1914, also bereits einige Monate nach Ausbruch des Krieges, nach Lyon zu gehen und eine Nachrichtenorganisation aufzuziehen. Sie hat sich fast bis zum Ende des Weltkrieges gehalten.

Schon früh lernte ich Müller kennen. – Es war der Abg. Daniel Stücklen, den ich von Etatberatungen näher kannte, der mich mit ihm bekannt machte. Stücklen hatte öfters Aufträge in der Schweiz auszuführen. Er war seit 1919 Vorsitzender der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, dann Reichskommissar für Zivilgefangene und Flüchtlinge, überdies schon seit 1903

³⁾ Stampfer, Deutsche Republik, S. 165.

Mitglied des Reichstags. Für seine Auslandskenntnis war es nicht unwesentlich, dass er in Ungarn 1891-1893 bereits politisch tätig war. Vor dort stammte auch seine Gattin. Er war eine ruhige, gemässigte. Natur, als Charakter ehrlich und zuverlässig. Es war im Januar 1923, als sich die Beziehungen zu Müller verdichten sollten.

Am 11. Januar 1923 erfolgte der Ruhreinbruch. Französische und belgische Truppen unter Führung des Generals Dégoutté rückten ein. In wenigen Tagen war das Gebiet zwischen Essen, Gelsenkirchen, Witten, Dortmund, Hamm, Recklinghausen besetzt. Die Waffe des passiven Widerstandes allein konnte nicht ausreichen. Man musste versuchen, etwaige Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Damals wurde ich vom Auswärtigen Amt berufen mit der Frage, ob ich zu Giuseppe Motta, dem Chef des Politischen Departements, also zum Leiter der Schweizer Aussenpolitik, nach Bern fahren würde. Zielstellung sei, ihn zu einer Intervention bei Poincaré zu veranlassen. Dabei erfuhr ich, dass die holländische Königin Wilhelmina spontan bereits einen Vermittlungsversuch in Paris unternommen hatte, der abschlägig beschieden würde. Die Chancen für Deutschland waren sicherlich nicht gross, in der Schweiz noch etwas zu unternehmen. Das habe ich offen zum Ausdruck gebracht. Aber man wünschte doch, ich möge es versuchen. Schliesslich stimmte ich zu. Meine Ahnung trog mich nicht, dass Müller mich für diese Mission in Vorschlag gebracht hatte. Ich übernachtete im «Hotel zum Bären» in Bern. Aber schon am folgenden Tage holte mich der Gesandte bereits aus dem Hotel in die Gesandtschaft, um ungezwungener alles erörtern zu können. Die Fühlungnahme mit Motta fand statt. Er war unterrichtet, dass ich kommen würde. Die Besprechungen waren eingehend. Der Schweizer Staatsmann sagte zu, eine Intervention in Paris zu unternehmen. Er hat Wort gehalten. Der Erfolg war ihm nicht beschieden.

In den Aussprachen machte Motta seinerseits darauf aufmerksam, es sei notwendig, dass trotz allem, also trotz der Schwere der aussenpolitischen Lage, Deutschland darauf halten müsse, sehr bald in den Völkerbund einzutreten. Darauf verwies ich auf die Schwierigkeiten, die in der deutschen Innenpolitik lagen, erst recht auf die Unausgeglichenheit der aussenpolitischen Situation. Doch schob er das alles beiseite und wiederholte sein *Ceterum censeo*. Schliesslich wies er darauf hin, dass der Katholik auch zu dem Katholiken spreche. Die tiefreligiöse Grundnatur des Tessiners – seinen Bruder in Airolo habe ich ebenfalls kennengelernt – brach auf. So verwahrte er sich gegen einen oft erhobenen Einwand, der Völkerbund sei ausschliesslich ein Organ der Freimaurerei. Er lehnte das ab. Er wünschte eine Betrachtung auf einer höheren

Ebene. Auch andere Fragen wurden gestreift. Darunter die Möglichkeit einer Hochschule für das Tessin. Ein in der Schweiz neu erschienenes Buch über Motta hat diese Besprechungen nicht festgehalten. Begreiflich. Als ich dem Auswärtigen Amt Bericht erstattete, habe ich gebeten, die Vertraulichkeit zu wahren. Es ist so geschehen.

Bei meinem Schweizer Aufenthalt überzeugte ich mich mehr und mehr von der zentralen Bedeutung dieses Gesandtenpostens, da ich in viele Zusammenhänge einsehen durfte. Es war ja diese Gesandtschaft gleichzeitig eine un-gemein wichtige Beobachtungsstelle in Sachen des Völkerbundes. Hier schieden sich die Auffassungen von Motta und Müller. Als ich dem deutschen Gesandten sagte, Motta habe in der Besprechung auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gedrängt, fuhr er auf. Er kannte die Auffassung des Schweizer Bundesrats, aber er lehnte sie scharf und betont ab. Die Zeit dafür sei längst noch nicht reif. Auch Friedrich Stampfer hat darauf hingewiesen, dass Müller widerstrebte, als 1924 ein Ministerrat unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert beschloss, den Eintritt in den Völkerbund zu erstreben. Doch gab Müller nach, da man seine Bedingung erfüllte, dass Deutschland einen ständigen Rats-sitz im Völkerbund forderte. Das Kabinett trat dann auf den Boden dieses Vor-schlages.⁴⁾ Mitte Dezember 1925 waren die zuständigen Antworten der Mächte eingelaufen, die im Völkerbund vertreten waren. Die formelle Aufnahme verzögerte sich allerdings bis zum 10. September 1926.

Auf Wunsch von Müller hielt ich Besprechungen mit anderen Schweizer Politikern in Bern und ausserhalb. So fuhr ich auch nach Luzern, um mit Nationalrat Walter die Lage zu besprechen. In der Folge ging ich nach Zürich, um Fühlung mit der Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung aufzunehmen. Ebenfalls ermutigte mich Müller zu einem Vortrag in der Handelskammer von St. Gallen. Dort war allerdings die Haltung gegenüber der deutschen Inflation ziemlich kritisch. Die deutsche Wirtschaft wurde für die Inflation verantwortlich ge-macht. Das war ja weithin die Auffassung in Europa und Amerika.

Das Jahr 1923 brachte zahlreiche weitere Fühlungen in der Schweiz, da ich für die Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft etwas tun wollte. So sprach ich in Basel, begleitet von der freundlichen Unterstützung des feinsinnigen Philosophen Karl Joël. Andere Vorträge begaben sich in Luzern und in Davos. In dem zuletzt genannten Kurort waren Konflikte vorhanden zwischen einem antirepublikanischen Krieger-Sanatorium und einer weiteren deut-

⁴⁾ Stampfer, Deutsche Republik, S. 430.

schen Heilstätte, die sich auf den Boden der Tatsachen stellte und vom Reichsarbeitsministerium betreut wurde. In der Folge führte mich der Weg auch öfter nach dem Deutschen Haus in Agra, der Lungenheilstätte am Lugano-See. Nach dort durfte ich 30 Betten der Wirtschaftshilfe der deutschen Studentenschaft bringen. Ebenfalls liess es sich ermöglichen, mit Mitteln des Reichsarbeitsministeriums eine Wasserleitung vom See auf die Höhe (559 m) zu bauen.

Manche Arbeit erwuchs im Völkerbund. An mehr als einer Stelle.⁵⁾ Mich interessierte im Besonderen die Kommission für geistige Zusammenarbeit und die sonstige kulturpolitische Tätigkeit, die ich literarisch festhalten durfte.⁶⁾ Diese und andere Arbeiten geschahen in enger Fühlung mit Adolf Müller, der auch manche Vorschläge für die Reform des Auswärtigen Amtes machte, auch im Zeichen der vom Ministerialdirektor Schüler entwickelten Gedankengänge, die oben gestreift wurden.

Müller hat die nachrichtlich zentrale Lage von Bern, die auch durch den amerikanischen Botschafter John Foster Dulles während des zweiten Weltkrieges ausgewiesen wird, zu nutzen verstanden. So übermittelte er von dort in kritischer Zeit einen Aufmarschplan, der den Bodensee und das Gebiet von Ulm als Marschziel angesetzt hatte. Daraufhin hat die Reichsregierung dieses Gelände eigens bereisen lassen. Auch Reichstagsabgeordnete waren dabei.

Der Gesandte hat ganz wesentlich eine Verbesserung und Verstärkung der schweizerisch-deutschen Beziehungen heraufgeführt. Eine Aufgabe, die von vornherein nicht leicht zu meistern war. Deutsche Kriegsgefangene, aus Frankreich kommend, passierten nach dem ersten Weltkrieg den Bahnhof in Genf. Hunderte standen dort und machten zu den Waggons herüber eine bezeichnende Gebärde, indem sie Finger / und Hände um den Hals legten. Das hiess: «Aufhängen». Aber es wäre einseitig, einen solchen Zug herauszunehmen. Man mag vielmehr daran denken, dass die Schweiz in vornehmem karitativem Verstehen und Mitempfinden am Ausgang des Weltkrieges und in der Inflationszeit viel Gutes dem deutschen Menschen, vor allem dem deutschen Kind zuteil werden liess. Besonders die Innerschweiz und die Ostschweiz wol-

⁵⁾ Siehe G. Schreiber, Deutsches Reich und deutsche Medizin, mit Hinweisen auf die Hygiene-Sektion S. 67, 147, auf die Organisation der Gesundheitspflege S. 319, auf die Beziehungen zur Wissenschaft S. 357.

⁶⁾ G. Schreiber, Die Kulturpolitik des Völkerbundes, in dem Sammelwerk: «Zehn Jahre Versailles», 2 Bde., Berlin .1929, Bd. 2, S. 245-262. Siehe ferner Margarete Rothbarth, Geistige Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes (Deutschum und Ausland, hrsg. von G. Schreiber, H. 44). Münster i. W. 1931.

len hier genannt sein mit mehr als einer Organisation. So durfte ich Robertus Bückler, dem Bischof von St. Gallen, für seine Hilfsbereitschaft persönlich danken. An diesen Aktionen war Müller mehr oder minder beteiligt. Die Tatsache, dass er von Haus aus Arzt war, hat ihm manche Aufgabe erleichtert.

So zeichnete sich bereits ein Vorfeld jener Hilfstätigkeit ab, die die gleiche Schweiz nach dem zweiten Weltkrieg in die Hand genommen hat, mit einer Mütterlichkeit, die unter den Ländern Europas vorbildlich dasteht, wenn auch nach der rein karitativen Seite Schweden und Irland mit einigem Nachdruck genannt werden müssen. Kinderhorte und Studentenspeisungen wissen darum. Die Hilfstätigkeit der angelsächsischen Welt ist zum Weiteren bekannt.

Die Wiederaufnahme wissenschaftlicher Beziehungen nach dem Ausland war nach dem ersten Weltkrieg sehr erschwert. Es gab eine nicht unansehnliche Gruppe von Extremisten, die draussen Wissenschaftsverbände in der Art der «Unionen» und des International Research Council errichteten. Sie suchten Deutschland planmässig von einem Wissenschaftsverkehr auszuschliessen. Vor allem zielte man ab auf eine Verdrängung und Isolierung der deutschen Naturwissenschaften. Es gab übrigens auch nach dem zweiten Weltkrieg Auffassungen, die sich ähnlich äusserten. Da wurde bemerkt, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sei das eigentliche Nazigehirn gewesen. Eine völlig falsche Behauptung. Jeder wird sie zurückweisen, der weiss, mit welchem tiefem Ernst und grossem Erfolg gerade dort die Grundlagenforschung als solche betrieben ist. Dafür zeugen ja auch sieben Nobelpreisträger, die ihr angehören. Aber es ist sehr bezeichnend, dass solche Äusserungen nach dem zweiten Weltkrieg verhältnismässig schnell verschwunden sind. Der erste Weltkrieg und die nach diesem angestellten Versuche, uns zu isolieren, haben doch abgeschreckt.

Ja, schon nach 1919 gab es draussen andere Stimmen, die sich der Gemeinsamkeiten des Kulturbewusstseins erinnerten. Franz Boas errichtete eine Notgemeinschaft (Emergency Society in New York), die Rockefeller-Foundation griff mit Stipendien ein, die Dänische Akademie hat fast die gesamte dänische Literatur seit 1919 überwiesen. Aber in diese vom Ausland gebrachte Hilfe rückte auch die Schweizerspende.⁷⁾ Sie ist ganz wesentlich unter Mitwirkung

⁷⁾ Georg Schreiber, Die Not der deutschen Wissenschaft und der geistigen Arbeiter. Geschehnisse und Gedanken zur Kulturpolitik des deutschen Reiches, Leipzig 1923, & 102: «So wurden im Herbst 1922 von dem Hilfswerk in der Schweiz (der schweizerisch-deutschen Hilfskommission, die sich durch die Hilfeleistung für die notleidenden Kinder besondere Verdienste erwarb) 25 Millionen Mark dem Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt.

des deutschen Gesandten Adolf Müller zustande gekommen. Das konnte ich in Bern aus nächster Nähe beobachten. Es war klug, dass Müller besonders die Verbindungswege zum schwäbisch-alemannischen Raum pflegte. Aber sein Interesse griff doch weit darüber hinaus. Berufungen, Forschungsstipendien, bibliothekarische Zuwendungen, Kongresse, Austauschbeziehungen; Mitarbeit mit der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft – dieses und anderes wurde in der Schweizer Gesandtschaft mit allem Nachdruck gepflegt. Deutsche Gelehrte verschiedensten Herkommens gingen dort ein und aus. Zu Schmidt-Ott, dem Präsidenten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, entwickelten sich starke persönliche Beziehungen. Sie wurden durch die Gattin des Präsidenten erleichtert, die Schweizerin war, auch durch die zahlreichen Verbindungslinien, die dieser mit Zürich und anderen Schweizer Hochschulen unterhielt.

In diese Zusammenhänge wurde im Übrigen auch die Westschweiz einbezogen. Verhandlungen mit dem preussischen Kultusministerium, an denen ich teilnahm, wurden aufgenommen, um der kantonalen Universität Freiburg die Gleichberechtigung im bibliothekarischen Austausch zu sichern.

In allem eine vorbildliche Auslandkulturpolitik, die durch Müllers frühere organisatorische (1891 Leiter 'des Depeschbüros Herold, Berlin) und künstlerische Tätigkeit wesentlich erleichtert wurde. Die Anerkennung der wissenschaftlichen Welt blieb nicht aus. Müller wurde Ehrensenator der Universität Heidelberg und der Technischen Hochschule Stuttgart. Da sich vieles auch zu seiner altbayerischen Heimat leitete, ernannte ihn die Universität München zum Ehrenbürger.

So steht sein Name bemerkenswert und geachtet in jenem Zeitalter, das dem ersten Weltkrieg folgte. Ebenso war er einer der Reformer des Auswärtigen Amtes. Frankreich hat seinen diplomatischen Vertreter in Bern mit dem Rang eines Botschafters ausgezeichnet. Es geschah in Würdigung der besonderen Bedeutung dieses Platzes. Zum Botschafter wurde der Wirtschaftler Hennessy ernannt, der weltbekannte Träger der französischen Weinbrandindustrie. Ich traf ihn in Perugia, bei der Tagung der Völkerbundligen. Müller begnügte sich mit der schlichteren Stellung des Gesandten. Sie hat ausgereicht, ihm einen ehrenvollen Platz in der deutschen Aussenpolitik zu sichern.

um Notstände unter den Angehörigen des deutschen Schrifttums zu lindern.» – Schon an dieser Stelle wächst die direkte Beziehung von Müller zum Reichspräsidenten Ebert heraus.

Soviel über die Aussenseiter im Auswärtigen Amt. Es sind respektable Figuren darunter.

Aber anderes sei noch zum Aussenamt beigebracht. Stresemann selbst stiess auf manche geheime Widerstände seines Amts. Im Verhältnis zu den Aussenseitern, in anderen Personalfragen, auch sonst. Das sei an einer Episode beleuchtet. Da waren wir mittags etwa zu zehn Personen Gäste des Aussenministers. Staatssekretär Carl von Schubert war auch dabei, mein Tischnachbar. In dem kleinen intimen Raum stand an einer Wand ein guter, aber auffällig grosser Schrank. Der Minister war noch nicht anwesend. Ein Ministerialdirektor, der durch seinen kaustischen Witz bekannt war, bemerkte, als wir uns in dem Zimmer aufbauten, bissig und höhnisch in Hinsicht auf diesen Schrank: «Das ist die Kultur Stresemann.» Das in Gegenwart des Staatssekretärs. Es war ungehörig und ungezogen. Zugleich vielsagend. Es hob sich unangenehm ab von der verbindlichen und feinen Art, die sich sonst bei anderen Persönlichkeiten des diplomatischen Dienstes abzeichnete. Die Gründe für die mitgeteilte Bemerkung lagen tiefer. Der Parlamentarier war als Minister manchen führenden Beamten des Aussenministeriums, die lange im Aussendienst gewesen waren, weniger angenehm. Gewerkschaftsempfinden regte sich selbst in aristokratischen und quasi-aristokratischen Kreisen. Man zog den Fachminister vor, der vom Bau war.

Man mag es verstehen, dass Stresemann mich eines Tages fragte, ob nicht die Möglichkeit bestände, im Nachwuchs einmal neues Blut zu erhalten. Er hätte gern einige Mitglieder des westdeutschen Adels. Ich sagte ihm, ich wolle mich umsehen. Dann benahm ich mich mit Engelbert Frhr. von Kerkerink-Borg, dem Präsidenten des Westfälischen Bauernvereins. Dieser Edelmann hatte Sinn für Auslandsfragen. Die Wege führten den Kunstbegeisterten oft nach Italien, im Besonderen nach Florenz, Rom und Süditalien. Ihm lag sehr daran, dass die Forschungen des Architekten und Burgenforschers Bodo Ehardt weitergeführt werden konnten. Es handelt sich um die grosse Publikation «Die Burgen Italiens»,⁸⁾ die Erinnerungen an die Stauferzeit zu wecken verstanden. Es liess sich ermöglichen.

Kerkerink-Borg war über das Ansuchen Stresemanns erfreut. Für den Adel war in der Tat wenig mehr als der Weg zum Landedelmann gewiesen. Das 100'000 Mann-Heer gestattete kein sonderliches Avancement. Die Stellung in der Verwaltung wurde zu Zeiten Otto Braun's nicht mehr behauptet, soviel an Nachsicht auch Karl Severing aufzubringen versuchte. Manche ent-

⁸⁾ Die Burgen Italiens. 6 Bde. Berlin 1909-1928.

schlossen sich mutig, in Ostafrika zu siedeln. Das Schicksal der zweit- und mehrgeborenen Söhne war in der Tat nicht leicht zu meistern. Andere wandten sich der Kirche zu. Einst war der Adel in Domstiften willkommen gewesen, wenn er sechszehn Ahnen mitbrachte. Jetzt lenkte er tapfer und berufstreu in die schlichte Laufbahn des Vikars ein.

Dem erwähnten Präsidenten gelang es, zwei junge Anwärtler ausfindig zu machen. Aber leider traten sie in der Vorbereitungszeit zurück. Es drückte sie das Sprachenexamen. Das sprachenkundige Zeitalter der Fürstin Amalie von Gallitzin († 1806) war dahin.

Ein anderes noch. Konkordatsmässig lag es ungünstig, dass das Vatikanreferat im Auswärtigen Amt nur als Nebenreferat geführt wurde. Erst unter Stresemann ist den Anregungen des Reichstags stattgegeben, hier in einen Wandel einzutreten.

Der Historiker und Archivar Hermann Meyer-Rodehüser, ein Schüler von Hermann Grauert (München), wurde auf Veranlassung von Paul Fridolin Kehr, dem Generaldirektor der Preussischen Staatsarchive, in das Auswärtige Amt zur Ordnung seines heillos verwilderten Archivs berufen. Die Akten über die Algeciras-Konferenz (16.1. bis 7.4.1906) lagen an vier verschiedenen Stellen. Der neue Archivleiter wusste Ordnung zu schaffen. Er wurde in der Folge zum Oberregierungsrat ernannt. Mehr wollte man dem kenntnisreichen Mann nicht zubilligen.⁹⁾ Er sollte in den Vorhöfen des Auswärtigen Amtes verweilen. Schon auf der Visitenkarte sollte er als zweitrangig gekennzeichnet werden. Der Titel Legationsrat erschien als Reservatrecht der Attaches und ihrer weiteren Beförderungsstufen (Legationssekretär, Legationsrat oder Gesandtschaftsrat usw.). Schon äusserlich sollte hervortreten, dass der Mann nicht vom Bau war. Dabei war es gleichgültig, was der zum Auswärtigen Amt Berufene sonst an Wissen und Können aufzuweisen hatte.

Aber von anderer Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, dass hier die Beförderung zum Legationsrat kommen müsse, umso mehr, wenn er irgendwie in Beziehung zum Vatikanreferat gesetzt würde. Für dieses brachte der Bewerber in der Tat die geeignete Vorbildung mit. Daraufhin erfolgte die Ernennung. Das Vatikanreferat wurde ihm übertragen. Aber es war stellenmässig viel zu schwach unterbaut. Wenn dessen Inhaber mit dem Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär des Reichsinnenministeriums, ebenso mit der Vatikanbotschaft verhandeln musste, war es auf die Dauer unerlässlich, ihm den Rang des Vortragenden Legationsrats zu geben. In Würdigung dieser Gedankengänge ist

⁹⁾ Er ist der Verfasser der quellenkundlich wertvollen Schrift: Das politische Schriftwesen im deutschen auswärtigen Dienst. Tübingen 1920.

schliesslich seine Ernennung erfolgt. Audi in Hinsicht auf seine besondere kirchenrechtliche und staatskirchenrechtliche Ausrüstung. Diese war vorhanden. Der Grauertschüler brachte als der wissenschaftliche Bearbeiter des rechtsgelehrten Kirchenpolitikers Lupoid von Bebenburg, Fürstbischofs von Bamberg (1353-1363), kirchenrechtliche Kenntnisse mit, die seinen Nachfolgern kaum beschieden waren. Aber er ist auch als Vortragender Rat nur wenig zum Vortrag bei Stresemann gekommen. Das Vatikanreferat wurde nach wie vor als stiefmütterliches Nebenreferat betrachtet. Später ging Meyer-Rodehüser als Botschaftsrat zum Vatikan und als Generalkonsul nach Marseille. Das nationalsozialistische Regime hat ihn entlassen, da er gegen die Partei stand.

Den Fall Meyer-Rodehüser habe ich eingehender mitgeteilt, weil dieses Vorkommnis Beziehungen zur praktischen Abwicklung von Konkordatsfragen hatte. Zu sachlichen traten personelle Schwierigkeiten. Zum anderen deckt diese Angelegenheit gewisse altertümliche Linien in der Organisation des Aussenamtes auf, die einer Revision unterzogen werden mussten. Die schwierig zu meisternde Aussenpolitik verlangte schon eine erstklassige Apparatur. Wenn Fürst Bülow im Reichstag bei den heftigen Angriffen im November 1908 bemerkte, dass die Maschinerie des Auswärtigen Amtes in seiner Hand tadellos funktioniert habe, so war das ein überhebliches Wort. Schäden dieser zurückgebliebenen Entwicklung wirkten sich noch in der Weimarer Zeit aus. Doch eine befriedigende Geschichte des Auswärtigen Amtes bleibt noch zu schreiben. Es sind nur Ansätze vorhanden, nicht mehr.

12. Pacellis Erfolg – Gegenströmungen

Nach allem lag die Weiterführung des Reichskonkordatsentwurfs von 1921 taktisch nicht günstig.

Beachtlich wirkten sich auch Gegenströmungen aus.¹⁾

Sie machten sich besonders in Kreisen des Evangelischen Bundes bemerkbar.²⁾ Die Tatsache einer Nuntiatur und das Verlangen eines Reichskon-

¹⁾ Ein Konkordatsantrag im Preussischen Abgeordnetenhaus wurde schon früh abgelehnt. Es handelte sich um folgende Situation: Das Zentrum beantragte, bei Art. 82 der Preussischen Verfassung Abs. 3 («Die sonstigen bisher vom Könige gegenüber den religiösen Gesellschaften ausgeübten Rechte werden im Sinne des Art. 137 der Reichsverfassung neu geregelt») einzuschreiben einen Absatz 4: «Das geschieht, soweit es sich um Rechte handelt, die bisher vom König auf Grund von Vereinbarungen mit dem päpstlichen Stuhl ausgeübt wurden, auf Grund

kordats wurden dort und in anderen Gruppen schwer emp-funden.³⁾ Publizistisch trat besonders Gerhard Ohlemüller heraus. Er war aber kirchenrechtlich und staatskirchenrechtlich dem Fragenbereich nicht gewachsen.⁴⁾ Er brachte polemische Tageserörterungen, nicht mehr. Und doch wusste er sich geschickt der Stimmungen mancher Kreise zu bemächtigen.

einer neuen Vereinbarung.» – Die Deutschnationalen lehnten diesen Antrag ab. Sie sprachen sich also gegen eine verfassungsmässige Sicherung des Konkordats aus.

Die Deutsche Tageszeitung verteidigte die von den Deutschnationalen, im Übrigen auch von der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und Sozialdemokraten vorgenommene Ablehnung des Antrags (Nr. 555 vom 8.11.1920; zitiert bei Grebe, Zentrum und die deutschnationalen Katholiken. Berlin 1924, S. 12): «Auf diese staatlichen Rechte, auf seine bisher nie aufgegebene Kirchenhoheit würde Preussen verzichten, wenn die Landesversammlung diese Verfassungsänderung annimmt.»

- 2) Die Jahresversammlung des Sächsischen Landesvereins des Evangelischen Bundes, die im Mai 1924 in Zittau stattfand, gab folgender Entschliessung Raum: «In Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen lenkt der Sächsische Hauptverein des Evangelischen Bundes die Aufmerksamkeit der evangelischen Bevölkerung auf die ultramontanen Versuche, ein Reichskonkordat herbeizuführen. Es ist politisch und geschichtlich unbegründet, dass der Papst als gleichberechtigter staatlicher Konkurrent anerkannt wird. Ein Konkordat müsste den Staat zu Nachgiebigkeiten verleiten, die im evangelischen Teil Deutschlands niemals auf Zustimmung rechnen können.» «Sächsische Volkszeitung» vom 30. Mai 1924, Nr. 123.
- 3) Die Zeitung «Der Reichsbote» wandte sich in einem Artikel vom 18. Juni 1920, Nr. 267, unter dem Titel «Der Päpstliche Nuntius» gegen Nuntiatoren und Konkordate. Erinnerungen an die frühere Dynastie gingen dabei mit, also das schmerzliche Erleben royalistisch gerichteter Kreise äusserte sich, wenn es hiess: «Wer einigermaßen die Geschichte Preussens und Deutschlands kennt, wird wissen, dass unsere Könige und Kaiser aus dem Hause Hohenzollern zwei Dinge Rom gegenüber ständig abgelehnt haben, ein Konkordat und Anstellung des Nuntius. Statt des Konkordats hat man sich gerade vor hundert Jahren auf eine Zirkumskriptionsbulle geeinigt und um den Nuntius zu umgehen, hat man nur eine Gesandtschaft, nicht eine Botschaft beim Vatikan eingerichtet. Selbst Friedrich Wilhelm IV., der der katholischen Kirche viel eingeräumt hat, einen Nuntius hat er sich nicht gefallen lassen, und Bismarck hat bei allem Entgegenkommen gegen den Papst, z.B. in der Karolinen-Angelegenheit, einen solchen höflich und beharrlich abgelehnt. Wo er etwa einmal dazu geneigt hat, ist er bald davon zurückgekommen.» – Eine Geschichte der Nuntiatoren bleibt für den neuzeitlichen deutschen Raum noch zu schreiben, einschliesslich der Absendung von Legaten und von anderen Vertretungen (Monsignore Testa, Vatikanmission).
- 4) Beleuchtung der Konkordatsfrage in gesammelten Aufsätzen der «Täglichen Rundschau». Berlin 1927. Dort S. 23 die immerhin bemerkenswerte Wendung: «Im allgemeinen herrscht die Auffassung, ein Konkordat sei eine Vereinbarung zwischen der katholischen Kirche und dem Staat zur Regelung der Angelegenheiten, die dem kirchlichen und staatlichen Fragenbereiche angehören. Vom Grafen Westarp über den Aussenminister Stresemann und den Kultusminister

Aussenpolitische Notwendigkeiten stiessen also auf ernste innenpolitische Hemmungen. Dass sich daneben freiere Äusserungen begaben, soll jedoch nicht verschwiegen werden.⁵⁾

Inzwischen hatten nun auch in München die Bemühungen eingesetzt, zunächst ein bayerisches Konkordat zustande zu bringen. Es war günstig gelagert, dass Nuntius Pacelli, 1920-1929 Nuntius in Berlin, damals noch für mehrere Jahre seinen Wohnsitz in München hatte und sich mit voller Kraft den Konkordatsverhandlungen widmen konnte. Es wird berichtet, dass der Nuntius bereits am 4. Februar 1920 einen ersten Entwurf des Konkordats vorlegte, dem am 27. September 1922 ein förmlicher Konkordatsentwurf des Vatikans folgte. Im Januar 1923 wurde andererseits die Antwort durch einen bayerischen Gegenentwurf gegeben. Die Unterschiedlichkeiten der Auffassungen wurden bis November 1923 in der Hauptsache ausgeglichen. Gewisse Verzögerung brachten innenpolitische Verhältnisse und Spannungen Bayerns. Aber am 29. März 1924 konnte der Ministerpräsident Held unterschreiben. Es kam zur Verabschiedung des Staatsvertrags am 15. Januar 1925.⁶⁾ Am 18. August 1925 traf Nuntius Pacelli in Berlin ein, um hier dauernd Wohnung zu nehmen.

Becker bis zum Sozialdemokraten Sollmann ist man der Ansicht, dass das Konkordat der praktische Weg zur Regelung dieser Fragen sei. Der Generalsuperintendent der Kurmark D. Dr. Dibelius stimmt mit dem päpstlichen Hausprälaten D. Dr. Schreiber überein, dass das Wort Konkordat kein Misstrauen und Unbehagen erregen dürfe.» In seiner vorausgegangenen Schrift, Konkordatsfrage, Berlin 1925, S. 66 f., war bemerkt: «Staatliches Selbstbewusstsein und nationale Würde verbieten den Abschluss solcher Konkordate» (S. 58). Schärfer äusserte sich Gottfried Traub, der Herausgeber der «Christlichen Freiheit» und der «Eisernen Blätter», Mitglied der Nationalversammlung in Weimar, in seiner Schrift: Zum bayerischen Konkordat. München 1925.

- ⁵⁾ Gegen ein Zusammengehen des Evangelischen Bundes mit der deutschvölkischen (nationalsozialistischen) Bewegung wandte sich G. Merz in der «Christlichen Welt» vom 2. Oktober 1924. – Kritisch gegenüber der Tagung des Evangelischen Bundes vom 28. August bis 2. September 1925 in München der evangelische Theologe Herpel in der Rhein-Mainischen Volkszeitung, Dazu Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 68.
- ⁶⁾ Bierbaum, Konkordat, S. 103 ff.; Gerhard Ohlemüller, Konkordatsfrage, mit Bezugnahme auf eine Darstellung des Fraktionsvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, des Abg. Dompropst Dr. Wohlmut in Eichstätt, des Kulturreferenten im Bayerischen Landtag. Die Rede Wohlmut am 13. Januar 1925 war grundsätzlich bedeutsam. Nicht zugänglich ist die bei Ohlemüller erwähnte Schrift von G.O. Sleidan, Beitrag zu den Konkordatsverhandlungen zwischen Deutschland und dem Vatikan. – Aus der ansehnlichen Literatur zum Bayernkonkordat sei noch erwähnt Josef Schmidlin, Papstgeschichte der neuesten Zeit. 4 Bde. München 1933-1939. Siehe dort

Eine neue feste Grundlage der Beziehungen von Staat und Kirche war gegeben, wenn auch dem Preussenkonkordat eine grössere Elastizität nachgesagt wird.

Die Erörterungen für und wider das Reichskonkordat gingen im Laufe des Jahres 1926 weiter. Man erwartete, dass eine Bearbeitung und Verabschiedung erfolgen könne.

Man nehme nur die Auslassungen von Jakob Beyhl in seiner Schrift «Deutschland und das Konkordat». ⁷⁾ Das Buch ist eine Materialsammlung. Die dort gemachten Ausführungen sind dilettantisch. Aber die starke Stellung des Verfassers in der Lehrerbewegung sicherte der Veröffentlichung von vornherein Beachtung. Das Vorwort zur 1. Auflage von Ostern 1925 brachte die bezeichnende Ausführung: «Mit dem bayerischen Konkordat soll eine Wendung zum Rücklauf eingeleitet werden. Das Reichskonkordat ist in Vorbereitung. Wie Landtagsabgeordneter Dr. Scharnagl in der «Augsb. Postztg.» vom 27. November schrieb, soll das bayerische Abkommen dabei als «Bahnbrecher» dienen.»

Ähnlich hat Gertrud Bäumer, Abgeordnete der Deutschen Demokratischen Partei, in der Zeitschrift «Hilfe» am 1. Mai 1927 bemerkt: «Schulgesetz und Konkordat rücken sichtlich in den Mittelpunkt der Politik.» ⁸⁾

Die Debatten wurden also lebhafter. Die Gegnerschaft wurde stärker. Sie entzündete sich besonders am Abschluss des bayerischen Konkordats. ⁹⁾

Die Kreise der «Täglichen Rundschau» widersprachen der Münchener Vereinbarung besonders scharf in Auslassungen, die sich am 16. und 17. April 1926 dort einfanden. Man weiss, es handelt sich für die Jahre 1908-1928 um

Bd. 4, S. 157; ferner Amadeo Giannini, I concordati postbillici. Milano 1929; zum Weiteren Gertrud Heinzelmann, Das grundsätzliche Verhältnis von Kirche und Staat in den Konkordaten. Genfer jur. Diss. Aarau 1943, S. 95.

⁷⁾ Dritte Auflage, Würzburg 1925. Siehe ferner Beyhl, Das Konkordat im Reichsschulgesetzentwurf, Frankfurter Zeitung vom 25.9.1925.

⁸⁾ Nr. 9, S. 237.

⁹⁾ 38. Generalversammlung des Schlesischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes in Reichenbach (3.-5. Juni 1925) mit einer Entschliessung, in der es u.a. hiess: «Das Bayerische Konkordat muss, wie vor hundert Jahren, das einzige bleiben.» «Schlesische Volkszeitung» vom 7. Juni 1925. – Die Landesversammlung des Evangelischen Bundes in Heilbronn am 6. Juli 1925 wandte sich gegen das «unglückliche Vorbild» des bayerischen Konkordats. «Schwäbischer Merkur» Nr. 308 vom 7. Juli 1925. – Ähnlich Hofprediger B. Doering in seiner Rede am 29. Juni 1925 in Königsberg gelegentlich der 29. Generalversammlung des Evangelischen Bundes. «Tägliche Rundschau» vom 1. Juli 1925, Dienst am Volk, Beilage der «Täglichen Rundschau» Nr. 24.

das Blatt des Evangelischen Bundes. Einer seiner Wortführer, der genannte Publizist G. Ohlemüller, hatte in diesen beiden Artikeln das Wort ergriffen.¹⁰⁾ Ebenfalls hatte der Hauptverein des Evangelischen Bundes in Hamburg am 19. April 1926 gegen das Reichskonkordat Stellung genommen. Ein Konkordat widerspreche der «Autonomie, der Selbständigkeit des Staates» (C. Mirbt, Göttingen).¹¹⁾

Doch gegenteilige Auffassungen kamen ebenfalls zu Wort. In der Reichstags-sitzung vom 17. Juni 1925, anlässlich der Besprechung der Interpellation Sänger,¹²⁾ erklärte der Marburger Kirchenrechtslehrer Viktor Bredt unter Bezugnahme auf den Berliner Kirchenrechtslehrer Wilhelm Kahl: «Ich stelle mich durchaus auf den Standpunkt des Herrn Kollegen Kahl; denn ich wüsste auch nicht, wo ich einen Punkt finden sollte, in dem das bayerische Konkordat wirklich gegen die Reichsverfassung verstossen sollte.»¹³⁾ Gegen die Parole des Evangelischen Bundes nahm im Sächsischen Kirchenblatt 1927 Landgerichtsrat Prof. Dr. Müller-Hainsberg Stellung, der die Zusammenhänge zwischen Reichsschulgesetz und Konkordat scharf herausstellte.

Auch die Satire meldete sich. In sarkastischen Wendungen wandte sich der marxistische Abg. Paul Levi gegen den Sammelruf des Liberalismus.¹⁴⁾ Aber er unterschätzte doch die Bindekraft der liberalen Ideologie für den kulturpolitischen Raum.

Andererseits hat die Zentrums- und sozialdemokratische Presse mehrfach die Notwendigkeit eines Reichskonkordats betont. Man war in diesen Kreisen der Auffassung, dass die Erklärung der Reichstagsfraktion vom Jahr 1925 nach wie vor Gültigkeit habe.¹⁵⁾

¹⁰⁾ «Auftakt zu neuen Konkordatsverhandlungen» Nr. 176 vom 16. April und Nr. 178 vom 17. April 1926.

¹¹⁾ «Trierische Landeszeitung» Nr. 88 vom 17. April 1926; «Märkische? Volkszeitung» Nr. 113 vom 24. April 1926; Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 390.

¹²⁾ Siehe oben S. 93.

¹³⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 121.

¹⁴⁾ Er schrieb in der «Chemnitzer Volksstimme» (Nr. 111 vom 13. Mai 1927): «Beim Worte Konkordat erheben alle liberalen Schimmel von ehemals noch einmal die müden Ohren: der ganze Aufklärer von ehemals soll wieder entstehen. Der «Fortschritt» und die «neue Zeit», die «Kultur» und der «moderne Geist»: das ganze Gassengeschnatter kommt wieder. Und weil sie alle zu alt, zu müde und zu lahm geworden sind, um ihren Kampf selbst zu führen, muss es wieder die Sozialdemokratie sein, der jetzt die Rolle der Vorkämpfer für Fortschritt und Aufklärung zugedacht wird. Es wäre ein Verhängnis, wenn die Sozialdemokratie sich in diese Rolle hineinsetzen liesse.»

¹⁵⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1925, S. 122; Politisches Jahrbuch 1926, S. 390.

Aus dem persönlichen Erlebnis darf ich mitteilen, dass ich Ostern 1924, 1925, 1926 und 1927 mit Kardinal-Staatssekretär Gasparri die Möglichkeit eines Reichskonkordats nach wie vor erörtern durfte. Dieser Vertrag war nicht so gedacht, dass er Verhandlungen in Sachen der Länderkonkordate beeinträchtigen sollte, im Gegenteil: Es wurde von vielen als eine Art Erleichterung der kirchenpolitischen Situation gedeutet, wenn das aussenpolitisch interessierte Reich selbst mit einem Rahmenkonkordat vorausgehen würde.¹⁶⁾

Das Kabinett Luther war inzwischen am 12. Mai 1926 zurückgetreten. Es folgte ein zweites Kabinett Marx, 17. Mai bis 17. Dezember 1926. Darauf bildete sich ein drittes Kabinett Marx, das vom 29. Januar 1927 bis 12. Juni 1928 arbeitete. Es hatte die Deutschnationalen einbezogen. Nichts weniger als ein Strukturwandel. Damit zeichnete sich aber eine neue Angriffsfläche ab. Das Schlagwort vom schwarzblauen Block trat im innerpolitischen Raum nachdrücklich heraus. Es wurde auf das Reichsschulgesetz angewandt, nicht minder auf die Konkordatsfrage. So ergaben sich auf dem kulturpolitischen Gebiet besonders starke Spannungen. Niemals ist dieser Fragenbereich so nachdrücklich in den Vordergrund der Erörterungen gerückt wie zur Zeit des Kabinetts Marx-Keudell, das fast anderthalb Jahre regierte.

13. Das Kabinett Marx-Keudell

Kulturpolitische Schatten fielen bereits auf die Erörterungen über die Regierungsbildung. Man witterte geheime Vereinbarungen zwischen der Deutschnationalen Fraktion und der Zentrumsfraktion in Sachen einer noch ausstehenden kulturpolitischen Gesetzgebung.

Der Vorstoss ging besonders von einer Presse aus, die der Deutschen Volkspartei nahestand. Es brachten nämlich die «Tägliche Rundschau», die

¹⁶⁾ So Abg. D. Dr. Kahl am 17. Juni 1925 im Reichstag: «Ich wünsche sogar dringend, dass ein solches Reichskonkordat zustande kommen möge, nämlich so, dass die von den einzelnen Ländern oder Kirchenprovinzen, also etwa den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz, sukzessive abzuschliessenden oder abgeschlossenen Konkordate unter ein einheitliches Reichsmantelgesetz zusammengestellt werden. Der Gedanke dabei ist nicht, unitaristische Tendenzen zu verfolgen, die Länder etwa in der-Freiheit ihrer Konkordatsabschlüsse zu beschränken, die Landeskirchenhoheit der einzelnen Staaten irgendwie zu beeinflussen. Solche Ziele liegen diesem Gedanken eines Reichskonkordats völlig fern. Hier sind viel tieferliegende Beweggründe massgebend, die Sicherung des Friedens zwischen Reich und Ländern auf religiös-kirchlichem Gebiet.»

«Kölnische Zeitung», die «Magdeburgische Zeitung» am 22. Januar 1927 die Information, dass zwischen der Zentrumsfraktion und Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei Besprechungen über kulturpolitische Fragen, insbesondere auch über die Konkordatsfrage, stattgefunden hätten.

Die «Germania» (Nr. 36 vom 22.1.1927) und die «Kreuzzeitung» (Nr. 36 vom 22.1.1927) widersprachen nachdrücklich. Letzteres Blatt bemerkte, es handele sich um die «freie Erfindung eines Fabeldichters». Aber das alles drängte über Presseverlautbarungen hinaus.

Es kam zu Verhandlungen im Reichskabinet. Stresemann selbst hat uns darüber berichtet. Es geschieht in einer Aktenaufzeichnung vom 5. April 1927, die ihrer Bedeutung wegen mitgeteilt werden muss. «In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts brachte der Reichskanzler die Frage meiner Rede auf der kulturpolitischen Tagung der Deutschen Volkspartei zur Sprache. Ich wies auf den Charakter dieser Rede, aber mit allem Nachdruck auch daraufhin, dass es in der Partei weite Strömungen gebe, die prinzipielle Gegner des Konkordats seien, und dass es nur mit Mühe gelungen sei, diese Stimmen überhaupt zum Schweigen zu bringen.¹⁾ Ohne meine Ausführungen über die Konkordate wäre vielleicht ein Beschluss gefasst worden, wie ihn der Landesverband Sachsen bereits gefasst hatte (Erklärung gegen ein Konkordat). An der Debatte beteiligte sich insbesondere der Reichsarbeitsminister Brauns, der auch auf die Ausführungen von Geheimrat Runkel (Reichstagsabgeordneter der DVP, speziell mit den Kulturfragen befasst) hinwies und im Übrigen zum Ausdruck brachte, dass man es sich doch überlegen müsse, ob man nicht, wenn diese Gegensätze beständen, die gegebenen Konsequenzen daraus ziehen solle, wozu er für seine Person bereit sei. Wenn man derart heterogene Ansichten vertrete, könne man sich in sachlichen Fragen nicht zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Der Kanzler schloss sich diesen Ausführungen nicht an. Dr. Curtius²⁾ wies darauf

¹⁾ Wie sehr Stresemann mit dem Widerstand einzelner Fraktionsgenossen zu rechnen hatte, mag ein Erlebnis aus dem Haushaltsausschuss aufdecken. Bei der Beratung des Auswärtigen Amtes protestierte der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer dagegen, dass der gedruckt vorliegende Etatband die Wendung «Apostolischer Stuhl» mit sich führte. Er stiesse sich an dem Wort «Stuhl». Nun, ein Historiker des Ausschusses konnte ihm über Apostolica Sedes die Unterrichtung geben, die notwendig war. Aber es war im Augenblick so, als wenn der Geist des Berliner Aufklärers Friedrich Nicolai in den Sitzungssaal der Budget-Kommission eingetreten war, um ein Opfer zu suchen und zu finden.

²⁾ Julius Curtius, seit 1920 Reichstagsmitglied, 1926-1928 Reichswirtschaftsminister, 1929-1931 Reichsaussenminister.

hin, dass es ja gerade die Aufgabe der Parteien sei, sich auf mittlerer Linie zusammenzufinden.» Soweit Stresemann.³⁾ Die Entschiedenheit, mit der Minister Heinrich Brauns⁴⁾ auf den Boden der positiven Konkordatspolitik trat, will vermerkt sein. Sie stellte nicht mehr und nicht weniger die Lebensfähigkeit des Kabinetts in Frage. Wenn er sich zu dem Vorgehen des Abg. Runkel kritisch äusserte, deckt sich das mit der Auffassung, die wir oben niederlegten.^{4a)}

Es kam überdies am 4. April 1927 zu einer Erklärung des Abg. von Guérard, des Leiters der Zentrumsfraktion, im Plenum. Guérard wandte sich gegen die unbegründeten Verdächtigungen, als ob «kulturpolitische Abmachungen» die Entscheidung des Zentrums beeinflusst hätten, der neuen Regierung zuzustimmen. Diese Pressekampagne der deutsch-volksparteilichen Presse hatte übrigens mit dem Tage eingesetzt, an dem Reichskanzler Marx vom Reichspräsidenten beauftragt worden war.⁵⁾

Es weckt die Erinnerung. Es war im Jahre 1921, als man Konrad Adenauer, den angesehenen Oberbürgermeister der Stadt Köln (seit 1917), zu Besprechungen mit der Fraktion holte. Es handelte sich um etwaige Übernahme des Reichskanzleramtes. Aber der Fraktionschef Karl Trimborn wechselte seine Entschlüsse. Er lenkte die Aufmerksamkeit auf Josef Wirth. So sehe ich noch heute Trimborn und Peter Spahn in der damals stillen Wandelhalle – es waren Ferien – des Reichstags vor mir, wie sie auf Wirth einreden, die Kanzlerschaft zu übernehmen. Der Kandidat musste erst überredet werden. Er nahm an. Wiederum wurde der Kölner Oberbürgermeister im Mai 1926 ersucht, sich zu äussern, ob er die Reichskanzlerschaft annehmen würde. Er zielte auf die Grosse Koalition. Diesmal aber geschah es im politischen Spiel, dass Stresemann seine Kandidatur zunichtemachte.⁶⁾

³⁾ Bernhard, Stresemann, Bd. 3, S. 268 f.

⁴⁾ 1919 Mitglied der Nationalversammlung, seit 1920 Mitglied des Reichstags, 1920-1928 Reichsarbeitsminister, einer der führenden Sozialpolitiker. Da er immer wieder den Kabinetten angehörte, schliesslich als Fachminister, ging er unter dem Scherzwort «Heinrich der Wertbeständige».

^{4a)} S. 52.

⁵⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/1928, S. 100.

⁶⁾ «Dr. Adenauers Besprechungen mit dem stellvertretenden Reichskanzler Dr. Gessler, mit den Führern der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei zielten auf die sofortige Bildung der Grossen Koalition hin, weil er nur auf der Grundlage dieser festen Mehrheit im Reichstag eine wirklich erspriessliche Regierungstätigkeit für möglich hielt. Nach unbefriedigenden Besprechungen mit den Fraktionsführern der Deutschen Volkspartei kam er aber zu der Ansicht, dass diese Partei weder für jetzt noch nach der Erledigung der Fürstenabfindungsfrage in ab-

Schlüpfriges Parkett der Kabinettsbildung. Marx übernahm am 17. Mai wieder die Führung.

In Reichstagskreisen war die Meinung verbreitet, als ob die Informationen für die «Tägliche Rundschau», «Kölnische Zeitung» und «Magdeburgische Zeitung» auf den Aussenminister Stresemann selbst zurückgingen. Man wies darauf hin, es handele sich um Organe der Grosspresse, die zum konzentrischen Angriff übergingen. Man bemerkte ebenfalls, Stresemann sei als Vorsitzender der Deutschen Volkspartei für diese zielbewussten Vorstösse verantwortlich. Infolge einer scharfen Verwahrung der Zentrumsfraktion des Reichstags,⁷⁾ ebenfalls der Deutschnationalen Reichstagsfraktion,⁸⁾ lenkte nun der Parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, die «National-Liberale Korrespondenz», ein. Sie hielt eine Polemik in der gegenwärtigen politischen Situation nicht für angebracht. Nachdem die Gerüchte über Nuntius Pacelli eine Woche lang in der deutschen Presse verbreitet worden waren, erfuhr endlich – man wunderte sich, dass sie solange schwieg – auch die offiziöse «Deutsche Allgemeine Zeitung», an «zuständiger Stelle» werde bemerkt, dass es «im Interesse der auswärtigen Beziehungen des Deutschen Reiches nur bedauert werden könne, wenn einzelne Organe die Persönlichkeit des Herrn Nuntius, eines beim Deutschen Reiche beglaubigten auswärtigen Diplomaten, in die Diskussion über Fragen der inneren Politik hineinziehen».⁹⁾ Man hatte nämlich versucht, den Nuntius Pacelli in das Getriebe der Innenpolitik zu verstricken, indem die «Magdeburgische Zeitung» wissen wollte, dass Nuntius Pacelli sich seinerseits in Sachen der Kabinettsbildung für «eine Annäherung zwischen Zentrum und

sehbarer Zeit für die Grosse Koalition zu gewinnen sei, dass sie vielmehr das zu bildende Kabinett als eine Vorstufe zu einer Rechtskoalition betrachtet wissen wolle; er bat deshalb, von dem Vorschlag seiner Person als Reichskanzler gegenüber dem Reichspräsidenten Abstand zu nehmen.» Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 64. Siehe auch Stampfer, Deutsche Republik, S. 482: «Adenauer . . . scheiterte an den Schwierigkeiten, die ihm die Deutsche Volkspartei machte.»

⁷⁾ «Mit Staunen und Entrüstung nimmt die Zentrumsfraktion Kenntnis von geflüssentlichen Ausstreunungen volksparteilicher Blätter über kulturpolitische Vorverhandlungen und Abmachungen des Zentrums mit deutschnationalen Kreisen. Solche Verhandlungen oder Verabredungen haben, wie wiederholt festgestellt worden ist, in keiner Weise stattgefunden.» Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/1928, S. 102. Vorher hatte sich bereits die «Kölnische Volkszeitung» vom 26. Januar 1927 im gleichen Sinne geäussert.

⁸⁾ «Dass die Meldungen in jeder Hinsicht unwahr sind und nur als Tendenzlüge bewertet werden können.» «Deutsche Tageszeitung», Nr. 39 vom 25. Januar 1927.

⁹⁾ «Deutsche Allgemeine Zeitung», Nr. 43 vom 27. Januar 1927 und Nr. 45 vom 28. Januar 1927.

Deutschnationalen eingesetzt habe». Die «Tägliche Rundschau» behauptete das Gleiche für den Kölner Kardinal Karl Joseph Schulte.¹⁰⁾ Die Nachrichten waren erfunden.

Was den Abschluss des Reichskonkordats betraf, so erklärte die Reichsregierung kategorisch, dass anlässlich der Bildung der neuen Reichsregierung keine Verhandlungen in Sachen eines Reichskonkordats «in einem Stadium der Besprechungen über die Regierungsbildung überhaupt berührt worden seien». Diese Verlautbarung erfolgte durch Wolffs Telegraphenbüro am 7. Februar 1927. Sie warf gleichzeitig, wie schon oben mitgeteilt, einen Rückblick auf die Geschichte des Konkordats. Diese Erklärung schloss mit der Feststellung, dass die zuständigen Reichsressorts seit längerer Zeit in einer Prüfung der einschlägigen staatsrechtlichen und kirchlichen Fragen begriffen seien. Aber zu irgendwelchen Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl sei es bisher nicht gekommen.

Innenpolitisch rückten Bestrebungen auf Abschluss eines Konkordats für manche Gruppen in eine Linie, als ob das Konkordat eine Bedrohung der Geistesfreiheit sei. Man wies jedoch diesen Vorwurf in der Reichstagssitzung vom 17. März 1927 wie folgt zurück: «Wenn gesagt worden ist, dass das Konkordat die deutsche Geistesfreiheit bedrohe, so erwidere ich Ihnen: Wir haben seit mehr als hundert Jahren ein Konkordat in Bayern. Haben Sie jemals gelesen, dass nun die bedrohte Geistesfreiheit im Prozess der süddeutschen Kultur, in Abhandlungen der Münchener Akademie der Wissenschaften irgendein Defizit des geistigen Arbeitens und Ringens ausgelöst hätte? Haben Sie je davon gelesen, dass diese Zwangsjacke, die sich nach diesen Angstauffassungen über die süddeutsche Kultur geworfen hat, etwa die Produktionskraft eines Leibi oder eines Stuck geschwächt hätte? Wir haben seit mehr als hundert Jahren ein Konkordat mit Preussen in der Bulle *De salute animarum*. Haben Sie je davon gehört, dass die literarische Produktion etwa der preussischen Hochschulen oder preussischer gelehrter Gesellschaften darunter gelitten hätte? Wenn wir wirklich versuchen wollen, auf diesem Gebiete zu einer überparteilichen Auffassung vorzudringen, ist es das, dass wir schlagwortartige Dinge behandeln, die ihrer ganzen Natur nach – wie das grosse welthistorische Problem des Verhältnisses von Staat und Kirche –, vorsichtigste Achtung und grösste Delikatesse und ebenso eine tiefgreifende Behandlung verdienen.

Wenn der Redner der Sozialdemokratie, der Herr Abg. Sollmann – ich erkenne das an –, in seinen Auseinandersetzungen von vornherein den Gedan-

¹⁰⁾ Nr. 37 vom 23. Januar 1927.

ken zum Ausdruck gebracht hat, dass gerade jetzt Verhandlungen mit dem Vatikan in eine Sphäre hineingreifen, die in allem Takt verdient, auch eine gewisse Zurückhaltung, so muss ich demgegenüber bemerken: es handelt sich hier um grosse völkerrechtliche Auseinandersetzungen, die nicht allein mit innerpolitischem Massstabe gemessen werden können. Ich habe im Haushaltsausschuss bereits ausgeführt, dass in den letzten Jahren auch gerade von demokratischer Seite verlangt worden ist, dass die Reichseinheit und die Rechtseinheit auch draussen im Auslande stärker hervortritt. In einer derartigen Abmachung würde dieses Moment zweifelsohne zur Erscheinung kommen. Gerade von der Linken ist verschiedentlich zum Ausdruck gebracht worden – ich erinnere an die Ausführungen des früheren Reichsjustizministers und Abgeordneten Radbruch, ich erinnere an Ausführungen, ja an den Lebensinhalt des Abgeordneten Schücking –, dass wir in den letzten Jahren in einem Niederbruch des Völkerrechts gestanden haben und nur mühsam die Dinge wieder aufbauen konnten. Wenn man sich aber daran erinnert, dass derartige Konventionen und Abmachungen auch in die Linie der grossen völkerrechtlichen Abmachungen einmünden, dann sollte man diesem Problem vor allem mit einer inneren Achtung gegenüberreten. Ich begrüsse deshalb die ruhige und vornehme Form der Aussprache über diese Fragen, wie sie in dem letzten Aufsatz der «Vossischen Zeitung» Platz ergriffen hat.»¹¹⁾

Blätter liberaler Parteien wiesen jedoch mit einer innerpolitischen Wendung darauf hin, das Reichskonkordat sei eine Zielstellung des reaktionären «Schwarz-blauen Blocks». Doch mussten sie sich eine Ablehnung von Seiten der «Frankfurter Zeitung» gefallen lassen. Diese glaubte feststellen zu müssen: «Wenn jetzt in der Volkspartei Besorgnisse über die kulturpolitischen Tendenzen der neuen Regierung lebendig werden, so klingt das etwas erstaunlich; daran hätte Herr Scholz und seine Freunde früher denken müssen.»¹²⁾ Doch die logische Feststellung erschöpfte den Tatbestand nicht.

14. Einigung des Liberalismus

Die Ablehnung des Konkordats in Gruppen der Deutschen Volkspartei griff tiefer. Sehnsüchte nach einer Einigung des Liberalismus waren laut geworden. Sie gingen besonders von den Demokraten aus. Letztere waren im Ka-

¹¹⁾ Abg. Dr. Schreiber, 288. Plenarsitzung, Stenogramm 3698.

¹²⁾ Zitiert nach der «Trierischen Landeszeitung», Nr. 18 vom 24.1.1927; G. Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 101 Anm. 2.

binett Marx-Keudell nicht vertreten. Sie fühlten sich isoliert. Einst in Weimar, auch in der Folge, waren sie in den Regierungskoalitionen gewesen. Jetzt suchten sie vorab auf der kulturpolitischen Basis neue Möglichkeiten eines zunächst ideellen Zusammenschlusses, der auch die Deutsche Volkspartei und die Wirtschaftspartei erfassen sollte. Besorgnisse wuchsen heraus, dass Grundsätze des Liberalismus gepflegt werden konnten.

Die Bewegung zog aus der altliberalen Vergangenheit zweifelsohne eine bedeutende Kraft. So bildete sich 1926 die Liberale Vereinigung. Damals habe ich bei einer Abschätzung der Lage und in Hinsicht auf kommende Dinge bereits den Satz niedergeschrieben: «Nach der kulturpolitischen Seite dürfte diese neue Vereinigung die Situation nicht erleichtern.»^{x)} In der Tat fehlte dem dritten Kabinett Marx eine kulturpolitische Verklammerung. Dieses Manko sollte sich in der Schulpolitik und Konkordatspolitik bald herausstellen.

An dem Festabend der Liberalen Vereinigung am 1. Februar 1926 in der Deutschen Gesellschaft in Berlin nahm neben anderen Ministern und Parlamentariern auch Stresemann teil.²⁾ Das war das gute Recht des Parteiführers. Aber es dämmerte gleichzeitig eine Gefahrenzone für das Reichskonkordat herauf, das zur Interessensphäre des Aussenministers gehörte.

Die Konkordatsdebatte lebte im April 1927 von Neuem auf im Anschluss an Ausführungen, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann auf der 5. Kulturpolitischen Tagung der Deutschen Volkspartei in Berlin gemacht hatte. Der Minister unterlag hier wohl Einflüssen der Liberalen Vereinigung, ebenfalls des sächsischen Milieus, in dem er gross geworden war. Im Besonderen mochten sich auch Einwirkungen von Seiten der «Täglichen Rundschau» geltend machen.

Es war bezeichnend, dass auf der genannten Tagung eine Entschliessung angenommen wurde, die unter anderem besagte: «Getreu den liberalen Überlieferungen, bekennt sich der Reichsschulausschuss der Deutschen Volkspartei aufs neue zu dem Gedanken der Staatshoheit auf dem Gebiet der Schulpolitik.

¹⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 79.

²⁾ Anwesend waren u.a. Reichskanzler Luther, die Reichsminister Stresemann, Gessler, Külz, Reinhold, Curtius, Krohne, die preussischen Minister Höpker-Aschoff, Becker und Schreiber, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes (Dr. v. Schubert) und des Büros des Reichspräsidenten (Dr. Meissner) sowie zahlreiche Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung. Schreiber, a.a.O., S. 79, Anm. 1.

Mit diesem Gedanken ist der Abschluss eines Konkordats mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet übergreift, unvereinbar.»

Jedenfalls haben die Deutschen Demokraten nach der kulturpolitischen Seite eine starke Anziehungskraft auf die Deutsche Volkspartei ausgeübt. Es war doch sehr bemerkenswert, dass die demokratischen Reichstagsabgeordneten Frau Dr. Bäumer, Ronneburg und Koch mit Unterstützung der Reichstagsfraktion um die gleiche Zeit folgende Entschliessung zur 3. Lesung des Reichshaushalts am 4. April 1927 einbrachten: «Der Reichstag wolle beschliessen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. kein Konkordat abzuschliessen, das die Freiheit der kulturpolitischen Gesetzgebung beschränkt und dessen Bestimmungen Fragen des Bildungswesens berühren; 2. auf die Landesregierungen im gleichen Sinne einzuwirken; 3. in dem angekündigten Reichsschulgesetz a) die verfassungsmässigen Rechte der Gemeinschaftsschule, b) die Schulhoheit des Staates, c) die Beamtenrechte und die Gewissensfreiheit der Lehrer zu gewährleisten und d) der Schädigung des deutschen Schulwesens durch Zersplitterung vorzubeugen.»³⁾ Wie man sieht, entfaltete die liberale Nachbargruppe einen bemerkenswerten Druck.

Die öffentliche Meinung fasste Stresemanns Ausführungen dahin zusammen, der Minister sei gegen Abschluss eines Konkordats. So sah z.B. die «Tägliche Rundschau» vom 4. April 1927 diese Zusammenhänge. Sie brachte Stresemanns Äusserungen unter dem bezeichnenden Stichwort: «Stresemann gegen das Konkordat.»⁴⁾ Nicht so schroff gab sich der eingehende Bericht der «Kölnischen Zeitung» vom 4. April 1927, wenn sie die Schlagzeile wählte: «Stresemann über die Konkordatsfrage.» Doch schwächte Stresemann seine Ausführungen in einer zweiten Rede namentlich ab, die er am folgenden Tage vor Parteibeamten der Deutschen Volkspartei hielt.⁵⁾

³⁾ Reichstagsdrucksache III 1924/27 Nr. 3316. Dazu Bierbaum, Konkordat, S. 81. – Auch bei der Beratung des Reichsschulgesetzes machte sich der Einfluss der demokratischen Mitglieder auf die Deutsche Volkspartei stark geltend. Als Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses der Zentrumsfraktion war ich mit dem Abgeordneten Runkel, dem kulturellen Vertreter von der Deutschen Volkspartei, ziemlich weit in einem Ausgleich. Aber Runkel gab den Einwirkungen der Demokraten nach. Dabei gedenke ich gern der vornehmen Haltung, die Frau Abg. Dr. Bäumer bezeigte, auch in einem Aufsatz, den sie mir in Sachen des Schulgesetzes damals in der Zeitschrift «Hilfe» vom 1. November 1927 widmete, in dem Aufsatz: Wir und der Katholizismus, Fortsetzung einer Reichstagsdebatte.

⁴⁾ Nr. 158.

⁵⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1927/28, S. 104.

Diese Darlegungen des verantwortlichen Aussenministers schufen in den Parteien der Mitte, bei dem Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei, eine ernste Beunruhigung. Die Zentrumsfraktion entsandte die Abgeordneten Dr. Kaas und von Guérard, um mit dem Minister eine Rücksprache zu halten. Die Delegierten wiesen darauf hin, dass die Fraktion vor dem Lande in eine schwere Lage komme, wenn der Aussenminister des Kabinetts ein Konkordat ablehne, das nach wie vor für die aussenpolitische Geltung Deutschlands doch als bedeutsam angesprochen werden müsse. In dieser intimen Aussprache stellte Stresemann fest, dass er keineswegs beabsichtigt habe, zu kränken und zu stören. Er sei gern bereit, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Soweit die mir zugeflossenen Mitteilungen. Stresemann selbst hat diese Unterredung wie folgt in seinen Aufzeichnungen festgehalten: «In einer Besprechung mit Guérard und Kaas war letzterer sehr verständig und wies vor allen Dingen darauf hin, dass niemand beabsichtige, etwa ein neues Konkordat im Sinne des bayerischen zu schaffen. Kaas sagte, er glaube, dass die Offensive der Volkspartei sich wohl in erster Linie gegen eine Einschränkung der Hochschulfreiheit richte. Im Zentrum denke kein Mensch daran, das, was Bayern in dieser Frage konzidiert habe, etwa auf andere Länder zu übernehmen.»⁶⁾

Die Auslassungen Stresemanns wurden aber auch von anderer Seite kritisch gewertet. Im Reichstag stellte der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid, der bevorzugte aussenpolitische Sprecher der Fraktion, den Aussenminister zur Rede, ob er eine glatte Ablehnung von Konkordatsverhandlungen als im Interesse der deutschen Aussenpolitik liegend ansehe.⁷⁾ Stresemann antwortete am 5. April auf diese Anfrage. Er bemerkte, er befinde sich mit seiner Auffassung in voller Übereinstimmung mit jener Erklärung, die die Reichsregierung durch das Wolffsche Telegraphenbüro über den Stand der Konkordatsfrage abgegeben habe.⁸⁾ Der Minister bemerkte wörtlich: «Wenn Sie meine persönliche Ansicht wissen wollen, so mache ich kein Hehl daraus, dass ich, nachdem mit Bayern ein Konkordat abgeschlossen worden ist, nachdem wir evtl.

⁶⁾ Aufzeichnungen Stresemanns vom 5. April 1927. Bernhard, Stresemann, Bd. 3, S. 269.

⁷⁾ Die aussenpolitische Bedeutung eines Konkordats wird nicht in dem Schriftchen gewürdigt, das Leopold Zscharnack unter dem Titel «Das Preussenkonkordat» (Berlin 1929, Verlag des Evangelischen Bundes) herausbrachte. Es schliesst mit dem Satz: «Historia concordatorum, Historia dolorum», ein Satz, der auf die Kirchenpolitik der vomazistischen Zeit nicht passt.

⁸⁾ Gemeint ist die oben erwähnte Verlautbarung vom 7. Februar 1927.

vor dem Abschluss eines Konkordats zwischen Preussen und dem Vatikan stehen, der Meinung bin, dass es wünschenswert ist, ein Reichskonkordat abzuschliessen. Ich weiss nichts warum sie Hört! Hört! rufen. Es ist jedenfalls durchaus wünschenswert, dass über gewisse Rahmenbestimmungen auch das Reich Entscheidungen trifft, und diese Dinge können durchaus nebeneinander und miteinander gehen. Die Stellung im Einzelnen wird davon abhängen, welchen Inhalt diese Verhandlungen beim Endergebnis haben werden.»⁹⁾

Es lohnt sich, diese Erklärung umfassender mitzuteilen. Sie kennzeichnet die Gesamtsituation. Sie zeigt auch die geschickte Taktik des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, an die Geschichte des älteren Liberalismus zu erinnern. Gleichzeitig ist der Koalitionsminister bemüht, die bestehende Koalition am Leben zu erhalten.

Der Minister hatte einleitend bemerkt: «Ich sehe eine Anfrage vor mir, die dahin geht, der Aussenminister halte ein Konkordat aus aussenpolitischen Gründen für erwünscht. Ich vertrete gern alles, was ich sage, aber ich kann nicht alles vertreten, was andere schreiben. Ich habe einen derartigen Satz niemals ausgesprochen. Ich glaube, dass die grosse Bedeutung dieser Frage auf dem inneren Gebiet des deutschen Geisteslebens liegt. Die Frage steckt in ihren Anfängen noch völlig in den Ressorts. Nach dem Vorgang in Bayern heisst sie nicht mehr: «Reichskonkordat oder nicht?»; sondern «Reichskonkordat oder Landeskonkordat» und muss leidenschaftslos Gehandelt werden. Jetzt geht der ganze Sturm gegen ein etwaiges Reichskonkordat. Es ist seltsam, wenn die Demokratische Partei im Reiche sich an diesem Sturm beteiligt, während ihre Aufgabe doch in Preussen liegt, um hier durch den ihrer Partei angehörigen Kultusminister (Dr. Becker) reaktionäre Entschliessungen zu verhindern. Wenn Bayern und Preussen ein Konkordat haben, dann ist für die grossen Länder so viel geschehen, dass nur noch wenig zurückgenommen werden kann. Deshalb bitte ich Sie, nachdem das bayerische Konkordat Wahrheit geworden ist, diese zweite Frage einmal rein praktisch zu prüfen.

Da diese Fragen aufgetaucht sind, bedaure ich nicht, wenn sie auch ausgefochten werden. Es ist auch für die deutsche politische Erziehung ein Plus, wenn einmal der deutsche Bürger erfährt, dass es noch andere Dinge als Handelsverträge, Hauszinssteuer usw. gibt. Ich glaube, hier bietet sich uns ein sehr grosses Feld der Betätigung. Ich weiss nicht, ob wir parlamentarisch stark genug sind, diese Dinge zu hindern. Aber ich entsinne mich aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei, dass einmal ein Schulgesetz gefallen ist, trotzdem

⁹⁾ Stenographischer Bericht 1927, Sp. 10 508.

die Mehrheit dafür war. Das war, als Bennigsen dazu aufrief, die liberalen Parteien zu einigen und alles zurückzustellen gegenüber dieser Frage.¹⁰⁾ Damals ist die Bewegung weit über die Meere gegangen, das Auslandsdeutschtum hat sich daran beteiligt und wurde hingerissen durch die Bewegung in Deutschland. So sollten wir auch jetzt andere Fragen geringer schätzen und die Parteiarbeit ganz bewusst auf diese Frage hinlenken.

Der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid ist auf Ausführungen von mir zu sprechen gekommen, von denen er sagte, dass ich sie als Privatmann gemacht hätte, und hat die Frage an mich gerichtet, ob ich als Aussenminister die Zurückweisung des Reichskonkordats aus grundsätzlichen Erwägungen für wünschenswert halte. In meiner Stellung zu dieser Frage besteht in keiner Weise eine Divergenz zwischen dem Aussenminister und dem Parteiführer. Ich habe gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung des Reichskonkordats darauf hingewiesen, dass es sich meines Erachtens um eine ganz andere Situation handle, nachdem Länderkonkordate teils abgeschlossen, teils in Vorbereitung sind, und habe gebeten, diese Frage doch leidenschaftslos zu prüfen und die weitere Entwicklung in Preussen abzuwarten. Ich befinde mich mit dieser meiner Auffassung in vollkommener Übereinstimmung mit der Erklärung, die die Reichsregierung seinerzeit über den Stand der Konkordatsfrage abgegeben hat.»¹¹⁾

In den Kreisen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei hatte man sich mit dieser Erklärung des Aussenministers zufriedengegeben. Man betrachtete den Zwischenfall als erledigt, doch blieb in einigen Kreisen der Deutschen Volkspartei anscheinend ein Widerspruch gegen die Auffassung des Aussenministers bestehen.¹²⁾ Kein Wunder. Stresemann selbst hatte zunehmend in den Kreisen seiner Fraktion und Wählerschaft mit Schwierigkeiten zu kämpfen.

¹⁰⁾ Dort, wo von Stresemann Bennigsen erwähnt ist, handelt es sich um die Zurückziehung des Volksschulgesetzentwurfs des Grafen von Zedlitz und Trützschler. Dieser trat als Kultusminister im März 1892 zurück. – Stresemann war übrigens bereits in der Weimarer Nationalversammlung für die Einheitsschule eingetreten, was auch Vermeil, *Constitution de Weimar*, p. 200, feststellt.

¹¹⁾ Bernhard, *Stresemann*, Bd. 3, S. 268; Schreiber, *Politisches Jahrbuch 1927/1928*, S. 104; Bierbaum, *Konkordat*, S. 89 f.

¹²⁾ Demokratischerseits wurde von der Frau Abg. Dr. Bäumer, *Demokratische Kulturpolitik (Die Hilfe, Nr. 9 vom 1. Mai 1927)* bemerkt: «Für die Deutsche Volkspartei hoffen wir, dass der Same ihres Kulturtages durch diesen Reif in der Frühlingsnacht nicht getötet werden wird. Für uns bestätigte dieses Vorkommnis, dass liberale Parteien doch wohl zur Zeit in der Opposition am richtigen Platze sind.»

Niemand darf das übersehen. Seine Lage war prekär. So behauptete Justizrat Hallensleben vor dem Wahlkreisverband Berlin 2, die Deutsche Volkspartei sei gegen jedes Reichskonkordat und Länderkonkordat. Diesen Standpunkt veretrete auch Dr. Stresemann. Die «Tägliche Rundschau», das Organ des Reichsaussenministers, hob diese Feststellung, die sich auf Stresemann bezog, in ihrem Bericht besonders hervor.¹³⁾

Nun griff Stresemann in seiner lebendigen und wachsamem Art selbst in die pressepolitische Debatte ein. Er versuchte zu harmonisieren. Im «Berliner Tageblatt» suchte er zu beweisen, dass seine Ausführungen auf der Kulturtagung nicht im Widerspruch zu den Erklärungen ständen, die er im Reichstag abgegeben habe.¹⁴⁾ Diese Darlegungen sind, was die Wertung konkordatärer Fragen betrifft, von allgemeinerem Interesse. Wir geben sie deswegen wieder:

«In dem Bericht über die Kundgebung des Wahlkreisverbandes Berlin 2 der Deutschen Volkspartei, den Sie in Nr. 205 Ihres Blattes vom 2. Mai veröffentlichten, gehen Sie davon aus, dass bei dieser Tagung der Deutschen Volkspartei eine grosse Erregung über meinen «Umfall» in der Konkordatsfrage laut geworden wäre, und Sie leiten den Bericht mit den Worten ein: An der zweideutigen Haltung Dr. Stresemanns, der einmal gegen das Konkordat und einmal für das Konkordat gesprochen hat, wurde starke Kritik geübt.

Ich muss entschieden Gewicht darauf legen, diese durch verschiedene Presseerklärungen erweckte Vorstellung auf Grund der Tatsachen zurückzuweisen. In sämtlichen Berichten, die über meine Rede am 3. April bei der 5. Kulturtagung der Deutschen Volkspartei erschienen sind, ist ausdrücklich zum Ausdruck gebracht worden, dass ich in der Frage des Reichskonkordats mich dahin ausgesprochen habe, dass diese Dinge nach den Vorgängen in Bayern und Preussen heute nicht mehr so lägen, dass man die Fragestellung so vornehmen könne: Reichskonkordat oder nicht?, sondern dass man das Verhältnis eines Reichskonkordats zu den in Bayern bestehenden und in anderen Ländern noch abzuschliessenden Konkordaten leidenschaftslos betrachten müsse. Mit denselben Worten habe ich dann am Dienstag, dem 5. April, auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breitscheid im Reichstage geantwortet:

Ich habe gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung des Reichskonkordats darauf hingewiesen, dass es sich meines Erachtens um eine ganz andere Situation handle, nachdem Länderkonkordate teils abgeschlossen,

¹³⁾ Nr. 200 vom 30. April 1927.

¹⁴⁾ Nr. 207 vom 3. Mai 1927.

teils in Vorbereitung sind, und habe gebeten, diese Frage doch leidenschaftslos zu prüfen und die weitere Entwicklung in Preussen abzuwarten.

In ähnlichem Sinne habe ich mich gegenüber einer Anfrage des demokratischen Abgeordneten Haas (Baden) ausgesprochen, wobei ich auf den Charakter eines Reichskonkordats als Rahmengesetz hinwies.

Meine Ausführungen auf der Kulturtagung stehen also nicht im geringsten Widerspruch zu den Erklärungen, die ich im Reichstag abgegeben habe.

Wenn meine Ausführungen auf jener Kulturtagung vielfach unter der Überschrift «Stresemann gegen das Konkordat» veröffentlicht worden sind, so kann ich für diese Überschriften nicht verantwortlich gemacht werden. Meine scharfen Ausführungen gegen eine reaktionäre Entwicklung in kulturpolitischen Fragen bezogen sich im zweiten Teil meiner Rede bei der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei auf etwaige Entwicklungen in Preussen, wenn diese dazu führen würden, etwa im Sinne des bayerischen Konkordats, das von meinen Parteifreunden seinerzeit im Bayerischen Landtag abgelehnt worden ist, eine Einengung der Rechte des Staates herbeizuführen, die für meine Partei vom liberalen Standpunkt aus unerträglich ist.

Ob man Vereinbarungen, wie sie mir zwischen dem Reich und der Kurie vorschweben, im Übrigen Konkordat oder Staatsvertrag mit der Kurie nennt, ist schliesslich nicht von primärer Bedeutung. Geheimrat Kahl, der für die Deutsche Volkspartei am 17. Juni 1925 eine Erklärung für die Reichstagsfraktion der D.V.P. abgegeben hat, ist davon ausgegangen, dass « . . . ein solches Reichskonkordat zustande kommen möge, nämlich so, dass die von den einzelnen Ländern oder Kirchenprovinzen, also etwa den Staaten der oberrheinischen Kirchenprovinz, sukzessive abzuschliessenden oder abgeschlossenen Konkordate unter ein einheitliches Reichsmantelgesetz zusammengestellt werden. Der Gedanke dabei ist nicht, unitaristische Tendenzen zu verfolgen, die Länder etwa in der Freiheit ihrer Konkordatsabschlüsse zu beschränken, die Landeskirchenhoheit der einzelnen Staaten irgendwie zu beeinflussen. Solche Ziele liegen diesem Gedanken eines Reichskonkordats völlig fern. Hier sind viel tiefer liegende Beweggründe massgebend: die Sicherung des Friedens zwischen Reich und Ländern auf religiös-kirchlichem Gebiet.»

Er hat dabei aber jedenfalls in seinen Ausführungen den Ausdruck «Reichskonkordat» gebraucht. Seine damaligen Darlegungen sind die Grundlage meiner eigenen Einstellung, die sich auf der damals im Auftrage der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei abgegebenen Erklärung aufbaute.

«Ich weiss, dass es weite Kreise gibt, die prinzipiell jede Vereinbarung mit der Kurie ablehnen wollen. Zu diesem Kreise habe ich nicht gehört. Ich kann im Rahmen dieser Darlegung diese meine Auffassung nicht näher begründen. Ich lege aber jedenfalls Wert darauf, wie auch für jeden objektiven Beobachter aus meiner Rede vom 3. April vor der Kulturtagung und meiner Rede im Reichstag am 5. April hervorgeht, dass diese Erklärungen sich inhaltlich vollkommen decken, wie Sie bei einer Nachprüfung der Erklärungen selbst ersehen werden.» Soweit Stresemann.¹⁵⁾

Von Seiten der Deutschen Demokraten wurde die Haltung des Ministers scharf angegriffen. Er sei unzuverlässig und habe sich widerspruchsvoll verhalten. Grosse Hoffnungen habe er auf der Parteitagung der Deutschen Volkspartei erweckt.¹⁶⁾ Aber der feurige Redner sei der Koalition erlegen. In der Tat stimmte die Deutsche Volkspartei gegen den Konkordatsantrag der Deutschen Demokraten.¹⁷⁾

¹⁵⁾ Bernhard, Stresemann, Bd. 3, S. 274; M. Bierbaum, Artikel Konkordat, bei Sacher, Staatslexikon 3⁵, Sp. 531.

¹⁶⁾ Frau Abg. Dr. Bäumer, Politik und Gewissen, Die Hilfe Nr. 8 vom 15. April 1927, S. 189, wo es hiess: «Der Führer einer grossen Partei spricht über Konkordatsfragen vor einer begeisterungsbedürftigen und begeisterungsfähigen Parteitagung. Er spricht kassandrisch und unbestimmt von Gefahren, die heraufziehen, wirft die Frage auf, was seine Partei tun könne, «die Entwicklung zu hemmen, die vielleicht für eine ganze geschichtliche Periode unseres Geisteslebens bestimmend ist», er nimmt in Aussicht, «an die Organisationen im Lande den dringenden Appell zu richten, überall zu diesen Fragen Stellung zu nehmen», damit «Wir Führer sind in diesem geistigen Kampf und die anderen mitreissen» – «das deutsche Volk sei noch nicht so materialisiert, dass nicht in dieser Frage eine grosse Bewegung durch es hindurchgehen könne». – Und wenn wir auch vielleicht parlamentarisch zu schwach sein werden, das drohende Unheil abzuwenden – dennoch!! «Ob ich nit mag gewinnen, doch soll man spüren Treu'!» Der Geist Huttners schwebte über den Wogen der Beredsamkeit. Stürmischer Beifall. Grosse Bewegung. Feurige Beschlüsse. Und es ist anzunehmen, dass die Teilnehmer ins Land hinauszogen, um «die Entwicklung zu hemmen, die vielleicht für eine ganze geschichtliche Periode unseres Geisteslebens bestimmend ist» – – «um zu versuchen, diese geschichtliche Periode anders zu prägen.»

¹⁷⁾ In der gleichen Auseinandersetzung würdq kritisch bemerkt: «Doch eh' man's gedacht, war alles verhallt.» Das Konkordat war nicht gemeint, der Kampf war nicht gemeint, die Realität einer vielleicht sogar nicht mehr abwendbaren Entwicklung wird zu der Möglichkeit einer etwaigen Entwicklung, die «gegebenenfalls» die Deutsche Volkspartei zur Abwehr aufrufen könnte. Aber noch nicht. Noch ist sie in der Koalition. Die geschichtliche Periode unseres Geisteslebens muss etwas hinausgeschoben werden. Der Idealismus des deutschen Volkes wird noch nicht benötigt. Er kann noch ein wenig Gewehr bei Fuss stehen. Die grosse Bewegung, die in dieser Frage durch unser Volk gehen soll, wird abgesagt. Der deutsche Bürger, bereit,

Nach dem Jahre 1927 ist es zu Erörterungen im Reichstag, was das Konkordat betrifft, nicht mehr gekommen. Weitere Bemühungen im Aussenministerium, ein Reichskonkordat heraufzuführen, wurden nicht mehr fortgeführt. Von Stresemann selbst war, wie angedeutet, eine Initiative nicht zu erwarten.

Ja, wie wenig er mit seiner Konkordatsauffassung in seiner Partei wurzelte, zeigt eine Rede seines Fraktionsführers Scholz in Königsberg am 13. September 1927. Scholz erklärte, ein Reichskonkordat komme überhaupt nicht in Frage.

Es kam hinzu, dass in Preussen mit starker Kraft an der Verabschiedung (1929) des Preussenkonkordats gearbeitet war, so dass das Interesse für das Reichskonkordat zurücktrat. Zum Weiteren hatte der Reichspräsident von Hindenburg – ganz wie beim Reichsschulgesetz – kein Verhältnis zu diesem Gegenstand, während Reichspräsident Ebert ganz anders eingestellt war. Zunehmende Schwierigkeiten der Innenpolitik, die mit dem Wirtschaftsverfall von 1929 einsetzten, liessen sowohl Bemühungen um das Reichskonkordat wie um ein Reichsschulgesetz nicht mehr aufkommen. Die Kulturpolitik als solche rückte in eine zweite Linie.

Ein letztes grundsätzliches Bekenntnis hatte im Übrigen die Generalversammlung der deutschen Katholiken in Dortmund gebracht. Sie gehört dem 4. September 1927 an, also jenem Jahre, das grössere Konkordatsdebatten heraufgeführt hatte.

Prälat Kaas hat dort dem Konkordat folgende Erörterung gewidmet: «Es ist schwer, ja unmöglich, im gegenwärtigen Augenblick und an dieser Stelle näher auf die konkordatäre Frage einzugehen, die im Laufe der letzten Monate zu einem signum contradictionis geworden ist. Soviel aber kann und muss mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit gesagt werden: Der deutsche Katholizismus sieht in dem Konkordatsproblem keine Frage zweiter und untergeordneter Bedeutung. Für ihn ist die auf dem Wege staatlich-kirchlicher Vereinbarung sich vollziehende Neuordnung der im Gefolge des politischen Umsturzes geänderten Grenzfragen zwischen den beiden Gewalten diejenige Lösungs-

sich den höchsten ideellen Gütern der Nation zuzuwenden, muss sich noch wieder eine Weile mit der Hauszinssteuer und den Handelsverträgen die Zeit vertreiben. Der Koalitionsminister vom Dienstag desavouiert den Parteiführer vom Sonntag. Der Koalitionsminister ist für ein Reichskonkordat – nach einer freundschaftlichen Aussprache mit dem Zentrum. Die Deutsche Volkspartei, gerüstet in der Abwehr, die anderen mitzureissen, gibt mit Deutschnationalen und Zentrum eine gemeinsame Erklärung gegen den demokratischen Antrag ab, der genau das enthielt, was der hingerissene volksparteiliche Kulturtag beschlossen hatte.»

form, die dem organischen Zusammenhang mit der Vergangenheit, der Würde der Kirche, der klaren Abgrenzung zwischen den beiden Machtsphären, der in gutem Sinne verstandenen Freiheit beider Partner innerhalb ihrer eigentlichen Lebenssphäre am besten entspricht. Wenn beide Teile mit dem ernststen Willen an die Verhandlungen herantreten, ihre gemeinsame Arbeit unter den Imperativ des Friedens und des ehrlichen Ausgleichs stellen, dann wird niemand vom ausserkatholischen Standpunkt aus Veranlassung haben, dem im Entstehen begriffenen Werke den Vorwurf der Preisgabe staatlicher Rechte oder gar der Beeinträchtigung der Interessen anderer Konfessionen zu machen. Wir deutschen Katholiken sehen in dem Abschluss einer Vereinbarung zwischen dem neuen deutschen Volksstaate und der katholischen Kirche die Probe dafür, ob die neue Demokratie und das Staatswesen, das ihrem Gedanken dienen will, bereit ist, auch dem überzeugten und kirchlich empfindenden Katholiken ein Haus auf deutscher Erde schaffen zu helfen, in dem er nach den Lehren und Vorschriften seines Glaubens leben und wirken kann. Darüber werden wir uns allerdings klar sein müssen: Das Konkordat schützt das Eigenleben der Kirche, aber es ersetzt es nicht. Tod oder Leben der katholischen Kirche Deutschlands, Abstieg oder Aufbruch zu neuen Taten und Siegen, sieches Altern oder kraftgeschwefelte Verjüngung – diese schicksalsvollen Alternativen hängen nicht ab von dem Buchstaben staatlichkirchlicher Grenzregulierungen, sondern von den ursprünglichen Lebensenergien, die das katholische Deutschland in seinem Schosse birgt.»¹⁸⁾

Die Ausführungen, die Prälat Kaas machte, waren angesichts des bevorstehenden Preussenkonkordats von einiger Bedeutung. Die Rednertribüne des zentralen Katholikentages verlieh diesen Feststellungen ein besonderes Gewicht.¹⁹⁾

Soviel zur Konkordatsdebatte 1927.

Das Jahr 1928 brachte am 23.-24. November eine Tagung der Deutschen Volkspartei. Stresemann wird einstimmig zum Parteiführer gewählt. «Zur Konkordatsfrage wird eine Entschliessung angenommen, wonach die erforderliche Änderung des Verhältnisses des Staats zur katholischen Kirche nicht in Form

¹⁸⁾ Bierbaum. Konkordat, S. 65 f.

¹⁹⁾ Auch ältere Katholikentage haben sich öfter mit Konkordatsfragen beschäftigt. Vgl. Johannes B. Kissling, Geschichte der deutschen Katholikentage. 2 Bde. Münster 1920-1923. Bd. 2, S. 435 im Register. In Hinsicht auf die parlamentarischen Verhandlungen in Sachen des Preussenkonkordats siehe Otto Braun, Von Weimar zu Hitler², S. 274 ff.; Johannes Linneborn, Die Kirchenpolitik des Zentrums, in dem Sammelwerk von Karl Anton Schulte, Nationale Arbeit. Leipzig 1929, S. 192-234.

eines Konkordats, sondern in anderer Vertragsform zum Abschluss gebracht werden soll. Der bisherige Rechtszustand dürfe nicht zu Ungunsten des Staates verschoben werden. Es dürfe keinerlei Abrede über die Schule getroffen werden. Vor dem Inkrafttreten muss die Gewährung sinnentsprechender Rechte an die evangelischen Landeskirchen sichergestellt werden.»²⁰⁾

Diese Entschliessung wendet sich eigentlich weniger einem Reichskonkordat zu. Sie steht dagegen im Vorfeld des Preussenkonkordats.

15. Konkordat und Minderheitenrecht

Noch von anderen Blickpunkten her wurde ein Reichskonkordat gewünscht. Gerade in den 20er Jahren achtete man auf das Recht der nationalen Minderheiten gegenüber der fremdnationalen Mehrheit (Nationalitätenrecht). Es begab sich somit eine gesteigerte Beachtung der Volkstumswerte. Die Monopolstellung des Staatsgedankens wurde nicht unwesentlich beeinträchtigt.

In eine neue Richtung gingen zunächst die Minderheitenschutzverträge, die von den Siegermächten des ersten Weltkrieges in die Hand genommen wurden. Auf Veranlassung des Völkerbundes haben noch einige andere europäische Staaten, aber keineswegs alle sich verpflichtet, den Minderheitenschutz durchzuführen. Eine solche völkerrechtliche Bindung übernahm das Deutsche Reich durch das deutschpolnische Abkommen für Oberschlesien vom 15. Mai 1922.

Dem gleichen politischen und rechtlichen Schutz der Minderheiten dienten die Erörterungen in den Völkerbundsligen. Sie haben die Völkerbundsverhandlungen namhaft vorbereitet und vorgeklärt. Als Vorstandsmitglied der Deutschen Liga habe ich mich an ihren Tagungen oft beteiligt, so in Perugia, Paris, Madrid. Am letzten Tagungsort konnte ich Stresemann wegen seiner Haltung in den oberschlesischen Minderheitenschulen in Schutz nehmen. Mit gutem Grund. Im Übrigen spielte die Frage des Minderheitenschutzes auch in die Beratungen über das Reichsschulgesetz hinein. Diese Analogie war unabweisbar. Sie war aber manchen Abgeordneten, die nur innenpolitisch und binnenländisch dachten, unbequem.¹⁾

Dazu kam es zu Beratungen in der Interparlamentarischen Union, in den Europäischen Minderheitenkongressen in Genf (Gründungsjahr 1925), im Völkerbundsrat selbst. Auf der Dezembertagung des Völkerbundsrat in Lugano

²⁰⁾ Horkenbach, Deutsches Reich, S. 263.

¹⁾ Schreiber, Politisches Jahrbuch 1926, S. 380.

1928 erfolgten Auseinandersetzungen zwischen Stresemann und dem Polen Zaleski.¹⁸⁾

In Presseerörterungen kam es dabei auch zu Angriffen auf den Vatikan. Man warf ihm vor, er zeige kein Interesse für den Schutz der Minoritäten. So las man im «Tag» 1927, Nr. 92: «Um die Frage: Konkordat oder nicht, beginnen eben die Auseinandersetzungen. Bevor man sich ausschliesslich auf das Weltanschauliche festgebissen hat, muss auf die volkspolitische Aufgabe hingewiesen werden, die bei den Verhandlungen mit dem Vatikan zu lösen ist. Es wird vor allem Sache des deutschen Katholizismus sein, bei der Kurie die ernstesten Vorstellungen zu erheben über den Missbrauch, den ein hemmungsloser Nationalismus mit der Kirche ringsum in den Nachbarländern treibt bei der Verfolgung und Entnationalisierung der katholischen deutschen Minderheiten. Dem

¹⁸⁾ Eingehend über diese Zusammenhänge Georg Schreiber, Das. Auslandsdeutschum als Kulturfrage (Deutschum und Ausland, hrsg. von G. Schreiber, H. 17/18). Münster 1929. – Minderheitenfreundlich erwiesen sich in der Liga für Völkerbund die holländische Vertreterin Frau Dr. Baker van Bosse und Sir Willoughby H. Dickinson; letzterer war auch Mitglied der Minderheitenkommission des Völkerbundes (Schreiber, a.a.O, S. 75. 86); Sehr aufgeschlossen war die Haltung des Francokanadiers Dandurand (Ebda., S. 79). Letzterer hat Stresemann tief beeindruckt. Er berichtete mir darüber. Er sagte, er würde Dandurand so gern eine Auszeichnung verleihen. Er habe aber nichts, die Rote-Kreuz-Medaille werde im Ausland nicht respektiert. Er fragte, ob nicht die Möglichkeit bestände, anzuregen, Dandurand eine päpstliche Auszeichnung zu besorgen. Gewiss ein grotesker Vorschlag. Ich habe Stresemann erklärt, aus mehreren Gründen sei das völlig unmöglich. Die Argumente, die ich vorbrachte, haben ihn überzeugt.

Dann ersuchte er mich, im Parlament es einmal ganz deutlich auszusprechen, dass ein Aussenminister Orden verleihen müsse. Der Artikel 109_F Absatz 5, der Verfassung («Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden») sei für die aussenpolitische Sicht ein Unding. Ich habe ihm zugesagt, diesen Punkt zu berühren. Es ist auch geschehen und in der Berliner Presse fanden sich hie und da Zustimmungen ein. Aber von Vorherein habe ich den Minister darauf aufmerksam gemacht, dass ihm ein vereinzelter Vorstoss dieser Art nicht helfe, dass er sich eine Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag besorgen müsse, da es sich um ein verfassungsänderndes Gesetz handele. Diese qualifizierte Mehrheit aber zu bekommen, sei aussichtslos. Das Verständnis für den Primat der Aussenpolitik sei gering. Schwer laste der Doktrinarismus über manchen Bereichen der Weimarer Republik.

Nur der bayrische Ministerpräsident Held verlieh trotz der Bestimmung von Art. 109 Absatz 4 der Reichsverfassung («Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen») den Sanitätsrat und den Kommerzienrat. Wirtschaftler verzogen deswegen, wie man hörte, von Mannheim nach Ludwigshafen. – Inwieweit Fürsten nach ihrer Abdankung noch den Adel verliehen haben, mag ein späteres Heroldsamt untersuchen».

Vatikan kann dabei der Vorwurf nicht erspart werden, diesen unchristlichen Missbrauch geduldet, ja, durch Verträge ermöglicht zu haben.» Näherhin wurde hingewiesen auf die Lage der deutschen Katholiken in Polen, in Südtirol, in Elsass-Lothringen, in Eupen-Malmedy, in Rumänien.

Es wurden dann praktische Folgerungen gezogen: «Man sollte meinen, diese Tatsachenreihe müsse genügen, um zu sehen, welche Aufgaben uns gestellt sind bei den kommenden Verhandlungen mit dem Vatikan. Genauso, wie unsere Staatsmänner und Politiker endlich lernen müssen, bei Abmachungen und Kompromissen in Genf und sonstwo die Wirkungen für die Belange unserer deutschen Volksgenossen in den Nachbarländern zu übersehen, so muss auch hier an die Interessen des Gesamtvolkes, nicht nur an Kleindeutschland gedacht werden. Die katholische Kirche will über den Nationen stehen, sie will eine völkerversöhnende Mission erfüllen. So fasst auch der deutsche Katholik sie auf, und so ist sein Christentum beschaffen. Die Aufgabe ist gestellt.» Der Verfasser dieser Ausführungen übersah nur, dass seitens der Kurie diese Vorgänge mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt wurden, dass auch in Südtirol gegenüber einem harten faschistischen Druck infolge der Intervention kirchlicher Kreise gewisse Erleichterungen heraufgeführt wurden. Er wusste zum Weiteren nicht, dass Kardinal-Staatssekretär Gasparri die Lebensdauer des Versailler Vertrages sehr gering ansetzte, was sich immer wieder bei Unterredungen feststellen liess, ein Umstand, der sich auch in der kirchlichen Organisation neu erworbener Gebiete abzeichnete.

Andere Stimmen fanden sich ein. Der Reichstagsabgeordnete und Historiker Martin Spahn hat das Thema «Reichskonkordat und Minderheiten» in der Wochenzeitung «Das deutsche Volk» in den Jahren 1926-1927 lebhaft erörtert.²⁾ Er wünschte der Minderheiten wegen ein Reichskonkordat. Die Länderkonkordate reichten, wie er ausführt, nicht aus, die Bedürfnisse des gesamten Volkstums zu befriedigen. Zum deutschen Volkstum gehörten das Grenzlanddeutschtum und die deutschen Minderheiten. Es kam somit zu einer völlig neuen Betrachtung des Reichskonkordats, wenn Spahn programmatisch dessen Aufgabe dahin umschrieb: «Das Reichskonkordat muss zu einer Verständigung mit dem Heiligen Stuhl über die kirchlichen und Schulanliegen nicht nur der zufälligen Staatsbevölkerung werden, die durch Friedensverträge heute in diesem, morgen in jenem Umfange aus dem Ganzen des deutschen Volkstums herausge-

²⁾ Martin Spahns Stellung zum Konkordat hat übrigens auch Stresemann in einer Aufzeichnung vom 5. April 1927 gestreift: «Von unterrichteter Seite erfahre ich, dass man in den Kreisen um Spahn bedauert, dass es nicht über diese Frage (Konkordat) zum Bruch gekommen sei und man die Regierung als schwarzblauen Block weiterführen könne.» Bernhard, Bd. 3, S. 69.

schnitten wird, sondern Heiliger Stuhl und Deutsches Reich haben sich über die kirchlichen und Schulanliegen des gesamten deutschen Volkes zu verständigen.»³⁾

Spahn übersah bei solchen Forderungen die praktischen Möglichkeiten, die sich ergaben. Er spannte den Bogen zu weit. Es war in der Tat eine unmögliche Zumutung, dass das Papsttum mitten in die Nationalitätenkämpfe gezogen wurde.⁴⁾ Dass die Kurie andererseits, wie bereits angedeutet, völkische Eigenart in ihrer Muttersprache, in ihrem Ritus und in ihrem Recht, grundsätzlich und in Einzelmassnahmen, bedeutsam zu schätzen wusste, dieses Moment ist gerade in den 20er Jahren von Wilhelm Berning, Th. Grentrup, M. Bierbaum und von anderen in der damals lebhaft geführten Kontroverse über Rechtslage und Schicksal der Minderheiten nachdrücklich herausgearbeitet worden.⁵⁾ Die Aussprache darüber vollzog sich ebenso im Reichstag.⁶⁾

Diese Debatten haben manche Feststellungen und Klärungen heraufgeführt. Sie spiegeln sich auch in dem konkordatären Recht der Folgezeit.

Im Zeichen eines verstärkten Interesses an den Minderheiten wurde nämlich in das Reichskonkordat der Artikel 29 aufgenommen: «Die innerhalb des Deutschen Reiches wohnhaften katholischen Angehörigen einer nichtdeutschen völkischen Minderheit werden bezüglich der Berücksichtigung ihrer Muttersprache in Gottesdienst, Religionsunterricht und kirchlichem Vereinswesen nicht weniger günstig gestellt werden, als der rechtlichen und tatsächlichen Lage der Angehörigen deutscher Abstammung und Sprache innerhalb des Ge-

³⁾ Bierbaum, Konkordat, S. 171, mit Hinweis auf Spahns Aufsatz: Das Konkordat der deutschen Nation, in der Wochenzeitung «Das Deutsche Volk» 1927, Nr. 2.

⁴⁾ Siehe auch Bierbaum, Konkordat, S. 172.

⁵⁾ Zur literarischen Bearbeitung vgl. besonders Th. Grentrup, Nationale Minderheiten und die katholische Kirche. Breslau 1927; Ders., Die kirchliche Rechtslage der deutschen Minderheiten katholischer Konfession in Europa. Berlin 1928; Ders., Artikel Minderheiten bei Sacher, Staatslexikon 3⁵, Sp. 1310-1320, mit der dort beigebrachten Literatur; Bierbaum, Konkordat, S. 168 ff.; G. Schreiber, Nationale und internationale Volkskunde (Forschungen zur Volkskunde, H. 4/5). Düsseldorf 1930, S. 37 f., 140, 146 f.

⁶⁾ «Die Religionsgesellschaften sind die geborenen Anwälte der Minderheiten . . . Freudig stehen sie zu dem Gedanken des Religionsunterrichts in der Muttersprache, auch wenn sie die Muttersprache von kleinen Minderheiten und Volksfragmenten ist.» Abg. Dr. Schreiber, 71. Plenarsitzung vom 15. Juni 1925. Weitere Ausführungen im Politischen Jahrbuch 1925, 1926, 1927/1928.

bietes des entsprechenden fremden Staates entspricht.» Zu Art. 29 bemerkt zum anderen das Schlussprotokoll, dessen Erklärungen «einen integrierenden Bestandteil des Konkordats selbst bilden», wie folgt: «Nachdem die Deutsche Reichsregierung sich zu dem Entgegenkommen in Bezug auf nichtdeutsche Minderheiten bereitgefunden hat, erklärt der Heilige Stuhl, in Bekräftigung seiner stets vertretenen Grundsätze bezüglich des Rechtes der Muttersprache in der Seelsorge, im Religionsunterricht und im katholischen Vereinsleben, bei künftigen konkordatären Abmachungen mit anderen Ländern auf die Aufnahme einer gleichwertigen, die Rechte der deutschen Minderheiten schützenden Bestimmung Bedacht nehmen zu wollen.»

Diese Formulierung stand keineswegs isoliert. Die kirchliche Gesetzgebung hat das Recht auf seelsorgliche Betreuung in der Muttersprache auch im polnischen und litauischen Konkordat festgehalten.⁷⁾

16. Ergebnisse

Langjährige Bemühungen haben das Reichskonkordat nicht gezeitigt. Aber sie waren keineswegs fruchtlos. Der Ernst, mit dem die Erörterungen geführt wurden, ist doch wohl der Verabschiedung des bayerischen und des preussischen Konkordats zugute gekommen. Zum anderen ist eine entferntere Vorbereitung für das Reichskonkordat von 1933 geschaffen.

Man mag zum Weiteren fragen, ob ein Reichskonkordat in der Weimarer Republik zu verwirklichen war. Die Frage ist für jene Zeit zu bejahen, solange Ebert als Reichspräsident waltete. In späterer Zeit war es weniger wahrscheinlich.

Wiederum ergaben unsere Untersuchungen, dass sich die Beziehungen zwischen dem Reich und den Religionsgesellschaften im Zeichen der Annäherung vollzogen. Neue Fragenbereiche öffneten sich, die auf nähere Verbindung bzw. auf gesetzliche Regelung drängten. Der Reichsgedanke reckte sich. Die kühle und kalte Distanz der Verfassung wurde praktisch gemildert, in etwa sogar verneint. Auch das Verhältnis von Reich und Ländern wurde durch religionspolitische Aufgaben stark berührt. Wenn schon die Reichsministerien, im Besonderen das Reichsinnenministerium, mit gewissen Vorsichten arbeiteten, ist doch ein gewisser Anstieg der Reichskulturpolitik nicht zu verkennen. Das trotz der Wachsamkeit des Reichsrats. Die helfende und ausgleichende Art der

⁷⁾ Th. Grentrup, Muttersprache, bei Sacher, Staatslexikon 3⁵, Sp. 1456 f.

Reichsfinanzen konnte nicht entbehrt werden. Dabei schaltete sich die Kasuistik ein. Der bayerische Ministerpräsident Held ging Stresemann an, mit einer namhaften Summe Bayern in Sachen der Pfalz zu helfen. Der Betrag sollte dem Dispositionsfonds (Geheimfonds) des Aussenministeriums entnommen werden, der ja in seinen Einzelheiten der Kontrolle des Rechnungshofes nicht unterlag, was durch die Sachzwecke begründet war. Stresemann stimmte zu. So verwischten sich die Grenzen zwischen Reichsetat und Länderetat. Nicht bloss in diesem Einzelfall. Inflation und Finanznot sahen weiterhin fließende Grenzen. Darüber hinaus rechneten die Länder, wenn sie grosse kulturpolitische oder gesundheitliche Einrichtungen unterhielten (Germanisches Museum in Nürnberg) oder schufen (Deutsches Museum in München, Hygiene-Museum in Dresden), mit einer grösseren finanziellen Anteilnahme des Reiches. Mit Recht. Der nationale Gedanke flammte in diesen Schöpfungen auf, um so mehr, da die Kette aussenpolitischer Demütigungen Und Enttäuschungen nicht abriß.

Doch war in all diesen Beziehungen die kulturpolitische Initiative des zuständigen Verwaltungsressorts, des Reichsinnenministeriums, nicht gross. Sie ist mehr vom Reichstag aufgenommen worden.

Nicht zum wenigsten verlangte das Auswärtige Amt eine besondere Berücksichtigung seiner kulturellen Interessensphäre, wobei die Selbständigkeit der Religionsgemeinschaften geachtet werden konnte. Dass zum anderen der Vatikanbotschaft in der Weimarer Republik nachträglich der Charakter einer preussischen Gesandtschaft zugebilligt wurde (1925), war ein Akt staatspolitischer Klügheit und geradezu ein Vorgriff auf ein kommendes preussisches Konkordat.

Überdies, um auch das zu sagen, gewann die Theorie des Konkordats. Ältere Auffassungen der Privilegentheorie und der Legaltheorie traten zurück.¹⁾

¹⁾ «Jedenfalls steht heutzutage soviel fest, dass fast alle Kanonisten der Gegenwart in Anlehnung an die offiziellen Äusserungen der letzten Päpste den Vertragscharakter der Konkordate vertreten, wenn sie auch über die Natur dieses Vertrags uneins sind.» Bierbaum, im Artikel «Konkordat», im Staatslexikon 3⁵, Sp. 524. – Siehe noch Emil Zweifel, Die rechtliche Natur der Vereinbarungen zwischen den Staaten und dem Apostolischen Stuhl. Zürcher jur. Diss. (– Zürcher Beiträge zur Rechtswissenschaft, N.F. 139). Zürich 1947; ferner Cristoforo S.M. Berutti O.P., Sistema concordatario fra Chiesa e Stato. Fribourg 1939 (Rektoratsrede der Universität Fribourg, Schweiz).

Zur Literatur seien noch einige Neuerscheinungen und Nachträge erwähnt. Über Friedrich Naumann und Konrad Beyerle in Weimar siehe Alfred Voigt, Geschichte der Grundrechte. Stuttgart 1948, S. 123 ff., 129 ff.

Von der Praxis her wuchs die Vertragstheorie in den Vordergrund. Die Zeit heischte ihr Recht. Die ganze Atmosphäre des Völkerbundes war der Wertung eines quasi-völkerrechtlichen Vertrages günstig. Die Völkerbundssatzung hat zweifelsohne ein gesteigertes Interesse für das *ius gentium* heraufgeführt. Es war in der Tat eine positive Leistung des Bundes, dass er die Fortbildung des Völkerrechts und zugleich die Förderung der Völkerrechtswissenschaft unmittelbar bzw. mittelbar in die Hand nahm. Das inmitten der Schwerfälligkeit seines

148) 180, 216. – Franz Gescher, *Sechzig Jahre Reich und Religion*, Breslau 1931, S. 24, erwähnt in Sachen der Weimarer Verfassung und ihrer Stellung zur Kirche eine Äußerung von Ulrich Stutz. Dieser Kirchenrechtslehrer «hat früher bereits für dieses System die Bezeichnung einer Sinkenden Trennung¹ vorgeschlagen; in seiner allerneuesten Studie ‚Konkordat und Codex‘ spricht er im Hinblick auf die Konkordate und Kirchenverträge trotz der bestehenden Trennung von ‚der Vertrags- oder konkordatsgesicherten autonomen Trennungskirche‘» (S. 24). Hierzu ist aber kritisch zu sagen, dass die kirchenpolitische Praxis der Weimarer Republik in eine ganz andere und mehr kirchenfreundliche Richtung wies, was oben in dem Kapitel «Kulturpolitik des Reiches» (S. 54 ff.) eingehend dargetan ist. Wie so oft fehlt der juristischen Theorie und Konstruktion der Ausblick auf die konkrete Abwicklung der lebensvollen Beziehungen.

Die aussenpolitische Bedeutung des Reichskonkordats wird bei Wilhelm Bertrams S.J., *Zur Geschichte und Bedeutung der Konkordate*, Stimmen der Zeit, 139. Bd., 1946/47, S. 186 ff., gewürdigt. Dabei werden Ausführungen von R. Leiber S.J., *Zur Konkordatsfrage*, Stimmen der Zeit Bd. 113, 1927, S. 401 ff., und von A.M. Koeniger, *Die neuen deutschen Konkordate und Kirchenverträge mit der preussischen Zirkumskriptionsbulle*, Bonn und Köln 1932, erwähnt und weitergeführt. Bertrams hat bereits eine ältere Beziehung zu diesem Fragenbereich durch seine Veröffentlichung «Der neuzeitliche Staatsgedanke und die Konkordate des ausgehenden Mittelalters», Rom 1942.

Für die grundsätzliche Fortdauer des Reichskonkordats spricht sich aus der Mainzer Kirchenrechtslehrer Adalbert Erler, *Die Konkordatsdebatte in Deutschland*, Süddeutsche Juristenzeitung Nr. 8/9, Nov./Dez. 1946, S. 197 ff., mit der Feststellung, es «gilt auch das Reichskonkordat im gegenwärtigen Zeitpunkt weiter, denn auch dieses ist eine Art völkerrechtlicher Vertrag, dessen kirchlicher Partner nicht zu den Kriegführenden gehörte. Der Kirchenkampf hat die deutschen Konkordate nicht zum Erlöschen gebracht. Seine Nichterfüllung durch Reich und Länder ist keineswegs ein Erlösungsgrund. Allenfalls hätte eine endgültige und ernstliche Vertragslossage seitens des Staates der Kirche ein Recht zum Rücktritt eingeräumt, aber einerseits haben Reich und Länder trotz fortgesetzter Vertragsverletzungen eine Lossage der genannten Art bewusst vermieden, und andererseits hat die Kirche eine Lossageerklärung in Bezug auf das Konkordat niemals abgegeben». Ähnlich F.H. Pielmeyer, *Die Konkordatsfrage*, Rheinischer Merkur vom 18.12.1948. Eduard Hemmerle, *Der Weg in die Katastrophe*, Von Bismarcks Sturz bis zum Ende Hitlers, München 1948, streift das Reichskonkordat und die widerspruchsvolle Haltung des Nationalsozialismus (S. 277, 281,

Apparates, inmitten des Versagens in vitalen Fragen und auch inmitten der Härte der Tagespolitik.

Unsere Darstellung versuchte zum Weiteren einige Erkenntnisse zu bringen, was die Struktur und das Lebensgefühl der politischen Parteien betrifft. Mehr als früher wurden sie zum Träger bestimmter staatskirchenrechtlicher Auffassungen. Es war für sie im Grunde genommen ein geistiger und seelischer Gewinn, dass sie sich im Reichstag stärker kulturpolitischen Aufgaben zuwenden konnten. Das in einem bemerkenswerten Gegensatz zum wilhelminischen Zeitalter. Damals haben im Allgemeinen die Parlamente der Bundesstaaten die kulturelle Aussprache gepflegt. Der Reichstag – so hat Bismarck einmal ganz allgemein bemerkt – sei in seinen Rechten zu kurz gekommen. Das bezieht sich, wenn man das Vor-Weimar zum Vergleich heranzieht, nicht zum wenigsten auf den religionspolitischen, kirchenpolitischen und kulturellen Raum.

Stresemann hatte ganz recht, wenn er in Sachen des Reichskonkordats und der Länderkonkordate von Bayern und Preussen auf der Kulturtagung der Deutschen Volkspartei im April 1927 bemerkte: «Da diese Fragen aufgetaucht sind, bedaure ich nicht, wenn sie auch ausgefochten werden. Es ist auch für die deutsche politische Erziehung ein Plus, wenn einmal der deutsche Bürger erfährt, dass es noch andere Dinge als Handelsverträge, Hauszinssteuer usw. gibt. Ich glaube, hier bietet sich uns ein sehr grosses Feld der Betätigung.»

330). Aber die Vorgeschichte dieser Vereinbarung wird in der sonst lebendigen Darstellung nicht erörtert.

Erich Kordt, *Wahn und Wirklichkeit, Die Aussenpolitik des Dritten Reiches, Versuch einer Darstellung*, Stuttgart 1947, bringt in seinen aussenpolitischen Darlegungen auch einige Hinweise auf die Widerstandslinie. Letztere ist übrigens verschiedentlich in Zeitschriften behandelt. So berichtet Otto John, *Blick in die Welt*, Nr. 6, 1947, über «Männer im Kampf gegen Hitler», S. 14 f. näherhin über Ernst von Harnack und über den Reichstagsabgeordneten Julius Leber, ebda. Nr. 7, S. 22 f. In der gleichen Zeitschrift Nr. 8, S. 20 f., Robert A. Ulrich, *Männer im Kampf gegen Hitler (III)*, über Ulrich von Hassell. Schon früher hat Herbert Blank über die Widerstandsbewegung gehandelt: *Rebellen gegen Hitler, Nordwestdeutsche Hefte*, H. 6, Sept. 1946. – In Hinsicht auf Ulrich von Hassell siehe auch die wertvollen Ausführungen und Betrachtungen des in Rom tätigen Päpstlichen Geheimen Kammerherrn Edmund Freiherr Raitz von Frenzt, *So rollen wir dem Abgrund zu*, *Rheinischer Merkur* Nr. 5 vom 1. Februar 1947. Ferner vgl. Hanns-Erich Haack, *Der deutsche Widerstand*, ebda. Nr. 23 vom 28. Juni 1947, mit besonderer Berücksichtigung von Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Zürich 1947. – Eingehend und gründlich handelt über die Methodik der Massenführung des Dritten Reiches Walter Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich*, Hamburg 1948, mit reichen Literaturangaben.

Der Historiker mag daran denken, dass auch die Kontroversliteratur im Zeichen des Gregorianismus, des Tridentinums, ebenso der 1848er Jahre wie der Bismarckschen Kirchenpolitik grössere Tiefen in der Publizistik und in der öffentlichen Meinung aufriess. Man muss allerdings über die Bretterzäune und Stacheldrähte der Tagespolemik hinwegsehen. Es war sicherlich ein Vorteil der parlamentarischen Debatte, dass Kirchenrechtler wie Viktor Bredt, Wilhelm Kahl und Ludwig Kaas zu Worte kamen, dass ebenfalls Völkerrechtler und Historiker wie Walther Schücking, Martin Spahn und andere in die Beratung eingriffen.

Der Weimarer Republik wuchsen in diesen kulturpolitischen Bereichen grössere Konturen zu. Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, die wir durchleben, mag den Blick für zusammenhängende Aufgaben wieder schärfen. Man mag daran arbeiten, die Enge von elf Länderministerien in grössere Einheiten zu erheben. Aber gleichzeitig können daheim die Kräfte der Landschaft und des Stammes geweckt und gesteigert werden. Aber zum behördlichen Leitseil muss die Freiheit, die Selbstverwaltung, der Genossenschaftssinn hinzutreten, stärker als früher. Sonst werden viele Energien nicht ausgelöst.

Zum anderen muss die schöpferisch wirksame Persönlichkeit eingesetzt werden. Sie ist der stärkste Wegbereiter kulturpolitischen Fortschritts. Der grüne Tisch vermag sie nicht zu ersetzen, ebensowenig der Massenrhythmus. Eine kluge Verwaltung wird diesem gewichtigen Moment Rechnung tragen.

Register

- Adenauer, K. 121.
Akad. d. Wiss., Berliner 20.
Akad. d. Wiss., Dänische 110.
Akad., Deutsche 16, 20 f., 24, 38.
Alpers, L. 33.
Althoff, F. 41.
Amelung, W. 76.
Andechs 31.
Angola 19 f.
Apelt, W. 10.
Aschoff, L. 15.
Aubin, H. 8.
Auslandsschulen 57.
Auswärtiges Amt 46, 48, 71, 75, 180, 111, 114, 140.

Bachem, K. 91.
Bade, W. 10 f.
Baker van Bosse 136.
Bassermann, E. 95.
Bauer, E. 55.
Bauer, L. 104.
Bäumer, G. 117, 126, 129, 132.
Becher, C. H. 68.
Beck, L. 32 f.
Becker, C. H. 30, 53, 83, 128.
Behnke, H. 28.
Benedikt XV. 80, 90.
Bennigsen, R. v. 129.
Bergen, D. v. 73, 89, 91.
Bergsträsser,- A. 50, 53.
Bernhard, H. 51, 121, 127, 129, 132, 137.
Berning, W. 22, 38, 138.
Bertram, A. 40 ff.
Bertram, W. 141.
Besetzte Gebiete 63.
Beyer, K. 45.
Beyerle, K. 34, 52, 140.
Beyhl, J. 117.

Berutti, C. 140.
Bibliotheca Herziana 49, 92.
Biegeleben, M. Frhr. v. 24.
Bierbaum, M. 10, 44, 75, 85, 88 f., 116, 126, 129, 132, 134, 138, 140.
Bischofskonferenz, Fuldaer 41 f., 67 f.
Bismarck, O. Fürst v. 142.
Blande, H. 142.
Bio's, W. 96.
Boas, F. 110.
Böcklin, A. 17.
Bormann, M. 14.
Bornefeld-Ettmann, F. 34.
Bornewasser, F.R. 34.
Bouhler, Ph. 13.
Braun, O. 51, 77 f., 96, 112, 134.
Brauns, H. 120 f.
Braunes Haus 12.
Bredt, V. 53, 118, 143.
Breitscheid, R. 127, 129 f.
Brentano, v., Botschaftsrat 64.
Breysig, K. 15.
Briand, A. 48.
Brockdorff-Rantzau, O. Graf zu 11, 100, 102.
Brunn, H. 76.
Bruns, V. 30, 49.
Buchberger, M. 10, 26, 72, 91.
Buchholtz, Abg. 67.
Buck, W. 59.
Bückler, R. 110.
Budde, E. 96.
Bülow, Fürst v. 89 f., 114.
Bund, Evangelischer 114, 118.
Bunsen, Ch. v. 76.
Burckhardt, J. 17.
Burckhardt, K. 32.
Burkart, E. 25.
Buttmann, R. Hf.

Cambö y Battle 7.
 Canaris, W. 32.
 Carolath, Prinz 96.
 Chamberlain, A. 48.
 Chamberlain, H. St. 17.
 Consalvi, E. 9.
 Cosgrave, W. T. 7.
 Cremer, Dr. 67, 120.
 Cuno, W. 84.
 Curtius, J. 120.
 Curtius, L. 76.
 D'Abernon, Lord 48.
 Dahlmann-Waitz 46.
 Dandurand, Politiker 136.
 Dauch, W. 66.
 Dawes-Gutachten 69.
 Dehmloh, Schriftsteller 54.
 Delbrück, H. 49 f.
 Delbrück, R. 75, 79 f.
 Demleitner, J. 26.
 Dibelius, M. 116.
 Dickinson, W. H. Sir 136.
 Dinter, A. 17.
 Dirksen, H. v. 20, 36.
 Doberer, K. K. 55.
 Doering, B. 117.
 Donders, A. 34, 105.
 Donnevert, Ministerialrat 28.
 Doss, A. v. 26, 38.
 Dransfeld, H. 60, 67.
 Duisberg, C. 57, 83.
 Dulles, J.F. 109.
 Ebert, F. 75, 80, 85, 87 f., 108, 111, 133, 139.
 Ebhardt, B. 112.
 Echelmeyer, Cl. 45.
 Eisner, K. 55.
 England 7, 19 f., 30, 35.
 Erler, A. 141.
 Ersing, J. 73.
 Erzberger, M. 54 f., 89 f. .
 Esser, Th. 34.
 Everling, O. 89.
 Faulhaber, M. 34.
 Fechenbach, F. 55.
 Fechter, P. 25, 32, 40, 86.
 Fehrenbach, K. 95, 98.
 Fessler, Ministerialrat 71.
 Film 67.
 Finanzausgleich 65.
 Fischer, O. 85.
 Fleissner, H. 61.
 Förster, F.W. 106.
 Frank, H. 12, 42f.
 Frankreich 7, 19.
 Freytag, Gesandter 71.
 Freytag-Loringhoven, A. Frhr. v. 24, 53
 Frick, H. 10 f., 22, 28, 40, 42, 93.
 Friedensburg, F. 85.
 Friedrich Wilhelm III. 90.
 Fritsch, Th. 18.
 Galen, Cl. A. Graf v. 34 f., 41, 44 f.
 Gallitzin, A. Fürstin v. 113.
 Gambetta, L. 102.
 Gasparri, P. 19 f., 119, 137.
 Geopolitik 16.
 Gerhard, Ed. 76.
 Gerig, O. 72.
 Gescher, F. 141.
 Giannini, A. 117.
 Giese, F. 64.
 Gisevius, H.B. 25, 34.
 Gobineau, Graf A. v. 17.
 Goebbels, J. 14, 41, 43, 45.
 Goerdeler, K.F. 32.
 Göring, H. 13 f., 25, 33, 37, 45.
 Görresgesellschaft 21, 91, 97.
 Göttker-Schnetmann, J. 25.
 Goetz, W. 50 f.
 Gradnauer, G. 58 f.
 Graefe, A. v. 92.
 Grauert, H. 113.
 Grentrup, T. 138 f.
 Grenzlandpolitik 64.
 Griewank, K. 55 f.
 Gröber, K. 34.
 Guérard, Th. v. 52, 69, 121, 127.
 Haack, H. E. 142.
 Haas, L. 131.
 Hagemann, W. 30, 96, 142.
 Halifax, Lord 27.
 Hallensleben, Justizrat 130.
 Harnack, Ad. 49, 56, 83, 86.
 Harnack, Axel v. 35.
 Harzendorf, F. 97.
 Hassell, J. D. v. 35.
 Hassell, U. v. 11, 17, 25, 32 f., 35 f., 91, 142
 Haushaltsausschuss des Reichstags (H.H.A.) 46f.

- Haushofer, Albrecht 27, 29 ff., 40, 45.
 Haushofer, Karl 14 ff., 37 ff.
 Haushofer, Martha 15, 26.
 Haushofer, Max 15.
 Haussmann, C. 52, 54.
 Hedin, S. 27.
 Heeresleitung, Oberste 15.
 Heilbrunn, L. 18 f., 41.
 Heinze, R. 59, 99.
 Heinzelmann, G. 117.
 Held, H. 116, 136, 140.
 Helmholtz, H. v. 56.
 Hemmerle, E. 141.
 Hennessy, Botschafter 111.
 Hensel, A. 24.
 Henzen, W. 76.
 Herre, P. 61, 96.
 Herpel 116.
 Hess, J. 78.
 Hess, R. 11, 14, 18 f., 24 ff., 39.
 Hilling, N. 91.
 Himmeler, H. 14, 18, 33.
 Hindenburg, P. v. 85 f., 133.
 Hippel, F. v. 11, 27.
 Hitler, A. 10 f., 14, 16 ff., 24, 27, 32, 36, 42
 44, 49.
 Hitze, F. 105.
 Hoesch, L. v. 37, 91.
 Hoetzsche, O. 30, 50 f., 98.
 Hofer, Gauleiter 31.
 Höfer, J. 38.
 Hoffmann, A. 77.
 Hofmann, K. 44.
 Hofmann-Ludwigshafen, H. 60, 62 f.
 Hohlfeld, J. 55, 58 f.
 Holstein, F. v. 48.
 Hölz, M. 58.
 Hprkenbach, C. 68, 89, 135.
 Hosemann, Oberkonsistorialrat 68.
 Hövel, E. 8.
 Huber, K. 29.
 Hudal, A. 39, 76, 89, 91 f.
 Hugenberg, A. 97.
 Hugger, V. 63.
 Hülsen, C. 76.
 Institut des Deutschen Reiches, Archäol. 56,
 76.
 Institut Florenz, Kunsthist. 49, 57.
 Institut, Missionsärztl. 66.
 Iro, Abg. 17.
 Jäckh, E. 30.
 Japan 15, 23.
 Joël, K. 108.
 Joetten, K.W. 56.
 John, O. 142.
 Judentum 41; Program 25,
 Juhasz, C. 13.
 Junck, Abg. 96.
 Kaas, L. 21, 82, 97, 127, 133 f., 143.
 Kahl, W. 70, 118f., 131, 143.
 Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 21, 28, 49, 82, 83,
 104, 110.
 Kapler, H. 68.
 Kapp-Putsch 105.
 Kardorff, S. v. 98 f.
 Karo, G. 87.
 Katalanen 7.
 Kehr, P.F. 50, 113.
 Keller, G. 17.
 Kempkes, A. 54.
 Keudell, W. v. 49, 119.
 Kerkerink-Borg, E. Fhr., v. 112.,
 Kerkhoff, K. 87.
 Kiep, O. 33 ff.
 Kindererziehung 63.
 Kirchenbund, Deutsch-Evangel. 68.
 Kissling, J.B. 82, 134.
 Kjellén, R. 16.
 Klages, L. 17.
 Knilling, E. v. 81.
 Koch, L. 26, 70.
 Koch, Präses 54, 126.
 Koeniger, A. M. 141.
 Köhler, H. 52.
 Kolonialfrage 19.
 Kolonialprogramm 19.
 Kommission, Historische 49; des Reichsarchivs
 50.
 Kommission, Römisch-Germanische 56.
 Konen, H. 83.
 Kongress, Wiener 9.
 Konkordat, Bayern- 8 f., 75 ff., 92 ff., 116, 123,
 128.
 Konkordat, Länder- 8, 42, 44, 75 ff., 142.
 Konkordat, Preussen- 77, 117, 128, 133f.
 Konkordat, Reichs- 8 ff., 44 f., 75 ff., 92, 114,
 117 ff., 123 ff., 138 f., 142. Korrdt, E. 142.
 Köster, Ad. 82, 88, 102 f.

- Kraus, F.X. 102.
 Krehl, L. v. 99.
 Krieg, B. 72.
 Kriegsministerium, Preuss. 76.
 Krüger, K. 88.
 Krüss, H.A. 46.
 Krupp v. Bohlen und Halbach, G. 92.
 Kulturpolitik 41, 47, 54 ff., 57, 77, 83, 100, 111, 139.
 Kultusministerium, Preuss. 41.
 Kunstgemeinschaft, Deutsche 77.
 Kunstpolitik 74.
 Lande, W. 53.
 Landsberg, O. 101 f.
 Lauscher, A. 64.
 Leiber, R. 141.
 Leibniz, G. W. 8.
 Leicht, J. 70 f.
 Lenz, M. 99.
 Lerchenfeld-Köfering, H. Graf v. 103 f.
 Letterhaus, B. 33.
 Leuschner, W. 33.
 Levi, P. 118.
 Lewald, Th. 49 f.
 Liberale Vereinigung 9, 125.
 Liebknecht, C. 86.
 Lilienthal, A. 53.
 Linneborn, J. 134.
 List, Abg. 96.
 Loebe, P. 42 f.
 Loewenstein, K. 77.
 Loucheur, L. 84.
 Lueger, K. 42.
 Luther, H. 36, 85, 87, 92, 95, 119.
 Macia 7.
 Maltzan, A. v. 47, 100.
 Marcks, E. 50.
 Marx, W. 49 f. 60, 62, 85, 87, 92, 95, 104, 119, 121 f.
 Mausbach, J. 52, 62, 77, 105.
 Max-Planck-Gesellschaft s. Kaiser- Wilhelm-Gesellschaft.
 Meinecke, F. 35, 50.
 Meinertz, M. 91.
 Merz, G. 116.
 Meyer, A. 26.
 Meyer, C.F. 17.
 Meyer-Bennekenstein, P. 11.
 Meyer-Rodehüser, H. 113 f.
 Minderheiten, Nationale 135.
 Mirbt, C. 118.
 Mohrmann, Legationssekretär
 Missionsgesellschaften 65, 71.
 Moldenhauer, P. 98 f.
 Mommsen, Th. 56.
 Motta, G. 107.
 Mulert, H. 89.
 Müller, Ad. 106 ff.
 Müller, H. 102.
 Müller-Franken, H. 54, 93.
 Müller-Heinzberg 118.
 Mumm, D. 60, 67 f.
 Mussolini, B. 20, 37, 103.
 Nationalitätenrecht 135.
 Nationalversammlung, Weimarer 102.
 Naumann, F. 54, 140.
 Nernst, W. 56.
 Neuhaus, A. 22.
 Neuhäusler, J. 38, 44.
 Niederlande 21, 94.
 Nietzsche, F. 17.
 Noske, G. 96.
 Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 20, 28, 41, 104.
 Nowakowski, A. 16.
 Oheimb, K. v. 98.
 Ohlemüller, G. 115t, 118.
 Ohm, Th. 15.
 Oncken, H. 50.
 Österreich 17, 21.
 Ostpolitik 19, 32.
 Otobeuren, Abtei 37.
 Pacelli, E. 77 t, 81 t, 88, 101, 116, 122.
 Papan, F? v. 88, 105.
 Pastor, L. v. 13.
 Pechei, R. 142.
 Peters, Geistl. Rat 68.
 Petzold, Dr. 70.
 Pfeiffer, M. 103.
 Pfeilschifter, G. 20 f., 38.
 Pfülf, A. 89.
 Philipp, A. 60.
 Pielmeyer, F. 141.
 Pieper, Domkapitular 68.
 Pius VII. 91.
 Pius XI. 38 f.
 Planck, M. 104.
 Poelitz, H.K.L. 61.

- Poetsch 52.
Poincaré, R. 107.
Popitz, J. 11, 24 f., 45.
Portmann, H. 44 f.
Preuss, H. 54.
Prittwitz u. Gaffron, F. W. v. 48, 91.
Quellenkunde 46.
Quirnheim, Ritter, M. v. 50.
Rabenau, F. v. 59.
Rabl, E. 49.
Radbruch, G. 124.
Raitz v. Frentz, Frhr. E. v. 142.
Rantzau, Otto Graf zu 11.
Rathenau, W. 48, 84.
Ratzel, F. 16.
Raumer, H. v. 98.
Rauscher, U. 105.
Redslob, E. 53.
Republik, Weimarer 9, 48, 58, 75, 143.
Reichsamt, Statistisches 56.
Reichsanstalt, Biologische 56.
Reichsanstalt, Physikalisch-Chem. 56.
- Reichserziehungsministerium 27 f.
Reichsgesundheitsamt 55.
Reichsinnenministerium 11, 42 f., 46
49, 51, 56, 65, 76.
Reichskanzlei 17.
Reichskommission, Historische, siehe
Kommission.
Reichsmantelgesetz 131.
Reichsschulgesetz 49, 51, 77, 85, 119.
Reichsrahmengesetz 76.
Reichswehr 72 f.
Reichszentrale für Heimatdienst 102
Religionsgesellschaften 67 f.
Rheinländer, A. 60, 67, 73.
Ribbentrop, J. v. 23, 31.
Rieder, H. 53, 69.
Rockefeller-Foundation 110.
Ronneburg, H. 126.
Rosen, W. v. 75.
Rosenberg, A. 13 f.
Roth, A. 44.
Rothbarth, M. 109.
Rottenburg, v. 28.
Röver, Gauleiter 44.
Rubner, M. 56.
Ruhrbesetzung 84.
Ruhreinbruch 107.
Rümelin, E. 105.
- Runkel, H. 52, 120 f., 126.
Rust, B. 11, 21 f.
Sacher, H. 62, 75, 85, 91, 123, 138, 139.
Saenger, A. 93, 118.
Samulski, R. 41.
Santowo, C. 10.
Sauckel, F. 14.
Sauerbruch, F. 33, 45, 103.
Schacht, H. 42, 45.
Schäfer, D. 49.
Schäfer, K. H. 50.
Scharnagl, A. 117.
Scheidemann, Ph. 102, 105.
Scheler, M. 105.
Schemann, L. 17.
Schlange-Schöningen, H. 97.
Schmidlin, J. 66, 116.
Schmitt, J. 52.
Schmitt-Ott, F. 20, 28, 41, 104, 111.
Schmitz, H. 53, 86.
Schnabel, F. 46.
Schneider, F. E. 90 f.
Schnitzler, 83.
- Scholl, S. u. H. 29.
Scholz, E. 98 f., 124, 133.
Schönerer, G. v. 17.
Schreiber, Christ. 58 f.
Schreiber, Chrys. 37.
Schubert, C. v. 47, 100, 112.
Schücking, W. 94, 124, 143.
Schüler, Ministerialdirektor 101, 109.
Schulte, A. 50, 90.
Schulte, K.A. 134.,
Schulte, K.J. 38, 123.
Schulte-Strathaus, E. 13 f.
Schulübergangsgesetz, Sächs. 60;
s. Reichsschulgesetz.
Schulz, H. 76, 86.
Schumacher, H. 50.
Schuschnigg, K. 104.
Schweiz 17, 109 f.
Schweizer Spende 110.
Schwertfeger, B. 41, 75, 88.
Seeberg, E. 51.
Seeloes, G. 33 f.
Seipel, J. 103 f.
Severing, K. 43, 112.
Siemens, W. v. 56.
Sinnigen, A. 71.
Sleidan, G. v. 116.

- Solf, W. 15.
 Sollmann, W. 89, 116, 123.
 Sozialpolitik 63,
 Spahn, M. 24, 137 f., 143.
 Spahn, P. 121.
 Spranger, E. 15, 61.
 Srbik, H. v. 16, 24.
 Staa, v., Ministerialdirektor 28.
 Stampfer, F. 18, 24, 55, 58 f., 85, 96,
 98, 102, 106, 108, 122.
 Stauss, E.G. v. 33.
 Stegerwald, A. 79, 82.
 Steinmann, J. 73, 89.
 Sternberg, K. 84.
 Stern-Rubarth 47.
 Stöckle, H. 91.
- Stresemann, G. 20, 47 f., 51 f., 84, 95,
 112 f., 120 ff., 125 ff., 135 f., 142.
 Strukér, A. 90.
 Stücklen, D. 106.
 Stutz, U. 65, 141.
 Südhoff, H. 28.
- Taube, M. 55.
 Testai G. 92, 115.
 Teusch, Chr. 64 f. x
 Thiel, O. 98.
 Traub, G. 116.
 Ttiepel, H. 30.
 Trimborn, K. 121.
 Troost, P.L. 12.
- Uhlendahl, H. 47.
 Uhlenhuth, P. 56.
 Ulrich, R. H. 142.
- Valera, de 7.
 Vallentin, A. 52, 98.
- Vatikan 38, 81 f., 136.
 Vatikanbotschaft 88.
 Vatikanreferat 113,
 Vereinigte Staaten 35.
 Verfassung, Weimarer 8, 54.
 Vertrag, Versailler 49, 82, 85.
 Vogler, A. 83.
 Voigt, A. 83, 140.
 Völkerbund 43, 78, 82, 84, 107, 109.
 Völkerbundsliga 135.
 Vorwerk, F. 45.
- Waal, A. de 89.
 Wallfahrt 64.
 Walsh, Ê. A. 23, 31 f., 36, 39.
 Walter, Nationalrat 108.
- Walter, O. 88, 101.
 Warburg, E. 56.
 Wegmann, A. 42, 67, 70 f.
 Widerstand 25, 29, 32, 34, 142.
 Wiegler, P. 51.
 Wilhelmina, Königin 94, 107.
 Windthorst, L. 42.
 Wirth, J. 43, 75 f., 79, 81 f., 98, 102,
 121.
- Wissenschaftspolitik, s. Kulturpolitik.
 Wittig, G. 96.
 Wohlmut, Abg. 116.
 Wolf, Abg. 17.
 Wulle, R. 92.
 Wurzer, V. 66.
 Wynen, A. 87.
- Zaleski, A., Minister 136.
 Zeignçr, Minister 59.
 Zscharnak, L. 68, 127.
 Zweifel, E. 140.
 Zweigert, Staatssekretär 93.

Inhalt

	Seite
Vorwort	5
1. Politische Formgebung.....	7
2. Wege zum Reichskonkordat.....	9
3. Das Braune Haus – Die «Verfluchte Seele» des Dritten Reiches	12
4. Kardinal Bertram und Reichsminister Frick	40
5. Blick in die Werkstatt.....	46
6. Kulturpolitik des Reiches.....	54
7. Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Wirth, Ministerpräsident Braun	75
8. Die Vatikanbotschaft.....	88
9. Kabinette Marx und Luther. Das Bayernkonkordat	92
10. Stresemann	95
11. Aussenseiter im diplomatischen Dienst	101
12. Pacellis Erfolg – Gegenströmungen	114
13. Das Kabinett Marx-Keudell.....	119
14. Einigung des Liberalismus	124
15. Konkordat und Minderheitenrecht.....	135
16. Ergebnisse	139
Register.	144

Vom gleichen Verfasser ist erschienen:

Gemeinschaften des Mittelalters

Recht und Verfassung

Kult und Frömmigkeit

1948. XV, 488 S. mit 1 Abb., 4^o, Hlw. 24,— DM.

Mehr als ein Kulturphilosoph und Geisteswissenschaftler prägte das Wort vom ewigen Mittelalter. In der Tat hat dieses inhaltschwere Zeitalter inmitten des Abgeklungenen und Zeitbedingten immer noch ein Wegweisendes. Das betrifft nicht zum wenigsten die gestaltende Kraft und die erstaunliche Fruchtbarkeit des Gemeinschaftsgedankens.

Der Eigenart und Größe der mittelalterlichen Genossenschaft hat sich nun der münsterische Historiker Georg Schreiber in dem vorliegenden Werk zugewandt. Konnte Heinrich Mitteis den Staat des Hochmittelalters schärfer als seine Vorgänger beleuchten, so gibt sich das Buch von Prof. Georg Schreiber als eine quellengemäße und umfassende Schau des mittelalterlichen Verbandes. Vorab werden religiöse Gemeinschaften behandelt, aber immer in der Wechselwirkung zur profanen Kultur, also in den Beziehungen zum Herrschaftsgedanken, zum Recht, zur Wirtschaft, zu Sozialideen, zum Verkehr. Dabei wächst auch der Europagedanke heraus. Dazu fällt ebensoviel Licht auf die Seelengeschichte des Verbandes, im besonderen nach der Seite des kultischen Erlebnisses und der Frömmigkeitshaltung wie auch des sozial-karitativen Empfindens. Immer wieder erweist sich dabei in Cluny und anderorts die Macht des Toten über den Lebenden. Volkskundliches sprengt sich ein. Wie ein roter Faden zieht sich zudem durch das Ganze die Herausstellung byzantinischer Einflüsse. Völlig neue Erkenntnisse zeichnen sich hier nach der karitaswissenschaftlichen und medizinhistorischen Seite ab. Die Hospitalkultur des Morgenlandes wird erstmals der des anders gearteten Abendlandes vergleichend gegenübergestellt.

Das Buch wendet sich nicht bloß an den Fachgelehrten. Darüber hinaus wird diese Kulturgeschichte des Genossenschaftswesens weitere Kreise interessieren, im besonderen den Erzieher, den Arzt, den Juristen, den Volkskundler, überdies den Freund der liturgischen Bewegung, auch jeden Bearbeiter der Heimatkunde. Wird letzterer doch stets wieder auf Denkmäler und Einrichtungen des mittelalterlichen Genossenschaftswesens hingewiesen, die reiche Fragestellungen mit sich führen. Ein umfängliches Register erleichtert die Benutzbarkeit.

Regensbergische Verlagsbuchhandlung Münster i. Westf.

REGENSBERGSCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
Münster (Westf.) Gegründet 1591

358/7 – Februar **1949**

Umschlag: Robert Fuchs, Hamm (Westf.)

Druck: H. Crone, Ankum (Bez. Osnabrück)

Eingelesen mit **ABBYY** Fine Reader